



Landtag von Baden-Württemberg

38. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 23. Januar 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 9:35 Uhr

Schluss: 18:03 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2441	2. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Zukunft der Akademie für Technikfolgenabschätzung – Drucksache 13/1410 . . .	2471
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Dr. Vetter . .	2441	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	2472, 2479
Beschluss des Präsidiums zur Präsentation der Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ in den Fraktionsräumen der Fraktion GRÜNE	2441	Abg. Pfisterer CDU	2473
Abg. Birzele SPD (zur Geschäftsordnung)	2441	Abg. Kaufmann SPD	2474
Abg. Kretschmann GRÜNE	2441, 2453	Abg. Dr. Glück FDP/DVP	2476
Abg. Oettinger CDU	2443	Minister Dr. Frankenbergr	2476
Abg. Drexler SPD	2444, 2455	Beschluss	2480
Abg. Pfister FDP/DVP	2446	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendschutz-Staatsvertrag – JMStV) – Drucksache 13/1551	
Minister Dr. Christoph Palmer	2448	Beschlussesmpfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1666	2482
Abg. Birzele SPD	2449	Abg. Pauli CDU	2482
Abg. Mappus CDU	2450	Abg. Birgit Kipfer SPD	2483
1. Aktuelle Debatte – Konsequenzen für die Rechtspolitik aus der wachsenden Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	2457	Abg. Theurer FDP/DVP	2484
Abg. Theurer FDP/DVP	2457, 2465	Abg. Walter GRÜNE	2485
Abg. Dr. Reinhart CDU	2458, 2466	Minister Dr. Christoph Palmer	2485
Abg. Bebber SPD	2460	Beschluss	2487
Abg. Oelmayer GRÜNE	2461, 2469		
Ministerin Corinna Werwigk-Hertneck	2463		
Abg. Bayer SPD	2467		
Minister Dr. Schäuble	2469		

<p>4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes, des Landespressegesetzes und des Landesdatenschutzgesetzes – Drucksache 13/1550</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1667 2487</p> <p>Abg. Dr. Inge Gräßle CDU 2487</p> <p>Abg. Birgit Kipfer SPD 2489</p> <p>Abg. Theurer FDP/DVP 2490</p> <p>Abg. Walter GRÜNE 2491</p> <p>Minister Dr. Christoph Palmer 2493</p> <p>Beschluss 2495</p> <p>5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an die Aufhebung des Diskontsatz-Überleitungs-Gesetzes – Drucksache 13/1655 2496</p> <p>Beschluss 2496</p> <p>6. Fragestunde – Drucksache 13/1678</p> <p>6.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Finanzgericht Freiburg 2480</p> <p>Abg. Gustav-Adolf Haas SPD 2480</p> <p>Ministerin Corinna Werwig-Hertneck 2480</p> <p>6.2 Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Verwendung zusätzlicher Regionalisierungsmittel 2480</p> <p>Abg. Boris Palmer GRÜNE 2480, 2481, 2482</p> <p>Minister Müller 2481, 2482</p> <p>Abg. Kaufmann SPD 2482</p> <p>Abg. Walter GRÜNE 2482</p> <p>7. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Einführung des Ethikunterrichts ab der ersten Klasse – Drucksache 13/549 2496</p> <p>Abg. Renate Rastätter GRÜNE 2496, 2501</p> <p>Abg. Ursula Lazarus CDU 2497</p> <p>Abg. Bayer SPD 2498</p> <p>Abg. Kleinmann FDP/DVP 2499</p> <p>Ministerin Dr. Annette Schavan 2500</p> <p>Beschluss 2502</p>	<p>8. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Situation und Perspektive der Hauptschule in Baden-Württemberg – Drucksache 13/590 2502</p> <p>Abg. Käppeler SPD 2502</p> <p>Abg. Seimetz CDU 2504</p> <p>Abg. Beate Fauser FDP/DVP 2507</p> <p>Abg. Renate Rastätter GRÜNE 2510</p> <p>Ministerin Dr. Annette Schavan 2512</p> <p>Abg. Zeller SPD 2516</p> <p>9. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Heimaufsicht in Baden-Württemberg – Drucksache 13/560 2518</p> <p>Abg. Katrin Altpeter SPD 2518</p> <p>Abg. Wieser CDU 2519</p> <p>Abg. Dr. Noll FDP/DVP 2520</p> <p>Abg. Brigitte Lösch GRÜNE 2521</p> <p>Minister Dr. Repnik 2523</p> <p>Beschluss 2524</p> <p>10. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Dramatische Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Baden-Württemberg – Drucksache 13/729 2524</p> <p>Beschluss 2524</p> <p>11. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst – Drucksache 13/765 2524</p> <p>Beschluss 2524</p> <p>12. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1659, 13/1668, 13/1669, 13/1670 2524</p> <p>Beschluss 2524</p> <p>13. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 13/1637, 13/1638 2524</p> <p>Beschluss 2524</p> <p>Nächste Sitzung 2524</p>
---	---

Protokoll

über die 38. Sitzung vom 23. Januar 2003

Beginn: 9:35 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist Frau Abg. Weckenmann.

Dienstlich verhindert sind heute Herr Ministerpräsident Teufel und Herr Staatssekretär Rückert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute hat unser Kollege Dr. Erwin Vetter Geburtstag. Wir gratulieren ihm herzlich und wünschen ihm alles Gute.

(Beifall im ganzen Haus)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich darauf hinweisen, dass das Präsidium heute Morgen aus Anlass der Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“, die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihren Fraktionsräumen ab heute bis zum 28. Januar zeigen möchte, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten ist. Das Präsidium hat nach Beratungen folgenden Beschluss gefasst, den ich Ihnen verlese:

Das Präsidium des Landtags von Baden-Württemberg missbilligt in aller Form die Entscheidung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in ihren Fraktionsräumen die Ausstellung des VVN-BdA „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ zu zeigen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Die Ausrichtung der Ausstellung in den Fraktionsräumen der Grünen stellt einen erheblichen politischen Missbrauch von Parlamentsrechten dar.

(Abg. Sakellariou SPD: Was?)

Die Landtagsfraktion der Grünen ergreift in unverantwortlicher Weise einseitig Partei in einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Inhalte der genannten Ausstellung. Mit der Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ werden Vertreter demokratischer Parteien in Deutschland in die Nähe von Rechtsextremisten gestellt.

(Abg. Sakellariou SPD: Wer beschließt denn so etwas?)

Mit der demonstrativen Zurschaustellung dieser Ausstellung in ihren Fraktionsräumen verlassen die Grünen den bisher gepflegten Zusammenhalt der demokratischen

tischen Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg gegen politische Extremisten jeglicher Herkunft.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dieser Beschluss wurde im Präsidium mehrheitlich getroffen, und es wurde gleichzeitig beschlossen, eine Aussprache darüber zu führen. Ich schlage vor, dass wir eine Redezeit von fünf Minuten, gestaffelt, vereinbaren.

Herr Kollege Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, ich bin der Meinung, dies ist ein typischer Fall dafür, dass eine Redezeitbegrenzung nicht stattfinden kann.

Präsident Straub: Es wird freie Redezeit beantragt. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist freie Redezeit vereinbart.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Kollege Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Meinungsfreiheit ist eines der wichtigsten Grundrechte in der Demokratie und für die Demokratie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: In jeder Richtung!)

Die Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“, die in den letzten zwei Jahren in mehr als 40 Städten der Bundesrepublik Deutschland gezeigt wurde, konnte in Pforzheim nicht in den Räumen des Kulturhauses Osterfeld gezeigt werden. Grund war eine massive politische Intervention des CDU-Landtagsabgeordneten und Staatssekretärs Stefan Mappus.

(Abg. Herrmann CDU: Recht hat er!)

Auch wenn wir im Einzelnen mit Teilen dieser Ausstellung durchaus nicht einverstanden sind und daran massive Kritik haben, wiegt das Recht auf freie Meinungsäußerung schwerer, und den Eingriff des CDU-Politikers, mit Pressionen

(Oh-Rufe von der CDU)

auf diese soziokulturelle Einrichtung die Ausstellung zu verhindern, fassen wir als Angriff auf dieses verbrieftes Recht auf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Kretschmann)

Wir zeigen deswegen diese Ausstellung in unseren Fraktionsräumen als Zeichen, dass wir das entschieden ablehnen und dass man in einer freien Gesellschaft und Demokratie auch Ausstellungen ertragen muss, die man eigentlich für unerträglich hält.

(Abg. Alfred Haas CDU: Extremismus!)

Es kann nicht Sinn politisch orientierter Ausstellungen sein, Kontroversen zu vermeiden. Sie dürfen und sie sollen durchaus auch kontrovers sein. Sie dürfen auch aus Sicht des anderen schlecht, falsch, unverschämt, eine Frechheit und was auch immer sein. Auch unerträgliche Ausstellungen müssen wir ertragen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Von wegen der Toleranz!)

Über die Ausstellung und die Frage, ob wir sie zeigen, wurde in meiner Fraktion kontrovers diskutiert.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das glauben Sie ja selber nicht!)

Ich kann bezüglich der Einschätzung einer Ausstellung logischerweise keine Fraktionsmeinung wiedergeben. Jeder beurteilt eine solche Ausstellung immer anders. Aber ich sage Ihnen ganz klar meine persönliche Meinung:

Auf einigen Tafeln dieser Ausstellung wird die Konjunktur des einfachen Weltbilds gepflegt, die ohnehin Teile dieser Ausstellung durchzieht. Auf einigen Tafeln werden Aussagen demokratischer Politiker, demokratischer Organisationen und Parteien wie der CDU und des Bundes der Selbstständigen in die Grauzone des Neofaschismus gerückt.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Es ist völlig klar – und dafür habe ich völliges Verständnis –, dass die CDU darüber empört ist und sich mit allen rechtsstaatlichen Mitteln dagegen wehrt. Das ist gar keine Frage. So etwas muss man sich wirklich nicht gefallen lassen. Aber das darf trotzdem kein Grund sein, dass Sie – und dazu noch ein Regierungsmitglied – politischen Druck ausüben, wenn andere das Ganze anders sehen und die Ausstellung dennoch zeigen.

In dieser Ausstellung wird auch versucht, der Polizei, die eine Besprechung mit Rechtsradikalen durchführt, bei der es um die Organisation einer Demonstration geht, zu unterstellen, dass sie die Neofaschisten schützt, obwohl sie dafür verantwortlich ist, dass Demonstrationen geordnet ablaufen, und sie deswegen mit den Neofaschisten redet, weil diese letztlich das Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Auf anderen Tafeln wird intendiert, dass zum Beispiel schon allein derjenige, der für Globalisierung eintritt, dem Rechtsradikalismus den Boden bereite und Ähnliches.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Mit solchen Dingen brauchen wir uns in keiner Weise zu identifizieren. Das lehnen wir auch ab.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Und die Konsequenz? – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Selbstverständlich ist es abstrus, Ressentiments, die dazu führen, dass etwa junge Leute rechtsradikal werden, mit eigenen Ressentiments zu bekämpfen, wie es Teile dieser Ausstellung tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Ich möchte noch einmal deutlich machen: Unser Schritt geht darauf zurück, dass wir mit den bescheidenen Mitteln, über die wir als kleine Oppositionsfraktion verfügen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Aha!)

unsere Aufgabe darstellen wollen, die Regierung zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass die Grundrechte in dieser Gesellschaft nicht durch politischen Druck niedergemacht werden, wie es in Pforzheim geschehen ist. Das ist Ziel der Ausstellung, und das bezwecken wir damit. Das ist sowohl in der Einladung als auch in der betreffenden Pressekündigung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir sind der Ansicht, gegenüber Rechtsradikalismus und jeder Art totalitärer Ideologie müssen wir entschieden zusammenhalten und gegen jede Tendenz von Gewalt, gegen jede Tendenz, die Grundrechte zu bekämpfen, und gegen jede Tendenz, Demokratie und Freiheit zu bekämpfen, entschieden auftreten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das macht der Verfassungsschutz auch!)

Da bin ich, glaube ich, mit allen in diesem Haus ganz solidarisch. Wir dürfen dabei keine Grenzen überschreiten. Es ist auch eine Kritik von mir an dieser Ausstellung, dass sie selbst diese Grenzen teilweise überschreitet.

Trotzdem müssen wir uns in dieser Republik abgewöhnen, dass wir Ausstellungen, die uns nicht passen, die wir für schlecht, falsch oder gar widerwärtig halten, einfach verbieten. Man hat in dieser Gesellschaft das Recht, auch widerwärtige und falsche Dinge darzustellen.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Unruhe)

Das ist das, was den Freiheitscharakter unserer Demokratie ausmacht.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a.: Unglaublich!)

Das ist das liberale, radikale Verständnis von Demokratie und Freiheit,

(Abg. Fleischer CDU: Das ist Libertinage, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU – Unruhe)

das die Fraktion GRÜNE hat, und dazu möchte ich mich ausdrücklich bekennen. Darum muss ich, Herr Präsident,

(Kretschmann)

den Vorwurf, wir würden das Parlament und seine Räume missbrauchen,

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl!)

mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Und dennoch ist es so! Trotzdem ist es so!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Gestern Vormittag hat uns die Einladung, die Nachricht über eine geplante Ausstellung erreicht, die heute um 13 Uhr, in der Mittagspause, im Haus der Abgeordneten in den Fraktionsräumen der Grünen stattfinden soll.

Damit das klar ist, sage ich: Die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg legt Wert auf eine gute und offene Streitkultur. Wir haben in den letzten Jahren, meine ich, zwischen den vier demokratischen Parteien parlamentarisch-politisch auch eine gute Streitkultur mit gewissen Grundregeln gepflegt. Wir nehmen die Absicht, dass Sie diese Ausstellung durchführen wollen, hin. Wir beantragen kein Verbot.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja! So ist es!)

Wir überlegen nicht, ob die Hausordnung eine grundsätzliche Maßnahme dagegen bieten kann.

(Zuruf des Abg. Gaßmann SPD)

Aber wir fordern Sie, Kollege Kretschmann, auf: Prüfen Sie nochmals nach! Prüfen Sie nochmals nach, ob diese Ausstellung, für die Sie als Veranstalter eine Mitverantwortung tragen, von der man sich nicht einfach distanzieren kann,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

nicht die Kultur und die Grundlage unserer streitigen demokratischen Zusammenarbeit grüßlich verletzt.

Um es klar zu sagen: Meinungsfreiheit ist eines der höchsten Güter, die der demokratische Rechtsstaat zu wahren hat. Genauso klar ist, dass Extremismus in jeglicher Form – Neofaschismus, Rechtsextremismus, aber auch Linksextremismus – für uns keinerlei Plattform der Zusammenarbeit bieten darf. Inhaltlich und formal ist eine klare Abgrenzung notwendig. Ich glaube, dass die CDU im Landtag von Baden-Württemberg dafür, auf keinem Auge blind zu sein, gegen rechte und linke Extremisten mit deutlicher Distanz auf Abstand zu gehen und ihre Politik anzuprangern, keinen Nachholbedarf hat. Wir bekennen uns zur Demokratie und auch zu einer streitbaren Demokratie, wenn es gegen extreme, wenn es gegen menschenverachtende, wenn es gegen demokratiefeindliche und wenn es gegen linke und rechte radikale Politik geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wissen Sie, Kollege Kretschmann – dieser Schlenker sei mir erlaubt –: Wir nehmen auch hin, dass die Grünen einen

Bundesvorsitzenden gewählt haben – ein früherer Landtagskollege, den ich als intelligenten und sachkundigen Kollegen schätzen gelernt habe –, der jahrelang Mitglied der KHG und des KBW, der Maoisten und der Marxisten gewesen war. Das nehmen wir hin,

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! Jawohl! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es soll Ministerpräsidenten gegeben haben, die bei den Nazis gewesen sind!)

weil wir glauben, dass der Mensch im Laufe seines Erwachsenenlebens auch lernfähig sein soll.

(Zurufe von den Grünen)

Aber wir nehmen nicht hin,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich sage nur „Filbinger“! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Ich sage nur „Palmer“! – Weitere Zurufe und Unruhe)

dass der billige und miserable Versuch gemacht wird, eine Grauzone zwischen konservativen Demokraten, zwischen Abgeordneten und Mandatsträgern der CDU und der SPD einerseits und dem rechtsextremen Bereich andererseits aufzubauen.

Damit komme ich ganz konkret zu der Ausstellung, die in diesen Stunden in Ihren Räumen aufgebaut und ab 13 Uhr wohl von Ihnen verantwortet werden wird. Ein Kapitel nennt sich „Feindbilder“, und unter „Feindbilder“ wird dann ein Zitat von Otto Schily gebracht. Ob die Aussage „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten“ richtig oder falsch ist, halte ich für sekundär. Aber Otto Schily zu unterstellen, dass er sich in seiner Funktion als sozialdemokratischer Innenminister in der Grauzone zum Rechtsextremismus bewegt, ist unverschäm.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Birzele SPD: Deshalb haben Sie eine Missbilligung beantragt! – Abg. Herrmann CDU: Die SPD klatscht nicht! – Abg. Drexler SPD: Wir können uns selbst wehren! Es ist immer verdächtig, wenn Sie uns unterstützen! Wir kommen nachher zu Schloss Weikersheim! Nur Ruhe! – Abg. Alfred Haas CDU: Drexler dreht durch! – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dann werden Fotos über Informationsstände der Christlich-Demokratischen Union dargestellt. Und dann wird ein Plakat der CDU Nordrhein-Westfalen aus dem letzten Wahlkampf dargestellt. Über die Inhalte und die Strategie kann man füglich streiten. Das tun wir auch bei uns. Aber der entscheidende Punkt ist, dass der Veranstalter ganz gezielt, also nicht fahrlässig, den Versuch unternimmt, eine Grauzone zu behaupten, und Belege dafür in die Ausstellung bringt, wonach Christdemokraten und Sozialdemokraten in Mandat und Funktion im Netzwerk der Grauzone zum Rechtsextremismus aktiv sind. Dies ist im Grunde genommen ein Bruch der bisherigen Streitkultur im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Oettinger)

Unser Parlament hat zwei Phasen der Mitgliedschaft von rechtsextremen Parteien im Landtag erlebt, und zwar in den Sechzigerjahren die Mitgliedschaft der NPD und, für viele von uns noch nachvollziehbar, in den neun Jahren von 1992 bis 2001 die der Republikaner. Die Republikaner waren formal unter unserem gemeinsamen Dach im Haus der Abgeordneten, aber eine Zusammenarbeit hat es nicht gegeben. Die Christlich-Demokratische Union hat in diesen beiden Phasen den Nachweis erbracht, dass sie auf keinem Auge blind ist und dass für uns jegliches Taktieren, der Aufbau einer grauen Zone mit dem Rechtsextremismus, wo er sich parlamentarisch zeigt, nicht angezeigt ist, sondern dass eine formale Achtung da ist, wir aber die inhaltliche Abgrenzung in jeglicher Deutlichkeit nachweisen konnten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir hätten es uns 1992 einfacher machen können. Die große Koalition war für uns ein schwerer Schritt. Es war keine schlechte Zeit, aber es war für uns ein schwerer parlamentarisch-politischer Schritt.

(Zuruf von der SPD: Für uns auch!)

Wir haben nicht wie andere Parteien den Fehler gemacht, der Verlockung einer leichten linken Mehrheit zu erliegen – ich sage nur „PDS“ –, sondern wir haben gesagt: Demokraten gehören in die Gemeinsamkeit, und die Abgrenzung wird dann auf dem Prüfstand stehen, wenn sie sich konkret parlamentarisch zeigt. Wir haben die Abgrenzung neun Jahre ohne Wenn und Aber durchgehalten, jeder Kollege und jede Kollegin meiner Fraktion und die Ihrer Fraktionen ebenso.

Wenn in diesem Haus, dem Landtag von Baden-Württemberg, wo die Versuchung ja konkret gewesen war, wo die Rechtsradikalen mit uns unter einem Dach gewesen sind, also in demselben Gebäude, wo man diesen Nachweis erbracht hat, eine Ausstellung eröffnet wird, in der das Gegenteil behauptet wird, nenne ich dies unverschämt, unkollegial und im Grunde genommen eine Kultur unter aller Sau.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Kollege Kretschmann, Sie üben heute Morgen einen doppelten Spagat. Mir scheint, dass Sie hier Ihre Fraktion vertreten, von der Mehrheitsmeinung Ihrer Fraktion selber aber nicht hundertprozentig überzeugt sind. Das spürt man bei Ihnen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Jawohl! Und hört man! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Sie sind ein Politiker mit Blut und Emotionen. Bei Ihnen erkennt man – bei anderen auch; bei Ihnen stark, bei mir vielleicht auch –, ob Sie überzeugend und überzeugt argumentieren oder pflichtgemäß.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Ich glaube, diese Unterschrift fiel Ihnen nicht ganz leicht.

(Abg. Capezzuto SPD: Pass auf, er lobt dich!)

Das ist der eine Spagat. Der andere Spagat ist, dass Sie zu 80 % Ihrer Redezeit auf Distanz zur Ausstellung gingen. Nochmals: Wer eine Ausstellung hereinholt, wer Veranstalter ist, trägt auch für die Inhalte eine Mitverantwortung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Boris Palmer und Brigitte Lösch GRÜNE)

Aus dieser miserablen Mitverantwortung entlassen wir Sie nicht. Deswegen haben wir den Antrag auf Missbilligung gestellt. Ich glaube, dass das Präsidium bei aller Liberalität und Streitkultur die notwendige und angemessene Form der Würdigung, die Rüge und die Missbilligung, Ihnen gegenüber ausgesprochen hat.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Abg. Alfred Haas CDU: Er freut sich, dass der ungeliebte SPD-Minister Schily in der Ausstellung ist!)

Abg. Drexler SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann in einer Demokratie und in einem Parlament verschiedentlich gegen Äußerungen von Regierungsmitgliedern oder gegen das, was Regierungsmitglieder im Wahlkreis machen, vorgehen. Eine Möglichkeit ist das, was die Grünen gemacht haben. Sie haben gesagt: Wir holen diese Ausstellung in unsere Fraktionsräume, um der Öffentlichkeit zu zeigen, welche Ausstellung Staatssekretär Mappus in seinem Wahlkreis verhindert hat.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So ist es!)

Das ist eine der Möglichkeiten, die man im Parlamentarismus ergreifen können muss.

Wir haben eine andere Möglichkeit gewählt. Wir haben einen parlamentarischen Antrag eingebracht, mit dem wir sagen: Wenn ein Regierungsmitglied Zuschussempfänger, die ein soziokulturelles Zentrum betreiben, sagt: „Es wird Folgen haben, wenn diese Ausstellung gezeigt wird“

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

– das ist in der Presse von den Betroffenen deutlich gesagt worden –,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt halt nicht!)

ist das Ausüben eines Drucks, was wir verurteilen. Das ist Zensur, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Das ist freie Meinungsäußerung! – Abg. Alfred Haas CDU: Das nennen Sie so!)

Ich möchte mich jetzt nicht mit dem Thema „Rechtsradikalismus und CDU“ auseinander setzen. Das möchte ich ausdrücklich nicht tun, weil ich das akzeptiere, was mein Kollege Oettinger für die CDU-Landtagsfraktion gesagt hat. Aber, Herr Oettinger: Es gab im Juni vergangenen Jahres

(Drexler)

einen großen Bericht im Fernsehen zum Thema „Rechtsradikale in der CDU – Schloss Weikersheim“.

(Vereinzelt Unruhe bei der CDU)

– Ja. – Ich muss Ihnen sagen – nur eine Reminiszenz –: Das Schloss Weikersheim ist vom Land Baden-Württemberg unterstützt worden. Damals, im Juni, gab es CDU-Mitglieder, die gemeinsam mit Rechtsradikalen die Nationalhymne gesungen haben, unter anderem Vorstandsmitglieder der Gesellschaft für freie Publizistik, die nach dem Verfassungsschutzbericht eindeutig als rechtsextrem eingestuft wird. Ich will nur sagen, dass es offensichtlich auch im Land Baden-Württemberg eine Grauzone gibt. Ich sage aber ausdrücklich nicht, dass es sich hier um Mitglieder Ihrer CDU-Landtagsfraktion handelt. Das ist aber gar nicht das Thema.

(Abg. Fleischer CDU: Eben! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Die Nationalhymne dürfen auch Mitglieder der Landtagsfraktion singen!)

Das Thema ist, dass wir in der Zwischenzeit einen unglaublichen politischen Vorgang haben.

(Zuruf des Abg. Herrmann CDU)

Das Oberschulamt Freiburg zum Beispiel hat diese Ausstellung ausdrücklich empfohlen. Als Frau Ministerin Schavan bei einem Empfang in Nordbaden war und massiv geäußert hat, das könne doch nicht sein, hat das Oberschulamt Karlsruhe einer Schule verboten, diese Ausstellung zu zeigen. Das verstehen Sie unter einer liberalen Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren: reformfeindlich und dann noch zensurgeil zu sein. Das ist das Problem in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Widerspruch bei der CDU – Abg. Blenke CDU: Ist das alles, was Ihnen einfällt?)

– Natürlich, das ist das Problem.

Diese Ausstellung ist schon in 84 Städten gezeigt worden, unter anderem auch in Schweinfurt. Da hat sie der CSU-Oberbürgermeister eröffnet. Darüber muss man doch einmal nachdenken. Sie, Herr Mappus und Herr Oettinger, haben mit Ihrer Aktion dieser Ausstellung in Baden-Württemberg eine Publizität gegeben, die sie sonst nie bekommen hätte!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auf genau zwei Tafeln – auf zwei Tafeln! – dieser Ausstellung geschieht Folgendes – und das muss man der Öffentlichkeit auch deutlich sagen –: Auf genau zwei Tafeln wird Bezug genommen auf CDU, CSU und den SPD-Innenminister Schily. Auf beiden Tafeln geht es um Ausländerpolitik und um Zuwanderung sowie um die Frage, ob politische Aussagen von Parteien des demokratischen Spektrums letztlich möglicherweise Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung hervorrufen könnten. Das wollen zwei Tafeln zeigen.

Unter dem Titel „Grauzone“ ist ein Infostand der CDU Berlin gegen die doppelte Staatsbürgerschaft zu sehen, auf ei-

ner Tafel zum Thema „Feindbilder“ finden sich insgesamt nicht ganz unumstrittene Zitate von Otto Schily: „Die Grenzen der Belastbarkeit Deutschlands bei der Zuwanderung sind überschritten“ – so wird er zitiert; das hat er auch gesagt –, von Jörg Schönbohm: „Die Zeit der Gastfreundschaft ist vorbei“, von Günther Beckstein: „Wir brauchen weniger Ausländer, die uns ausnutzen, und mehr, die uns nützen.“

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Da hat er Recht!)

– Sie sollten immer überlegen, ob solche Sprüche bei einem Teil der Bevölkerung in Deutschland nicht zu Konsequenzen führen. Ich wollte das bloß sagen. Auch das, was Sie, Herr Haas, gerade gesagt haben, trägt nicht zu dem Eindruck bei, dass auf dieser Tafel der Ausstellung möglicherweise etwas falsch dargestellt wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig!)

Ferner findet sich auf dieser Tafel das unvergessene Zitat aus der Kampagne von Jürgen Rüttgers: „Kinder statt Inder“. „Auch die NPD knüpft an diese CDU-Kampagne an“, heißt es dazu im Text, und wie, zeigt ein Foto einer Demo: „Deutschlands Zukunft sind die Kinder, nicht die Schwulen und die Inder“, heißt es auf dieser NPD-Parole.

Auch wir verurteilen natürlich, dass das Zitat „Das Boot ist voll“ und das Zitat „Die Zuwanderung hat die Grenze überschritten“ in diesem Bild auftauchen. Das sagen auch wir, und wir distanzieren uns davon. Aber es kann doch deswegen nicht sein, dass die SPD-Fraktion jetzt im ganzen Land eine Ausstellung verhindern wollte, die versucht, das alles im Gesamtkontext darzustellen. Das muss doch eine demokratische Partei aushalten, dass sie sich dazu bekennt und die Auseinandersetzung sucht!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Sie sind ein politischer Masochist!)

– Ich bin überhaupt kein politischer Masochist! – Ich hätte mir vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion gewünscht, dass er, als Otto Schily auf anderer Ebene massiv angegriffen wurde, hier hingestanden wäre und Otto Schily verteidigt hätte. Das wäre ein Maßstab gewesen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Man kann SPD-Politiker nicht immer dann heranziehen, wenn man sie gerade braucht – da gefallen sie einem, und da verteidigt man sie –, und ihnen zu einem anderen Zeitpunkt auf die Rübe hauen. Das geht nicht!

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Noch einmal: Wer eine Ausstellung macht, muss sich nicht mit allem identifizieren. Wir haben eine andere Auseinandersetzung gesucht. Wir haben in diesem Fall einen parlamentarischen Antrag eingebracht; über den werden wir noch diskutieren. Aber die CDU-Landtagsfraktion und auch die Fraktion der FDP/DVP sollten sich überlegen, was gerade in den Schulen jetzt mit dieser Ausstellung passiert: Auf der einen Seite wird sie pädagogisch hoch bewertet, und zwar von Fachleuten, die sagen: Holt sie in die Schu-

(Drexler)

len, diskutiert mit euren Kindern über die Frage Rechtsradikalismus, antijüdische Hetzkampagnen usw. Selbstverständlich werden die Tafeln den Schülerinnen und Schülern dann auch argumentativ erklärt. Im gesamten Schulbereich wäre das möglich. Kaum kommt aber ein Mitglied der Landesregierung und sagt seine Meinung, schließt sich Frau Schavan an, geht nach Nordbaden, hält eine Neujahrsrede, und anschließend sagt der Oberschulamtspräsident: Liebe Freunde, das läuft nicht.

Und was sagt ein Schulleiter, der die Ausstellung zeigen wollte? Ich lese das einmal vor. Das muss man sich einmal vorstellen, was in einem demokratisch verfassten Staat möglich ist. Da heißt es:

... Hebel-Gymnasium, Thomas Paeffgen, ... auch auf Intervention des Karlsruher Oberschulamts hin die Pläne begraben musste, die Ausstellung im Unterricht den Schülern zugänglich zu machen. „Als Beamter bin ich gebunden“, sagte Paeffgen, der Wert auf ein liberales und demokratisches Klima in seiner Schule legt. Er plant nun mit seinen Schülern einen Besuch in der Stadtkirche, wo die Schau vom 10. Februar an gezeigt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Gott sei Dank gibt es noch Kirchen,

(Beifall bei der SPD)

die hinstehen und diese Ausstellung zeigen!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Carla Bregenzer SPD: Genau!)

Wir verstehen das Zeigen der Ausstellung in den Fraktionsräumen der Grünen nicht so, wie Herr Oettinger es bezeichnet hat: dass die Grünen damit alle Fraktionen – auch nicht die SPD mit dem Ausspruch Schilys, auch nicht die CDU-Fraktion in diesem Hause – in eine Grauzone stellen wollen. Wir verstehen dies vielmehr als eine Aktion des Protests gegen die Haltung von Mitgliedern der Landesregierung, die diese Ausstellung in Baden-Württemberg mit politischer Macht unterbinden will. Das ist eine Form des Ausdrucks.

(Abg. Fleischer CDU: Rabulistik!)

Wir haben eine andere; wir werden noch unseren parlamentarischen Antrag diskutieren. Beides muss in einem demokratischen Rechtsstaat liberaler Prägung möglich sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Abg. Heike Dederer und Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt kommt der Liberale!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es noch einmal vorwegzunehmen: Es wird kein Verbot dieser Ausstellung geben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr großzügig! – Abg. Birzele SPD: An sich eine Selbstverständlichkeit! – Zuruf von der SPD: Das wäre ja noch schöner!)

Das hängt nicht nur mit formalen Gründen zusammen, sondern das hängt auch damit zusammen, dass zunächst einmal gilt – was von mir auch als richtig empfunden wird –, was die Grünen in ihrer Einladung geschrieben haben, nämlich dass die freie Mitteilung der Gedanken und Meinungen eines der kostbarsten Rechte der Menschen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Hauk CDU)

Das bleibt zunächst einmal stehen; das ist auch die Meinung der Fraktion der FDP/DVP. Nur sage ich im gleichen Atemzug: Freiheit ist nicht grenzenlos, sondern Freiheit ist immer auch mit Verantwortung verbunden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr richtig!)

Die Freiheit endet dort, wo die Unfreiheit des anderen beginnt. Das heißt, wir stehen vor der Frage, ob die Unfreiheit, das heißt auch die Diffamierung des Einzelnen nicht an der Stelle beginnt, wo demokratisch gewählte Politikerinnen und Politiker in die Grauzone und in die Nähe des Neofaschismus gerückt werden.

(Abg. Drexler SPD: Das ist nicht der Fall! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Ich werde Ihnen nachher Beispiele dafür bringen, Herr Kollege Fischer, dass genau dies auch Bestandteil dieser Ausstellung ist. Wenn dem so ist, dann behaupte ich, dass an dieser Stelle nicht nur eine Freiheitsbeschädigung des Einzelnen stattfindet, sondern dass damit zugleich eine Diffamierung von demokratisch gewählten Politikern festzustellen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich war in der Vergangenheit – und ich gehöre diesem Hause schon einige Zeit an – stolz darauf, dass zwischen SPD, Grüne, FDP/DVP und CDU zumindest in einem Punkt kein Blatt gepasst hat: wenn es darum ging, rechtsradikale Gruppierungen, rechtsradikale Fraktionen und Parteien in diesem Hause zu bekämpfen. Es war mit ein Erfolg der demokratischen Fraktionen dieses Parlaments,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

dass der Spuk mit den Republikanern bei der letzten Landtagswahl aufgehört hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich wünsche mir, dass dieses Zusammenstehen der Demokraten im Kampf gegen Rechtsradikalismus weiter fortgesetzt wird. Aber ich wünsche mir genauso, dass die Demokraten im Kampf gegen anders gearteten Extremismus, zum Beispiel auch gegen Linksextremismus, zusammenstehen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Linksextremismus, Rechtsextremismus: Beides ist Extremismus. Alle demokratischen Fraktionen dieses Hauses

(Pfister)

dürfen keine Zweifel daran lassen, dass sie politischen Extremismus bekämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn man diesen Rahmen akzeptiert, den ich aufgezeigt habe, dann stellt sich die Frage: Wie fügt sich diese Ausstellung, die, wie gesagt, nicht verboten werden wird,

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

die wohl heute Nachmittag um 13 Uhr eröffnet wird, in diesen Rahmen ein? Ich will gar nicht versuchen, Ihnen dazu meine persönliche Überzeugung darzulegen. Das ist auch ein bisschen schwierig, weil ich mir die Ausstellung erst einmal ansehen muss. Herr Drexler, ich werde sie mir ansehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aha!)

Aber ich will Ihnen sagen, dass es natürlich Stellungnahmen dazu gibt. Ich halte es nicht für falsch, wenn man sich zu der Frage „Soll so etwas stattfinden oder nicht stattfinden?“ die eine oder andere Stellungnahme einholt.

Der Bundesverfassungsschutz ebenso wie der Verfassungsschutz des Landes Baden-Württemberg kommen jedenfalls in ihrer Beurteilung zu eindeutigen Ergebnissen. Beide Verfassungsschutzorganisationen kommen zu der Bewertung, dass die Organisationen VVN und BdA eine enge Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit gewaltbereiten linksextremistischen Zusammenschlüssen an den Tag legen.

(Abg. Drexler SPD: Das hat aber nichts mit der Ausstellung zu tun!)

– Das hat insofern etwas mit der Ausstellung zu tun, als sowohl Bundesverfassungsschutz als auch Landesverfassungsschutz zu dem Ergebnis kommen, dass der Veranstalter dieser Ausstellung, also der Aussteller selbst – ich meine jetzt nicht die Grünen, sondern VVN und BdA –

(Abg. Schmid SPD: Und die IG Metall auch!)

– die lasse ich jetzt einmal außen vor, ich spreche jetzt von der VVN –,

(Abg. Schmid SPD: Was ist mit der IG Metall?)

dass beide Organisationen nicht hundertprozentig auf dem Boden der freiheitlichen Grundordnung stehen. Das ist zunächst einmal festzustellen.

(Abg. Schmid SPD: Was ist mit der IG Metall, Herr Kollege Pfister?)

Herr Kollege Drexler, nachdem Sie vorhin gesagt haben, dass es auch aus pädagogischen Gründen sinnvoll wäre, eine solche Ausstellung zu zeigen,

(Abg. Drexler SPD: Das sage nicht ich, das sagen die Oberschulämter!)

dann will ich Ihnen gerne sagen, dass das Innenministerium in Berlin zu einer exakt anderen Darstellung kommt.

(Abg. Drexler SPD: Wieso? Die sind doch nicht pädagogisch zuständig!)

Das Innenministerium in Berlin sagt – ich will Ihnen das gerne mitteilen –, dass eine solche Ausstellung nicht für sinnvoll erachtet wird

(Abg. Drexler SPD: Weil dort keine Pädagogen sitzen! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es geht darum, ob sie verboten wird, und nicht darum, ob sie nur für nicht sinnvoll erklärt wird!)

– jetzt seien Sie bitte mal ruhig, Sie müssen schon zuhören –,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich höre zu!)

wenn Organisationen wie die VVN vom Verfassungsschutz als nicht in vollem Umfang auf dem Boden des Grundgesetzes stehend eingestuft werden. Das Bundesinnenministerium sagt dann weiter, dass diesen durch staatliche oder kommunale Behörden und Einrichtungen keine Plattform für eine solche Ausstellung gegeben werden soll. – So das Innenministerium Berlin, meine Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Da ist doch über die Pädagogik gar nichts gesagt!)

Ich will das nur einmal zur Kenntnis geben, damit Sie erkennen, dass es auch anders gesehen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Jetzt sagen Sie doch einmal selber etwas!)

Das Bundesinnenministerium teilt im Übrigen die Einschätzung des Bundesamts und auch des Landesamts für Verfassungsschutz.

Aber, meine Damen und Herren, der entscheidende Punkt ist wirklich der folgende, und darauf will ich noch einmal abstellen: Es wird, wie gesagt, kein Verbot dieser Ausstellung geben,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das geht ja gar nicht!)

aber ich sage trotzdem: Ich will mit meiner Fraktion nicht zulassen, dass demokratisch gewählte Politiker in die Nähe einer Grauzone zum Faschismus gerückt werden, was hier ganz eindeutig der Fall ist.

(Abg. Drexler SPD: Das wollen wir auch nicht!)

– Lieber Kollege Drexler, wenn in dieser Ausstellung auf Tafel 21 oder 22 von einem NPD-Marsch die Rede ist oder ein NPD-Marsch gezeigt wird und bei diesem NPD-Marsch eine ganze Reihe von Glatzen und Springerstiefeln und was sonst noch dazukommt zu sehen ist und wenn dann auf der gleichen Tafel Otto Schily zitiert wird in unmittelbarer Nähe zu Glatzen und Springerstiefeln, dann ist klar, dass ein demokratisch gewählter Politiker in die Nähe dieser Glatzen,

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

in die Nähe dieser Springerstiefel gerückt werden soll.

(Abg. Drexler SPD: Unsinn!)

(Pfister)

Dies ist eine ungeheuerliche Verunglimpfung, und ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie an der Stelle, wo ich Otto Schily verteidigt habe, nicht geklatscht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie platzen doch gleich! Das Gegenteil ist der Fall! Hier wird der politische Liberalismus heute wieder begraben!)

Es geht um den Kampf gegen den Extremismus – da sind wir uns sicher alle einig. Bei aller Streitkultur warne ich davor, die Grenzen zu überschreiten. Ich plädiere leidenschaftlich für diesen Kampf gegen den Extremismus. Diese Ausstellung, die heute gezeigt wird, halte ich für eine Provokation eines freien und demokratisch gewählten Parlaments. Meine Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, dass Sie mit diesem Thema etwas sensibler umgegangen wären, als Sie es tatsächlich getan haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie hätten eine sensiblere Rede halten sollen! Um Gottes willen! Karl-Hermann Flach würde sich im Grab umdrehen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Herr Präsident, verehrte Kollegen, verehrte Kolleginnen! Natürlich wird mit dieser Ausstellung – wir sollten nicht darum herumreden – der Versuch gemacht, überwiegend die CDU, aber teilweise auch Repräsentanten der SPD in die Grauzone zum Rechtsextremismus zu bringen. Das ist die Botschaft dieser Ausstellung. Das lässt sich die CDU Baden-Württembergs, das lässt sich die Landesregierung, das lässt sich die Mehrheit dieses Parlaments nicht gefallen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe immer großen Respekt vor der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehabt. Sie war 1933 aufrecht, als andere große historische Fehler mit schrecklichen Konsequenzen gemacht haben. Die Sozialdemokraten sind nach 1945 aus dem Exil zurückgekommen; die Sozialdemokraten sind aus den Konzentrationslagern zurückgekommen. Wahr ist aber auch, dass die Idee der CDU Deutschlands in den Kerkerzellen des Dritten Reiches geboren worden ist. Wir lassen uns nicht in die Nähe von Rechtsextremisten rücken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wie ist Schumacher nach dem Krieg beschimpft worden!)

Da gab es immer einen antitotalitären Konsens. Konrad Adenauer war über Monate hinweg im Kloster Maria Laach vor den Schergen der Nationalsozialisten versteckt. Die überlebenden Mitglieder des Kreisauer Kreises haben die CDU in Berlin und in Köln mitgegründet: Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, Theodor Steltzer, der erste Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Hans Lukaschek,

Vertriebenenminister. Wir haben eine stolze Tradition, und wir lassen es uns nicht bieten, mit der braunen Brühe in einen Bezug gebracht zu werden. Das weisen wir zurück.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn man Mumm in den Knochen hat, dann muss man als Demokrat auch Grenzüberschreitungen beim Namen nennen. Hier liegt eine eindeutige Grenzüberschreitung vor. Die Ausstellung ist ästhetisch unappetitlich, historisch falsch und politisch skandalös. Deshalb lehnen wir diese Ausstellung ab.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Jetzt wurde gesagt, Staatssekretär Stefan Mappus habe als Regierungsmitglied in unzulässiger Weise Druck ausgeübt und Zensur veranstaltet.

(Zuruf von der SPD: Wie in einer Bananenrepublik!)

– Nein, nicht wie in einer Bananenrepublik. In diesem Land ist auch ein Staatssekretär oder ein Minister kein politischer Eunuch und kann als Landtagsabgeordneter und als Kreisvorsitzender der CDU eine politische Auffassung vertreten, zumal dann, wenn sie so begründet ist wie die Kritik an dieser Ausstellung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Könnten wir uns politisch damit auseinander setzen?)

Der Vorwurf der Zensur fällt auf diejenigen zurück, die ihn erheben. Die soziokulturellen Zentren bilden sich zu Recht etwas darauf ein, aus der aufklärerischen Emanzipationsbewegung entstanden zu sein. Sie glauben doch im Ernst nicht daran, dass sich ein Herr Baral oder ein soziokulturelles Zentrum auf Druck hin dazu bewegen lässt, etwas abzusagen.

Vielleicht haben Sie sich einmal mit den Inhalten dieser Ausstellung auseinander gesetzt und sind dann zu dem Ergebnis gekommen, dass sich das nicht gehört und dass es gewisse Geschmacksgrenzen gibt, so etwas nicht zu zeigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wo lebt denn der? Wo lebt der? – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Dann will ich als evangelischer Christ gerne ein Wort zu den Kirchen sagen.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Aha, da läuft der Hase!)

Die Kirchen – auch meine evangelische in Pforzheim – sollten sich in einer ruhigen und sachlichen Diskussion einmal überlegen, wer sie über Jahrzehnte hinweg auf der Welt bedrängt und belastet und wie die katholische, die protestantische und andere Kirchen in totalitären Systemen linker oder rechter Art immer Druck, Pressionen, ja Verfolgung ausgesetzt sind. Und sie sollten sich deshalb gut überlegen, wem sie ein Forum anbieten. Diese geistig offensive Ausei-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

nersetzung muss man auch von Kirchen in der Gesellschaft erwarten können, und wir laden dazu unsere Kirchen herzlich ein.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister Dr. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Bitte schön.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Minister Palmer, wie verstehen Sie den folgenden Satz? Ich zitiere:

Wir fordern Sie deshalb auch im Namen des CDU-Kreisvorsitzenden, Staatssekretär Stefan Mappus MdL, und des Bundestagsabgeordneten Gunther Krichbaum auf, die Ausstellung in den Räumen des Kulturhauses Osterfeld nicht stattfinden zu lassen.

Halten Sie das nicht für Zensur?

(Widerspruch bei der CDU)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Nein, das halte ich nicht für Zensur. Davon kann ja wohl keine Rede sein. Liebe Frau Utzt, die Antwort auf Ihre Frage ergibt sich aus dem Text dieses Briefes. Das ist eine politische Meinungsäußerung des CDU-Kreisverbands Pforzheim gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Dann bin ich beim dritten und letzten Punkt, den ich hier ansprechen möchte. Der Kollege Kretschmann sagt: „Man braucht sich nicht alles gefallen zu lassen. Die Ausstellung bietet Grenzüberschreitungen. Wir identifizieren uns damit nicht.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist mir zu sophistisch, das ist mir zu haarspalterisch.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Landtagsfraktion GRÜNE ist ebenso wenig wie eine andere Landtagsfraktion eine Stadthallengesellschaft, eine Messgesellschaft, die Räume vermietet, sondern sie ist eine Fraktion mit politischem Gestaltungsanspruch

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber uns kann man Zuschüsse kürzen!)

und Meinungsäußerung.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Natürlich identifiziert sich die Fraktion GRÜNE – die damit selbstverständlich auch eine Absicht verfolgt –, indem sie ihre Fraktionsräume für so etwas zur Verfügung stellt, mit dieser Ausstellung.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das ist unkollegial. Das wird, fürchte ich, auch nicht ohne Konsequenzen

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Noch einmal Konsequenzen! – Unruhe)

für die zukünftige Zusammenarbeit in diesem Hause und mit der Landesregierung sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich appelliere an alle, wieder zum demokratischen Miteinander zurückzukommen und

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

nicht in dieser Art und Weise den politischen Gegner zu verunglimpfen. Das ist eigentlich die Botschaft, die wir gemeinsam aus dieser Ausstellung ziehen sollten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst eine Vorbemerkung machen, weil mich das, was die Kollegen Oettinger und Pfister angesprochen haben, die sich ausdrücklich gerühmt haben, dass es kein Verbot der Ausstellung geben werde, ein bisschen gestört hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was heißt „gerühmt“? Wir haben es festgestellt!)

Es kann kein Verbot geben. Dass Sie das ansprechen, ist schon bemerkenswert; denn jede Fraktion ist selbst verantwortlich für das,

(Abg. Drexler SPD: Selbstverständlich! Das war lächerlich!)

was sie in ihren Fraktionsräumen darstellt oder nicht darstellt. Dies muss klar sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Aber nicht grenzenlos!)

Eine Einschränkung, Herr Fleischer, kann es nur geben, wenn Straftaten verübt werden. Hier werden aber keine Straftaten verübt.

(Abg. Oettinger CDU: Das ist doch unstrittig, Herr Kollege!)

Das hat auch niemand behauptet.

Zweite Bemerkung: Die Sozialdemokraten haben in ihrer Geschichte bewiesen, dass sie gegen Rechts- und Linksextremismus mit aller Konsequenz eintreten – in jeder Phase ihrer Geschichte!

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Wir haben keinerlei Belehrungen nötig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Abg. Drexler SPD: Jetzt passt es nicht, jetzt geht es schon los! – Abg. Alfred Haas CDU: Links blind wie immer! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Herr Haas, denken Sie erst einmal nach, bevor Sie etwas sagen!)

(Birzele)

Bei der ganzen Argumentation war und ist, jedenfalls für Herrn Mappus, die Tatsache mit ausschlaggebend, dass die Ausstellung von der VVN-BdA zusammengestellt worden ist. Die VVN-BdA wird im Verfassungsschutzbericht des Landes bei den Organisationen im linksextremistischen Bereich aufgeführt, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Auch unter Birzele!)

Dies war auch – Herr Kollege Haas, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit – während meiner Amtszeit als Innenminister so. Aber dennoch fordere ich Sie auf, der Versuchung zu widerstehen, alle Mitglieder der VVN-BdA als Linksextremisten einzustufen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Oettinger CDU: War doch kein Thema, Herr Birzele!)

Ich will deshalb – Herr Kollege Oettinger, Sie wissen es, aber offensichtlich wissen es nicht alle Ihre Fraktionsmitglieder, insbesondere Herr Mappus nicht – darauf hinweisen, dass Herr Hildebrandt, der Vorsitzende dieser Vereinigung, eingeladen wurde und wird

(Abg. Oettinger CDU: Unstrittig!)

zu Besprechungen über die Gestaltung der Gedenkfeier des Landtags am 27. Januar

(Abg. Oettinger CDU: Mit unserem Willen, Herr Kollege!)

und dass der frühere Vorsitzende Alfred Hausser vom Ministerpräsidenten zum 85. Geburtstag ein Glückwunschsreiben erhalten hat.

(Abg. Oettinger CDU: Alles bekannt!)

Das ist Ihnen bekannt, Herrn Mappus offensichtlich nicht. Denn wie kann er die Fachhochschule in Pforzheim nach dem Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ angreifen, weil dort eine studentische Organisation mit dem VVN-Landesvorsitzenden Reinhard Hildebrandt diskutiert?

(Abg. Drexler SPD: Das muss man sich einmal vorstellen!)

Ich zitiere:

„Ein Unding“, machte Mappus dem Rektor klar.

Er weiß es offensichtlich nicht.

(Abg. Herrmann CDU: Er hat Recht, der Mappus!
– Abg. Alfred Haas CDU: Das ist trotzdem ein Unding!)

Deshalb sage ich: Auch hier ist Differenzierung angebracht.

Vierte Bemerkung: Das Präsidium hat heute Morgen darüber diskutiert, ohne dass alle Mitglieder, auch der Kollege Pfister zum Beispiel – er hat es ja ausdrücklich dargestellt –, eine genaue Kenntnis über die Ausstellung hatten. Wie urteilt man über etwas, wovon man keine genaue Kenntnis hat?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Warum überrumpelt man das Präsidium mit dieser Ausstellung innerhalb eines Tages?)

– Dann schaue ich mir das aber zuerst an, bevor ich ein solches Verdikt fälle.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Fleischer CDU: Das kennt doch jeder außer Ihnen!)

Fünfte Bemerkung: Es kann nicht die Aufgabe des Präsidiums sein, politischer Sittenrichter zu werden über das, was Fraktionen hier im Hause machen oder nicht machen, schon gar nicht, wenn nicht unmittelbar Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus in der Ausstellung angegriffen sind, sondern die Parteien. Wir fordern eine inhaltliche Auseinandersetzung über die Thesen, die dort vertreten werden, aber wir sind überhaupt nicht dafür, die inhaltliche Auseinandersetzung zu verhindern. Genau darum geht es heute.

Deshalb kann ich Sie nur bitten: Führen Sie die inhaltliche Auseinandersetzung. Ich habe auch überhaupt keine Kritik daran, wenn die CDU diese Ausstellung verurteilt. Aber ich halte es nicht für richtig, wenn das Präsidium als Präsidium des Landtags entscheidet, sondern wir alle sind aufgerufen, die inhaltliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und mit Linksextremisten zu führen. Und wenn die Grünen dies anhand dieser Ausstellung tun oder tun wollen, dann ist es nicht Aufgabe des Präsidiums, dies zu verurteilen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Selbstverständlich!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt die Entschuldigung!)

Abg. Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich am Zustandekommen dieser Debatte nicht ganz unbeteiligt war,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kann man sagen!)

möchte ich Ihnen schon noch den einen oder anderen Punkt etwas näher zu bringen versuchen, weil diese Diskussion in Pforzheim aus einer ganz bestimmten Situation heraus entstanden ist.

Meine Damen und Herren, in Pforzheim hatten wir im Jahre 1992 das traurige Ereignis, dass die Republikaner dort mit über 18 % das landesweit beste Wahlergebnis bei der Landtagswahl erzielt haben. Wir hatten 1996 das auch nicht viel weniger bedauerliche Ereignis, dass die Republikaner dort bei der Landtagswahl das zweitbeste Ergebnis in einem Wahlkreis in Baden-Württemberg erzielt haben.

Ich sage dies aus folgendem Grund: Unmittelbar nach Vorliegen des Ergebnisses der Landtagswahl 1992 gab es in Pforzheim einen Konsens aller demokratischen Parteien – Grüne, SPD, FDP/DVP und CDU –, der übrigens – so klein ist die Welt – auf eine Initiative des Leiters des Kulturhauses Osterfeld zurückging, wonach wir mit Radikalen – in diesem Fall mit den Republikanern – in Pforzheim nichts zu

(Mappus)

tun haben wollen. Dies haben alle demokratischen Parteien mitgetragen, was dazu geführt hat, dass Republikaner ab diesem Zeitpunkt nicht mehr zu Podiumsdiskussionen eingeladen wurden. Obwohl sie damals im Parlament vertreten waren – demokratisch legitimiert –, haben alle Parteien dies mitgetragen. Dieser Konsens bestand übrigens bis einschließlich der Podiumsdiskussionen zur letzten Bundestagswahl, die ja noch nicht so lange zurückliegt.

Deshalb sage ich auch Folgendes, und zwar aus voller Überzeugung: Ich bin es leid, dass es politische Kräfte in diesem Land gibt, die aus einer ganz bestimmten politischen Interpretation der deutschen Geschichte heraus immer wieder versuchen, den Radikalismus in einen akzeptablen linken Bereich und in einen völlig inakzeptablen rechten Bereich zu unterteilen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

Ich bin der felsenfesten Überzeugung – deshalb bin ich die Angelegenheit in Pforzheim auch so angegangen, und ich stehe hundertprozentig dahinter, mehr denn je; es hätte in der letzten Woche Einfacheres gegeben, als dieses Thema anzugehen – und stehe voll und ganz dahinter: Demokraten haben mit Radikalen nichts am Hut. Demokraten dürfen mit Radikalen nicht zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Deshalb sage ich auch, meine Damen und Herren: Mit Linksradikalen über Rechtsradikalismus aufzuklären ist pervers und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, wäre ich einmal gespannt gewesen – das wird nie eintreten, weil wir das auch nie mitmachen würden –, was in diesem hohen Haus los gewesen wäre, wenn das Ganze spiegelbildlich abgelaufen wäre.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Heinz: So ist es!)

Ich wäre wirklich gespannt gewesen, was passiert wäre, wenn die CDU gemeinsam mit einer vom Verfassungsschutz seit Jahrzehnten beobachteten rechtsradikalen Gruppierung eine Ausstellung zur Aufklärung über politischen Linksextremismus initiiert hätte.

(Abg. Drexler SPD, auf die Grünen zeigend: Das machen die doch gar nicht!)

Ich wäre wirklich einmal gespannt gewesen, was dann in diesem Haus los gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Weikersheim!)

– Ja, das ertragen Sie nicht. Das ist das Thema.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt zum zweiten Punkt. Herr Kretschmann, ich bin der Erste bei Ihnen, der in der politi-

schen Diskussion, wenn es um Sachfragen geht – um Sachfragen! –, die Meinungsfreiheit gegen alle Widerstände verteidigt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Ja, das gefällt Ihnen nicht. Das ist ja in Ordnung.

Ich habe auch kein Problem damit, in der Sache hart zu diskutieren. Ich gebe zu, dass auch ich ordentlich austeilen kann.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Dann muss ich auch einstecken. Das ist alles in Ordnung. Wer das nicht kann, darf nicht Politiker werden, sondern sollte Bibliothekar oder etwas anderes werden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Genau!)

Aber eines, meine Damen und Herren, Herr Kretschmann, hätte ich niemals gemacht: Ich hätte niemals die Grünen oder die SPD in die Grauzone zum Linksradikalismus gebracht.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

So etwas hätte ich niemals behauptet. Dass Sie das noch unterstützen, ist das, was mich enorm stört und was ich für verwerflich halte und deshalb nicht tolerieren kann.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Jetzt zum Thema Druck, meine Damen und Herren. Herr Birzele, ich muss schon sagen: Ich finde es erstaunlich – Sie sind Jurist und waren Innenminister in diesem Land –, dass inzwischen in diesem Staat der Beschuldigte seine Unschuld beweisen muss, während derjenige, der Gerüchte in die Welt setzt, noch nicht einmal gefragt wird, ob sie eigentlich stimmen.

Deshalb sage ich dies hier klar und deutlich: Ich habe weder direkt noch indirekt mündlich, fernmündlich, schriftlich oder in welcher Form auch immer auch nur ansatzweise materiellen Druck auf wen auch immer ausgeübt oder auszuüben versucht,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: „Materiell“! Schön, wie Sie das abgrenzen!)

damit diese Ausstellung nicht stattfindet.

(Abg. Seimetz CDU: Die Bregenzer weiß es besser! – Zurufe von der SPD)

Die Tatsache, dass Sie das gar nicht hören wollen, zeigt mir doch, um was es Ihnen wirklich geht. Das ist das Thema. Aber ich sage auch: Es kann in einer Demokratie auch nichts Verbotenes sein, dass man politischen Druck gegen etwas ausübt, wenn man es für falsch hält.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

(Mappus)

Dass wir politischen Druck ausgeübt haben, halte ich für legitim und für richtig.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren – damit wir einmal zum Kernpunkt der Diskussion vorstoßen –, nicht vorenthalten, was im Verfassungsschutzbericht des Bundes – ich denke, da sind wir relativ unverdächtig – über die VVN-BdA steht. Ich zitiere der Kürze halber die zwei entscheidenden Sätze.

(Abg. Stickelberger SPD: Aus welchem Jahr? – Abg. Birzele SPD: Welches Jahr?)

Auf Seite 162 des Verfassungsschutzberichts aus dem Jahr 2001 steht:

Der „antifaschistische Kampf“ der VVN-BdA orientiert sich nach wie vor hauptsächlich an der orthodox-kommunistischen „Agentur-Theorie“, der zufolge Faschismus bzw. Rechtsextremismus seine Wurzeln ausschließlich im Kapitalismus hat. Diese Doktrin dient weniger der Analyse des Rechtsextremismus als vielmehr der Bekämpfung der freiheitlichen Demokratie als einer angeblich latent für den Faschismus anfälligen politischen Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kiefl CDU: So ist es! – Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Mappus, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Palmer?

Abg. Mappus CDU: Jetzt bitte nicht. Am Ende sehr gern.

Jetzt kommt aber das viel Interessantere und für mich schlussendlich auch Entscheidende. Ich zitiere weiter:

Die VVN-BdA setzte unverändert ihre Strategie einer „offenen Bündnispolitik“ fort. So bemühte sie sich einerseits um Akzeptanz bei demokratischen Organisationen, andererseits arbeitete sie mit linksextremistischen Zusammenschlüssen bis hin zu gewaltbereiten Antifa-Gruppen aus dem autonomen Spektrum zusammen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Noch mal vorlesen! „Gewaltbereit“!)

Meine Damen und Herren, genau darum geht es. Es geht darum, dass Sie sich mit dieser Ausstellung und mit dem Unterstützen von solchen Organisationen und solchen Leuten zum Steigbügelhalter für Linksradikalismus machen. Das halte ich in einem Parlament für unerträglich. Das muss ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Die werden eingeladen durch den Landtag! Jetzt sind wir Steigbügelhalter! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Unruhe)

Im Übrigen trägt dieser Verfassungsschutzbericht des Bundes, meine Damen und Herren – wenn ich mir diesen klei-

nen Schlenker noch erlauben darf –, die Unterschrift des Bundesinnenministers Otto Schily.

(Zurufe von der SPD – Abg. Herrmann CDU: Und Frau Vogt ist die Staatssekretärin!)

– Ja. – Ich kann jedes Wort unterschreiben, das darin steht. Ich finde es nur erstaunlich, dass im Wahlkreis Pforzheim die parlamentarische Staatssekretärin eben dieses Ministeriums der Meinung ist, dass das eine hervorragende Ausstellung sei und dass alle, die gegen diese Ausstellung seien, völlig auf der falschen Seite lägen.

(Abg. Herrmann CDU: Die Trallala-Tante!)

Meine Damen und Herren, so viel politische Heuchelei ist in einem Parlament kaum mehr erträglich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Fischer: Jetzt hören Sie doch auf! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist die Unwahrheit! Frau Vogt hat diese Ausstellung nie gelobt, sondern sich gegen die Zensur gewandt!)

Jetzt zur Ausstellung. Erstens, Herr Birzele, darf ich Sie in einem Punkt korrigieren. Ich habe diese Ausstellung Bild für Bild angesehen. Das ist auch nicht so sonderlich schwer, weil Sie diese Ausstellung über moderne Kommunikationsmedien, die auch Ihnen bekannt sein müssten – www.vvn-bda.de – per Mausclick Bild für Bild anschauen können. Deshalb habe ich mir sehr wohl ein Bild darüber gemacht. Genau deshalb kann ich sagen: Auf der Basis dessen, was ich gerade gesagt habe, auf der Basis der Strategie der VVN scheint es auf den ersten Blick tatsächlich eine Ausstellung zu sein, die man relativ gut mittragen kann. Aber wenn Sie die Strategie kennen und dann einmal schauen, wie „zufällig“ bestimmte Bilder neben ganz bestimmten Aussagen angeordnet sind, dann müsste eigentlich jedem, der noch über einen Hauch von Objektivität verfügt, klar werden, was eigentlich die Intention dieser Ausstellung ist.

Ich sage Ihnen auch ganz offen: Die Bilder hätte ich in puncto Meinungsfreiheit noch ertragen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Text ist es vor allem!)

Dass diese Ausstellung aber, mit staatlichen Geldern unterstützt,

(Zurufe von der SPD, u. a.: Jetzt haben wir es!)

in einem Kulturhaus Osterfeld von einer verfassungsfeindlichen Organisation veranstaltet wird, halte ich für unerträglich.

(Abg. Herrmann CDU: So!)

Deshalb stehe ich zu der Aussage, wenn ich sage: Ich halte es für nicht in Ordnung, wenn in einem Kulturhaus oder in einer Schule oder in einem Rathaus oder auch in einer Kirche

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Oder im Haus der Abgeordneten!)

(Mappus)

diese Ausstellung gezeigt wird. Ich werde politisch alles dafür tun, dass dies nicht geschieht.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, achte man bitte auch auf die Wortwahl. Wenn eine Kirche in einem Gotteshaus unter der Überschrift „Asyl für eine Ausstellung“ Linksradikalen eine Heimstatt bietet, bitte ich sehr darum, sich einmal zu überlegen, was sich eigentlich hinter dem Begriff „Asyl“ verbirgt. Asyl war bisher – so habe ich es jedenfalls verstanden – immer so definiert, dass man politisch Verfolgten, zum Beispiel aus einer undemokratischen Regierungsform,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Genau!)

Heimstatt zum Schutz bietet.

Meine Damen und Herren, wenn Sie so sehr für die freie Meinungsäußerung sind, wie Sie es hier äußern, ist es unerträglich, der CDU in einer Stadt wie Pforzheim damit mehr oder weniger direkt politische Verfolgung vorzuwerfen. Wer solche Leute unterstützt, der outet sich selber, wenn es in diese Diskussion geht.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bleibe ich dabei, meine Damen und Herren: Demokraten dürfen mit Radikalen nichts am Hut haben, erst recht nicht

(Abg. Drexler SPD: Aber uns unterstellen, wir würden es tun!)

mit ihnen zusammenarbeiten, weil sie sich ansonsten gewollt oder ungewollt zum Steigbügelhalter von solchen Organisationen machen.

Noch ein Bonmot zum Schluss. Wir haben eben, weil wir auch zur Deeskalation beitragen wollten, Folgendes gesagt: Lasst uns doch, so wie dies 1992 ein Konsens zwischen allen Demokraten war, auch diesmal in Pforzheim, von mir aus auch gern darüber hinaus,

(Abg. Drexler SPD: Dann brauchen Sie uns nicht als Steigbügelhalter zu bezeichnen!)

einen Konsens aller Demokraten initiieren, indem diese Demokraten gemeinsam parteiübergreifend – SPD, Grüne, FDP/DVP, CDU – mit DGB, IG Metall, den Kirchen, wer sich auch immer gern daran beteiligen möchte, von mir aus im Kulturhaus Osterfeld, eine Ausstellung zur Aufklärung über Links- und Rechtsradikalismus veranstalten.

(Abg. Birzele und Abg. Drexler SPD: Extremismus!)

– Extremismus. So ist es.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur sagen: Der Rücklauf ist sehr erstaunlich. Da waren die Freien Wähler, die FDP, übrigens auch die Schulen und so manche Organisation flugs dabei, zu sagen: Das finden wir eine sehr gute Idee; wir machen da mit. Raten Sie einmal, wer bis zum heutigen Tag der Meinung war, dass dies aus seiner Sicht keine gute Idee ist. Es sind exakt die

(Abg. Herrmann CDU: Frau Vogt!)

– auch Frau Vogt – SPD und auch die Grünen. Es ist auch der DGB. Es ist auch die IG Metall. Die haben offensichtlich kein Interesse daran, gemeinsam mit anderen Demokraten eine objektive Ausstellung zu machen, aber gleichzeitig kein Problem damit, mit Linksradikalen so etwas zu initiieren. Dies finde ich verwerflich. Ich werde dafür kämpfen, dass dies nicht stattfindet. Daran wird mich auch die Denunziation von anderen nicht hindern.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage. – Abg. Drexler SPD: Keine Fragen! Lasst doch die Fragerei bleiben!)

Präsident Straub: Das Wort zu einer Nachfrage erhält Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Mappus, ist es richtig, dass Sie Herrn Baral wörtlich „Konsequenzen“ angedroht haben, falls es zur Ausstellung kommt, und trifft es zu, dass damit gemeint war, dass Sie und die CDU in Pforzheim diese Ausstellung nicht besuchen werden?

(Lachen bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

So steht es in „Sonntag Aktuell“.

(Anhaltende Heiterkeit und große Unruhe – Glocke des Präsidenten – Weitere Zurufe, u. a. Abg. Beber SPD: Das war Originalton Mappus!)

Abg. Mappus CDU: Herr Palmer, ich sage Ihnen gern im Originalton, was ich zu Herrn Baral gesagt habe.

Übrigens nebenbei: Ich bin auf Herrn Baral zugegangen. Ich habe zweimal mit ihm telefoniert, weil ich ihn davon überzeugen wollte, dass diese Ausstellung keine gute Idee ist. Ich muss sagen, nach dem, was ich heute weiß, würde ich das weiß Gott nicht mehr machen: ohne Zeugen mit diesem Herrn zu reden.

Ich sage Ihnen aber auch, was ich gesagt habe. Ich habe am Schluss des Gesprächs zu ihm gesagt: „Herr Baral, Sie müssen wissen, was Sie tun. Ich werde für mich die persönlichen Konsequenzen daraus ziehen, und Sie können nicht erwarten, dass eine Institution wie die CDU weiterhin Veranstaltungen im Kulturhaus durchführt oder gar noch in diese Ausstellung geht.“

Meine Damen und Herren, nachdem Sie ja so viel von freier Meinungsäußerung halten, gehe ich davon aus, dass Sie damit relativ wenig Probleme haben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Schneider CDU: Ziehen Sie die Ausstellung zurück! – Abg. Fleischer und Abg. Dr. Reinhart CDU: Absagen!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Oettinger, Sie haben gesagt, ich hätte hier einen Spagat vollführt,

(Kretschmann)

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Doppelten Spagat!
– Gegenruf des Abg. Dr. Lasotta CDU: Dreifachen!)

und das hätte man mir angemerkt. Das ist in der Tat so. Ich habe hier einen Spagat vollführt. Es ist mir nicht leicht gefallen, meine Unterschrift unter die Ausstellung zu setzen. Ich glaube aber, so ist es halt in der Demokratie.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Ein bisschen standhafter!)

In unserer Verfassung heißt es lapidar: Eine Zensur findet nicht statt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das ist ein ganz elementares Grundrecht, damit Demokratie überhaupt existiert. Man kann sagen: Solange dieses Grundrecht existiert, existiert auch die Demokratie und wird alle Versuche, sie zu unterminieren, durchhalten. Davon bin ich fest überzeugt.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Grundrechte verlangen auch Verantwortung! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Dieses Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Pressefreiheit, ist ein Schutzrecht gegen den Staat;

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Und verlangt Verantwortung!)

das weiß wohl jeder. Es ist nicht in erster Linie ein Recht, das mich davor schützen soll, dass mein Nachbar etwas Böses über mich sagt – freilich ist es das auch –, sondern es ist in erster Linie von seiner ganzen Geschichte her ein Recht, das jeden Einzelnen, jede Gemeinschaft, jede Organisation davor schützen soll, dass der Staat zensiert. Das ist der Kerngehalt dieses Grundrechts. Weil das der Kerngehalt dieses Grundrechts ist, kann es nicht angehen, dass ein Mitglied einer Regierung Zensur und politischen Druck ausübt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Hat er gar nicht! – Abg. Fleischer CDU: Hat er gar nicht! Sie verwechseln freie Meinungsäußerung mit Zensur!)

Ich sage noch einmal: Die Erklärung des soziokulturellen Zentrums heißt:

Wir beugen uns als öffentlich anerkannte und geförderte Institution den Forderungen von Herrn Staatssekretär Stefan Mappus, da wir bei einer Durchführung der Ausstellung in den Räumen des Kulturhauses Osterfeld mit Konsequenzen durch die CDU rechnen müssen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hat es gesagt, ja!)

Sie heißt nicht: „Wir stellen die Ausstellung ein, weil wir davon überzeugt worden sind, dass sie schlecht ist und wir sie nicht zeigen sollten.“

(Abg. Dr. Birk CDU: Wo ist denn die Drohung?)

Das geht nicht. So etwas geht nicht,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

dass Sie freie Einrichtungen der Gesellschaft, die die Aufgabe haben, die Bevölkerung zu informieren und kritische Veranstaltungen durchzuführen, mit Druck daran hindern, ihre Grundrechte wahrzunehmen.

(Zurufe von der CDU)

Das geht auf gar keinen Fall. Das ist der Grund dafür, dass wir zu diesem Mittel der Ausstellung gegriffen haben.

Selbstverständlich muss ich da abwägen mit der Frage, wie man in diesem Haus miteinander umgeht; das ist alles völlig richtig; das habe ich mir sehr skrupulös überlegt.

Ich gebe Ihnen völlig Recht, Herr Kollege Oettinger: Die CDU Baden-Württembergs hat in ihrem Umgang mit den Republikanern neun Jahre lang gezeigt – nicht nur durch Worte, sondern durch Taten –, dass sie in keiner Weise mit Rechtsradikalen zusammenarbeitet. Ich habe davor einen großen Respekt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Gegen Versuche, Sie in eine rechtsradikale Ecke zu schieben, werde ich Sie hier gegen andere in Schutz nehmen. Das habe ich immer gemacht. Ich habe es übrigens sehr früh schon gemacht; das wissen Sie. Das habe ich schon 1984 auf einem Parteitag gemacht, als ich Mayer-Vorfelder gegen infame Angriffe aus meiner eigenen Partei in Schutz genommen habe.

(Minister Dr. Christoph Palmer CDU: Ja!)

Das hatte für mich schwere Konsequenzen.

(Abg. Wieser CDU: So intolerant sind die Grünen!
– Zuruf von der CDU: Freie Meinungsäußerung!)

Ich nehme Sie hier jederzeit in Schutz. Wir geben den antitotalitären Konsens in diesem Haus in keiner Weise auf.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Minister Dr. Christoph Palmer CDU: Sehr gut!)

Aber wenn Sie sagen, das, was wir machen, sei unverschämt, unkollegial und eine Kultur unter aller Sau,

(Minister Dr. Christoph Palmer CDU: Richtig!)

dann finde ich das doch sehr überzogen. Jedenfalls will ich mich darauf nicht weiter einlassen.

Ich will diese Äußerungen auch nicht zu hoch hängen. Aber ich möchte noch einmal dafür werben, dass Sie respektieren, dass wir in einer so schwierigen Frage versuchen, das Recht auf freie Meinungsäußerung vor einer Zensur durch Regierungsmitglieder zu schützen, und deswegen zu diesen Mitteln greifen.

Das, was Sie, Kollege Mappus, zur Kritik an den Kirchen gesagt haben, das kann man hier, meine ich, wirklich nicht stehen lassen. Die Kirchen sind wirklich groß genug, reif genug und souverän genug, um zu beurteilen, was sie machen und was nicht.

(Abg. Fleischer CDU: Aber nicht einzelne Mitglieder! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

(Kretschmann)

– Nein, es steht uns wirklich nicht zu, es in irgendeiner Weise zu diskreditieren, wenn Kirchen jetzt diese Ausstellung zeigen.

Wir müssen uns endlich – da wiederhole ich mich – abgewöhnen, hier eine Kultur zu pflegen, die zu erreichen versucht, dass Ausstellungen, die uns unliebsam sind, nicht gezeigt werden. Eine Zensur findet nicht statt – das ergibt doch nur einen Sinn, wenn wir nicht nur das nicht zensieren, was uns ohnehin gefällt oder nicht viel ausmacht. „Zensur findet nicht statt“ bedeutet vielmehr: Wir müssen genau das ertragen, was uns eben nicht passt und nicht gefällt. Das ist der Sinn dieses Rechts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Aber eben nicht alles! Das ist Ihr Fehler!)

Wen würde es denn wundern, wenn wir nur Dinge dulden, die uns eh passen. Demokratie beinhaltet, dass wir auch das erdulden, was uns nicht passt.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist jetzt zu grobschlächtig! – Abg. Oettinger CDU: Sie haben leicht reden! Sie sind ja auch nicht auf den Plakaten drauf!)

In der Ausstellung befindet sich eine Tafel, auf der rechtsradikale, rechtsextremistische und wirklich faschistische Publikationen gezeigt werden. Diese Publikationen sind aber an jedem Zeitungsstand bei uns erhältlich. Das zeigt, dass es in einer liberalen Demokratie möglich ist, selbst so widerliche Zeitungen zu verkaufen. Die Intention einer solchen Tafel ist natürlich: „So etwas müsste man verbieten.“

(Abg. Fleischer CDU: Aber das ist doch eine andere Qualität, wie Sie das darstellen!)

Das ist aber genau nicht unsere Meinung. Zwar bekämpfen wir solche widerlichen Ansichten politisch mit allen Mitteln – das ist gar keine Frage –, aber zu dem Mittel des Verbots zu greifen wäre die allerletzte Möglichkeit, und vieles – unter anderem auch die politische Klugheit – verbietet es, davon Gebrauch zu machen.

Herr Kollege Mappus, Sie haben selbst gesagt, dass es eben diese Dialektik der Öffentlichkeit gibt. Deshalb ist es völlig unsinnig – einmal abgesehen davon, dass es auch ungehörig ist –, solche Maßnahmen zu ergreifen, wie Sie es gemacht haben. Die Bilder sind alle im Internet zu finden und werden durch solche Maßnahmen erst richtig bekannt. Sie verschaffen dieser Ausstellung eine Publicity und eine öffentliche Plattform, die sie vorher nicht hatte.

(Abg. Mappus CDU: Das ist eine tolle Argumentation!)

Ich möchte noch einmal den Vorwurf entschieden zurückweisen, dass wir hier unsere Rechte missbrauchen würden. Ich möchte mich noch mal – –

(Abg. Fleischer CDU: Entschuldigen?)

Da kann ich, glaube ich, für meine ganze Fraktion sprechen: Wir werden an dem antitotalitären Konsens in diesem Haus festhalten, und wir werden ihn pflegen.

(Zuruf von der CDU: Das ehrt Sie! – Abg. Wieser CDU: Bauen Sie die Ausstellung ab!)

Aber wir haben uns in diesem Konfliktfall gezwungen gesehen, zu diesem Mittel zu greifen, weil wir jeden Versuch, Zensur auszuüben, im Keim ersticken müssen. Dazu sehen wir uns verpflichtet.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Warum provozieren Sie dann?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil vor allem Herr Mappus wieder einiges falsch dargestellt hat. Frau Vogt hat die Zensur kritisiert, aber sie hat überhaupt nicht die Ausstellung und ihren Inhalt in Schutz genommen.

(Abg. Mappus CDU: Das stimmt nicht!)

Das ist ein großer Unterschied, Herr Mappus. Und Sie sollten sich im Grunde genommen abgewöhnen, zuerst die große Zusammenarbeit der Demokraten zu loben und uns anschließend zu bezichtigen, wegen dieser Ausstellung ein Steigbügelhalter der Linksradikalen zu sein. Das geht nicht!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Übrigen: Ihr Angebot, eine Ausstellung zu machen, kam am vergangenen Dienstag um 13:25 Uhr bei der SPD in Pforzheim an. Heute ist Donnerstag.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und?)

– Was heißt denn „und“? Am Dienstag und Mittwoch, innerhalb dieser zwei Tage, können sich ja die Mitglieder der SPD dort überlegen, wie sie auf dieses Angebot reagieren wollen und was sie machen wollen, und am Mittwoch stand schon Ihr Ausstellungsentwurf in der Zeitung, in dem lauter CDU-Organisationen aufgeführt sind. So trickreich kann man das natürlich auch machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn Sie eine faire Zusammenarbeit wollen, dann muss sich die SPD in Pforzheim auch noch überlegen, ob sie zusammen mit demjenigen, der bei einer anderen Ausstellung Zensur ausübt, eine Ausstellung machen will.

(Beifall bei der SPD – Abg. Herrmann CDU: Jetzt aber! – Abg. Fleischer CDU: Aha!)

– Ja, natürlich. Das muss man sich doch wohl überlegen. Man muss deutlich machen, dass man gegen Zensur ist. Und ob sie dann gemeinsam mit jemandem, der Zensur ausübt, eine Ausstellung machen will, darüber muss eine demokratische Partei – vor allem mit der Geschichte der SPD – nachdenken, und zwar länger als zwei Tage.

(Zurufe der Abg. Fleischer und Alfred Haas CDU)

Das sagt überhaupt nichts darüber aus, ob sie da mitmacht oder nicht.

(Drexler)

Noch einmal, Herr Mappus: Herr Hildebrandt arbeitet hier im Landtag bei den gesamten Gedenkveranstaltungen mit – da wird überhaupt nicht kritisiert. Er ist Vorsitzender dieser Organisation.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Herr Alfred Hausser hat als langjähriger Ehrenvorsitzender der Vereinigung auf Antrag des Herrn Ministerpräsidenten Teufel das Bundesverdienstkreuz bekommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch in Ordnung!
Völlig unumstritten!)

– Das ist nicht in Ordnung, wenn man auf der anderen Seite gerade diese Leute immer ins Zwielicht setzt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch gar nicht wahr! – Weitere Zurufe)

– Sie auch! – Was schreibt der Herr Ministerpräsident? Das wollen wir der Öffentlichkeit doch schon einmal sagen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe Ihren Innenminister zitiert, sonst gar nichts! Nehmen Sie das zur Kenntnis!)

– Über Ihre demokratische und liberale Haltung, Herr Kollege Pfister, möchte ich mich jetzt wirklich nicht äußern. Sie haben heute den politischen Liberalismus zu Grabe getragen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Ja, natürlich!

(Abg. Fleischer CDU: Das ist unter jeder Sau, was Sie hier abliefern! – Abg. Wieser CDU: Sie sind ein richtiger Toleranzbolzen!)

Der Herr Ministerpräsident schreibt:

Es ist mir eine große Freude und Ehre, Ihnen heute zu Ihrem 85. Geburtstag zu gratulieren. In hoher Wertschätzung Ihres lebenslangen Einsatzes für Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde und Meinungsfreiheit übermittle ich Ihnen meine herzlichen Glück- und Segenswünsche.

Ich gedenke heute mit großem Respekt Ihres tapferen Einsatzes für Ihre Überzeugungen in den Zeiten des Nationalsozialismus. Sie mussten damals wie viele andere politische Gefangene Haft, Unrecht und Todesgefahr erleiden.

Viele Menschen haben aus der schrecklichen Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft die Lehre gezogen, sich gegen Unrecht und Unmenschlichkeit zu wehren. Sie selbst zählen zu jenem Personenkreis, der von Anfang an mit Entschiedenheit jedweder Verletzung von Menschenrechten entgegentrat. Dafür und für Ihr langjähriges Wirken als Vorsitzender und Ehrenvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten im Landesverband Baden-Württemberg danke ich Ihnen recht herzlich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Ja und? – Abg. Wieser CDU: Was kritisieren Sie jetzt eigentlich, Herr Drexler? – Zuruf des Abg. Seimetz CDU – Abg. Fleischer CDU: Der Ministerpräsident hat Ihnen ja auch schon geschrieben, und Sie machen trotzdem viel verkehrt!)

Ich wollte das hier bloß deutlich zum Ausdruck bringen: Die Organisation, der Herr Hausser lange Jahre vorstand, ist diejenige, die diese Ausstellung zusammengestellt hat.

Nun sage ich noch einmal: Der Unterschied zwischen der CDU und der FDP/DVP einerseits – und das hat mich vorhin wirklich erschüttert – und den Grünen und der SPD andererseits ist im Landtag wohl folgender: dass wir selbst Kritik an Persönlichkeiten der SPD, die wir nicht teilen, in einer Ausstellung durchaus für eine Auseinandersetzung zeigen lassen wollen und keine Zensur ausüben, Herr Kollege Pfister.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig!)

Wir Sozialdemokraten haben nämlich noch nie Zensur ausgeübt. Das ist der Unterschied: Man muss auch bereit sein, sich bei einer Ausstellung einer unabhängigen Organisation zur Verfügung zu stellen, selbst wenn man mit dem Inhalt der Ausstellung nicht einig ist. Das muss möglich sein.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja! – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Bisher habe ich immer gedacht, das sei gemeinsame Auffassung. Die richtige Antwort der FDP/DVP und der CDU wäre gewesen, die grüne Fraktion zu bitten, entweder zur Ausstellungseröffnung oder zwei Tage später ein Forum durchzuführen und dabei über die Ausstellung zu diskutieren. Dann hätten wir gesehen, was bei Herrn Oettinger dabei herauskommt. Das hat jedoch niemand gemacht. Das wäre etwas gewesen, Herr Oettinger; da hätte ich große Hochachtung gehabt. Eine Debatte darüber zu führen wäre okay gewesen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Fleischer CDU: Ihr Selbstwertgefühl geht gegen null! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

„Freiheit“, meine sehr verehrten Damen und Herren, „ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, das ist der Grundsatz der Demokraten, auch in diesem Haus.

(Abg. Fleischer CDU: Aber nicht grenzenlos! – Abg. Seimetz CDU: Von Sozialdemokraten kommt der Ausspruch: „Wehret den Anfängen!“ – Unruhe)

– Es geht nicht um „grenzenlos“, sondern darum – ich muss das ja nicht dauernd verteidigen –,

(Abg. Fleischer CDU: Sie tun es aber!)

keine Zensur auszuüben. Die eine Fraktion hat mit dieser Ausstellung dargestellt, dass sie gegen Zensur ist. Wir haben es mit einem parlamentarischen Antrag gemacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

(Drexler)

Es gehört zu den parlamentarischen Mitteln, auch Ausstellungen ins Parlament zu holen – in diesem Fall in eine Fraktion.

Herr Kollege Oettinger, Sie haben angedroht, das sei die Aufkündigung eines Grundkonsenses. Herr Palmer hat gesagt, das werde auch Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der Regierung mit den Grünen haben. Wenn Sie das schon wieder androhen, dann müssen Sie es halt machen. Aber das zeigt doch, wes Geistes Kind Sie sind.

(Abg. Fleischer CDU: Vor allem, wessen Geistes Kind Sie sind!)

Setzen Sie sich doch inhaltlich damit auseinander, sagen Sie, was Sie auf den zwei Tafeln für falsch halten, führen Sie eine Diskussion. Das wäre die richtige Antwort von Demokraten auf eine Ausstellung, die Ihnen nicht passt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und nicht die Drohung mit irgendwelchen Aufkündigungen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Ihnen fehlt der Anstand, Herr Drexler!)

Ich sage es noch einmal: Sie haben in der Zwischenzeit der Ausstellung eine Publizität verschafft, die grenzenlos ist. Sie wird viele Menschen zu dieser Ausstellung führen. Ich hoffe, dass sie dann auch pädagogisch gut vorbereitet ist.

Und zum Schluss, Herr Palmer: Ich halte es nun wirklich für das Falscheste, dass Sie hier vor dem Parlament als Regierungsmitglied und Minister im Staatsministerium an die Kirchen ein ermahnendes Wort richten

(Abg. Fleischer CDU: Das gehört zur offenen Diskussion!)

unter dem Motto „Schaut mal, wo es euch gut geht!“

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist ja richtig!)

Es ist doch eigenartig, dass ihr eine Ausstellung zeigt, bei der ihr eventuell mit anderen, bei denen es euch möglicherweise nicht so gut geht, eine Verbindung eingeht. Denkt mal darüber nach!“

(Abg. Fleischer CDU: Das war etwas vereinfacht!)

Das ist eine Unverschämtheit, und das weisen wir hier auch in aller Form zurück.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: So weit kommts noch! Das ist ja unglaublich! Da kann man sich nur an den Kopf fassen! – Zuruf von der CDU: So ein Blödsinn!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Konsequenzen für die Rechtspolitik aus der wachsenden Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich erteile das Wort in der Aussprache Herrn Abg. Theurer.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute Morgen anderthalb Stunden über ein Thema diskutiert, das hier die Emotionen natürlich hat hochschnellen lassen, aber das mich nicht so stark bewegt wie der dramatische Anstieg der Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Auch wichtig!)

Ich möchte dieses Thema hoch hängen, weil wir durch die aktuellen Berichte der Landesregierung und von Berichten in den Tageszeitungen aufgeschreckt sind, die zeigen, dass Täter und Opfer jünger werden. Seit 1992 ist die Zahl der tatverdächtigen Kinder und Jugendlichen unter 21 Jahren von 45 000 auf rund 72 000 pro Jahr gestiegen. Bezogen auf 100 000 Einwohner, meine Damen und Herren, bedeutet dies eine Zunahme um 45 %. Dies muss uns beunruhigen, dies muss die Alarmglocken in unserer Gesellschaft schrillen lassen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: So ist es!)

Am meisten beunruhigt mich, dass die Gewaltkriminalität unter Jugendlichen sehr stark zugenommen hat. Die schweren Straftatbestände Tötung, Vergewaltigung, Raub und gefährliche Körperverletzung werden von jungen Menschen immer häufiger begangen. Das muss uns aufrütteln. Wir haben für heute diese Aktuelle Debatte beantragt, weil wir der Meinung sind, dass das Thema ganz oben auf die politische Agenda gesetzt werden muss.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Natürlich hat es Gewalt auch unter Kindern und Jugendlichen in einer Gesellschaft über die Jahrhunderte hinweg immer gegeben, aber wichtig ist, wie wir als Gesellschaft mit solchen Entwicklungen umgehen. Deshalb fordere ich für die FDP/DVP-Landtagsfraktion eine Grundsatzdebatte in unserer Gesellschaft, um diesen Entwicklungen, die besorgniserregend sind, entgegenzutreten. Wir hätten hierzu auch von der rot-grünen Bundesregierung mehr Initiativen erwartet. Wir werden nun diese Initiativen vonseiten des Landes Baden-Württemberg einfordern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir brauchen dabei auch eine Diskussion über Vorbilder. Liberale wollen den starken Staat, wobei für uns der starke Staat ein schlanker, aber fitter, ein wirksamer Staat ist. Zunächst einmal wollen wir, dass bestehende Gesetze konsequent angewandt werden. Es gilt, den Rechtsstaat wirksamer zu machen. Dazu ist eine bessere, schnellere und wirksamere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten sowie Bewährungs-, Kinder- und Jugendhilfe und von Institutionen der Bildung im Bereich von Schulen und Kindergärten erforderlich. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP/DVP haben hierzu richtungweisende Projekte gestartet. Ich nenne

(Theurer)

stellvertretend das erfolgreiche Projekt „Haus des Jugendrechts“

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

und das Initiativprogramm „Jugendliche Intensivtäter“. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden, ebenso die Prävention in Schulen und Kommunen. Wir brauchen die Unterstützung aller gesellschaftlichen Gruppen, von der Arbeiterwohlfahrt über die Kirchen und Vereine bis zum Zontaclub.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus sind aber aus Sicht der FDP/DVP Rechtsänderungen erforderlich. Wir schlagen die Einführung eines Warnschussarrestes vor.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt kommt der Knüppel!)

Wir sind der Meinung, dass die Anwendung des allgemeinen Strafrechts für Heranwachsende wieder die Regel und nicht die Ausnahme sein soll. Das Gesetz muss möglicherweise präzisiert werden, weil die Rechtsprechung mittlerweile die Ausnahme zur Regel hat werden lassen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das wird ja Gründe haben!)

Wir schlagen die Erhöhung des Strafrahmens bei nach Jugendstrafrecht verurteilten Heranwachsenden auf 15 Jahre vor, um gerade vor Gewaltverbrechen abzuschrecken. Wir fordern die Stärkung des vereinfachten Jugendverfahrens. Die FDP/DVP-Fraktion spricht sich für die nachträgliche Sicherungsverwahrung von Heranwachsenden aus, auf die das allgemeine Strafrecht angewandt wird.

Meine Damen und Herren, wir können nicht einerseits immer mehr Verantwortungen auf Jugendliche übertragen, wir können nicht einerseits sagen: „Wir senken das Eintrittsalter, man soll mit 16 Jahren Auto fahren dürfen, man darf immer früher in die Diskothek“, und andererseits zulassen, dass es, wenn man Gesetze übertritt, gegen Gesetze verstößt, Straftaten im jugendlichen Alter begeht, nicht die erforderlichen Sanktionen nach sich zieht. Das funktioniert nicht. Auf diesen Umstand, meine Damen und Herren, wollen wir hinweisen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

und wir wollen entsprechende Gesetzesinitiativen ergreifen, weil wir sehen, dass die Zahl der jungen Tatverdächtigen stark zugenommen hat.

In der ersten Runde möchte ich aber auch nicht verhehlen, dass das Ganze in einen breiteren gesellschaftlichen Zusammenhang eingebettet werden muss. Solange angesehene Bürger ihre Luxuslimousine ohne Unrechtsbewusstsein immer häufiger durch Fußgängerzonen steuern und im Parkverbot abstellen, solange Sozialversicherungsbetrug und Schwarzarbeit zunehmend als Kavaliersdelikte angesehen werden und Steuerhinterziehung gar zum Volkssport wird, so lange fehlt der Entrüstung jener Kreise über das Ausiedlerkind, das im Supermarkt beim Diebstahl erwischt wird, die moralische Grundlage, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Zeller SPD: Das stimmt sogar!)

Deshalb brauchen wir insgesamt eine Grundsatzdebatte über Werte und Normen, weil der allgemeine Umgang einer Gesellschaft mit ihren Werten und Normen Auswirkungen auf die Wertekoordinaten junger Menschen hat. Dies möchte die FDP/DVP mit der heutigen Debatte auf die Tagesordnung, auf die Agenda dieses Hauses setzen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Es geht vielleicht auch um soziale Zusammenhänge!)

Ich würde mir wünschen, dass dieses wichtige Thema „Bekämpfung der Jugendkriminalität, Bekämpfung der Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen“ die gleiche Aufmerksamkeit erhält wie andere Tagesordnungspunkte am heutigen Tag.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Reinhart.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Theurer hat zu Recht auf den Anstieg der Jugendkriminalität und auch auf die Bedeutung für unsere Gesellschaft hingewiesen. Was sich in den letzten zehn Jahren entwickelt hat, ist Besorgnis erregend und muss uns alle veranlassen, darüber nachzudenken, was in unserer Gesellschaft in die falsche Richtung läuft. Wir werden diese Herausforderung auch nicht nur mit Gesetzen lösen können.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Schon gar nicht mit dem Strafrecht!)

– Sicherlich nicht mit dem Strafrecht allein, aber wir brauchen auch das Strafrecht, Herr Kollege Oelmayer. Das gehört dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich zuvorderst der Landesregierung ein Kompliment machen – dem Justizministerium, aber auch dem Innenministerium, dem Kultusministerium und dem Sozialministerium.

(Abg. Zeller SPD: Wirtschaftsministerium nicht vergessen!)

Ich finde, dass das, was bisher von der Regierung in Ansätzen in Angriff genommen wurde, in Deutschland mustergültig ist.

(Abg. Zeller SPD: Na, na, na! So ist es aber nicht!)

Wir werden das auch nur im Konsens der Ressorts und der Gesellschaft insgesamt angehen können. Wir werden es nicht nur repressiv angehen können – das heißt mit Bestrafung –, sondern werden sicherlich auch den Gedanken der Prävention immer wieder in den Vordergrund stellen müssen.

(Abg. Zeller SPD: Dann dürft ihr aber nicht die Mittel streichen!)

(Dr. Reinhart)

Das beginnt, Herr Kollege Zeller als bildungspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion, auch in den Schulen, aber auch in den Familien, auch in der Erziehung,

(Abg. Zeller SPD: Aber dann dürft ihr nicht die Mittel streichen, die notwendig sind, um so etwas zu machen!)

und zwar schon vom Kleinkindalter an.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Die FDP/DVP hat im letzten Sommer zur Frage der Gewalt in den Medien eine Anfrage eingebracht. Das ist auch ein Punkt, über den man in diesem Zusammenhang sprechen muss.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn Gewaltverherrlichung in den Medien ist sicherlich der Erziehung von Kindern und Jugendlichen nicht förderlich.

(Abg. Bebber SPD: Dann müssen wir aber auch Konsequenzen ziehen!)

– Zu den Konsequenzen komme ich gleich, Herr Kollege Bebber. – Eine Konsequenz ist sicherlich falsch: wenn man wie Rot-Grün Kriminalität bagatellisiert.

(Abg. Zeller SPD: Wer macht denn das?)

– Das kann ich Ihnen sehr wohl sagen.

(Abg. Zeller SPD: Wer denn?)

Schauen Sie sich einmal an, was derzeit zur Entkriminalisierung beim Ladendiebstahl und bei den Drogen in der Diskussion ist, um nur zwei Beispiele zu nennen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das sind doch alte Kamellen!)

– Das ist nicht alt, Herr Kollege Oelmayer, das ist nach wie vor aktuell. Wissen Sie, warum? 80 % der Kriminalität unter Jugendlichen betreffen Körperverletzung, Raub und Diebstahl. Da dürfen wir doch nicht mit Entkriminalisierung und Bagatellisierung des Ladendiebstahls die Sache noch fördern. Im Gegenteil, Herr Kollege Theurer hat zu Recht darauf hingewiesen: Wir müssen das Strafrecht, auch so, wie wir es haben, anwenden, und zwar konsequent anwenden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das hat doch niemand anders gesagt!)

Das heißt, wir dürfen die Heranwachsenden nicht sozusagen in der Regel als Jugendliche behandeln, sondern das muss die Ausnahme sein, und zwar dann, wenn Entwicklungsdefizite herrschen. Das sind Gedanke und Normzweck des Gesetzes gewesen.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt sagen Sie einmal etwas zur Prävention!)

– Ich sage Ihnen gleich auch etwas zur Prävention. Aber zunächst will ich Ihnen etwas zum JGG, zum Jugendstrafrecht sagen.

Wir haben im Grunde genommen die Entwicklung, dass dort der Zweck der erzieherische Gedanke ist. Da haben wir auch ein breites Instrumentarium. Das ist auch nicht schlecht. Das hat sich sicherlich bewährt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Klar!)

Auch der Deutsche Juristentag hat sich übrigens seit langem wieder einmal mit dem Thema Jugendkriminalität befasst.

(Abg. Bebber SPD: Gehen Sie einmal auf die Beschlüsse ein!)

– Herr Kollege Bebber, ich gehe gerne auch auf die Beschlüsse des Juristentags ein. Aber jetzt gehe ich auf Rot-Grün ein.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Es geht doch um die Sache und nicht um Rot-Grün!)

In der Koalitionsvereinbarung haben Sie gerade einmal geschrieben, dass Sie es prüfen wollten. Zu Recht wurde darauf hingewiesen, dass man im gleichen Atemzug darüber diskutiert, die Höchstjugendstrafe auf fünf Jahre zu reduzieren, während wir öffentliche Diskussionen darüber haben, diese bei Schwerekriminalität auf 15 Jahre zu erhöhen. Das ist doch die Realität.

Ich will Ihnen zur Prävention Folgendes sagen: Wir haben in Baden-Württemberg einige Projekte, die der Kollege Theurer im Bereich der Justiz angeführt hat, aber auch im Bereich des Innenministeriums. Der Innenminister ist anwesend, die Kultusministerin ist anwesend.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Das ist mustergültig, sowohl bei der Prävention – –

(Lachen des Abg. Oelmayer und bei der SPD – Abg. Oelmayer GRÜNE: Die persönlichen Komplimente können Sie nachher draußen zum Ausdruck bringen, Herr Kollege!)

– Moment! – Vom Innen-, vom Justiz- und vom Sozialministerium ist das Initiativprogramm „Jugendliche Intensivtäter“ aufgelegt worden. Es gibt in den Schulen zum Beispiel die Streitschlichter. Ich finde es sehr gut, dass man dort schon ein Bewusstsein dafür schafft, wie man mit Konflikten, mit Gewalt umgeht. Dass man dort Streitschlichter ausbildet, ist ein sehr guter Ansatz in die richtige Richtung.

Ich möchte aber auch etwas zum Bereich der Justiz sagen, was meinen Wahlkreis betrifft. Herr Kollege Goll ist sehr lange öffentlich in den Zeitungen im Zusammenhang mit dem Projekt „Chance“ genannt worden. Das wird in Creglingen im kommenden Jahr begonnen werden. Ich gehe davon aus, dass die Justizministerin – –

(Ministerin Corinna Werwigk-Hertneck: In diesem Jahr!)

– Bitte?

(Ministerin Corinna Werwigk-Hertneck: In diesem Jahr!)

– Dieses Jahr, Entschuldigung. Wir sind im Jahr 2003.

(Dr. Reinhart)

Ich gehe davon aus, dass es in Creglingen, in meinem Wahlkreis, beginnt. Dort sollen Ersttäter im Alter zwischen 14 und 17 –

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

– Ja, Herr Kollege Bebber. Es wollte ja niemand haben. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Es war ein Armutszugnis in der Diskussion, was den Standort in diesem Land angeht. Das will ich Ihnen in diesem Zusammenhang sagen.

(Abg. Bebber SPD: Richtig!)

Ich bin froh darüber, dass ein Bürgermeister den Mut gezeigt hat, im Zusammenhang mit dem Justizministerium überhaupt einen Standort zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dort sollen Ersttäter im Alter zwischen 14 und 17 Jahren in Arbeit vermittelt werden, betreut werden, weil wir wissen, dass delinquente jugendliche Straffällige, wenn sie einmal auf die schiefe Bahn kommen und nicht in der richtigen Betreuung Begleitung erfahren, Wiederholungstäter werden und abrutschen in ein kriminelles Milieu, aus dem man sie nicht mehr zurückholen kann.

Das ist eine Herausforderung an die ganze Gesellschaft. Denn wir müssen sehen, dass wir – die Zahlen wurden genannt – nach dem Bericht der Polizei im Jahr 2001 einen Anstieg auf 71 000 Tatverdächtige haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Der Innenminister rechnet die schon hoch auf 100 000!)

Wenn wir diese vorliegenden Zahlen sehen, dann wissen wir bei der Zunahme der Verurteilungen um über 50 % in den vergangenen zehn Jahren, dass es uns ein Anliegen sein muss, dieser Herausforderung zu begegnen. Ich nenne hier auch die Kriminalität von jungen Aussiedlern. Auch das ist ein Thema,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ein gewaltiges!)

dem wir uns stellen müssen. Denn auch diese Kriminalität hat zugenommen, wie wir wissen.

Ich glaube, dass wir deshalb alle gefordert sind, mit den Maßnahmen, die bisher auch rechtspolitisch diskutiert werden, dieser Herausforderung zu begegnen. Ich wiederhole es: Regelanwendung des allgemeinen Strafrechts bei Heranwachsenden, Erhöhung des Strafrahmens, Einführung des Warnschussarrestes – das hat Herr Kollege Theurer angesprochen –, Stärkung des vereinfachten Jugendverfahrens, aber auch wirksames Eintreten gegen Entkriminalisierungs- und Aufweichungstendenzen, will heißen, wir dürfen nicht bagatellisieren. Wir dürfen weder den Ladendiebstahl herabstufen, noch dürfen wir Drogendelikte in die Ordnungswidrigkeitsebene zurückholen. Das gilt übrigens auch für das Schwarzfahren, Herr Kollege Oelmayer. Bedenken Sie einmal die Diskussionen, die wir bundesweit zu diesem Thema geführt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Insoweit wäre schon zu erwarten, dass auch bei Rot-Grün ein Umdenken eintritt. Denn ich glaube, wir brauchen alle Kräfte und alle Konsequenzen, um dieser Herausforderung zu begegnen. Deshalb will ich in der zweiten Runde ausdrücklich noch einmal die ressortübergreifenden Maßnahmen nennen, die hier eine Rolle spielen. Darauf werde ich in der zweiten Runde noch näher eingehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bebber.

Abg. Bebber SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir kritisieren an drei Punkten die Vorgehensweise der Landesregierung zur Bekämpfung der Jugendkriminalität. Wir räumen ein, dass das ein Problem ist, um das wir uns kümmern müssen,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Rechtliche Konsequenzen!)

so groß jedenfalls, dass wir es nicht an zweite oder an dritte Stelle rücken können. Aber man muss das Problem dann seriös aufgreifen.

Wir halten es, Herr Innenminister, nicht für seriös, wenn das Anwachsen der Bevölkerungszahl prozentual hochgerechnet wird auf ein Anwachsen der Jugendkriminalität. Wir meinen, es ist wichtig, das differenzierter zu sehen und zumindest die Faktoren zur Grundlage zu machen, die bei der Jugendkriminalität entscheidend sind. Wir wissen, es ist eine Vielzahl, die zusammenwirken und sich gegenseitig auch verstärken. Dazu gehört, dass für jugendliche Straftäter kennzeichnend ist, dass sie beispielsweise Bildungsdefizite haben. Dazu gehört auch, dass sie in den armen Bereichen angesiedelt sind und dass sie arbeitslos sind. Dazu gehört nun einmal, dass mit Jugendkriminalität häufig die Zugehörigkeit zu Jugendbanden einhergeht. Insgesamt wirkt sich all das so aus, dass mehr Jugendliche – und dies in stärkerem Maß – straffällig werden. Das muss aber berücksichtigt werden. Es kann nicht einfach eine Hochrechnung auf die wachsende Bevölkerungszahl erfolgen.

Wenn man also analysiert – es gibt ja den Ersten Periodischen Sicherheitsbericht, ein sehr interessantes und aufschlussreiches Werk –, weiß man, welche Hintergründe für Jugendkriminalität bestehen – jedenfalls nach den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Das muss man zugrunde legen.

Wenn ich das zugrunde lege, komme ich zum zweiten Kritikpunkt: Eine Strafverschärfung allein ist zur wirksamen Bekämpfung von Jugendkriminalität nicht geeignet.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Oelmayer GRÜNE und Kleinmann FDP/DVP)

Wäre bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität eine Strafverschärfung Erfolg versprechend, wären wir sofort dabei. Aber alles, was in der Bundesrepublik und darüber hinaus Rang und Namen hat, Wissenschaftler, Praktiker, Kriminologen, alle sagen uns: „Von Sanktionsverschärfung ist weder unter general- noch unter spezialpräventiven Ge-

(Bebber)

sichtspunkten eine Reduzierung der Jugendkriminalität zu erwarten.“ Das steht auch in dem Sicherheitsbericht.

Weil es immer noch Politiker gibt, die das Gegenteil behaupten, wie wir hier gerade gehört haben, hat Professor Heinz von der Universität Konstanz, gemünzt auf die Politiker, ausdrücklich erklärt:

Entgegen der von Teilen der Politik vertretenen Auffassung ist die sach- und fachkundige Praxis der Jugendkriminalrechtspflege jedenfalls davon überzeugt, dass zur Lösung der Probleme junger straffällig gewordener Menschen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts kein notwendiges und kein geeignetes Mittel ist.

Man kann sicher die Auffassung vertreten, dass ein junger Mensch, der eine schwere Straftat begeht, nicht nur 10, sondern 15 Jahre Haft bekommen soll. Nur: Es wäre ein Fehlschluss, zu glauben, durch die Erhöhung der Zahl der Haftjahre würde jemand davon abgehalten, eine schwere Straftat zu begehen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ja!)

Die Erfahrung zeigt, dass dies gerade nicht so ist. Deshalb halten wir die Anhebung der Strafdauer nicht für geeignet, zu verhindern, dass junge Menschen zusätzlich straffällig werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Die generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende wird von Wissenschaft, Praxis und Fachverbänden einhellig abgelehnt – übrigens auch vom Deutschen Juristentag. „Einhellig“: Ich weiß, es gibt natürlich immer auch davon abweichende Meinungen. Aber das gibt es bei Juristen dreimal.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Mit dem Jugendstrafrecht kann angemessener und flexibler auf Straftaten reagiert werden, die entwicklungsbedingt sind oder aufgrund von Sozialisierungsdefiziten begangen wurden.

Einhellig wird auch die Meinung vertreten: Bevor man an der Strafschraube dreht, muss zum Beispiel die Bewährungsarbeit wirksam gestaltet werden. Das heißt, die Fallzahlen für die Bewährungshelfer, die in Baden-Württemberg gegenwärtig bei 80, 90 Probanden liegen, müssen auf 20, 30 gesenkt werden, wie das etwa in Kanada der Fall ist. Bevor wir das nicht gemacht haben, hat es keinen Sinn, Strafverschärfungen vorzunehmen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Der Warnschussarrest wird von Experten als untauglich abgelehnt. Ich zitiere Professor Kreuzer von der Universität Gießen, der zum Warnschussarrest sagt:

Die Argumentation

– der Warnschussbefürworter –

lässt Entwicklungen im Jugendarrest allgemein außer Acht. Abschrecken kann Kurzhaft allenfalls kurzfristig.

Selbst dies setzte voraus, dass Arrest nach dem überholten Konzept des „short sharp shock“ gestaltet wäre.

Er hat gesagt – ich gehe davon aus, dass dies richtig zitiert ist –, neuerliche Versuche in den USA – Drillcamps haben sie das dort genannt – seien nach dem dortigen Sherman-Report gescheitert.

Wenn das gescheitert ist und schon die Amerikaner darauf kommen, müssen wir nicht die Fehler, die andere schon als Fehler erkannt haben, noch einmal begehen.

(Beifall bei der SPD)

Es hat keinen Sinn, im Bundesrat vom Ergebnis her erfolgreiche Strafmaßnahmen verfolgen zu wollen und sich dafür zu verkämpfen. Der Verdacht entsteht, dass das auch gar nicht gemacht wird, um Erfolg bei der Kriminalitätsbekämpfung zu haben, sondern um den schwarzen Peter nach Berlin weiterzugeben. Wenn das so wäre, wäre es fatal.

Ich möchte daran erinnern: Es gibt im Land genügend zu tun. Die Fachleute – ich kann wieder auf diesen dicken Bericht verweisen – haben einhellig die Meinung, dass schulpolitische Maßnahmen notwendig sind, dass jugendpolitische Maßnahmen notwendig sind, dass kriminalpräventive Maßnahmen notwendig sind, Herr Innenminister. All das erfolgt im Land nur in Ansätzen.

Es ist gut, wenn es ein „Haus des Jugendrechts“ gibt. Aber das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Das reicht nicht. Es ist gut, wenn es ein Projekt „Chance“ gibt. Aber das ist ein Projekt. Damit können Sie den Jugendbereich in der Problemzone nicht abdecken. Da muss mehr getan werden. In den Schulen muss mehr getan werden. In den Kommunen muss mehr getan werden. Das kostet Geld.

Das – unterstelle ich – ist der Grund, weshalb Sie den wohlfeilen Weg der Gesetzesänderung und Strafverschärfung in Richtung Berlin gehen und nicht zu Hause die Aufgaben erledigen, die Geld kosten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will vorweg zwei Bemerkungen machen, weil ich dem Landtag von Baden-Württemberg jetzt sechs Jahre angehöre und nun zum dritten Mal einer Debatte zum Thema „Jugendkriminalität und -strafrecht“ beiwohne. Als Abgeordneter, der natürlich immer versucht, aus Debatten, Ergebnissen und Thesenpapieren der Vergangenheit entsprechende Schlüsse zu ziehen, mache ich mir auch immer die Mühe, da noch einmal nachzuschauen.

Die erste Debatte, die ich hier in diesem Haus zu diesem Thema erlebt habe, datiert vom Jahr 1997. Im Jahr 1997 war die Fragestellung ähnlich wie heute. Es ging um die Frage, inwieweit es denn möglich sei, durch härtere strafrechtliche Sanktionen die Jugendkriminalität zurückzudrängen. Damals, im Jahr 1997, waren wir in diesem Haus einer Meinung, dass die strafrechtliche Keule nur die letzte Möglichkeit sein kann und man sie deswegen auch nicht über

(Oelmayer)

das hinaus auspacken muss, was das Strafrecht und das Jugendgerichtsgesetz schon bieten, und dass man keine Strafverschärfungen und kein Ausdehnen der Strafrahmen usw. unternehmen soll. Ich zitiere aus dem Protokoll immerhin den jetzigen Staatssekretär und damaligen rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion,

(Abg. Blenke CDU: Guter Mann!)

der damals, meine ich, richtig und zutreffend ausgeführt hat – Kollege Reinhart, hören Sie zu! –:

Wenn wir die Kriminalstatistik weder herunter- noch heraufdefinieren,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Es geht kein Blatt zwischen uns!)

öffnet dies den Blick dafür, dass es sich um ein soziales Problem handelt, das sozial gelöst und nicht allein strafrechtlich bekämpft werden muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dieser Aussage, Kollege Rech, die Sie ja immerhin bis zur Beförderung zum Staatssekretär gebracht hat, ist zu diesem Thema eigentlich nichts hinzuzufügen.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich kann weiter sagen – das soll ein Lob für die Landesregierung sein –:

(Abg. Bebbler SPD: Oje!)

Es gab dann in der Vergangenheit zum Beispiel ein umfangreiches Maßnahmenpapier aus mehreren Ministerien, das überschrieben ist: „Gemeinsames Präventionsprogramm Kinder- und Jugendkriminalität“.

(Abg. Rech CDU: Gut, gelle? – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Viele der Themen, die darin stehen, tragen wir als grüne Landtagsfraktion mit, weil sie nicht mit dem Strafrecht ansetzen, sondern sich im Wesentlichen auf den Bereich der Jugendhilfe konzentrieren und darüber hinaus auch Maßnahmen fordern, die die Landespolitik umsetzen kann. Ich will einmal ein paar nennen: mobile Jugendarbeit, Schulsozialarbeit etc. pp. In dem Maßnahmenkatalog gab es auch Maßnahmen an Schulen.

Hören Sie jetzt gut zu, Kollege Theurer. Sie gehören dieser Landesregierung ja an bzw. Sie tragen diese Landesregierung. Sie gehören ihr nicht an, aber Sie tragen sie.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Am Schluss steht in diesem Papier ein ganz wichtiger Satz, den ich dieser Landesregierung gar nicht zugetraut hätte.

(Abg. Rech CDU: Gell!)

Sie schreibt darin, dass weitere Maßnahmen erst dann in diesem Hause diskutiert und beschlossen werden sollen, wenn dieser Maßnahmenkatalog auf seine Wirksamkeit hin evaluiert sei.

Diese Evaluation liegt diesem Haus jedenfalls bis heute nicht vor. Das Einzige, was wir hören, sind grausame und grausliche Statistiken, sozusagen eine Art Stimmungsmache als Bodenbereitung für die Verschärfung der strafrechtlichen Maßnahmen. Das ist der verkehrte Weg, meine Damen und Herren, den trägt unsere Fraktion nicht mit.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt, der erwähnt werden soll: Es gab dann sozusagen einen Paradigmenwechsel. Spätestens im Oktober des vergangenen Jahres, als sich die Justizminister der CDU- und der CDU/FDP-geführten Länder getroffen haben, hat man sich auf einmal – was weiß ich, warum auch immer, die Begründungen ergeben sich aus den Pressemitteilungen in der Konsequenz nicht – darauf besonnen und argumentiert: Jetzt muss das Strafrecht ausgepackt werden. Man will die Heraufsetzung des Strafrahmens von 10 auf 15 Jahre. Das hat, glaube ich, der Kollege Bebbler so zutreffend ausgeführt, dass man dem nichts hinzufügen muss. Keine einzige Straftat Jugendlicher wird dadurch verhindert, dass man den Strafrahmen erhöht. Das sagen alle Leute, die sich professionell mit Jugendkriminalität befassen. Es geht nicht nur um die Heraufsetzung des Strafrahmens, sondern auch der Strafmündigkeit, die Sie diskutieren und die Sie auch fordern.

Frau Ministerin, ich habe mich natürlich auch schon einmal kundig gemacht, welche Maßnahmen Sie denn fordern, und dazu zählt: Verschärfung des Strafrechts, Kinder mit zwölf Jahren auch schon strafrechtlich belangen zu können. Jedenfalls steht es so im Internet.

(Abg. Schmiedel SPD: Hoi!)

Vielleicht ist es so nicht zutreffend. Dann können Sie es ja dementieren. Jedenfalls, Kinder mit dem strafrechtlichen Knüppel zu überziehen ist genau das Gegenteil dessen, was der Kollege Rech damals ausgeführt hat. Dieses Problem müssen wir sozial und erzieherisch lösen. Jugendstrafrecht und Jugendpolitik müssen Erziehungshintergründe haben und dürfen nicht die strafrechtliche Keule auspacken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein weiterer Punkt, den Sie hier fordern, ist der Warnschussarrest. Das stellen Sie so dar, als hätten Sie den Stein der Weisen gefunden. Wenn man sich als Praktiker das Jugendgerichtsgesetz anguckt, stellt man fest, dass es den Jugendstrafarrest in mehreren Dimensionen und Ausführungen in diesem Gesetz schon seit langem gibt. Es stellt sich aber auch heraus, wenn Sie mit Praktikern sprechen, Frau Ministerin, dass der Jugendstrafarrest, egal, in welcher Dimension, in welcher zeitlichen Dimension, in aller Regel kontraproduktiv wirkt, weil er für die Betroffenen erst einmal tatsächlich den Kontakt zum sozialen Umfeld von Jugendlichen herstellt, die schon viel öfter Straftaten begangen haben. Deshalb halten wir von dem Warnschussarrest überhaupt nichts. Das ist nur, denke ich, Stimmungsmache. Die Möglichkeiten nach dem Jugendgerichtsgesetz sind hier umfassend. Da brauchen wir keine Ergänzungen.

(Beifall bei den Grünen)

Alles in allem zusammengefasst, möchte ich sagen: Wir als grüne Fraktion – auch der Kollege Bebbler hat sich ja

(Oelmayer)

dahin gehend geäußert – sind der Meinung: Jugendstrafrecht muss der Erziehung der Jugendlichen dienen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Erzieht doch einmal!)

und zwar mit allen Maßnahmen und Möglichkeiten, die die gesetzliche Lage jetzt hergibt. Aber die strafrechtliche Keule in den Vordergrund zu stellen ist der falsche Weg.

Nichtsdestotrotz ein Letztes: 90 % unserer Jugendlichen – das soll vielleicht auch einmal gesagt sein – sind und verhalten sich straffrei.

(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das heißt, es geht nicht um das Thema, dass jetzt generell die Jugend zu kriminalisieren wäre, Kollege Reinhart – wobei Sie mit Ihren Vorstellungen hier sicher oft über die Stränge schlagen –, sondern es geht einfach darum, einmal klar zu machen, dass die Jugend nicht besser und nicht schlechter ist als zu meiner Jugendzeit und zu Ihrer Jugendzeit, sofern Sie älter sind als ich.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Lange ist es her! – Heiterkeit)

In diesem Sinne hoffe ich, dass sich die Landesregierung und auch die neue Justizministerin im Bereich der Jugendkriminalität auf Maßnahmen der sozialen Lösung und nicht der strafrechtlichen Lösung besinnen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Justizministerin Werwigk-Hertneck.

Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will gern Ihre letzten Worte aufgreifen und sagen:

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das freut mich!)

Es gibt einen großen Konsens hier im Haus. Es ist wirklich so: Wir glauben an unsere Jugend, an unsere Kinder, und zum Glück läuft im Regelfall alles so, dass es in Ordnung ist.

(Beifall bei den Grünen)

Es besteht aber auch Konsens darüber, dass heute, weil wir im Jahr 2003 sind und nicht mehr das Jahr 1997 haben,

(Abg. Bebber SPD: Recht hat sie!)

manches vielleicht etwas anders beurteilt werden muss. Ich bedauere das außerordentlich.

Es ist nicht nur so, dass hochgerechnet wurde. Ich denke, da wurde vielleicht auch nicht richtig gelesen. Es gibt auch eine Strafverfolgungs- und Kriminalstatistik, die bedauerlicherweise einen erheblichen Anstieg nachweist, und dieser ist nicht nur demographisch begründet.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

All das gibt uns natürlich Anlass, zu fragen: Wie reagieren wir darauf? Es gibt einen ganzen Strauß an Maßnahmen, an sozialen Maßnahmen, an Maßnahmen in der Schule.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Es soll ja eine Arbeitsgruppe von vier verschiedenen Ministerien eingerichtet werden. Das alles ist angedacht.

Ich will heute den strafrechtlichen Aspekt in die Debatte werfen, weil die Fragestellung lautet: Welche Konsequenzen für die Rechtspolitik ergeben sich daraus, dass die Statistik so schwierig ist? Auch da will ich sagen: Im Grundsatz hat sich unser Jugendstrafrecht bewährt. Es war aber nicht erst die Justizministerkonferenz im Oktober des letzten Jahres, die dieses Thema der erhöhten kriminellen Energien aufgriff,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: So ist es!)

sondern dies hat bereits der Deutsche Juristentag davor getan.

Es ist wahrlich umstritten, wie man gut mit dem bisherigen Jugendstrafrecht umgeht, das auch viele flexible Handlungsinstrumente vorsieht und das ich an den wesentlichen Stellen auch ohne Veränderungen mittragen würde. Wir haben aber das Problem – das sehen wir als Land Baden-Württemberg, als Landesregierung –, dass Rot-Grün eben nichts macht in diese Richtung.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Nur zu sagen: „In den Schulen müsst ihr Länder mehr tun“, reicht nicht. Die sozialen Rahmenbedingungen haben Sie ja auch mit im Blick. Wir müssen auch die Gesetze anpassen.

Wir haben heute Morgen noch einmal beim Bundesministerium der Justiz anrufen und dort Erkundigungen einholen lassen, ob in diese Richtung irgendetwas läuft. Wir haben leider eine negative Antwort bekommen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Völlige Fehlanzeige! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Rot-Grün ist überfordert derzeit, das ist das Problem!)

Es gab eine Reformkommission auf der Basis eines Koalitionsvertrags, in dem steht, es werde geprüft, ob eine Reform erforderlich sei. Unter den Experten besteht Einigkeit darüber, dass eine Reform erforderlich ist. Deswegen gab es auch schon eine.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Dann kennen Sie andere Experten als wir! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Die Wege, wie man richtig reagiert, sind immer umstritten. Das, was diese Reformkommission vorgeschlagen hat, den Bereich der Bagatel- und Massendelikte wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren und kleinere Drogendelikte zu entkriminalisieren, ist sicherlich nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Da hat die FDP aber schon andere Auffassun-

(Ministerin Corinna Werwigg-Hertneck)

gen vertreten! – Gegenruf des Abg. Theurer FDP/DVP: Wir sind lernfähig! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Auch die FDP wird klüger mit zunehmenden Alter!)

In den letzten zehn Jahren ist wirklich viel passiert.

Die Idee, dass junge Erwachsene bis zum Alter von 24 Jahren in den Genuss des Jugendstrafrechts kommen sollen, ist völlig kontraproduktiv. Diese ganzen Vorstellungen haben mit einer ordentlichen Rechtspolitik im Bereich des Jugendstrafrechts nichts zu tun.

Dabei verkenne ich nicht – das will ich noch einmal sagen –: Jugendliche müssen anders angefasst werden als Erwachsene.

(Abg. Bebber SPD: Wer vertritt denn Ihre Auffassungen?)

Ich will hier noch einmal darauf hinweisen, dass das Land Baden-Württemberg entgegen Ihrer Auffassung, Herr Bebber, schon sehr viel getan hat. Da möchte ich ausdrücklich dem Innenminister, der Kultusministerin und dem Sozialminister danken. In dieser Gemeinsamkeit mit dem Justizministerium soll es auch weitergehen.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Wichtig ist, dass wir verschiedene Punkte angehen. Wir sprachen das Regel-Ausnahme-Prinzip für die Anwendung von Jugendstrafrecht an. Herr Theurer, Sie haben dazu Ausführungen gemacht.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Stellen Sie sich vor: Heute ist man mit 18 volljährig. Man kann im Alter von 18 Jahren heiraten, den Führerschein machen, ein Auto kaufen, ein Unternehmen gründen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Geschäftsfähig!)

Angestellte einstellen, und nur – so sieht heute leider der Regelfall aus –, wenn man etwas falsch gemacht hat, sich strafbar gemacht hat, wird noch einmal nachgefragt,

(Abg. Blenke CDU: So ist es! Genau!)

ob man denn überhaupt schon den Reifegrad erreicht hat, der erforderlich ist, um nach Erwachsenenstrafrecht behandelt zu werden.

(Abg. Blenke CDU: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten!)

Da muss ich ganz deutlich sagen – das ist auch meine persönliche Überzeugung –: Wir nehmen diese Jugendlichen ernst.

(Abg. Blenke CDU: So ist es!)

Wir nehmen sie mit den genannten Rechten im Alter von 18 Jahren ernst, deshalb nehmen wir sie auch im Strafrecht ernst.

(Abg. Blenke CDU: Genau! – Abg. Bebber SPD: Und alle anderen Fachleute nehmen sie nicht ernst?)

Es ist vor allem eine wichtige Entwicklung gewesen – Im Gesetzbuch steht ja, dass Erwachsenenstrafrecht ab einem Alter von 18 Jahren angewandt wird, aber auch Jugendstrafrecht angewandt werden kann, wenn noch Reifungsdefizite festzustellen sind. Vor 30 Jahren haben sich unsere Jugendstrafrichterinnen und Jugendstrafrichter bei etwa 20 % der Fälle für die Anwendung des Jugendstrafrechts entschieden, heute sind es 65 %. Das ist eine Entwicklung, die im Einzelfall sicherlich begründet ist, die aber in der Tendenz sicherlich dazu führt, dass ein gewisser Abschreckungscharakter immer weiter verloren geht.

(Abg. Zeller SPD: Ist das eine Richterschelte, oder was?)

Hier die richtige Balance zu finden ist die Kunst.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Landesregierung wird über den Bundesrat beantragen – sie hat eine entsprechende Initiative ja auch schon eingebracht –, dass dieses –

(Abg. Bebber SPD: Wer außer Ihnen vertritt diese Auffassung?)

– Sehr viele Fachleute vertreten diese Auffassung.

(Abg. Birzele SPD: Herr Pfister hat sich freiwillig gemeldet!)

Nächster Punkt: Höchststrafenerhöhung. Ich stimme Ihnen, Herr Bebber und Herr Oelmayer, zu: Abschreckend dürfte es nicht sein, wenn die maximale Jugendstrafe von 10 auf 15 Jahre erhöht wird. Vielleicht erinnern Sie sich: Es gab 2001 den Kettensägenmord in Mannheim. Ein 19-Jähriger hat eine junge Frau mit vielen Messerstichen getötet und anschließend seine Freundin veranlasst, die Leiche zu zersägen. Das war ein völlig grauenvoller Mord. Damals haben die Mannheimer Richter gesagt: Wir halten den Strafrahmen von zehn Jahren für zu kurz; für solch grausame Fälle brauchen wir einen erweiterten Strafrahmen. Deswegen treten wir auch für diese rechtspolitische Forderung ein.

Ich habe auch aus meiner Praxis als Anwältin heraus genug Vertrauen in die Strafrichterinnen und Strafrichter. Sie werden den Strafrahmen dem Fall angemessen ausschöpfen können, und ich bin der festen Überzeugung: Es sind und bleiben Einzelfälle.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Warnschussarrest: Ich weiß nicht, wer dieses Beispiel von Camps in den USA als wissenschaftliche Grundlage dargestellt hat. Sie, Herr Bebber, haben die Stelle ja zitiert.

(Abg. Bebber SPD: Sherman's Report!)

Das ist etwas völlig anderes. Bei diesem Gesetzgebungsvorschlag der Landesregierung geht es darum, zu sagen: Wenn Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird, kann zusätzlich noch ein Arrest verfügt werden, damit ein Jugendlicher eine bis vier Wochen lang einmal schauen soll, was passiert, wenn die Bewährung, zu der die Jugendstrafe ausgesetzt wurde, widerrufen wird. Es geht nämlich in manchen

(Ministerin Corinna Werwigk-Hertneck)

Prozessen sehr locker darum: Einer erhält nur Jugendarrest und wird sofort hinter Schloss und Riegel geführt, und ein anderer mit einer wesentlich härteren Strafe, nämlich Jugendstrafe, läuft, wenn sie zur Bewährung ausgesetzt wird, frei heraus. Diese Ungleichheit muss beseitigt werden. Auch hier werden die Richter das sachgerecht anwenden.

Mir ist es sehr wichtig, Ihnen auch zu sagen, dass wir über die baden-württembergische Landesregierung zum Glück schon längst innovative Ansätze hatten. Das wissen Sie; sie sind aufgeführt worden. Ich will hier auf jeden Fall noch das Haus des Jugendrechts nennen. Sie haben Anspruch darauf, zu wissen: Die Evaluationsstudie ist da; sie ist seit einigen Tagen auch bei mir im Haus. Wir werten sie aus. Dieses Prinzip der Zusammenarbeit von Polizei, Jugendgerichtshilfe und Staatsanwaltschaft unter einem Dach, das in Stuttgart-Bad Cannstatt zu guten Ergebnissen führt,

(Abg. Bebbler SPD: Hervorragend!)

sollte unbedingt weitertransportiert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Richtig! Flächendeckend! Nicht nur in Cannstatt!)

Das ist auch schon bei der ersten Prüfung dieser Studie ersichtlich. Die Konzepte sind sehr gut. Die Bearbeitungszeiten haben sich um etwa 65 bis 70 % reduziert. Ein Jugendlicher, der straffällig geworden ist, bekommt heute viel schneller die Reaktion auf seine Tat als früher, und das soll weitergeführt werden.

(Abg. Bebbler SPD: Hervorragend, aber bisher nur in Cannstatt!)

Die Frage ist, wie wir das angesichts der schwierigen Haushaltslage und der mangelnden Bereitschaft mancher Städte im badischen Landesteil, mitzuarbeiten, voranbringen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Immer die Badener! Unglaublich!)

Ich bitte alle um ihre Mithilfe, damit wir das hinbekommen, zumindest in Bezug auf die wesentlichen positiven Punkte, die diese Studie mit sich bringt und die dann ausgewertet werden können.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Sie haben das Programm „Jugendliche Intensivtäter“ schon angesprochen, eine hervorragende Möglichkeit der Zusammenarbeit zur Analyse der Gründe, warum es einige wenige Jugendliche gibt, die so schwer straffällig werden. Da müssen Jugendamt und Strafverfolgungsbehörden zusammenwirken. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich auch die Leistungen der Polizei loben, die ja bei allen Modellprojekten hervorragend mitarbeitet. Da hoffe ich auf weitere gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann haben wir – auch bundesweit einmalig – das Projekt „Chance“. Baden-Württemberg ist also bei diesen ganzen alternativen Maßnahmen im Bereich der Strafvollstreckung

auch führend. Es gibt die Möglichkeit für Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren, die erstmalig eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung auferlegt bekommen haben: Sie müssen nicht in den Vollzug nach Adelsheim, sondern bekommen die Möglichkeit, in je zwei Gruppen zu 15 Personen in Creglingen und in Leonberg unter besonders strenger Führung im Alltag untergebracht zu werden – in der Hoffnung, dass die soziale Kompetenz erhöht wird und sich schädliche Neigungen nicht weiterentwickeln können. Es gibt einen strengen Tagesablauf, ein klares Erziehungsprogramm, eine gute Ausbildung – mit dem Versprechen: Du bekommst, wenn du daran teilnimmst und dich anstrengst, anschließend die Chance auf einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz.

(Abg. Bebbler SPD: Gut, aber zu wenig!)

Es ist toll, dass auch die freie Wirtschaft daran mitarbeitet; entsprechende Kontakte sind ja aufgebaut worden. Letzten Endes ist das wahrscheinlich eine wesentlich billigere Lösung als jeglicher konventionelle Strafvollzug,

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Pauli CDU – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

und zwar unabhängig davon, welche Auswirkungen es für den einzelnen Jugendlichen hat, der dann eine wirkliche Chance zur Resozialisierung erhält.

Last, but not least

(Abg. Blenke CDU: Last, but not Leasing!)

ist es mir wichtig zu sagen: Diese Kabinettsvorlage, die Sie jetzt, nachdem die Kritik hoffentlich ausgeräumt ist, vielleicht mittragen können, beinhaltet einen Punkt, der ja auch Ihnen, den Kritikern, sehr wichtig ist. Man sagt: Die vier Ministerien müssen im Rahmen der Prävention weiterhin zusammenarbeiten. Hierzu will ich Ihnen sagen: Diese Arbeitsgruppe ist mir persönlich ausgesprochen wichtig. Sie muss Früchte tragen; sie muss feststellen, was bislang lief. Wir werden daraus sicherlich die eine oder andere gute Idee gewinnen können. Hierzu bitte ich um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Kollege Oelmayer, verehrter Kollege Bebbler, aus den Ausführungen der Frau Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck ist deutlich geworden, dass die Landesregierung sehr wohl ein umfassendes Konzept verfolgt und nicht nur auf strafverschärfende Maßnahmen setzt.

(Abg. Bebbler SPD: Das sind einzelne Projekte, das sind Tropfen auf den heißen Stein!)

Herr Oelmayer, wenn ein junger Mensch einen anderen niedersticht, braucht man keinen Sozialpädagogen, sondern

(Theurer)

dann muss irgendwann auch mal eine Grenze aufgezeigt werden. Fachleute sagen uns, es sei eine falsch verstandene Permissivität, eine Nachlässigkeit, dass man in diesem Staat manchmal nicht rechtzeitig die Grenze aufzeigt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sie werden mir doch wohl nicht unterstellen wollen, dass ich da keine strafrechtlichen Sanktionen will! – Zuruf des Abg. Blenke CDU)

– Dass Sie als Strafverteidiger vielleicht eher Verständnis für den Delinquenten haben, verstehe ich ja. Aber wenn man mit den Praktikern spricht, stellt man doch fest, dass gerade in Jugendgangs Sachbeschädigung, Körperverletzung und andere, zunehmend schwerere Delikte begangen werden, und zwar jeweils von demjenigen, der eben noch nicht vorbestraft ist. Das geht so lange, bis es dann heißt: Beim nächsten Mal erfolgt die Sanktion des Staates. Dann wäre es erforderlich, dass die Sanktion gleich kommt, damit mit ihr nämlich auch eine gewisse Abschreckung verbunden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man sich anschaut, wie schwer sich die Justiz in der Bundesrepublik Deutschland damit getan hat, bei Projekten zur Kriminalprävention mitzumachen, und was vor allen Dingen Vertreter der Grünen und der SPD den Leuten vor Ort über die Kriminalprävention erzählt haben,

(Abg. Bebber SPD: Wie bitte?)

wonach es nicht angehe und es sich um einen Überwachungsstaat handeln würde, wenn die Nachbarn darauf achteten, wer in ein Wohngebiet hineinfährt – –

(Widerspruch bei der SPD)

– Das bringt ja nichts, wenn Sie jetzt schreien.

(Abg. Bebber SPD: Das war Birzele, der das eingeführt hat! Theurer, wo bist du denn? – Abg. Schmiedel SPD: So etwas Verlogenes!)

Ich sprach von „vor Ort“, weil ich als Oberbürgermeister die Diskussion mit Ihren Parteifreunden selbst habe führen müssen. Deshalb weiß ich, wovon ich spreche. Sie sind da doch abgehoben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Theurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Theurer FDP/DVP: Gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Kollege, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass das Projekt „Kommunale Kriminalprävention“ ein Projekt ist, das unter Innenminister Birzele entstand und das er zum Erfolg geführt hat?

Abg. Theurer FDP/DVP: Das nehme ich gerne zur Kenntnis. Ich finde es auch positiv, dass der Kollege Frieder Bir-

zele die kommunale Kriminalprävention vonseiten der Landesregierung vorangetrieben hat.

(Abg. Blenke CDU: Wir nehmen zur Kenntnis! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Dann darf man nicht vorher etwas anderes sagen, Herr Kollege!)

Nur sprach ich nicht von der Landesregierung, sondern von Ihren Parteifreunden vor Ort,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir sind doch hier nicht im Kreistag!)

die den Leuten, die die kommunale Kriminalprävention durchgeführt haben, vorhielten, das sei ein Schritt hin zu einem Überwachungsstaat.

(Abg. Bebber SPD: Hören Sie doch auf mit diesen Legenden!)

Ich kann Ihnen Beispiele dafür zeigen, dass bürgerschaftliche Mitwirkung dazu führt, dass Verbrechen verhindert werden und dass Verbrecher zur Rechenschaft gezogen werden können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke CDU: Jawohl!)

Auch der Fall in Süßen zeigt, dass diese junge Frau ohne die aktive Mithilfe und sofortige Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, der Nachbarn, nicht hätte gerettet werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss das natürlich alles eingebettet werden in ein Gesamtkonzept. Das wollen wir auch. Aber wir wollen mit unseren Vorschlägen auch erreichen, dass das Strafrecht hier mit novelliert wird, mit überarbeitet wird, weil wir der Auffassung sind, dass man auch hier rechtzeitig eine entsprechende Sanktion verhängen muss.

(Abg. Bebber SPD: Gegen die Expertenmeinung! Alles gegen die Expertenmeinung!)

Darum geht es uns heute.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

(Abg. Bebber SPD: Jetzt noch ein vernünftiges Wort! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Kollege Reinhart schließt sich dem Staatssekretär an! – Abg. Kaufmann SPD: Das Wort zum Sonntag!)

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege, zwischen den Staatssekretär Rech und den Kollegen Reinhart geht kein Blatt – damit Sie das wissen.

(Heiterkeit – Abg. Bebber SPD: Männerfreundschaft! – Abg. Fischer SPD: Solche Aussagen, Herr Reinhart, können gefährlich sein!)

(Dr. Reinhart)

Herr Kollege Oelmayer, ich will mit Ihnen beginnen. Sie haben hier ausgeführt, die Situation sei nicht besser und nicht schlechter – so wörtlich Ihre Aussage vorhin. Diese Aussage ist schlichtweg falsch. Was uns alle besorgt machen und erregen muss, ist die Zunahme der Verurteilungen um über 50 % in den letzten zehn Jahren. Das muss uns parteiübergreifend alle bewegen. Das führt sehr wohl, wie zu Recht ausgeführt wurde, in eine Wertediskussion. Dass trotz der vielen guten Maßnahmen der Landesregierung und übrigens, Herr Kollege Bebber, trotz des vielen Geldes, das in die Hand genommen wurde, die Entwicklung so ist, muss uns doch weiterhin besorgt machen.

(Abg. Bebber SPD: Aber das sind alles nur punktuelle Projekte! Das wissen Sie doch!)

Sowohl die Projekte der jugendbezogenen Kriminalprävention und der kommunalen Kriminalprävention als auch das Programm „Jugendliche Intensivtäter“, das ressortübergreifend eingeführt wurde, sind richtig. Aber das alles ist noch zu wenig. Wir müssen doch sehen, dass wir auch eine veränderte Gesellschaftsstruktur haben, dass wir weniger Bindungen haben, dass wir eine Zunahme der Zahl der Schlüsselkinder haben, dass wir Herausforderungen in dieser Gesellschaft haben, die etwas mit veränderten Strukturen zu tun haben.

(Abg. Bebber SPD: Durch höhere Strafen erzielen Sie da keine andere Situation!)

Warum haben wir eigentlich im ländlichen Raum die niedrigste Kriminalität? Weil wir dort noch andere Familien- und Gesellschaftsstrukturen haben. Wir haben natürlich eine Zunahme der Jugendkriminalität, die uns sehr ernst beschäftigen muss.

Da komme ich zu Ihrem Beispiel, Herr Kollege Bebber, mit dem angeblichen Professor aus Amerika.

(Abg. Bebber SPD: Wieso „angeblich“?)

Wissen Sie, da brauche ich keinen Professor aus Amerika, der mir irgendetwas erzählt, sondern das sind die Erfahrungen der Praxis.

(Abg. Bebber SPD: Das sagen alle hier in Deutschland! Hier, lies den Schinken, dann weißt du mehr!)

– Herr Bebber, jetzt hören Sie mir doch erst einmal zu.

Zum Warnschussarrest sagt die Praxis, und zwar in Deutschland, dass das eine sinnvolle Forderung ist. Wenn Sie mit dem Argument kommen: „Wenn aber jemand in Arrest kommt, dann kommt er mit den anderen zusammen, und dann wird er eventuell erst recht straffällig“

(Abg. Bebber SPD: Er kommt schlimmer raus, als er reingegangen ist!)

– sehen Sie! –, dann dürfen Sie im Umkehrschluss niemanden mehr in Arrest stecken.

(Abg. Bebber SPD: Dann müssen Sie den Vollzug ändern!)

Dann müssen Sie den Vollzug abschaffen.

(Abg. Bebber SPD: Nein, ändern! – Abg. Fischer SPD: Blödsinn!)

Denn wenn das richtig wäre, was Sie sagen, dann müsste ich sagen: Oh Gott, ja keine Berührung im Arrest, denn das könnte ja im Grunde genommen zum Kontakt mit anderen Straftätern führen.

(Abg. Bebber SPD: Wissen Sie, wie der Vollzug in Adelsheim aussieht? Fünf in einer Zelle!)

Diese Konsequenz wollen Sie doch nicht, Herr Kollege Bebber. Ich bin kein Jugendstrafrechtler, Sie vermutlich auch nicht.

(Abg. Bebber SPD: Unter vier Augen reden Sie doch vernünftig!)

Aber eines weiß ich: Jeder Jugendrichter, mit dem ich in diesem Land spreche, und auch jeder Verteidiger und jeder Analytiker sagt: Erst wird eine Ermahnung ausgesprochen, dann noch einmal eine Ermahnung, und erst beim dritten, vierten oder fünften Mal wird eine Strafe ausgesprochen. Den Jugendlichen ist manchmal mehr gedient, wenn ihnen die Grenzen in einem ersten Verfahren gezeigt werden, damit sie die Sanktion auch spüren – darum geht es ja –,

(Abg. Zimmermann CDU: Sehr gut!)

als wenn sie nur eine Bewährung bekommen, bei der sie sagen: Das ist ja für mich wie ein Freispruch; ich spüre ja gar nichts davon.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Das ist doch der Hintergrund. Deshalb müssen wir doch im Sinne der Jugendlichen das, was die Justizministerin zu Recht ausgeführt hat, unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Zimmermann CDU: Das war der Professor für Deutschland, kein amerikanischer!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bayer.

Abg. Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte das Thema, das vonseiten der FDP/DVP und der CDU sehr hoch gehängt wurde, Herr Theurer, wieder etwas herunterholen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Wir hängen nichts hoch!)

Ich möchte es herunterholen. Der Verlauf der Debatte bestätigt eine Ausführung von Professor Boers – ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen –, Direktor des Instituts für Kriminalwissenschaften an der Universität Münster. Er sagt: „Diese in der Regel von Wegschließimpulsen initiierten Vorschläge offenbaren vor allem eines: die Hilflosigkeit Erwachsener gegenüber jugendlichen Problemen, Provokationen und Eigenwilligkeiten.“

(Bayer)

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Reinhart CDU: Freie Rede, Herr Kollege! Aktuelle Debatte! – Abg. Fischer SPD: Er zitiert! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Hören Sie auf zu stören! Hören Sie lieber zu!)

– Darf ich das Zitat ablesen? Vor dem Hintergrund dieses Zitats möchte ich der Debatte einige jugendpolitische Aspekte hinzufügen. Die einfache Gleichung „Mehr Repression gleich mehr Abschreckung gleich weniger Kriminalität“ wird nicht dadurch richtiger, dass man sie immer wieder wiederholt.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Die hat hier niemand aufgestellt!)

– Doch, sie ist in der Philosophie Ihrer Argumentation durchgängig enthalten.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Keiner hat diese Gleichung aufgestellt!)

Ich möchte das Problem steigender Gewaltbereitschaft von meiner Seite aus nicht dramatisieren. Gewalt von und Gewalt unter Jugendlichen hat es schon immer gegeben. Was sich in den letzten Jahren drastisch verändert hat, ist die Optik, mit der die Gesellschaft Gewalt von Jugendlichen wahrnimmt. Vor allem spektakuläre, vor allem besonders erschreckende Einzelfälle spiegeln das Erscheinungsbild in der gesellschaftlichen Diskussion wider. Natürlich weiß auch ich, dass die Tatverdächtigenzahlen steigen. Genauso ist aber auch die Zahl der Jugendsachbearbeiter gestiegen. Je mehr Jugendsachbearbeiter, desto mehr entsprechende Taten können die Jugendsachbearbeiter auch ermitteln. Hätten wir übrigens genügend Jugendstaatsanwälte, würden die ermittelten Jugendlichen auch schnell „abgearbeitet“ und zeitnah verurteilt werden.

(Abg. Zimmermann CDU: Das ist wie mit dem Blitzlicht!)

Wie gesagt: Ich möchte von meiner Seite aus das Problem nicht verharmlosen; ich weiß, dass es dramatische Fälle gibt. Was wir aber politisch brauchen, ist ein differenzierter und ein unverstellter Blick auf die Ursachen von Gewalt. Was wir brauchen, ist eine Suche nach Lösungen, die sich jenseits von reinen Strafreflexen bewegen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das tun wir doch!)

– Das tun Sie nicht. – Es gibt ein ganzes Bündel von Faktoren, die dafür verantwortlich sind, dass aus einer latenten Gewaltbereitschaft, aus einer latenten Gewaltfaszination dann wirkliches Gewalthandeln wird. Das sind soziale Gesichtspunkte, das sind kulturelle Entwicklungen, die dann letztendlich zu Desintegrationsprozessen führen, und übrigens auch geschlechtsspezifische Aspekte: Gewalt ist in aller Regel männlich. Es geht um situative Ansätze, Alkohol, Cliques usw. Es wäre wichtig, herauszufinden, wie diese und andere Faktoren tatsächlich zusammenwirken. Denn sonst bleiben die Projekte, die Sie so gelobt haben, nur Stückwerk. Sie bleiben im besten Fall wirkungslos. Denn – das zeigen viele andere Projekte aus den USA mit entsprechenden Studien – es gibt sogar kontraproduktive Wirkungen.

Meine Damen und Herren, Gewalt ist eine soziale Krankheit der Gesellschaft. Deswegen brauchen wir nicht mehr Repression, sondern mehr Prävention. Wir brauchen nicht mehr Sanktion, sondern mehr Integration. Das sind die politischen Herausforderungen, die wir abarbeiten müssen und für die das Land auch Geld aufbringen muss.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie frönen einem jugendpolitischen Flickenteppich, den Sie häppchenweise anbieten. Weil aber die Wirkungen dieser einzelnen Projekte nicht evaluiert sind, zählen Sie auf verstärkte Repression, um die Zahl jugendlicher Straftäter zu reduzieren. Sie streichen bei Sozialpsychiatrischen Diensten, Sie streichen bei Jugendwohnheimen, Sie streichen bei der Ausländerberatung, Sie streichen bei Benachteiligtenprogrammen, Sie verhindern eine individuelle Förderung in Schulen durch immer größer werdende Klassen, Sie reduzieren bei der Schulsozialarbeit. Mit Ihrer Politik rutschen Sie dadurch insgesamt in eine sozialpolitische Schiefelage. Diese sozialpolitische Schiefelage wird auch durch eine Hardliner-Profilierung bei der Jugendkriminalität nicht ausgeglichen; sie wird sogar eher verstärkt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es! – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

Herr Präsident, ich komme sofort zum Ende.

Meine Damen und Herren, ich vermute, dass Sie mir persönlich diese Aussagen nicht abnehmen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie vermuten richtig!)

Deswegen möchte ich zum Ende die Abschlussdokumentation des 25. Deutschen Jugendgerichtstags zitieren. Dort heißt es wörtlich – ich zitiere –:

Populistische Forderungen nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts und der Ruf nach härteren Urteilen entsprechen zwar vielfach Alltagstheorien; sie stehen aber in Widerspruch zu sämtlichen wissenschaftlichen Befunden und praktischen Erfahrungen. Sie sind kontraproduktiv und werden Probleme lediglich verschärfen.

Dort wird weiter formuliert:

Nicht ein Mehr an Repression, sondern ein Mehr an Prävention ist erforderlich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Sehr gut!)

Vor diesem Hintergrund steht die Debatte zumindest in der Gefahr, leider auf das zusammenzuzschnurren, was sie eigentlich nicht sein dürfte, nämlich ein Spielen, ein Geplänkel am rechten kriminalpolitischen Rand. Das Thema hat anderes verdient.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich hatte mir natürlich für Ihr Entrée hier im Landtag von Baden-Württemberg erhofft, dass Sie vielleicht eine gewisse Revision einführen würden, was die jugendkriminalpolitischen Aussagen Ihres Vorgängers angeht. Aber Sie haben offensichtlich bei diesen Fragestellungen doch im Wesentlichen rechtspolitisch – wie Sie das nennen – auf Strafverschärfungen abgehoben.

Bei allem, was ich vorhin ausgeführt habe und was die Landesregierung zutreffend, richtig eingeleitet hat, worauf ich auch Bezug genommen habe, war meine Bezugsgröße, mein Bezugsjahr, Kollege Reinhart, nicht das Jahr 1991. Dort haben Sie die Statistik des LKA usw. Meine Bezugsgröße war vielmehr die Debatte des Jahres 1997. Damals bestand hier in diesem Haus Konsens darüber, dass das Strafrecht überall dort, wo es wirklich als Sanktionsmechanismus eingreifen muss, auch schnell eingreifen soll. Es bestand aber auch Konsens darüber, dass bezüglich der Erziehungsdefizite, der Defizite in den gesellschaftlichen Entwicklungen, vom Elternhaus über die Schule etc., zunächst einmal die Hilfestellungen für die Jugendlichen und nicht die strafrechtliche Keule im Vordergrund stehen sollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Reinhart CDU: Der Konsens besteht weiterhin!)

– Wenn dieser Konsens weiterhin besteht –

(Abg. Bebber SPD: Er bröckelt!)

Herr Kollege Reinhart und Frau Ministerin, das war meine Aussage –, dann dürfen wir jetzt nicht über die Frage von Strafverschärfungen diskutieren. Über zweifelhafte Wirkungen dieser Strafverschärfungen brauchen wir im Detail gar nicht mehr zu diskutieren. Dazu gibt es wirklich, wie Kollege Bebber eingangs gesagt hat, aus der Fachwelt nahezu ausschließlich die Meinung,

(Abg. Bebber SPD: Die taugen nichts!)

dass die Strafverschärfungen insbesondere bei Kindern und Jugendlichen nichts bringen. Lassen Sie uns doch, wenn Konsens darüber besteht, dass wir präventiv und erzieherisch tätig werden wollen, die Programme vom „Haus des Jugendrechts“

(Abg. Bebber SPD: Gehen wir mal in Klausur!)

bis hin zu „Jugendliche Intensivtäter“ gemeinsam durchführen und darüber diskutieren, was sie in der Vergangenheit gebracht haben und in Zukunft noch bringen werden.

(Abg. Bebber SPD: Machen wir eine Klausurtaugung!)

Dann können wir eine Debatte darüber führen, ob wir Strafrechtsverschärfungen brauchen oder nicht. An dieser Stelle sind wir meines Erachtens noch lange nicht angelangt.

Kollege Reinhart, ich fordere Sie auf, den Konsens, den wir im Jahr 1997 hatten, an dieser Stelle nicht zu verlassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Oelmayer, gestatten Sie eine Nachfrage des Abg. Theurer?

Abg. Oelmayer GRÜNE: Wenn ich noch antworten darf, ja.

Präsident Straub: Bitte schön.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Oelmayer, sind Sie dann auch bereit, die entsprechenden Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung, die in Richtung einer Bagatellisierung von Kriminalität zielen, gemeinsam mit uns zu verhindern?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das stimmt nicht! Da hat er etwas Falsches gehört!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Kollege Theurer, ich kenne das nicht, das müssten Sie präzisieren. Es geht nie um Bagatellisierung, sondern es geht vielleicht um Justizentlastung und ähnliche Begrifflichkeiten.

(Lachen bei der CDU – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir von Rot-Grün waren diejenigen, die zum Beispiel Gewalt in der Familie im Bürgerlichen Gesetzbuch erst zur Ächtung gebracht haben. Das hatten Sie über Jahrzehnte hinweg versäumt. Das ist aber eine wesentliche Ursache für Jugendkriminalität, Kollege Theurer.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Da brauchen wir nicht darüber zu diskutieren, was wir gemacht und was wir nicht gemacht haben. Kehren Sie vor Ihrem eigenen Haus, das ist sinnvoller.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Bebber, Herr Kollege Oelmayer, ich darf einfach einmal fragen: Haben Sie die Kabinettsvorlage, die wir vor kurzem verabschiedet haben, gelesen?

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Nein, hat er nicht! Hausaufgaben hat er schon früher nicht gemacht! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber wir haben der Presse entnommen, dass Sie auf 100 000 Tatverdächtige kommen!)

Ich stelle sie Ihnen gerne zur Verfügung. Ich darf Ihnen das Exemplar vielleicht nachher persönlich überreichen. Wenn Sie das lesen, werden Sie zunächst einmal feststellen, weil das in dieser Kabinettsvorlage geradezu enzyklopädisch aufgeführt ist, was die vorhin genannten Ressorts Sozialministerium, Kultusministerium, Justizministerium und Innenministerium in den letzten Jahren im präventiven Bereich getan haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das habe ich nicht in Abrede gestellt!)

(Minister Dr. Schäuble)

Wir brauchen hier – und das kann ich mit Dankbarkeit, aber auch mit einem gewissen Selbstbewusstsein sagen – den bundesweiten Vergleich nicht zu scheuen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Er hat ja auch nicht gesagt, dass es im Bund und in den anderen Ländern besser wäre!)

Es sind auch, Herr Kollege Bebber, keine Einzelprojekte, sondern es gibt, etwa im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention, von der wir fraktionsübergreifend überzeugt sind, allein 300 Projekte gegenüber der Jugend- und Kinderkriminalität. Das sind also keine Einzelprojekte, sondern das gibt es flächendeckend im Land.

Jetzt kommt der Gesichtspunkt, auf den ich aufmerksam machen muss, den auch Kollege Reinhart in seinem zweiten Redebeitrag in dieser Debatte kurz gestreift hat. Das Schlimme ist, dass wir trotz dieser jahrelang erfolgenden und erfolgten Maßnahmen im präventiven Bereich bei der Jugendkriminalität – Herr Bayer, ich wäre ja dankbar, wenn es so wäre, wie Sie gesagt haben – in dieses schwere Fahrwasser geraten sind.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Dann haben wir nicht genug getan!)

– Nein, Herr Oelmayer.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja, doch!)

Nun kann ich Sie auch gleich beruhigen. Wir haben nicht vor, diese Maßnahmen im präventiven Bereich gegenüber der Jugendkriminalität zurückzufahren, obwohl das – das wissen Sie alle – angesichts der finanziellen Lage nicht leichter, sondern immer noch schwerer wird. Wir müssen auch Folgendes bedenken, Herr Kollege Bebber:

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber Sie haben sie auch nicht ausgebaut!)

Die Polizei, die in diesem Bereich zu Recht immer wieder lobend erwähnt wird, ist inzwischen präventiv so stark engagiert, dass dies nicht mehr steigerbar ist, auch aus Gründen der Ressourcen, die wir haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Es ist die Frage, ob das teurer kommt!)

Frau Kollegin Werwigk-Hertneck hat diese Arbeitsgruppe angesprochen. Aber die Arbeitsgruppe wird nicht in der Lage sein, noch stärkere finanzielle Ressourcen für diesen Bereich anzufordern, weil wir jetzt einfach das Ende des Möglichen erreicht haben. Aber ich wiederhole: Wir werden alles daransetzen, dass die Maßnahmen im kommunalen kriminalpräventiven Bereich auch mit Blick auf die Jugendkriminalität so weitergeführt werden. Wir haben allen Grund, den vielen Ehrenamtlichen, die gerade im Bereich der kommunalen Kriminalprävention tätig sind, zu danken. Da geschieht landauf, landab wirklich Bemerkenswertes. Das Schlimme ist, dass die Situation trotzdem so ist, wie sie ist.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Innenminister Dr. Schäuble: Gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Minister, Sie haben gerade betont, dass die präventive Arbeit nicht zurückgefahren wird. Wie können Sie es dann verantworten und begründen, dass im Nachtragshaushalt die Landesförderung im Bereich der Schulsozialarbeit zurückgefahren wird, obwohl wir wissen, dass gerade die Schulsozialarbeit zu den wichtigsten präventiven Maßnahmen in diesem Bereich gehört?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Innenminister Dr. Schäuble: Ich habe aber auch darauf hingewiesen, Herr Kollege Kaufmann

(Abg. Zeller SPD: Zeller!)

– Herr Zeller, Entschuldigung; Herr Kaufmann sitzt halt gerade vor mir –, dass wir aufgrund der finanziellen Ressourcen äußerste Mühe haben, dieses Ziel zu erreichen. Aber in dem Bereich, in dem es um die eigentliche Prävention geht, werden wir alles daransetzen, das erreichte Niveau fortzuführen.

(Abg. Zeller SPD: Schulsozialarbeit!)

Aber Sie können nicht umhin – und auch ich nicht –, die finanziellen Zwänge zu sehen, in denen wir uns befinden.

(Abg. Bebber SPD: Aber Sie fahren zurück entgegen Ihrer Aussage!)

– Nein.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Im eigentlichen Bereich der Prävention bei Jugendkriminalität werden wir alles daransetzen – so habe ich es formuliert –, dass wir nicht zurückfahren.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Dabei bleibe ich. Wenn Sie es natürlich weit auslegen und den ganzen sozialen Bereich mit einbeziehen: Dort sind mir die Probleme bekannt.

(Abg. Bebber SPD: Im ehrenamtlichen Bereich fahren Sie nicht zurück!)

Aber im eigentlichen Bereich werden wir das Niveau halten. Sie müssen sich auch dieser Frage stellen, abgesehen von den finanziellen Zwängen. Das ist das, was ich eigentlich als wichtigsten Punkt vermitteln wollte: Trotz allem, was schon getan worden ist und getan wird, sind wir im Bereich der Jugendkriminalität in ein schwieriges Fahrwasser geraten.

(Abg. Zeller SPD: Da muss man mehr präventiv machen! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Deshalb füge ich auch hinzu: So schön es wäre und so wenig es Ihnen gefallen wird: Allein durch Streicheleinheiten werden wir des Problems nicht Herr.

(Minister Dr. Schäuble)

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Bebber: Das hat doch mit Streicheleinheiten nichts zu tun!)

– Nein, das ist doch keine Diskriminierung.

(Zuruf von der SPD: Doch! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Vielmehr müssen Sie sich der Gratwanderung zwischen präventiver Arbeit und einer angemessenen Härte stellen. Nur darin kann die Lösung liegen,

(Beifall des Abg. Zimmermann CDU)

egal, ob Sie es hören wollen oder nicht. Ich füge auch hinzu, Herr Kollege Zeller:

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Zur Erziehung gehören auch Streicheleinheiten, Herr Minister!)

Ihre Parteikollegen, die Innenminister aus anderen Bundesländern, sind da schon wesentlich weiter als die rückständige SPD im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Zeller SPD: Es geht darum, dass Sie präventive Arbeit diskriminieren!)

Ich komme nachher darauf zurück. Das ist die eigentliche Aufgabe, eine Gratwanderung zwischen präventiver Arbeit und einer angemessenen Härte.

(Zurufe der Abg. Bebber SPD und Oelmayer GRÜNE)

Frau Kollegin Werwigk-Hertneck hat zum rechtspolitischen Teil, der ja nur einen Teil dieser Kabinettsvorlage darstellt, ja schon das Notwendige gesagt. Deshalb brauche ich hierzu keine Anmerkung zu machen. Ich will nur festhalten: Niemand kann doch etwas dagegen haben, dass man jungen Leuten, wenn es notwendig ist, auch einmal rechtzeitig einen Schuss vor den Bug gibt. Das entspricht aller Lebenserfahrung.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Herr Kollege Bebber, niemand kann etwas dagegen haben,

(Abg. Bebber SPD: Dagegen hat doch niemand etwas!)

dass die Gerichtsverfahren bei Jugendlichen möglichst schnell durchgeführt werden. Eine Sanktion macht dann Sinn, wenn sie der Tat möglichst schnell auf dem Fuß folgt.

(Abg. Bebber SPD: Ja, das ist doch alles okay! Es wird aber nicht gemacht!)

Auch kann niemand etwas dagegen sagen, Herr Kollege Bebber,

(Abg. Bebber SPD: Das wollen wir doch! Sie machen es doch nicht!)

dass es in Einzelfällen so schlimme Jugendliche und Heranwachsende gibt, dass man die Gesellschaft besser vor ihnen

schützen muss, als dies bislang der Fall war. Auch dagegen können Sie nichts sagen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Es geht doch nicht nur um den Strafraum, Herr Minister! Das wissen Sie so gut wie ich! Was machen Sie dann in 15 Jahren?)

Das ist im Wesentlichen der rechtspolitische Teil.

Jetzt komme ich auf meine Aussage zurück, die SPD in Baden-Württemberg solle sich einmal überlegen, wo sie überhaupt steht. Diesen rechtspolitischen Teil, Frau Kollegin Werwigk-Hertneck, werden wir gemeinsam zu einer Bundesratsinitiative ummünzen.

(Abg. Bebber SPD: Sie ist ja auch konservativ-liberal! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt wissen wir wenigstens, woher es kommt, Herr Minister!)

Sie werden sehen: Wir werden dafür im Bundesrat eine Mehrheit finden. Das wird nicht nur eine Mehrheit der so genannten B-Länder sein.

(Abg. Reichardt CDU: Mit Schily gegen Grün!)

Diesen rechtspolitischen Forderungen gegenüber sind durchaus auch Innenminister, die der SPD angehören, aufgeschlossen, wie ich aus Innenministerkonferenzen weiß.

(Abg. Bebber SPD: Weil die sich von Ihnen nicht an den Pranger stellen lassen wollen!)

Deshalb wäre am Schluss mein Appell an Sie: Helfen Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten mit, dass wir dann auch im Bundestag eine Mehrheit finden.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wir sind auf dem richtigen Weg zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Prävention und angemessener Härte. Darum geht es. Da bitte ich um Ihre Unterstützung und nicht um Ihre destruktive Kritik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Wir machen eine Klausursitzung mit Ihnen!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Zukunft der Akademie für Technikfolgenabschätzung – Drucksache 13/1410

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Bauer, Sie erhalten das Wort.

(Abg. Reichardt CDU: Was der Bauer nicht kennt, bespricht er!)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sie werden Frau Bauer noch kennen lernen, Herr Reichardt.

(Abg. Reichardt CDU: Ich schätze Sie täglich!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist noch kein Jahr her, als Herr Minister Frankenberg vor festlichem Publikum eine schöne Rede zum zehnjährigen Bestehen der Akademie für Technikfolgenabschätzung gehalten hat. Ich möchte hier an Ihre Worte erinnern und Sie zitieren. Sie sagten damals:

Wissenschaft und Technik müssen sich den Anforderungen einer kritischen Öffentlichkeit stellen. Deshalb benötigen wir einen breiten und gut organisierten Diskurs über Technikfolgen, um die Risiken moderner Techniken zu minimieren und ihre Chancen nutzen zu können.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Gute Aussage!)

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg hat in den zehn Jahren ihres Bestehens auf vielen Forschungsfeldern die Basis für eine rationale Verständigung über Strategien und Konzepte für die Zukunft geschaffen.

Heute sollen diese Worte alle nicht wahr gewesen sein?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Schall und Rauch!)

Waren das damals alles hohle Phrasen?

(Abg. Sakellariou SPD: Wie so oft!)

Ich meine, Sie hatten mit Ihrer Bewertung, die Sie im Frühjahr getroffen haben, Recht. Aber Sie haben Ihre Worte von damals offensichtlich nicht so gemeint.

Im Dezember überraschte die Landesregierung im Zusammenhang mit der Spardebatte und den Notwendigkeiten zum Sparen völlig unvermittelt mit dem Beschluss, dass sie die Akademie für Technikfolgenabschätzung schließen will. Der Beschluss wurde mit den Sparzwängen, denen sich das Land ausgesetzt sieht, begründet. Dieses Argument ist vorgeschoben. Die Öffentlichkeit hat gute Gründe, diesen vorgeschobenen Argumenten nicht zu glauben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die gesamte Sparliste, die bislang von der Landesregierung vorgelegt wurde, weist keinen einzigen strukturellen Vorschlag auf, wie dieses Land zukunftsfähig gemacht werden soll, außer einem: Der einzige einschneidende Strukturvorschlag ist die komplette Auflösung der Akademie. Dieser Vorschlag ist grottenfalsch,

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Warum?)

weil genau diese Einrichtung es sich zum Kerngeschäft und zur Kernaufgabe gemacht hat, über die Zukunftsfähigkeit des Landes nachzudenken.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein! Das stimmt nicht!)

Da setzen Sie den Hebel an. Ich habe gedacht, wir wären uns dabei einig: Wenn man sparen muss, muss man vor allem eines tun: Man muss die Prioritäten richtig setzen.

(Abg. Reichardt CDU: Keine falschen Ausfüllungen!)

Ich möchte die Kosten-Nutzen-Analyse sehen, die zu dem Ergebnis kommt, dass zum Beispiel eine Gartenakademie wichtiger ist als die Akademie für Technikfolgenabschätzung. Die Gartenakademie wollen Sie ja jetzt gerade erst aufbauen.

Ich möchte die Kosten-Nutzen-Analyse sehen, die belegt, dass die Millionen, die wir aus öffentlichen Geldern in die Bezuschussung von Formel-1-Rennen hineinstecken,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Genau! Skandal!)

besser investiert sind als bei der Akademie für Technikfolgenabschätzung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reichardt CDU: Frau Grünstein hat sich immer dafür eingesetzt! – Abg. Alfred Haas CDU: Ist das die Meinung von Frau Dederer? – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Die kurzfristigen Sparnöte können jedenfalls nicht für einen solchen Kahlschlag herhalten, wie Sie ihn hier planen. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass die Akademie schon lange ganz oben auf der Abschlusliste der Landesregierung stand.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Unbequem!)

In diesem Sinne ist auch die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag zu verstehen. Sie müssen sie mit dem Wissen lesen, dass diese Stellungnahme wenige Tage, bevor die Landesregierung ihren Auflösungsbeschluss getroffen hat, veröffentlicht wurde. Wenn Sie lesen, was da geschrieben wurde, kann man nur sagen: Das ist zynisch. Diese Argumentation ist zutiefst unfair und regelrecht respektlos gegenüber der Akademie.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter und Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich greife nur einen Punkt heraus. Das Gutachten des Wissenschaftsrats wird erwähnt. Die Akademie wurde im letzten Jahr evaluiert. Evaluation ist gut und wichtig. Die Akademie hat sich darauf eingelassen. Das Ergebnis der Evaluation ist positiv.

(Abg. Alfred Haas CDU: Frau Bauer!)

Es wurde ganz besonders darauf hingewiesen, dass der fach- und institutionenübergreifende Ansatz herausragend sei und dass ihre diskursiven und partizipativen Verfahren und Projekte einzigartig seien. Vom Wissenschaftsrat wurde auch kritisch angemerkt, dass es an Profilschärfe mangle.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl!)

Vom Wissenschaftsrat wurde erklärt, das sei wesentlich darauf zurückzuführen, dass Leitungsstellen nicht besetzt seien.

(Theresia Bauer)

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, nein! Das stimmt nicht!)

– Das stimmt! Lesen Sie es nach. – Dies ist nicht deshalb so, weil die Akademie dies nicht wollte, sondern weil das Land es untersagt und unterbunden hat, und zwar über lange Zeit hinweg.

(Abg. Pfisterer CDU: Wegen der Evaluation!)

Wenn man der Akademie jetzt diese mangelnde Profilschärfe zum Vorwurf macht und sie als Begründung für die Schließung hernimmt, dann ist das eine unangemessene Verdrehung der Tatsachen, eine Verdrehung von Ursache und Wirkung.

Ich hoffe, es gelingt Ihnen nicht, den Wissenschaftsrat dafür zu instrumentalisieren und ihn zum Kronzeugen für Ihre Schließungsabsichten zu machen. Ich glaube, dieses Gutachten gibt das nicht her. Zum Glück gibt es zwei mutige Mitglieder des Wissenschaftsrats – den österreichischen und den schweizerischen Vertreter –, die sich inzwischen auch öffentlich und schriftlich dagegen verwahren, dass man die Begutachtung durch den Wissenschaftsrat als Begründung dafür anführt, die Akademie jetzt aufzulösen.

(Abg. Alfred Haas CDU: „Kein Beifall“ steht im Protokoll!)

Ich finde jenseits von dem, was wir der Akademie antun: Ein solches Umgehen mit dem Wissenschaftsrat birgt auch die weitere Gefahr: Wenn man ein Ergebnis einer Evaluation so benutzt und instrumentalisiert, bringt man sämtliche Qualitätssicherungsmaßnahmen, die durch Evaluation vorgebracht werden sollen, in Misskredit und stellt sie unter Verdacht. Das ist ein hoher Preis, den wir da zahlen.

(Abg. Pfisterer CDU: Das muss man einzeln betrachten!)

Allein schon mit der Ankündigung, die Akademie für Technikfolgenabschätzung aufzulösen, haben Sie einen massiven Imageschaden für den Wissenschafts- und Technologiestandort Baden-Württemberg angerichtet. Ich empfehle Ihnen: Schauen Sie auf die Homepage der Akademie. Inzwischen sind über 300 Protestschreiben aus aller Welt eingegangen.

(Abg. Zimmermann CDU: Aus aller Welt!)

– Aus aller Welt, genau. Falls Sie es mir nicht glauben oder sich nicht die Zeit nehmen, auf eine Homepage zu gucken, dann gucken Sie heute wenigstens in die „Zeit“. Auf Seite 24 ist eine große Erklärung zur Schließung der Akademie abgedruckt, unterzeichnet von Wissenschaftlern aus aller Welt, aus der Schweiz, aus Italien, aus Großbritannien, den USA, aus Australien, Schweden, Dänemark, Frankreich. Das ist ein Imageschaden, den Sie mit der Schließung anrichten.

(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Den können Sie durch keine noch so teure Werbung wieder hereinholen.

Deshalb fordere ich Sie und den Landtag auf, den Beschluss der Landesregierung zu korrigieren. Die Akademie hat eine Chance verdient. Technikfolgenabschätzung muss eine hochrangige Aufgabe dieses Landes bleiben, und die angesammelten und gewachsenen Kompetenzen dieser Akademie müssen wir im Land halten. Wir dürfen sie nicht in alle Winde zerstreuen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pfisterer.

Abg. Pfisterer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja gehört: Der Antrag der Grünen zum Thema „Zukunft der Akademie für Technikfolgenabschätzung“ wird heute diskutiert. Es hat mich sehr gefreut, wie die Grünen auf unser Projekt eingestiegen sind und sich auch dafür eingesetzt haben. Ich habe mich deshalb sehr intensiv mit Ihrem Antrag, aber auch mit entsprechenden Stellungnahmen beschäftigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meines Erachtens hat das Ministerium den Antrag ausführlich, sehr sachlich und vor allem richtig beantwortet, sodass im Prinzip den aufgeworfenen Fragen so gut wie keine Antworten hinzuzufügen sind. Deshalb möchte ich mich mit dem Thema anders beschäftigen, und zwar mit einer Pressemitteilung, die die Bundestagsfraktion der Grünen vor kurzem herausgegeben hat; das war die bildungspolitische Sprecherin der CDU

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Der CDU?)

– Entschuldigung –, der Grünen aus Baden-Württemberg. Darin heißt es:

Die Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung ist ein fataler Fehler. Minister Frankenberg nutzt jede Chance, unter dem Vorwand knapper Kassen sich einer renommierten, aber unbequemen Akademie zu entledigen.

Weiter steht da:

Die rot-grüne Regierung steht für eine Forschungspolitik, die Chancen neuer Technologien nutzt, aber auch ihre Risiken thematisiert. Die Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Landtagsfraktion der Grünen, Sie tun so, als ob das Land Baden-Württemberg mit der Auflösung der Akademie für Technikfolgenabschätzung, die wir im Rahmen eines Nachtragshaushalts beschließen werden, grundsätzlich aus der Technikfolgenabschätzung aussteige. Dies ist blanker Unsinn. Wenn Sie einmal die Zahlen anschauen, stellen Sie fest: Es gibt kaum ein Bundesland, das sich so stark mit der Technikfolgenabschätzung beschäftigt wie Baden-Württemberg. Sie kennen die Zahlen genauso gut wie ich: 430 Institute und Einrichtungen sind auf diesem Gebiet aktiv. Es gibt mehr als 1 400 Forschungsprojekte mit 13 Themenfeldern. Sie können dies sehr gut in der Dokumentation „Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg“ nachlesen, in der alles dargelegt ist.

(Pfisterer)

Angesichts dieser Tatsache ist es ein dreistes Stück, zu behaupten, dass der baden-württembergische Wissenschaftsminister den Vorwand knapper Kassen benutze, um die Akademie zu schließen. Wir betreiben hier in Baden-Württemberg weiterhin Technikfolgenabschätzung, aber es dürfte Ihnen wohl kaum entgangen sein, dass sich Baden-Württemberg in einer dramatischen Haushaltslage befindet. Wem haben wir dies zu verdanken? Wohl kaum den fleißigen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes und wohl kaum den Mittelständlern, die versuchen, die Arbeitsplätze hier in Baden-Württemberg zu halten.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Rot-Grün, Herr Kollege!)

– Logischerweise werde ich Rot-Grün ansprechen müssen, denn Sie müssen bedenken, dass Ihre Regierung in Berlin eben nicht gelernt hat, richtig zu regieren und hauszuhalten. Unter Ihrer Politik haben wir darunter zu leiden, dass in Baden-Württemberg die Haushaltsmittel ganz klar zurückgehen und wir Sparmaßnahmen fahren müssen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: 20 Millionen für die Formel 1, sage ich nur!)

Spielen Sie sich hier nicht als Retter auf. Sie wissen ganz genau, dass wir es auch bedauern, die Akademie schließen zu müssen. Ich möchte hier ganz deutlich ein Dankeschön an all die Beschäftigten der Akademie sagen, die in den letzten zehn Jahren eine wertvolle Arbeit geleistet haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist eine Danksagung! – Abg. Kaufmann SPD: Beerdigung!)

Es ist auch ganz klar, dass wir hier in Baden-Württemberg mit der Schließung keine einfache Entscheidung treffen. Aber ich sage Ihnen auch schon voraus, dass wir vielleicht noch weit bitterere Entscheidungen treffen müssen, um unseren Haushalt zu sanieren. Auch Sie reden ja davon, dass wir die Schulden verringern müssen. Zu sagen, dass wir die Schulden verringern müssen, ist einfach, aber das Treffen von konkreten Entscheidungen fällt Ihnen logischerweise sehr schwer. Ich rufe Sie daher auf: Helfen Sie bei der Haushaltssanierung mit!

Wir treffen hier in keinsten Weise eine Entscheidung gegen die Technikfolgenabschätzung. Wir treffen eine Einzelentscheidung von vielen Maßnahmen, die hier noch anstehen werden. Wir halten die Schließung vor dem Hintergrund der gesamten Aktivitäten für vertretbar. Wir werden dafür Sorge tragen – das ist wichtig –, dass die Schließung sozial verträglich gestaltet wird. Dazu finden ja auch entsprechende Gespräche statt.

Ich möchte noch einmal auf Ihre Aussagen in der Pressemitteilung zurückkommen. Wenn man sieht, wie der Bund immer mehr von seiner Forschungspolitik abrücken will, auch Nullrunden einführt, kann man wohl schlecht sagen, dass Sie im Bereich der Wissenschaftspolitik Schwerpunkte setzen würden. Ich möchte aber ganz klar sagen, dass hier in Baden-Württemberg eine gute Politik gemacht wird. Denn gerade unser Minister Dr. Frankenberg und sein Ministerium leisten eine hervorragende Arbeit und setzen gute Schwerpunkte.

Sie streben in Ihrer Koalitionsvereinbarung an – das muss man sich einmal überlegen –, im Bund einen Investitionsanteil von 3 % zu erreichen. Wenn ich das, was Sie anstreben, mit dem vergleiche, was wir in Baden-Württemberg haben, stelle ich fest, dass dazwischen Welten liegen. Wir haben in Baden-Württemberg einen Investitionsanteil von 3,9 %, und Sie streben im Bund gerade mal einen Anteil von 3 % an.

Wir können daher ganz klar und deutlich sagen, dass wir hier in Baden-Württemberg bei der Technikfolgenabschätzung gut aufgestellt sind. Wir müssen allerdings die vielen Einrichtungen noch besser vernetzen, um deren Arbeit optimal zu gestalten.

Ich fordere Sie noch einmal konkret auf: Helfen Sie mit, aus der schwierigen Haushaltslage herauszukommen!

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Formel 1, sage ich doch!)

– Bitte?

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Formel 1, sage ich doch!)

– Wir kommen noch einmal im Einzelnen darauf zurück.

Ich darf zusammenfassend sagen: Sie dürfen sicher sein, dass wir die Tradition, eine gute Technikfolgenabschätzung zu betreiben, weiterhin aufrechterhalten und diese Institutionen auch entsprechend fördern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kaufmann.

Abg. Kaufmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe heute eine Broschüre mitgebracht, um sie Ihnen in dieser Debatte zu zeigen. Die Broschüre ist noch kein halbes Jahr alt. Man könnte fast sagen, sie ist noch druckfrisch. Sie wurde anlässlich des Zehn-Jahr-Jubiläums der Akademie für Technikfolgenabschätzung herausgegeben. Hieraus darf ich den Minister zitieren:

Die von mir veranlasste Evaluation durch den Wissenschaftsrat bestätigt nicht nur das Erreichte, sondern eröffnet neue Perspektiven für die Zukunft. Die Empfehlungen werden entscheidende Hilfestellungen bei der Weiterentwicklung der Akademie in den kommenden zehn Jahren sein.

„Hört, hört!“ kann ich da nur sagen. Denn Sie wissen, dass die Regierung die Schließung der Akademie und die Beendigung ihrer Arbeit in den kommenden zehn Monaten vorbereitet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Schon mal was von Steuerausfällen gehört?)

Es ist schwer zu vermitteln, dass das, was in zehn Jahren gewachsen ist und als gelungenes Experiment bezeichnet wurde, kurzfristigen haushaltspolitischen Überlegungen zum Opfer fallen soll. Wir werden dies nicht akzeptieren

(Kaufmann)

und bei den Beratungen über den Nachtragshaushalt eine Rücknahme dieser Einsparmaßnahme beantragen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Der Sachverstand der Akademie wurde nicht nur durch den Wissenschaftsrat bestätigt, sondern er kommt auch in vielen Stellungnahmen internationaler Wissenschaftler zum Ausdruck. Wenn wir schon sparen müssen, meine Damen und Herren, dann sollten wir nicht gerade beim Verstand anfangen

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

und auf qualifizierte Politikberatung und Technikforschung verzichten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Wissen Sie, Herr Scheuermann: Kompetenz nach Haushaltslage zuzulassen, das kann kein vernünftiger Weg sein.

(Abg. Pfisterer CDU: Anonym sparen ist einfach, aber konkret sparen schwer!)

Gerade in diesem Bereich, meine Damen und Herren – regen Sie sich nicht auf! –, ist Verlässlichkeit und Kontinuität gefragt,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

um den Qualitätsstandard zu sichern.

Ich darf noch einmal daran erinnern: Bei der Begutachtung der Akademie durch den Wissenschaftsrat wurden die Arbeitsfelder „Nachhaltige Entwicklung“ sowie „Wirtschaft und Beschäftigung“, die für uns besonders wichtig sind, aber auch der Querschnittsbereich „Diskurs“, der ein gewisses Alleinstellungsmerkmal der Akademie ist, mit „gut“ und „sehr gut“ bewertet. Nur bei den Feldern, bei denen Sie es versäumt haben, die entsprechenden Leitungspositionen zu besetzen, wird sie etwas kritischer bewertet.

Dazu muss man sagen: In diesem Bereich ist in der Akademie originäre Forschung nur schwer möglich, weil sie im technischen Bereich über keine Werkstätten und Labors verfügt. Insofern kann diese Kritik nicht treffen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Genau für diese Bereiche war sie mal gedacht!)

– Nein, Labors haben Sie noch nie vorgesehen, soweit ich informiert bin, und Werkstätten auch nicht, aber die technische Kompetenz kann man einkaufen, Herr Haas, wenn man die Leitungspositionen besetzt. Wenn man diese Stellen frei lässt, hat man in diesem Bereich eben nicht die Qualität, die man sonst schaffen könnte. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich kann auch den Ausführungen der Landesregierung in der vorliegenden Drucksache nicht zustimmen, wonach es seit dem Ausscheiden der ehemaligen Direktoriumsmitglieder

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

an einem stringenten Themenschwerpunkt gefehlt habe, man deshalb die Leitungsfunktionen nicht besetzen dürfe und es daher einer Evaluation durch den Wissenschaftsrat bedürft habe.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen – so wurde mir das gesagt –, dass das Direktorium offensichtlich bereits vor zwei Jahren gemeinsam mit dem Kuratorium ein detailliertes Konzept für die offen stehenden Leitungspositionen und auch ein Profil für die vier wissenschaftlichen Bereiche ausgearbeitet und dem Stiftungsrat vorgelegt hat. Beides – Konzept und Profil – wurde vom Stiftungsrat ausdrücklich begrüßt, und die damit verbundene Neuformulierung der Themenfelder wurde genehmigt.

Nun kommt das Hin und Her seitens des Ministeriums, zunächst grundsätzlich positive Aussagen zu machen, dann die Stellen doch nicht zu besetzen, dann wieder Zusagen zu machen, dann eine Ausschreibung wieder zurückzunehmen. Das ist kein fairer Umgang mit einer Akademie, und das war im Prinzip schon die Schaufel am Grab der Akademie, wie sich jetzt im Nachhinein herausgestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten uns noch im September mit der Frage einer Strukturkommission zu beschäftigen. Damals war die Haushaltslage bekannt. Die Einrichtung der Strukturkommission – und das haben alle betont – war mit dem Ziel verbunden, Leistungsfähigkeit, Entwicklungspotenzial und Organisation der Akademie zu optimieren, um sie in die Zukunft zu führen, wie der Herr Minister in seinen Ausführungen beim Jubiläum schon angedeutet hat.

Meine Damen und Herren, mit dem Verzicht auf interdisziplinäre und diskursive Spitzenforschung verliert unser Land einen Teil seiner Zukunftsfähigkeit. Dies dürfen wir und darf auch das Parlament nicht akzeptieren. Wir werden uns daher bei den Beratungen des Nachtragshaushalts für die Rücknahme der geplanten Kürzung von 1 Million € einsetzen, um damit der Akademie ein Weiterleben zu ermöglichen.

Ich zitiere noch einmal aus der vor einem halben Jahr herausgegebenen Festschrift, und zwar Herrn Professor Bugl:

Aus dem zarten vor zehn Jahren gepflanzten Bäumchen der Akademie ist ein tief verwurzelter Baum geworden. Dieser hat so manchen Sturm überstanden, gerade weil die TA-Akademie stets flexibel auf neue Anforderungen reagiert hat.

Dabei wollen wir ihr weiterhelfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bewertungsbericht des Wissenschaftsrats zur Akademie für Technikfolgenabschätzung ist für die Akademie nicht in allen Teilen besonders gut ausgefallen. Einige Bereiche wurden durchaus als sehr positiv bewertet, aber eben nicht alle.

Dieser Bericht gab zunächst einmal Anlass – und forderte förmlich dazu heraus –,

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

über einiges nachzudenken.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das Ranking der Unis ist auch nicht besser!)

Ich bin fest davon überzeugt, dass dieses Nachdenken in normalen Zeiten nicht dazu geführt hätte, die Akademie schließen zu wollen. Denn sie hat – und das wird ebenfalls vom Wissenschaftsrat attestiert – durchaus große Stärken und vor allem ein eigenständiges Profil entwickelt, das auch weit über Baden-Württemberg hinaus Anerkennung gefunden hat. Das zeigt sich nicht zuletzt auch darin, dass im letzten Jahr, in dem die wirtschaftliche Situation sicherlich nicht allzu gut war, das Einwerben von Drittmitteln durch die Akademie noch erheblich gesteigert werden konnte, und zwar um 10 %.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Nun, meine Damen und Herren, leben wir leider nicht in normalen Zeiten, sondern in Zeiten einer extremen Haushaltsanspannung. Da muss eben auch der Wissenschaftsminister jeden Euro zweimal umdrehen, bevor er ihn ausgeben kann. Seinen Vorschlag, die Akademie für Technikfolgenabschätzung zu schließen, tragen wir unter diesen Voraussetzungen mit – allerdings, das gestehe ich, ohne Begeisterung.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Mit entscheidend ist dabei für uns die Tatsache, dass das Ende der TA-Akademie nicht die Beendigung dieses Themas ist.

(Unruhe)

– Herr Caroli, horchen Sie doch einmal zu! – Technikfolgenabschätzung wird in Baden-Württemberg auch weiterhin durch andere Organisationen und Institutionen stattfinden. Es wird auch weiterhin die Möglichkeit der Politikberatung bestehen. Ich hoffe allerdings, dass es gelingt, das große Angebotspuzzle zu ordnen, damit man sich darin auch zu rechtfindet.

(Abg. Fischer SPD: Wir stimmen trotzdem mit Ja!
– Abg. Carla Bregenzer SPD: Sind Sie dafür oder dagegen?)

Wir stimmen der Auflösung der Akademie auch deshalb zu, weil zurzeit geprüft wird, ob und wie das Know-how der Akademie in einer Koordinierungsstelle gehalten werden kann. Wichtig ist für uns nicht nur das Sparen, sondern wir wollen dem Land auch diesen Wert erhalten. Ich persönlich möchte dem Land auch Professor Renn erhalten. Ich könnte

mir durchaus vorstellen, dass unter seiner Führung auch diese Koordinationsstelle angeordnet werden könnte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Schon wieder eine Pirouette, Herr Glück! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Oder ein Eiertanz! Dann soll er es doch sagen und nicht hier so herumeiern!)

– Dafür sind Sie doch bekannt!

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe Verständnis dafür, dass die Fraktion der Grünen sich Gedanken über die Zukunft der Technikfolgenabschätzung in unserem Land macht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nicht nur die Grünen! Alle!
– Abg. Bebber SPD: Nicht polemisieren jetzt! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das schließt aber nicht aus, dass wir uns Gedanken machen! – Abg. Pfisterer CDU: Auch wir haben uns Gedanken gemacht! Sogar viele Gedanken! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn dann auch Ergebnisse herauskämen!)

Aber es geht nicht nur um die Technikfolgenabschätzung –

(Zuruf von der SPD)

– Das war der Antrag der Fraktion der Grünen. – Auch die Christlich-Demokratische Union macht sich Gedanken über die Technikfolgenabschätzung.

(Heiterkeit)

Es geht um die finanziellen Rahmenbedingungen, die gegeben sind – nicht nur für die Technikfolgenabschätzung, sondern im Gesamtkontext meines Hauses, das heißt für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Die Frage lautet, wie wir angesichts der gegenwärtigen und noch lange in dieser Form andauernden finanziellen Rahmenbedingungen mit diesen Themen umgehen und entscheiden, was für uns Prioritäten und Posterioritäten sind. Dementsprechend müssen wir Haushaltsentscheidungen fällen.

Die Regierung hat den Vor- oder Nachteil, entscheiden zu müssen. Sie muss nicht nur argumentieren, sondern sie muss schließlich eine Entscheidung fällen, und zwar eine zukunftsorientierte Entscheidung – nicht nur was Wissenschaft, Forschung und Technikfolgenabschätzung betrifft, sondern auch die Frage der Schuldenhöhe, die wir den nächsten Generationen überantworten.

Wir haben den Wissenschaftsrat um eine möglichst objektive Einschätzung der Arbeit der Akademie für Technikfolgenabschätzung gebeten. Unser Beschluss, die Akademie für Technikfolgenabschätzung zu schließen, basiert auf der Haushaltslage des Landes und nicht auf dem Votum des Wissenschaftsrats. Das haben wir nie zu Hilfe genommen, um unseren Schließungsbeschluss zu begründen.

(Minister Dr. Frankenberg)

Dieser Schließungsbeschluss ist uns nicht leicht gefallen. Es war ein Beschluss in Abwägung anderer Einsparmöglichkeiten. Wenn Sie, Herr Kaufmann, sagen, wir hätten schon im September wissen müssen, wie schlecht die Haushaltslage ist, dann müssen Sie natürlich Ihren Finanzminister im Bund, Herrn Eichel, fragen, wieso er diese Kenntnis vor dem 22. September selbst nicht hatte, die Sie dann bei uns suchen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Pfisterer CDU: Vor der Wahl gab es kein Loch, erst danach! – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Kaufmann SPD: Sie haben keinen Überblick gehabt!)

– Also, wenn Sie von mir verlangen, dass ich über die Finanzen in der Bundesrepublik Deutschland einen besseren Überblick haben soll als der Bundesfinanzminister – –

(Abg. Bebber SPD: Ihren kleinen Laden werden Sie doch noch überblicken können! – Gegenruf des Abg. Pfisterer CDU: Aber die Steuerausfälle kamen doch vom Bund!)

– Erstens ist der Laden nicht klein, sondern es ist einer der größten Läden, die wir haben. Zweitens hängen die Finanzen meines Haushalts nicht nur von irgendwelchen Chimären ab, sondern von den Steuereinkünften und von der Wirtschaftslage der Bundesrepublik Deutschland, die der Bundesfinanzminister vor dem 22. September noch sehr optimistisch eingeschätzt hat. Am 23. September hat er festgestellt, dass die Kasse leer ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kaufmann SPD: Aber Sie wissen, es war am 30. September!)

Deshalb wissen Sie auch, warum wir dann erst im September und Oktober die wahre Misere der gesamten deutschen Finanzlage vor Augen haben konnten.

Ich möchte noch einmal betonen, dass der Schließungsbeschluss ein Beschluss aufgrund der Haushaltslage des Landes ist und dass ich, Frau Bauer, selber nie behauptet habe und auch nicht behaupten werde – und die Landesregierung auch nicht –, dass der Wissenschaftsrat diese Schließung empfohlen habe. Das verbietet schon der Umgang mit dem Wissenschaftsrat. Ich bitte, dass Sie das auch entsprechend sehen und nichts anderes behaupten, denn es ist von uns nie eine entsprechende Behauptung aufgestellt worden. Der Wissenschaftsrat hat ein ambivalentes Gutachten erstellt, aber er hat nie empfohlen, die Einrichtung zu schließen. Das ist auch nicht unser Argument. Wir fußen mit dem Schließungsbeschluss nicht auf dem Gutachten des Wissenschaftsrats.

Er hat, wie hier ausgeführt worden ist, zwei Abteilungen positiv und zwei Abteilungen relativ negativ beurteilt. Ich möchte noch hinzufügen: Die Nichtbesetzung von zwei Leitungsstellen, die Sie angesprochen haben, war von uns deshalb fortgeführt worden, weil wir nicht eine Evaluation durchführen lassen können und vor Durchführung der Evaluation alle freien Leitungsstellen besetzen können. Dann hätte es überhaupt keine Option mehr für eine Handlungsweise aufgrund der Evaluation durch den Wissenschaftsrat

gegeben. Also mussten wir dem Wissenschaftsrat noch Optionsmöglichkeiten lassen.

Wenn Sie nun im Sinne der Qualität die vielen Protestschreiben anführen, die gekommen sind, so darf ich Ihnen sagen, dass wir allein auf den Beschluss einer Universität, der ich einmal vorstand, eine C-3-Professur für Archäologie zu schließen, aus aller Welt 250 Protestschreiben aller renommierten Archäologen, die es auf dieser Welt gibt, bekommen haben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Da können Sie mal sehen, was die für ein Ansehen haben muss!)

Das heißt, die Zahl der Protestschreiben ist noch kein Maß für den Verlust, der durch den Schließungsbeschluss eingetreten ist. Ich glaube, ich kenne Verhaltensweisen von Wissenschaftlern und kenne auch die Verhaltensweisen des Eintretens füreinander.

(Abg. Bebber SPD: Eine besondere Art von Zynismus ist das!)

Wenn einer gefährdet ist, stehen alle auf. Das ist so, und das wird so bleiben. Aber es ist noch kein Maß dafür, wie wichtig oder wie unwichtig eine Einrichtung ist.

(Abg. Zeller SPD: Das heißt, Sie werfen denen Unsachlichkeit vor!)

– Wieso werfe ich denen Unsachlichkeit vor?

(Abg. Bebber SPD: Eine Form von Zynismus ist das! – Zuruf von der SPD: Diese Einschätzung ist interessant!)

Ich sage nur, es gibt unter den Wissenschaftlern eine Solidarität.

(Abg. Zeller SPD: Die inhaltlich nicht begründet ist!)

– Das habe ich auch nicht behauptet.

(Abg. Bebber SPD: Sie haben den Eindruck erweckt!)

Die Wissenschaftler argumentieren natürlich nicht vor dem Hintergrund der Haushaltslage des Landes, sondern sie argumentieren vor dem Hintergrund von Fachinteressen und von Fachegoismen. Diese sind im Fach begründet und mögen unter fachegoistischen Gesichtspunkten auch richtig sein, sind aber unter gesamtwirtschaftlichen und Gesamthaushaltsgesichtspunkten nicht vernünftig.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Aber die Wissenschaftler haben auch nicht über den Haushalt des Landes Baden-Württemberg zu befinden, sondern nur über ihre engen Fachgebiete.

Wenn wir uns den Hintergrund unserer Entscheidung ansehen, so ist es eine Prioritätenentscheidung. Wir haben eine Entscheidung für den Hochschulsektor. Wir haben im gesamten Hochschulbereich Solidarpakte, und dies mit Recht. Wir haben trotz aller Einsparungen – diese summieren sich auf etwa 140 Millionen €, wenn wir die Absenkungen des

(Minister Dr. Frankenberg)

Haushalts für 2003 insgesamt betrachten – die Hochschulhaushalte nicht tangiert, um keinen Cent abgesenkt. Wir haben die Solidarpakte gehalten. Das hat für uns Priorität, weil es hier um die Bildungschancen von Hunderttausenden von jungen Menschen geht und weil es um die Forschungs- und Entwicklungschancen unserer Wirtschaft geht. Die Einschnitte, auch die strukturellen, müssen dort erfolgen, wo wir glauben, dass sie, wenn auch der Verlust schmerzlich ist, für das Land Baden-Württemberg am ehesten im Gesamtkontext zu tragen sind.

Im Rahmen dieser Entscheidung über Posterioritäten und Prioritäten haben wir die Entscheidung zur Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung getroffen. Wir müssen zur Haushaltssanierung und zum Ausgleich des Haushalts Strukturentscheidungen fällen. Wir können nicht nach dem Rasenmäherprinzip vorgehen, überall etwas absenken und damit alle Institutionen gefährden, sondern wir müssen sagen, was wir für die Zukunft unabdingbar brauchen und was wir nicht brauchen; denn sonst werden wir die Haushaltssituation nicht in den Griff bekommen. Sie ist nur in den Griff zu bekommen, wenn wir Personalstellen abbauen. Man kann darüber diskutieren, wie man will: Bei der hohen Personalquote im Landeshaushalt werden wir keinen Ausgleich erreichen können, wenn wir nicht Personalstellen abbauen.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Sollen wir Professorenstellen streichen, sollen wir an anderer Stelle vielleicht Lehrerstellen streichen –

(Abg. Zeller SPD: Die Imagekampagne streichen!)

dort liegt die Zukunft für die junge Generation –, oder sollen wir eine Institution einsparen, die nicht unabdingbar notwendig ist? Deshalb haben wir uns für die Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung entschlossen. Sie sehen, wie wichtig wir die Zukunft des Landes hinsichtlich Forschung und Technologie nehmen; denn wir haben im Haushalt unseres Landes trotz der jetzigen Sparbeschlüsse weiterhin an den Erhöhungsraten des Haushalts der Deutschen Forschungsgemeinschaft um 3,5 % und der Max-Planck-Gesellschaft um 3 % festgehalten.

(Zuruf von der CDU: Im Gegensatz zum Bund!)

Der Bund hat entgegen der im Juni getroffenen Vereinbarungen – im Juni war Finanzminister Eichel offenbar noch der Meinung, der Haushalt stünde blendend da –

(Abg. Pfisterer CDU: Jetzt gut zuhören! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Ablenkung!)

die Erhöhungsraten einseitig auf null gefahren.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Dies bedeutet angesichts der Tarifsteigerung, dass Tausende von Arbeitsplätzen junger Wissenschaftler in Drittmittelprojekten bei der Max-Planck-Gesellschaft gefährdet sind. Das ist ein wirklicher Schlag gegen die Zukunft der Bundesrepublik als Forschungsstandort.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Das ist der Hammer! Da kommt keine Reaktion von Rot-Grün! – Zuruf von der SPD: An den Haaren herbeigezogen!)

Bei der Akademie für Technikfolgenabschätzung geht es um etwa 70 Stellen. Auch das ist bitter. Wir werden sie sozialverträglich abbauen. Das ist aber keine Relation zu Tausenden von Mitarbeiterstellen im wissenschaftlichen Bereich, die die Bundesregierung durch ihre Pläne gefährdet. Deswegen halten wir an den Erhebungsbeschlüssen genauso wie alle anderen B-Länder fest.

Sie sehen: Hier geht es nicht um eine Prioritätensetzung gegen Wissenschaft und Forschung, sondern es geht um eine Prioritätensetzung im Bereich von Wissenschaft und Forschung, nämlich dahin, durch Primärmittel Forschung und Wissenschaft zu garantieren. Die Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung bedeutet nicht, dass wir im Land auf Technikfolgenabschätzung verzichten. In Baden-Württemberg gibt es eine so reiche Forschungslandschaft hinsichtlich der Technikfolgenabschätzung wie in kaum einem anderen Bundesland. Wir haben das größte Technikfolgeneinrichtungs- und -abschätzungsinstitut, das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse ITAS des Forschungszentrums Karlsruhe.

(Abg. Fischer SPD: Aber das wird auch vom Bund bezuschusst!)

Dieses kooperiert mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung und ist Träger des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags.

(Abg. Bebbler SPD: Vom Bund bezahlt!)

Dieses hat seinen Sitz in Baden-Württemberg. Das heißt, wir haben in diesem Land die größte Einrichtung für Technikfolgenabschätzung, und zwar unabhängig von der Akademie für Technikfolgenabschätzung des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Fischer SPD: Und wer bezahlt es?)

– Es ist doch egal, wer das bezahlt. Wir brauchen das Know-how.

(Lachen bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Unglaublich!)

Ich habe Sie doch nicht beschimpft; ich habe nur ganz nüchtern erwähnt, dass die Bundesregierung, der Sie offenbar nahe stehen, jegliche Steigerungsrate der Forschungsmittel, die schon angesichts der Tarifsteigerungen notwendig gewesen wäre, in diesem Land auf null gesetzt hat.

(Abg. Carla Breggenzer SPD: Sie schmücken sich mit einem Institut, das der Bund bezahlt!)

– Wir schmücken uns mit diesem Institut überhaupt nicht, Frau Breggenzer; wir sagen nur, dass es vorhanden ist.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir brauchen keinen Schmuck des Bundes!)

Wenn Sie einen kooperativen Föderalismus haben wollen und wenn Sie auch die Kooperation zwischen Bund und Ländern befürworten – ich nehme an, dass Sie das tun –, warum sollten wir dann nicht in der Lage sein und warum sollte man uns dann nicht gestatten, auch für uns und für unsere Technikfolgenabschätzung Einrichtungen zu nutzen,

(Minister Dr. Frankenberg)

die im Land existieren, obwohl sie vom Bund finanziert werden?

(Abg. Bebbler SPD: Wir sind Nutznießer! – Abg. Pfisterer CDU: Der Bund weiß, wo gut geforscht wird: hier in Baden-Württemberg!)

Wir reklamieren gar nichts. Wir sagen nur: Wir brauchen Institutionen nicht doppelt, eine vom Bund finanzierte und eine vom Land finanzierte, wenn wir auch die vom Bund finanzierte nutzen können, um für das Land eine Technikfolgenabschätzung vornehmen zu können.

Das heißt, es gibt keinen Kahlschlag, was die Technikfolgenabschätzung im Land betrifft. Wir schließen zum Ende des Jahres 2003 eine eigene Einrichtung. Trotzdem wird es weiterhin Technikfolgenabschätzung im Land in genügender Breite geben.

(Abg. Bebbler SPD: Dank des Bundes! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Der macht 100 % kaputt!)

Die weitere Entwicklung wird sein, dass wir für den Fall, dass wir nach Schließung der Akademie zu der Erkenntnis kommen, dass es einer Koordinierungsstelle für Technikfolgenabschätzung bedarf, diese und auch eine kleine Strukturkommission einrichten, die den Aufbau dieser Koordinierungsstelle begleiten soll.

Meine Damen und Herren, wir sind mit dem Schließungsbeschluss unserer Gesamtverantwortung für das Land, für den Haushalt des Landes und für die Zukunft des Landes gerecht geworden. Denn wer Nachhaltigkeit will, muss auch wissen, dass das Wichtigste eine nachhaltige Haushaltssanierung ist und das Schädlichste, was wir der kommenden Generation überlassen können, Schuldenberge sind, die ihre Möglichkeiten immer mehr einengen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stelly. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Verlauf dieser Diskussion war für mich noch einmal ein eindrucksvoller Beleg dafür, dass die Entscheidung, die Akademie aufzulösen, nicht aus finanziellen Gründen erfolgte, sondern ein Problem der Wertschätzung dieser Akademie ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Genau das Gegenteil ist richtig!)

Ich möchte Ihnen das noch einmal an zwei Punkten erläutern.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Jetzt hören Sie doch einmal zu! Sie werden dabei noch etwas lernen.

(Abg. Pfisterer CDU: Wenn man falsche Aussagen macht, muss das korrigiert werden!)

Sie sagen, der Technologiefolgenabschätzungsstandort werde weiterhin existieren, und verweisen auf 430 Einrichtungen

im Land. Sie verweisen auf die Einrichtungen in Karlsruhe.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich finde, das ist die Fortführung der zynischen und regelrecht dreisten Argumentation, denn Sie beziehen sich auf eine Studie der Akademie als Ausgangspunkt. Die Akademie hat gesammelt, welche Projekte, welche Architekten, welche Einzelleute im Land sich an irgendeinem Punkt mit dem Thema Technikfolgenabschätzung beschäftigen, um die Grundlage für Netzwerke zu schaffen, um Kontakte herzustellen. Die Aufgabe der Technikfolgenabschätzung aber ist systematisch zu betreiben, sie ist Fächer und Disziplinen übergreifend zu betreiben. Es reicht nicht, und es ist eine Frechheit, die Akademie, die die Zusammenführung und Bewertung dieser Ansätze organisieren will, auf eine Stufe zu stellen mit den 430 Projektchen in diesem Land. Das können Sie einfach nicht ernst gemeint haben.

(Beifall bei den Grünen)

Zum Verweis auf die Institutionen in Karlsruhe: Die haben ihre Adresse in Karlsruhe, die haben ihren Sitz in Karlsruhe, aber sie befassen sich mitnichten mit Technikfolgenabschätzung im Land und versuchen mitnichten, die Folgen technischen Wandels für Baden-Württemberg zu bewerten und die Ergebnisse aufzubereiten. Das haben sie Ihnen sicher auch sehr deutlich gesagt.

Noch einmal das Finanzargument, um noch einmal die Größenordnung deutlich zu machen: Wir streiten hier um 4 Millionen € für die Akademie im Vergleich zu den über 20 Millionen € zum Beispiel für die Formel-1-Rennen.

(Abg. Zeller SPD: Die Imagekampagne kostet 7 Millionen!)

Herr Frankenberg, Sie haben sich nie der Debatte gestellt – wir würden uns gerne und konstruktiv daran beteiligen –, wie man der Akademie trotz der Sparnotwendigkeiten eine Zukunft geben kann, damit sie womöglich mittelfristig auch mit reduzierten Mitteln klarkommt. Wir würden uns einer solchen Debatte nicht versperren, die Akademie selbst übrigens auch nicht. Nur haben Sie diese Debatte nie gesucht. Sie haben weder mit dem Kuratorium noch mit dem Stiftungsrat der Akademie darüber geredet. Sie haben die Diskussion mit uns nie gesucht, sondern Sie sind mit dem Auflösungsbeschluss an die Öffentlichkeit gegangen.

Ich werde Ihnen jetzt einmal an ein paar Eckpunkten zeigen, dass es auch anders ginge. Die Akademie hat – das wurde eben schon erwähnt – 10 % Steigerung ihrer Drittmittel innerhalb kürzester Frist hingekriegt. Sie hat inzwischen ein Ausmaß von 30 % Drittmittelfinanzierung erreicht und hat hervorragende Kontakte in die EU, wo weitere Mittel für Technikfolgenabschätzung im neuen EU-Forschungsrahmenprogramm angekündigt sind, mit hervorragenden Aussichten, ihren Drittmittelanteil weiter zu steigern. Wir könnten einen Weg einschlagen, der der Akademie eine Chance gibt, eigenständiger zu werden und ihren Drittmittelanteil zu erhöhen.

(Beifall bei den Grünen)

(Theresia Bauer)

Wir könnten zum Beispiel auch die 1 Million € nehmen, über die Sie ganz frisch beschlossen haben, sie für Veranstaltungen zu den Auswirkungen der Biotechnologie auszugeben. Das sind 1 Million € aus Landesstiftungsmitteln, die Sie in neue Strukturen gießen wollen. Diese wären bei der Akademie hervorragend angesiedelt. Das ist ein kompetenter und erfahrener Partner, um genau solche Debatten führen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das nur als Hinweis darauf, dass es eine Alternative gäbe. Die Akademie muss nicht dicht gemacht werden. Wenn Sie an der Schließung festhalten, zeigen Sie, dass Sie eine kurz-sichtige Politik betreiben. Sie werden dadurch einen massiven Rückschlag für den Wissenschafts- und Technologie-standort in Kauf nehmen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Alfred Haas CDU: Das ist nicht wahr!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Abschnitt I ist ein Berichtsantrag, der durch die Aussprache erledigt ist.

Was beantragen Sie zum Abschnitt II? Abstimmung?

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ja! – Abg. Hauk
CDU: Nur ein Antrag!)

Dann lasse ich über den Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1410, abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:56 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Fragestunde – Drucksache 13/1678

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Finanzgericht Freiburg

Das Wort erhält Herr Abg. Gustav-Adolf Haas zur Verlesung seiner Anfrage. – Bitte schön.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

a) Um welche „fachkundigen Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“ der Region Südlicher Oberrhein handelt es sich namentlich, die entgegen der Meinung der Steuerberaterkammer Südbaden und der Rechtsanwaltskammer Freiburg die Verlegung der Senate des Finanzgerichts von Freiburg nach Karlsruhe – Drucksache 13/1490, Seite 2 – als überfällig bezeichnen?

b) Handelt es sich dabei wirklich um „fachkundige Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“ aus der Region Freiburg oder um solche, die in der Region Karlsruhe ihre eigene Bürotätigkeit ausüben und die Konzentration des Finanzgerichts in Karlsruhe mit Aufhebung der Außensenate des Finanzgerichts Stuttgart und Freiburg somit befürworten?

Stellv. Präsident Birzele: Frau Justizministerin Werwigk-Hertneck, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck: Herr Präsident! Herr Abg. Haas, ich beantworte Ihre Anfrage gern: Die betreffenden Steuerberater und Wirtschaftsprüfer haben sich vertrauensvoll an das Justizministerium gewandt. Ihre Namen können wir aus Datenschutzgründen nicht nennen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass diese Steuerberater und Wirtschaftsprüfer ihre Bürotätigkeit in der Region Südbaden ausüben und Angehörige der Steuerberaterkammer Südbaden sind.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Frau Ministerin, Sie können mir diese Namen auch nicht in einem Brief zur Kenntnis bringen?

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin.

Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck: Leider nicht.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Schade! Danke schön!)

Stellv. Präsident Birzele: Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Verwendung zusätzlicher Regionalisierungsmittel

Herr Abg. Palmer, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

a) Welchen Anteil der geplanten Kürzungen im Verkehrshaushalt von insgesamt 45 Millionen € erbringt der öffentliche Personennahverkehr, und welchen Anteil erbringen die Investitionszuschüsse für den Straßenbau?

b) Welche Straßenbaumittel sind davon betroffen?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält der Herr Minister für Umwelt und Verkehr Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage wie folgt:

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr muss aufgrund der Sparbeschlüsse der Haushaltsstrukturkommission im Haushaltsjahr 2003 insgesamt strukturell 45,2 Millionen € einsparen. Hinzu kommt noch eine globale Minderausgabe von immerhin 50 Millionen €. Diese Einsparung soll im Nachtragshaushalt 2003 durch eine im Haushaltsstrukturgesetz zum Nachtrag 2003 auszubringende entsprechende Kürzung der Kraftfahrzeugsteuer-Verbundmasse und der Zuweisungen nach § 27 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes umgesetzt werden.

Im Einzelplan des Ministeriums für Umwelt und Verkehr wirkt sich diese Kürzung wie folgt aus:

Erstens: In Kapitel 1003 Titelgruppe 85 werden die Ausgabenansätze für die Förderung von Investitionen des ÖPNV von bisher 78,75 Millionen € um 31,75 Millionen € auf 47 Millionen € herabgesetzt.

Zweitens: In Kapitel 1004 Titel 883 21 – Kommunalen Straßenbau – reduzieren sich die bisherigen Mittel aus der Kraftfahrzeugsteuer-Verbundmasse von 32,14 Millionen € um 13,52 Millionen € auf 18,62 Millionen €. Der Haushaltsansatz von insgesamt 132,864 Millionen € bleibt aber unverändert erhalten, da die wegfallenden Kfz-Steuermittel durch eine entsprechende Umschichtung von GVFG-Mitteln aus Kapitel 1003 Titelgruppe 84 ausgeglichen werden.

Dazu muss ich vielleicht einmal zur Erläuterung etwas sagen. Wir bekommen die GVFG-Mittel, also die Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Bundes, als Gesamtmittel und haben die Möglichkeit, die Aufteilung dieser Mittel zwischen ÖPNV und kommunalem Straßenbau im Land selbst zu wählen. Wir könnten sagen: 100 : 0. Das werden wir logischerweise nicht machen. Man könnte auch sagen: 0 : 100. Das machen wir auch nicht. Vielmehr gibt es eine ganz bestimmte Oberverteilung dieser Mittel, die dann einerseits durch die FAG-Mittel und beim ÖPNV andererseits durch die Regionalisierungsmittel jeweils verstärkt werden. An dieser Oberverteilung können wir etwas ändern, und das tun wir. Deswegen kommt es zu dem Effekt, den ich gerade beschrieben habe.

Drittens: In Kapitel 1003 Titelgruppe 84 werden die Ausgaben für die Fahrzeugbeschaffungen nach dem GVFG – nebenbei gesagt: das ist die Busförderung – von bisher 48 Millionen € um 13,52 Millionen € auf 34,48 Millionen € gekürzt. Die Folgen dieser Kürzungen kann man folgendermaßen beschreiben:

Erstens: Die Kürzungen bei der Förderung von Investitionen des ÖPNV von 31,75 Millionen € werden durch eine entsprechende Verstärkung im Haushaltsvollzug durch Regionalisierungsmittel ausgeglichen. Das betrifft diese eine Kürzung. Wir nehmen Gelder, die wir bisher aus dem GVFG finanziert haben, für den ÖPNV. Die Mittel, die da gekürzt worden sind, werden durch Regionalisierungsmittel aufgestockt. Diese Mittel werden also herangezogen.

Im kommunalen Straßenbau werden die geringeren Kfz-Steuermittel durch die Umschichtung von 13,52 Millio-

nen € aus GVFG-Mitteln im laufenden Haushaltsjahr vollständig ausgeglichen. Das ist die Oberverteilung, von der ich gerade gesprochen habe. Bei der Förderung der Fahrzeugbeschaffung wird die Busförderung in der Tat bleibend um 13,52 Millionen € reduziert.

Jetzt ist natürlich die Frage: Was geschieht eigentlich in den Folgejahren? Dazu möchte ich heute schon Folgendes sagen: In den Haushaltsjahren 2004 ff. werden Kürzungen im Rahmen der Haushaltsaufstellung jeweils neu auf den ÖPNV und den kommunalen Straßenbau verteilt. Wir werden dann zu realen Kürzungen kommen, die nicht mehr durch Regionalisierungsmittel ausgeglichen werden. Das wird nicht unbedingt gleich zu hundert Prozent von einem Jahr auf das andere möglich sein, aber durch diese realen Kürzungen werden die Regionalisierungsmittel dann nicht mehr entsprechend in Anspruch genommen werden müssen.

Ich will von meiner Seite aus noch einmal abschließend dazu sagen: Man kann diese politische Schwerpunktsetzung, dass wir diese 45 Millionen € aus diesem Topf geholt haben, politisch kritisieren. Das ist in der Haushaltspolitik immer so. Ich lege aber großen Wert darauf festzustellen, dass sie rechtlich absolut korrekt ist und dass deswegen für Rückforderungsvorschläge, die Sie, Herr Kollege Palmer, in einem Brief gegenüber dem Bundesfinanzminister angeregt haben, keinerlei rechtlicher Anlass besteht. Wenn Sie den Vorschlag machen, dass das Land in Zukunft weniger Geld bekommen solle, dann will ich das auch nur politisch bewerten. Aber einen rechtlichen Anlass, uns sozusagen Geld zu nehmen, weil wir es in einer rechtlich unkorrekten Weise missbrauchen würden, gibt es nun wirklich nicht.

Was wir tun, ist rechtlich korrekt. Wir missbrauchen keine Gelder, sondern wir schichten von den Bereichen um, in denen die Töpfe größer sind, in die Bereiche hinein, in denen es knapper ist. Das tun wir unter dem Zeichen der engen Finanzspielräume, mit denen wir es zu tun haben.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister Müller, könnten Sie ausführen, wie die Antwort zur Frage b konkret lautet, nämlich zu der Frage, welche Straßenbaumittel betroffen sind bzw. wo im Landesstraßenbau gekürzt wird?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Sie sprachen jetzt gerade vom Landesstraßenbau. Im Landesstraßenbau wird an dieser Stelle überhaupt nicht gekürzt, solange wir vom GVFG sprechen. Ich sage dazu – das ist keine Neuigkeit –, dass der Landesstraßenbau im Rahmen der globalen Minderausgabe auch zur Kasse gebeten wird, und zwar ungefähr in der gleichen Größenordnung, wie der Landesstraßenbau auch schon in den Vorjahren bei der globalen Minderausgabe dabei war. Das ist das eine.

Das Zweite ist: Wie wirkt sich das real beim kommunalen Straßenbau aus? Da sage ich ja: Dadurch, dass wir die Oberverteilung anders machen, wirkt es sich in diesem Jahr finanziell gar nicht aus. In den Folgejahren wird es anders sein.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, können Sie ungefähre Angaben dazu machen, wie sich die realen Kürzungen, von denen Sie sprechen, in den nächsten Jahren zwischen den Verkehrsträgern aufteilen werden?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Hältig. Das ist unser Ziel. Aber darüber kann man natürlich politisch streiten. Eine Oberverteilung, die man frei in der Hand hat, kann man so oder anders machen. Aber ich halte es für angemessen, das hälftig zu machen.

Wir würden dann übrigens beim kommunalen Straßenbau wieder ziemlich genau auf die Sätze zurückkommen, die ich, so sage ich einmal, bei meinem Amtsantritt vorgefunden habe. Die haben wir in den letzten Jahren, grob gesagt, um 50 Millionen DM – rund 25 Millionen € – erhöht, und jetzt gehen wir ungefähr wieder auf das ursprüngliche Niveau zurück.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Kaufmann.

Abg. Kaufmann SPD: Herr Minister, würden Sie jetzt, unabhängig von der rechtlichen Bewertung des Sachverhalts, zustimmen, dass man sagen kann: „Regionalisierungsmittel werden in diesem Fall doch zur Sanierung des Haushalts verwendet“? Könnten Sie zudem noch einmal darlegen – ich habe das vorhin in der Schnelle nicht ganz verstanden –, in welchem Umfang jetzt Regionalisierungsmittel als Ersatz für originäre Landesmittel herangezogen werden.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Sie werden nicht als Ersatz für originäre Landesmittel herangezogen, sondern es gibt, wie gesagt, im Prinzip drei Finanzströme: Da gibt es auf der einen Seite die Regionalisierungsmittel. Zum Zweiten gibt es die GVFG-Mittel. Zum Dritten gibt es die Kraftfahrzeugsteuer-Verbundmasse-Mittel. Mit denen verstärken wir diese beiden Förderzwecke. Das ist im Finanzausgleichsgesetz geregelt.

An dieser dritten Stelle setzen wir an, kürzen, machen eine andere Oberverteilung innerhalb des GVFG und verstärken das für ein Jahr mit den Regionalisierungsmitteln, sodass es in diesem Jahr zu keinem Ausfall bei diesen beiden Förderzwecken kommt. Aber für die Folgejahre haben wir das nicht vor. Um die Regionalisierungsmittel auch in diesem Jahr umgekehrt schon wieder zu entlasten – zunächst einmal ist es eine Belastung, die wir aber nicht auf Dauer vorhaben –, haben wir zusätzlich die Busförderung um ein Drittel gekürzt.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie es für richtig halten, dass die Gelder 50 : 50 zwischen Schiene und Straße verteilt werden und Sie es ab 2004 auch wieder so machen wollen? Warum ist es dann im Jahr 2003 anders?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Das kann man ganz einfach beschreiben: weil wir im Jahr 2003 gegenüber den Kommunen im Wort stehen und es dort nicht zu einer Kürzung kommen sollte. Deswegen nehmen wir uns das als strukturelle Maßnahme längerfristig vor. Wie wir das dann umsetzen, ist noch die Frage. Man könnte ja

an den Fördersätzen oder an anderen Konditionen etwas ändern oder einfach den Ansatz reduzieren. Es gibt dann halt weniger Förderfälle. Das bleibt noch der Diskussion überlassen.

Wir waren aber aufgefordert – dem haben wir auch Rechnung getragen –, strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, das heißt solche, die nicht nur ein Jahr lang wirken. Deswegen werden wir in der Zukunft eine ähnliche Operation machen, aber dann zu realen Kürzungen an diesen beiden Stellen kommen.

Ich sage einmal so: Sie merken daran, dass das für dieses Jahr schon eine relativ intelligente Lösung war. Not macht erfinderisch, und die Not ist relativ groß. Deshalb war auch unser Erfindungsreichtum dementsprechend.

(Beifall des Abg. Zimmermann CDU – Heiterkeit –
Abg. Kaufmann SPD: Kreative Buchführung!)

– Den Begriff „kreative Buchführung“ schätze ich nicht so besonders, weil man das bei FlowTex auch schon gesagt hat, und davon sind wir doch noch ein kleines Stück entfernt.

Das muss man im Protokoll irgendwie unterbringen, dass ich das spaßhaft gesagt habe.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Birzele: Ironie in der Politik ist gefährlich.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen? – Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV) – Drucksache 13/1551

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1666

Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer

Frau Abg. Kipfer wünscht als Berichterstatterin nicht das Wort.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Herr Abg. Pauli, Sie haben das Wort.

Abg. Pauli CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Tagesordnungspunkt werden wir sicher eine ungewöhnliche Einigkeit bei den Redebeiträgen verspüren. Einigkeit macht stark! Und wir brauchen diese Stärke! Wir brauchen sie für einen stärkeren Schutz unserer Kinder und Jugendlichen gegenüber den psychischen Vergewaltigungen durch verantwortungslose Medienangebote.

(Pauli)

Deutschland ist weltweit das Land mit der größten Regeldichte in Bezug auf Medien.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Darauf sind wir aber nicht stolz!)

Bei uns ist eine Vielzahl von Menschen mit der Beobachtung des Medienmarkts beschäftigt. Zum Schutz junger Menschen werden Filme eingestuft, Schriften indiziert, Werbezeiten im Fernsehen gestoppt und freiwillige Selbstkontrollen durchgeführt. Trotzdem müssen wir erleben, wie unsere Kinder und Jugendlichen tagtäglich abscheuliche, menschenverachtende, perverse Medienkost serviert bekommen.

Wie die polizeiliche Kriminalstatistik 2001 für ganz Deutschland verdeutlicht, ist beispielsweise die Verbreitung von Kinderpornographie in den Medien gegenüber dem Vorjahr um 60 % drastisch gestiegen. Strafbare Gewaltdarstellungen gegenüber Jugendlichen nahmen ebenfalls deutlich um 16 % zu.

Eltern und Erziehungsberechtigte können es nicht fassen, dass unser Staat nicht in der Lage sein soll, unsere Kinder wirksam zu schützen. Angesichts der rasanten technischen Entwicklungen und der unüberschaubaren Verbreitung elektronischer Medien hinken die Gesetzgeber den Gefahren und Risiken für junge Leute regelmäßig hinterher.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt den vorliegenden Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien. Er bedeutet einen klaren Kompetenzgewinn für die Länder im Bereich der so genannten Telemedien. Mit der neuen Zuständigkeitsverteilung ziehen Bund und Länder unter anderem die Konsequenzen aus der zunehmenden Konvergenz der elektronischen Medien. Neu ist insbesondere, dass die traditionelle Zuständigkeit der Länder für Rundfunk und Mediendienste – beides sind Angebotsformen, die sich an die Öffentlichkeit richten – beim Jugendschutz nun auch auf die Individualkommunikation im Internet erstreckt wird.

Diese Vereinheitlichung des Jugendschutzes ist ohne Zweifel zweckmäßig. Es zeichnet sich aber bereits heute ab, dass die Kontrolle des Internets auch künftig problematisch bleibt. Denn gerade bei diesem Medium besteht am ehesten die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche mit problematischen und unzulässigen Angeboten wie etwa Pornographie, Extremismus, Gewalt- und Kriegsverherrlichung oder Rassismus konfrontiert werden.

Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag trägt der Tatsache Rechnung, dass bei aller gebotenen Deregulierung der Jugendschutz das wichtigste Handlungsfeld der Gesellschaft im Medienbereich bleibt. Wir begrüßen das absolute Verbot für Gewalt verherrlichende und Gewalt verharmlosende Angebote in Rundfunk und Internet.

Auf Druck von Bayern und Baden-Württemberg werden denjenigen Anbietern hohe Bußgelder im Staatsvertrag angedroht, die ungeachtet ihrer Verantwortlichkeit Gewaltdarstellungen oder pornographische Darstellungen im Internet anbieten. Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag wird nur so wirksam sein, wie er um- und durchgesetzt wird.

Natürlich ist jedem von uns klar, dass der Jugendmedienschutz im europäischen Rahmen weiter forciert werden muss, weil eine rein deutsche Lösung technisch unterlaufen werden kann. Allerdings bedeutet der Ruf nach europäischer Harmonisierung eine Nivellierung unseres mühsam erreichten Standards. Wer es mit dem Jugendschutz im Medienbereich ernst meint, muss deshalb mit dafür Sorge tragen, dass auch die Medienkompetenzen unserer Kinder und Jugendlichen weiterhin konsequent gestärkt werden. Der beste Jugendmedienschutz ist der verantwortliche Umgang mit den Medienangeboten. Hier ist unsere gesamte Gesellschaft herausgefordert. Lassen Sie uns diese Herausforderungen weiterhin parteiübergreifend gemeinsam anpacken!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist das Ergebnis einer gemeinsamen Reform von Bund und Ländern. Ziel war es – das haben Sie, Herr Pauli, richtig gesagt –, den Kompetenzwirrwarr zu entflechten und klarere Strukturen und Verantwortlichkeiten herzustellen. Weil aber viele Interessen unter einen Hut zu bringen waren, trägt der Staatsvertrag, wie alle diese Staatsverträge, alle Merkmale eines Kompromisses.

Zum einen ist er ein Kompromiss bei den Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. Hier sind gewiss Fortschritte erreicht worden. Die Zuständigkeiten sind klarer voneinander abgegrenzt, sind doch künftig die Länder zuständig für alle Inhalte, die elektronisch angeboten und übertragen werden. Dem Bund verbleibt die Zuständigkeit für die Trägermedien, also Videos, Kassetten, CD-ROMs etc. Aber hier zeigt sich genau die Schwierigkeit. Denn auch die Inhalte von Trägermedien werden irgendwann einmal gesendet. Schon da gibt es möglicherweise auch künftig Kompetenzüberschneidungen.

Ein Kompromiss ist er aber auch im Hinblick auf die Autonomie der einzelnen Landesmedienanstalten, indem sie sich auf eine gemeinsame federführende Kommission, nämlich die KJM, geeinigt haben – ein bemerkenswerter Vorgang übrigens, bei dem die Länder einmal über ihren eigenen Schatten gesprungen sind. Ich begrüße das. Das war ein wichtiger und schwieriger Schritt.

Drittens ist er aber auch ein Kompromiss zwischen der Freiheit der Presse und damit auch den Interessen der Inhalteanbieter auf der einen Seite, die am liebsten völlig in eigener Verantwortung darüber entscheiden würden, was Kindern und Jugendlichen zumutbar ist und was nicht, und auf der anderen Seite dem Interesse der Öffentlichkeit, Kinder und Jugendliche vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. So wird die Organisation der freiwilligen Selbstkontrolle der privaten Rundfunkmedien an verschärfte Bedingungen geknüpft werden, und sie werden auch zu lizenzieren sein, aber gleichzeitig erhalten sie mehr Eigenverantwortung.

(Birgit Kipfer)

Wir werden sehen, ob sich das bewährt. Jedenfalls haben alle Beteiligten jetzt die Chance, ihr Bemühen um wirkungsvollen Jugendmedienschutz auch unter Beweis zu stellen. Wir werden das sorgfältig beobachten, und spätestens nach fünf Jahren wird ein Resümee gezogen werden müssen.

Auch dieser Staatsvertrag darf nicht darüber hinwegtäuschen – das ist auch meine Meinung, Herr Pauli –, dass der beste Schutz von Kindern und Jugendlichen vor schädlichen Einflüssen über die Medien die Prävention ist, sprich eine bessere Medienerziehung. Während wir über einen Staatsvertrag nicht mehr lange debattieren müssen, weil dieser zwischen den Ministerpräsidenten verabredet ist, können wir hier im Land über die Medienpädagogik an den Schulen erheblich mehr machen, als bisher geschieht. Da bleibt uns noch viel zu tun. In diesem Zusammenhang möchte ich auf das verweisen, was heute Morgen über Jugendschutz und Strafverfolgung gesagt wurde. Hier muss mehr getan werden. Ich glaube, das ist der wirksamste Schutz, den wir den Kindern und Jugendlichen angeeignet lassen können, wenn es um die Medien geht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE)

Die SPD-Fraktion wird diesem Staatsvertrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat kann man in einem Punkt an die Debatte von heute Morgen anknüpfen. Hier möchte ich auch für die Fraktion der FDP/DVP noch einmal klarstellen, dass wir der Meinung sind, dass man Prävention und Strafverfolgung nicht gegeneinander ausspielen darf, sondern dass beides zusammengehört.

Dieser Staatsvertrag wird im Konsens der Parteien getragen.

(Abg. Fischer SPD: Oh!)

Dieser Konsens wird zwischen den Bundesländern, die ja auch unterschiedlich regiert werden, mühsam ausverhandelt. Das merkt man bei diesen Staatsverträgen dann auch in der Formulierung. Frau Kollegin Kipfer hat auf diesen Umstand hingewiesen.

Ich möchte in aller Kürze für die Fraktion der FDP/DVP festhalten, dass wir begrüßen, dass ein solcher Jugendmedienschutz-Staatsvertrag geschaffen wurde, durch den die Zuständigkeiten gebündelt werden und auch Kompetenzen auf die Länderebene delegiert werden. Herr Kollege Pauli hat das bereits angesprochen: Der Bereich Telemedien geht in die Zuständigkeit der Länder über. Wir merken dabei aber auch, dass die rechtlichen Regelungsmöglichkeiten hinter den technischen Möglichkeiten herhinken. Das heißt, wir werden in Zukunft versuchen müssen, grenzübergreifend – sowohl innerhalb Europas als auch weltweit – Regeln und Instrumente zu entwickeln, um jugendgefährdende

Inhalte des Internets verhindern und Verstöße ahnden zu können und damit den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

Missbrauch lässt sich vermutlich nie ganz ausschließen. Auch dieser Tatsache muss man ins Auge sehen. Wir meinen, dass es wichtig wäre, nicht nur bei den Schulen die Verantwortung für die Frage der Medienerziehung zu suchen, sondern auch die Elternverantwortung in den Mittelpunkt zu stellen. Möglicherweise müsste man auf die Anbieter von Mediendienstleistungen hinwirken, dass auch zu guten Sendezeiten auf diese Problematik hingewiesen wird. Wir könnten uns auch vorstellen, dass die erforderlichen Filter Eltern günstig angeboten werden. Das wäre, glaube ich, ein praktischer Beitrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen über das hinaus, was im Staatsvertrag geregelt ist.

Kurzum: Wir können diesem Staatsvertrag zustimmen. Wir begrüßen die darin enthaltenen Maßnahmen.

(Abg. Bebbler SPD: Wer „wir“?)

– Die FDP/DVP-Fraktion.

(Abg. Bebbler SPD: Wo ist die denn?)

– Die sitzt hier.

(Abg. Hofer FDP/DVP hebt grüßend die Hand. – Heiterkeit)

30 % unserer Fraktion sind anwesend.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wo er Recht hat, hat er Recht! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Zur Not helfen wir wieder aus beim Klatschen! – Heiterkeit)

– Gerne. Wir würden Sie unter Umständen auch sonst in der Fraktion aufnehmen, Frau Kollegin Dederer, wenn Sie einmal einen Antrag stellen und Ihre liberale Gesinnung deutlich zum Ausdruck kommt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ich habe schon seriösere Angebote erhalten! – Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Sie sind ja eine der wenigen Liberalen in der grünen Landtagsfraktion.

(Heiterkeit – Abg. Bebbler SPD: Schmeichler! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist aber plumpe Anmache! – Abg. Walter GRÜNE: Wirklich Liberale gibts bei euch ja nicht! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wir haben unterschiedliche Vorstellungen von Liberalität, das habe ich heute Morgen gemerkt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstkritisch halte ich hier noch einmal fest, dass die von den Ländern zu gründende gemeinsame Kommission für Jugendmedienschutz wieder eine typische Politikerantwort ist: Es wird eine neue Kommission gegründet. Wir halten es für richtig, dass die Maßnahmen zum Jugendschutz besser koordiniert werden, stellen aber auch selbstkritisch fest, dass man über

(Theurer)

solche Maßnahmen allein leider nicht jeglichen Missbrauch verhindern kann.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall des Abg. Pauli CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Klatschen, Herr Hofer! – Abg. Bebbler SPD zur FDP/DVP: Man kriegt ja Mitleid mit euch! – Gegenruf des Abg. Theurer FDP/DVP: Wenn der Palmer da ist, wirds immer schwierig! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Welcher jetzt? – Gegenruf des Abg. Theurer FDP/DVP: Der Boris!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst gibt es, wenn wir hier Staatsverträge diskutieren, ein grundlegendes Problem – egal, ob wir ihnen zustimmen und den Inhalt mittragen oder nicht –: Wir diskutieren eigentlich immer erst dann, wenn alles gelaufen ist. Der letzte Ministerpräsident, der für diesen Staatsvertrag noch seine Unterschrift zu leisten hatte, hat sie bereits am 27. September geleistet. Das heißt, egal, was wir heute dazu sagen und was hier diskutiert wird: Das wird an diesem Staatsvertrag nichts mehr ändern. Ich weiß nicht, ob das für das Selbstverständnis eines Landtags besonders gut ist in einer Zeit, in der wir immer darüber diskutieren, wie wir Kompetenzen, die wir verloren haben, wieder zurückgewinnen können.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Und was wollen Sie jetzt ändern? – Abg. Birgit Kipfer SPD: Es geht doch gar nicht anders!)

– Ja, aber es ist ein Problem, dass wir als Landtag, wenn wir darüber diskutieren, nicht vorher einen gewissen Input haben können.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das müssen Sie halt über die anderen Länder machen!)

– Ja, natürlich. Trotzdem: Wenn auf Bund-Länder-Ebene eine solche Diskussion ansteht, wäre es angesagt, hier eine Diskussion darüber zu führen, was eigentlich nach Meinung des Landtags von Baden-Württemberg in einem solchen Staatsvertrag zu stehen hätte. Es kann ja sein, dass es das selbe ist, was jetzt drinsteht, weil das in diesem Fall inhaltlich nicht zu kritisieren ist.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Aber wir wollen das ja, was da drinsteht!)

Mit geht es nur um die Frage, welches Selbstverständnis wir im Landtag haben.

Trotzdem möchte ich noch zwei, drei Punkte aufgreifen, die in diesem Staatsvertrag enthalten sind.

Herr Kollege Pauli hat schon darauf hingewiesen: Es ist sehr positiv, dass technische Entwicklungen, die es in den letzten Jahren gegeben hat, in diesen Staatsvertrag eingeflossen sind. Natürlich stellen wir uns auch die Frage, inwieweit der Staat beispielsweise im Internet Rahmenbedingungen setzen kann. Gerade das Internet soll und will ein Kommunikationsmittel sein, das völlig frei ist, frei auch von jedweder Zensur. Wenn aber – Sie haben zu Recht auf

die Zunahme von Kinderpornographie hingewiesen – Inhalte transportiert werden, die wir eindeutig ablehnen, dann ist der Staat gefordert.

Auch weil die technische Entwicklung so schnell voranschreitet, halte ich es für gut und richtig, dass man in den Staatsvertrag die Absicht hineingeschrieben hat, die Umsetzung des Beschlossenen nach drei bzw. fünf Jahren zu überprüfen – Frau Kollegin Kipfer hat darauf hingewiesen, dass zum Teil neue Instrumente eingeführt wurden –: Greift der Staatsvertrag wirklich? Wird wirklich das erreicht, was wir mit diesem Staatsvertrag erreichen wollen?

Ein weiterer Punkt, der auch schon angesprochen wurde, ist die Medienkompetenz. Wir sind da schon im Kindergartenbereich gefordert und noch mehr in der Schule, um den Jugendlichen die Kompetenz zu vermitteln, mit diesen modernen Technologien umzugehen. In den letzten vier, fünf Jahren gab es eine rasante Entwicklung, die man vorher nicht für möglich gehalten hätte. Das fängt beispielsweise bei den Handys an und reicht bis hin zu Video und Computern, die auch schon von Jugendlichen im Alter von 9 bis 13 Jahren oder noch früher genutzt werden. Der Aufbau von Medienkompetenz muss deshalb wesentlich früher anfangen, als wir bisher geglaubt haben. Deswegen ist es auch richtig, zu fordern, dass die Lehrpläne darauf künftig mehr Rücksicht nehmen und Medienkompetenz stärker fördern.

Ein letzter Punkt, den ich noch erwähnen möchte: Bei allem, was wir hier von staatlicher Seite tun können, was die Politik tun kann, um Jugendliche beispielsweise von gewaltverherrlichenden Medien fernzuhalten, bleibt dies eine gesellschaftliche Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen. Das allein kann nicht mit den Rahmenbedingungen, die ein Staatsvertrag vorgeben kann, letztendlich umgesetzt werden.

Erinnern Sie sich daran, wie vor knapp einem Jahr, im Mai 2002, nach dem Amoklauf von Erfurt die Diskussion durch die Republik ging, welche Aufregung es gegeben hat und wie schnell diese Diskussion, die richtig und wichtig war, wieder von anderen Themen überlagert wurde und wie wenig heute über dieses Ereignis noch diskutiert wird. Warum haben in unserer Gesellschaft gewisse gewaltverherrlichende Berichte oder Computerspiele, was es da auch alles gibt, einen solchen Zulauf? Warum nimmt auch die Gewalt im Alltag zu? Das will ich nicht den Medien allein anlasten. Diese Diskussion, die vor knapp einem Jahr intensiv geführt wurde, ist leider wieder verstummt. Ich glaube, wir sind alle aufgefordert, unabhängig von einem Staatsvertrag, der wirklich nicht alles leisten kann, diese Diskussion in all unseren Fraktionen, in allen Veranstaltungen, die wir zu diesem Thema haben, weiter am Leben zu erhalten.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Natürlich ist es unbefriedigend, zu einem Staatsvertrag in toto Ja oder Nein sagen zu müssen. Aber immerhin, Herr Kollege Walter, sollte man ja darauf hinweisen, dass wir in einem eingespielten

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Verfahren eine Vorabinformation bewerkstelligen. Wir haben das auch in diesem Fall so gehandhabt. Gleich nach der parlamentarischen Sommerpause im vergangenen Jahr ist der Staatsvertrag vor der Ratifikation an das Parlament gegangen und hat im Ständigen Ausschuss vorgelegen. Gleichwohl ist nichts so gut, dass man es nicht noch verbessern kann. Ich bin ganz offen dafür, dass wir über Erörterungen in der Medienkommission der Länder vielleicht noch früher berichten, damit eine Rückkopplung der Meinungsbildung möglich ist. Im Sinne des Zusammenspiels von Parlament und Regierung kann man darüber immer sprechen.

Aber wichtig ist festzuhalten – das war auch im Konsens deutlich –, dass der Föderalismus sich bei dieser wichtigen Frage des Jugendmedienschutzes handlungsfähig gezeigt hat. Es hatten uns viele nicht zugetraut, dass wir in einem zweijährigen Prozess zum ersten Mal in Deutschland zu einem Staatsvertrag kommen, der gezielt nur den Jugendmedienschutz regelt. Die Regelungen waren bisher versteckt in anderen Rechtsmaterien enthalten. Es gab noch nie einen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag der Länder. Erfreulicherweise ist es damit ganz gegen die Tendenz gelungen, in einem wichtigen Bereich eine Zuständigkeit vom Bund zurückzuholen. Der Bund hat sich in einem langen Ringen, wofür ich mich auch ausdrücklich bei den Medienpolitikern der A-Länder bedanken darf, bereit erklärt, im Wege der Systematisierung die Zuständigkeit für die Telemedien auf die Länder zu übertragen. Damit wurde ein wirklicher Geländegewinn für den Föderalismus erzielt, sodass wir jetzt beispielsweise für die Überwachung und Bewertung des Internets als Länderverwaltungen zuständig sind.

Die Kommission für Jugendmedienschutz ist angesprochen worden. Da will ich, Herr Kollege Theurer, den Eindruck zurückweisen, dass Politiker halt mit der Gründung einer Kommission antworten, wenn ein Problem auftaucht. Diese Kommission für Jugendmedienschutz ist insofern etwas ganz Neues, als sie die Landesjugendbehörden der Länder, die Jugendfachverwaltung des Bundes für den Zuständigkeitsbereich, der dem Bund verbleibt, und die Landesmedienanstalten zu einer einheitlichen Bewertungsinstitution zusammenführt. Wenn man bündeln will und die Schlagkraft erhöhen will, bedeutet diese Kommission, die sich im Übrigen als Instrumentarium des bestehenden „jugendschutz.net“ in Mainz bedient, wo dann die operative Arbeit erfolgt, eine echte Verbesserung der Situation und zeigt auch die Handlungsfähigkeit des Föderalismus.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich glaube, dass uns das Debattenthema die nächsten Jahre leider als Dauerthema begleiten wird. Gewaltverherrlichende Darstellungen, Erniedrigung von Menschen, Kinderpornographie, Rassismus, all das wird in einem weiter wachsenden Medienangebot ein Hauptproblem, vielleicht sogar das Hauptproblem sein. Die Relevanz kann jeder von uns an den immer wiederkehrenden Bluttaten und verheerenden Ereignissen national und international studieren – ich nenne hierzu auch nur das Stichwort Erfurt.

Deshalb ist es eigentlich schade, dass dieser so wichtige Staatsvertrag, obwohl er natürlich auch nur ein Mosaikstein im Kampf gegen solche Entartungen ist, so wenig öffentliche Aufmerksamkeit findet. Ich meine, wir als Parlament

müssen auch einmal sagen: Man darf sich dem Thema nicht immer nur dann zuwenden, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sondern dem Thema „Kinder- und Jugendmedienschutz“ muss dauerhaft unsere Aufmerksamkeit gelten. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur ankündigen, sondern auch handeln: in Zukunft absolutes Verbreitungsverbot für jugendgefährdende Angebote, klare Begrenzungen für entwicklungsbeeinträchtigende Angebote in Form von Zeitgrenzen oder technischen Vorkehrungen, Kombination von Aufsicht und Selbstkontrolle, massive Erhöhung der Bußgelder. Ich bin stolz darauf, dass Baden-Württemberg dies im Prozess durchgesetzt hat; Kollege Pauli hat es erwähnt.

Wir haben also jetzt erfolgreich einen weiteren Schritt gemacht, aber wir sind noch lange nicht am Ende. Wir müssen auch gegenüber dem Bundesgesetzgeber handeln. Deshalb habe ich wenig Verständnis dafür, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass eine Bundesratsinitiative, die auf Antrag Bayerns am 27. September vom Bundesrat mehrheitlich beschlossen worden ist, im Bundestag unlängst keine Mehrheit gefunden hat. Der Bundesrat begehrt vom Bundestag als nächsten Schritt ein absolutes Verbot von Killerspielen; der Bundesrat begehrt vom Bundestag ein Verbot für Darstellungen von Kindern und Jugendlichen in unnatürlicher, geschlechtsbetonter Körperhaltung auf Trägermedien und vieles andere mehr. Was machen denn die Anbieter? Die Anbieter verfremden und stellen nicht reale Kinder und Jugendliche dar, sondern Stellvertreter. Solche Darstellungen sind heute mit den digitalen Techniken möglich. Wir müssen jetzt weiter gehen. Ich kann nur darum bitten, für diese Aufgabe nicht alleine den Föderalismus in Anspruch zu nehmen, sondern dass auch der Bundesgesetzgeber handelt. Aber im Augenblick ist im Bundestag für die Beschlussfassung des Bundesrats keine Mehrheit in Sicht, weil gesagt wird, dass für derlei Dinge die polizeiliche Generalklausel ausreichen würde. Eine ganz sachliche und wichtige Maßnahme, die der Bundesrat beschlossen hat, findet zurzeit keine Mehrheit. Hier müssen wir weiterkommen.

Wir müssen auch im Land bei einer Vielzahl von einzelnen Bausteinen weitermachen. Ich will in aller Kürze ein paar Themen ansprechen. Wir brauchen einen erweiterten Einsatz von Filter-Software. Heute gibt es gute Systeme. Die Schulen sind relativ sauber; wenn kein Fehler passiert, kommt keine Darstellung in eine Schule, die man nicht haben möchte. Wir müssen diese Filter-Software in Zukunft zusammen mit den Kommunen auch in den Jugendeinrichtungen einsetzen, dort, wo öffentliche Zugänge für junge Menschen vorhanden sind. Wir brauchen eine Beschleunigung von Maßnahmen gegen unzulässige Angebote. Ich habe eine Taskforce mit Vertretern aus den zuständigen Ministerien, der Kriminalpolizei und den Jugendschutzstellen eingerichtet, die weiter gehende Vorschläge erarbeitet. Wir brauchen auch – das ist gesagt worden und ist völlig richtig – mehr die Prävention. Wir haben jetzt über die Landesstiftung 2,5 Millionen € für die Stärkung der Medienkompetenz von Jugendlichen zur Verfügung gestellt. Das ist auch wieder ein Beispiel dafür, dass man heute nur noch dann flexibel reagieren kann, wenn man mit der Landes-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

stiftung handeln und wenn man auf sie für gute, neue Aufgaben zurückgreifen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich richte jedenfalls den dringenden Appell an uns alle, sich jetzt mit diesem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag nicht zurückzulehnen. Eine der zentralen Fragen wird sein, ob wir in Zukunft in unseren Gesellschaften humanes Miteinander organisieren können oder nicht, ob wir Kindern, jugendlichen Heranwachsenden den ganzen Schund ersparen und ob wir dafür wirkungsvolle Instrumentarien national, aber auch international finden. Denn über das Internationale haben wir heute überhaupt nicht gesprochen. Das können wir vermutlich hier im Landtag von Baden-Württemberg auch nicht mit einem befriedigenden Ergebnis tun. Der nächste Schritt ist dann, dass wir in den internationalen Gremien bei einer weltweiten Einspeisung des Netzes und der Angebote zu einem vergleichbaren Standard der Instrumentarien kommen, der Abhilfe gegenüber all diesen Exzessen ermöglicht.

Ich danke Ihnen für die Zustimmung zum Staatsvertrag. Ich danke Ihnen dafür, dass der Landtag diese Arbeit der Regierung konstruktiv begleitet hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen. Ich stelle deshalb den Gesetzentwurf insgesamt zur Abstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 13/1551 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetzentwurf wurde einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 23. Januar 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes, des Landespressegesetzes und des Landesdatenschutzgesetzes – Drucksache 13/1550

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1667

Berichterstatter: Abg. Walter

Mit aufgerufen sind die Änderungsanträge Drucksachen 13/1687-1 bis 13/1687-3.

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht? –

(Abg. Walter GRÜNE: Nein!)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bitte erlauben Sie mir zuerst, dass ich auch namens des Kollegen Staiger den Gemeinderat der Stadt Heidenheim unter Führung von Herrn Oberbürgermeister Ilg sehr herzlich in diesen „heiligen Hallen“ begrüße. Ich weiß, dass die leeren Ränge keinen guten Eindruck machen, aber manchmal ist es halt so. Herzlich willkommen! Ich freue mich, dass diese überparteiliche Initiative zum ersten Mal möglich gewesen ist. Deswegen erlauben Sie mir das bitte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Wir haben im Ständigen Ausschuss die vorliegenden Gesetzentwürfe ausführlich beraten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, Sie haben mir richtig Leid getan. Denn dabei haben wir gesehen, dass das Los der Opposition wirklich hart ist: Da gehen nicht nur die Themen aus, sondern die Inhalte sowieso.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Bebbler SPD: Wir haben doch Sie!)

Sie haben uns im Ständigen Ausschuss zwei Stunden mit einer Vielzahl von Änderungsanträgen beschäftigt.

(Abg. Bebbler SPD: Wir hingen völlig an Ihren Lippen!)

Dabei war eigentlich nur eines sichtbar:

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

dass Sie vielleicht doch einen kleinen Machtkampf um die Führung in der Medienpolitik austragen. Wir hoffen, dass dieser Machtkampf bald zu Ende ist. Denn wir würden nur ungern noch einmal zwei Stunden diesem Machtkampf beiwohnen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wer macht denn hier Machtkampf? Können Sie das präzisieren?)

Das Anliegen der Novellierung ging dabei leider verloren. Unser Anliegen besteht nämlich darin,

(Abg. Bebbler SPD: Unsere Bewunderung Ihnen gegenüber ist grenzenlos!)

(Dr. Inge Gräßle)

eine wirtschaftlich leistungsfähige Medienlandschaft zu befördern – nach dem Motto „Baden-württembergische Landesinteressen zuerst“. Uns geht es um ein vielfältiges Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger. Das war auch schon das Anliegen des Medienministers Erwin Vetter, der dies schon vor über zehn Jahren so verfolgt hat.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Von neun Änderungsanträgen der SPD sind vier Punkte übrig geblieben, die uns jetzt auf den Drucksachen 13/1687-2 und 13/1687-3 vorgelegt wurden. Wir haben uns sehr intensiv in die rechtliche Prüfung dieser Änderungsanträge der Kollegen von der SPD begeben und sind zum Ergebnis gekommen, dass alle vier Punkte im Grunde für ihr Anliegen kontraproduktiv sind.

Bei Annahme der Ziffer 1 des Änderungsantrags Drucksache 13/1687-2 würde die Zuweisung für Sondernutzungen nachrangig. Das wäre dann das Ende der nicht kommerziellen Radios in Baden-Württemberg. Wir werden diesen Antrag deshalb ablehnen und die SPD vor sich selbst schützen.

Die Ziffer 2 des Änderungsantrags Drucksache 13/1687-2 hätte bei Annahme zur Folge, dass wir eine weitere Verbesserung der Frequenzsituation für das Deutschlandradio gar nicht mehr vornehmen könnten. Auch dies kann nicht die Intention der SPD sein. Wir wollen die Liberalisierung und bestimmte Entscheidungen im Non-must-carry-Bereich der LfK überlassen. Deswegen lehnen wir diese Ziffer ab. Die LfK hat für uns eine medienpolitische Funktion zur Stärkung des Medienstandorts Baden-Württemberg und nicht nur eine Notarfunktion.

(Beifall des Abg. Pauli CDU)

Zur Ziffer 3 des Änderungsantrags Drucksache 13/1687-2, der Offenlegung.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Jetzt wirds spannend!)

Wir sind im Ständigen Ausschuss übereingekommen, dass wir auf jeden Fall versuchen wollen, über die KEK, die dafür zuständige Kommission auf Bundesebene, eine Auftragerweiterung für die lokalen Medien zu erreichen. Nur glaube ich, dass wir mit einer singulären baden-württembergischen Regelung dem Anliegen unseres Medienstandorts eher schaden als nützen würden. Im Übrigen gibt es überhaupt keine Geheimniskrämerei in diesem Punkt, denn bei allen Frequenzausschreibungsverfahren müssen ja die Beteiligungsverhältnisse offen gelegt werden. Sie sind den Mitgliedern des Medienrats bekannt,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Fragen wir sie ab!)

und jede Veränderung muss angezeigt werden. Wir werden aber die Regierung darum bitten, dieses Thema auf jeden Fall über die KEK weiterzuverfolgen.

Wir sind im Konzert mit anderen Bundesländern – das ist für uns ein Kernpunkt dieser Novellierung – für ein Verbot von Rundfunkbeteiligungen durch Parteien. Die SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist über die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft in der Bundesrepublik direkt und indirekt an 22 Zeitungen und 16 Radiostationen beteiligt.

Das wollen wir für Baden-Württemberg ausschließen. Deswegen ist diese Änderung des Landesmediengesetzes ein für uns wichtiger Punkt.

(Abg. Walter GRÜNE: Im Ausschuss war das noch kein Thema!)

Den vierten Punkt, den Änderungsantrag Drucksache 13/1687-3, zum Sitz der DAG im Medienrat werden wir ebenfalls ablehnen, und zwar wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage. Die DAG hat sich aufgelöst, und deswegen ist die Streichung des Sitzes mehr als berechtigt.

Ich möchte noch einen Satz zur Ersten Beratung sagen. Ich habe diese im Protokoll nachgelesen. Damals hat Frau Kipfer den Rundfunkrat des SWR als „Vorfeldorganisation der CDU“ bezeichnet.

(Abg. Walter GRÜNE: Das war ein Zuruf vom Kollegen Schmiedel!)

– Nein, das hat Frau Kipfer gesagt. – Ich glaube, das ist ein neuer Tiefpunkt in der Auseinandersetzung über die Arbeit der ehrenamtlichen Rundfunkräte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte das für die CDU-Landtagsfraktion zurückweisen,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist kein Stil!)

möchte Ihnen aber ein Angebot machen: Tragen Sie unsere Initiative mit, die wir unternehmen werden, dass Ausschussvorsitze in den Rundfunkratsgremien nicht mehr von Abgeordneten eingenommen werden können. Tragen Sie mit, dass künftig nur vom Landtag oder von der Landesregierung entsandte Abgeordnete im Rundfunkrat sitzen dürfen und nicht mehr Abgeordnete, die ihren Sitz über Vorfeldorganisationen erworben haben. Tragen Sie mit, dass diese wirklich unabhängigen Institutionen dann auch eigene Leute entsenden können und nicht von anderen majorisiert werden. Ich halte dies – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Gerne.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Frau Kollegin Gräßle, erinnern Sie sich daran, dass ich in meiner Rede bei der ersten Lesung davon gesprochen habe, dass jemand, der den Freundeskreis des SWR eingeladen hat, selber nicht Mitglied im Rundfunkrat ist, und zwar der Kollege Oettinger? Das ist eine neue Qualität in der Medienpolitik des SWR. Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich mich nie dagegen gewandt habe, dass Politiker Positionen in den Gremien des Rundfunkrats haben?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist eine absichtliche Fehlinterpretation!)

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich versuche, Ihr Anliegen aufzugreifen, nämlich einer Politisierung von Rundfunkgremien entgegenzuwirken.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie missverstehen mich wissentlich!)

Dieses Anliegen halte ich wirklich für berechtigt, und die Frage ist, wo wir ansetzen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, das ist ein Punkt, bei dem wir großen Erfolg haben könnten.

Ich möchte Ihnen auch sagen – weil Sie auf den CDU-Freundeskreis so geschimpft haben –, dass es ja auch einen SPD-Freundeskreis gibt, der sogar den Namen „Arbeitskreis Kipfer“ trägt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich bin Mitglied im Gremium, wie Ihnen bekannt ist!)

Unser Arbeitskreis trägt den Namen „Arbeitskreis Scheuermann“, und auch Herr Scheuermann ist Mitglied in diesem Gremium.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was ist dann da der Unterschied, Frau Gräßle?)

Daher weiß ich eigentlich gar nicht, was Sie wollen.

Ich möchte das hohe Haus um Zustimmung zu einem Änderungsantrag bitten, den wir vorgelegt haben. Nach diesem Änderungsantrag soll geregelt werden, dass GmbHs der SWR-Holding und die SWR-Holding selber künftig der Kontrolle durch den SWR-Datenschutzbeauftragten unterliegen. Das ist eine äußerst sinnvolle Änderung, die einen Mittelweg wählt zwischen dem Anliegen des SWR-Intendanten, das uns ja ebenfalls vorliegt, und dem Gesetzentwurf. Sie wird allen Beteiligten das Leben erleichtern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Sehr verehrte Frau Kollegin Dr. Gräßle, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich gar nichts dagegen gesagt habe,

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

dass Politiker Mitglied in den Gremien öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sind. Es geht einzig darum, Transparenz herzustellen. Diese Transparenz wahren Sie nicht mit den Maßnahmen, die im Gesetzentwurf vorgeschlagen werden.

Wir werden den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen. Dafür gibt es viele Gründe. Aus Zeitgründen werde ich nur drei von ihnen nennen können.

Insbesondere ist anzuführen – das haben Sie gesagt; das ist ja Ihr Kernanliegen, wie Sie eben betont haben –, dass

Rundfunkunternehmen, an denen Parteien beteiligt sind, künftig von der Lizenzierung – auch als Treuhänder – völlig ausgeschlossen sein sollen. Wir halten das für verfassungswidrig, und mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein. Nach Artikel 14 des Grundgesetzes haben auch Parteien ein Grundrecht auf unternehmerische Betätigung. Da die Grundrechte aus dem Grundgesetz in unserer Landesverfassung ausdrücklich als Bestandteil aufgenommen sind, werden wir uns auch rechtliche Schritte zu überlegen haben.

Es geht dabei um die sorgfältige Trennung zwischen Unternehmen, an denen Parteien Mehrheitsbeteiligungen halten, und jenen Unternehmen, die über irgendwelche Beteiligungen manchmal nur den Bruchteil eines Anteils halten und bei denen von einem medienpolitischen Einfluss überhaupt keine Rede sein kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich an Herrn Minister Palmer die Frage stellen, ob er die Auffassung der Landesmedienanstalt Hessen teilt, dass selbst eine Parteibeteiligung an einem Rundfunkunternehmen von 0,1911 % dazu führen muss, dass sich dieses Unternehmen entflechtet. Wenn Sie diese Auffassung teilen, werden wir das auch zu prüfen haben.

Wer wirklich Unabhängigkeit und Meinungsvielfalt im Rundfunkbereich stärken will, muss zuallererst für Transparenz sorgen. Darauf habe ich schon hingewiesen. Diesem Ziel dient Ziffer 3 unseres Änderungsantrags Drucksache 13/1687-2. Danach wollen wir die Landesanstalt für Kommunikation in Baden-Württemberg verpflichten, jährlich einen öffentlich zugänglichen Bericht über Eigentumsverhältnisse und Kapitalverflechtungen auf dem Sektor des privaten Rundfunks vorzulegen.

(Beifall der Abg. Dr. Caroli und Fischer SPD)

Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass Sie den langen Weg unternehmen wollen, bis Sie die KEK damit beauftragen können. Das muss wiederum über alle Länder hinweg gleichartig diskutiert werden. Es gibt keinen Grund dafür, dass die LfK dies nicht machen könnte, zumal ihr ja alle Kenntnisse vorliegen, wie Sie richtig gesagt haben. Im Übrigen werden wir uns überlegen, die Beteiligungsverhältnisse der privaten Rundfunkveranstalter über den Landtag abzufragen.

Die Offenlegung wird im Übrigen auch den Printmedien aufzuerlegen sein, da es zwischen Print- und Rundfunkmedien vielfältige Verflechtungsbereiche gibt. Deshalb werden wir auch da eine Initiative starten. Angesichts einer fortschreitenden Konzentration im Medienbereich über alle Grenzen hinweg geht es künftig um die Sicherung der inneren Pressefreiheit.

Zweiter Punkt: Zuweilen hat man den Eindruck, dass die Stärkung des Medienstandorts, um die sich die Landesregierung hektisch bemüht, von der Landesmedienanstalt genauso hektisch vorangetrieben wird und damit die Medienpolitik, die vom Gesetzgeber eigentlich gewollt ist, in diesem Land überlagert wird. Dadurch nämlich, dass die LfK frei ist, neben ihrem Pflichtprogramm jede Menge an weiteren Erprobungskanälen und Pilotprojekten auf den Weg zu bringen, beginnt sie berechnete Forderungen zum Beispiel des Deutschlandradios nach besserer Ausstattung mit Fre-

(Birgit Kipfer)

quenzen für das Programm Deutschlandradio Berlin zu übergehen. Dieses Programm ist bundesweit nirgendwo so schlecht zu empfangen wie in Baden-Württemberg. Wir wollen deshalb mit den Ziffern 1 und 2 unseres Änderungsantrags Drucksache 13/1687-2 die Organe der LfK strikter an das Landesmediengesetz binden. Denn dort findet sich in der Rangfolge der Wille des Gesetzgebers wieder. Ich sehe nicht, dass dadurch sämtliche anderen Möglichkeiten verbaut sind.

Wir halten dabei – das halte ich hier ausdrücklich fest – das gemeinschaftliche Bemühen aus der großen Koalition, freie Frequenzen vorrangig zur Ausstattung des privaten Hörfunks in Baden-Württemberg zu verwenden, mit der neuen Lizenzperiode, die gerade begonnen hat, für abgeschlossen und sehen deshalb den Entschließungsantrag aus dem Jahr 1993 für erledigt an.

Schließlich geht es drittens – wir haben ja nur fünf Minuten Redezeit – um den Sitz der DAG im Medienrat der LfK. Ich weiß, dass das bei Ihnen offenbar zu einer intensiven Debatte geführt hat. Nun wurde dieser durch Todesfall vakant gewordene DAG-Sitz erst kürzlich wieder von den Gewerkschaften in Person der Vorsitzenden des Landesfrauenrats besetzt. Mit Ihrem Beschluss kegeln Sie die Frau wieder heraus, nachdem sie an einer Sitzung teilgenommen hat.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Es war doch bekannt, dass das gestrichen werden soll!)

– Aber wenn Sie wollen, dass die LfK eine unabhängige Anstalt ist, dann sollten Sie deren Entscheidung, diesen Sitz neu zu besetzen, respektieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Hauk CDU: Die Sitzverteilung hat nichts mit der Autonomie der LfK zu tun! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Die LfK hat doch mit dieser Wiederbesetzung nichts zu tun!)

– Aber die LfK hat sich dafür entschieden, Frau von Wartenberg auf diesen Sitz zu berufen und sie dort zu bestätigen. Das war die Entscheidung der LfK, obwohl bekannt war, dass die Landesregierung diese Gesetzesnovelle auf den Weg gebracht hat.

(Abg. Hauk CDU: Die Fusion hat nicht die LfK gemacht!)

Das müssen Sie den Gewerkschaften gegenüber selbst verantworten. Im Übrigen ist absolut nicht einzusehen, dass Sie ausgerechnet die Arbeitnehmerbank in diesem Gremium auf diese Weise weiter schwächen wollen. Wir haben im Medienrat fünf Arbeitgebervertreter und künftig nur noch zwei Arbeitnehmervertreter,

(Zurufe von der SPD: Unglaublich!)

wenn man den Journalistensitz noch hinzuzählt. Das ist ein Ungleichgewicht.

(Abg. Seimetz CDU: Funktionäre, keine Arbeitgebervertreter!)

Wir waren im Ausschuss der Meinung, wir könnten die Zusammensetzung des Medienrats überhaupt einmal neu über-

denken, und haben Anträge dazu gestellt. Wir wollen das heute nicht wiederholen. Es muss aber, weiß Gott, auch gesagt werden. Im Medienrat sitzen Vertreter von Organisationen, deren Existenz der Öffentlichkeit überhaupt nicht bewusst ist. Insofern sind sie im Grunde genommen als Vertreter der Öffentlichkeit nicht erforderlich.

Wir bitten Sie um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen Drucksachen 13/1687-2 und 13/1687-3. Dem Änderungsantrag Drucksache 13/1687-1 werden wir im Übrigen zustimmen, Frau Kollegin, soweit es um den SWR geht.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Danke!)

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

(Abg. Blenke CDU: Schon wieder? – Abg. Seimetz CDU: Der hat heute Festspiele!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal halte ich die Diskussion über die Rundfunkräte und deren parteipolitische Orientierung in Teilen für nicht ganz ehrlich. Wir haben einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dieser öffentlich-rechtliche Rundfunk wird nach klaren gesetzlichen Regelungen besetzt. Natürlich gibt es ein Interesse der Vertreter der Fraktionen der Landtage und der politischen Parteien, dass dort Menschen sind, die auch die Meinung der Parteien vertreten oder die im gesellschaftspolitischen und politischen Raum dort zu Hause sind. Das finden wir auch in Ordnung.

Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wirken die Parteien, wie es im Grundgesetz heißt, an der politischen Willensbildung mit. Das ist auch völlig in Ordnung. Die Parlamente bestimmen bestimmte Sitze. Ich würde mich dagegen wehren, Frau Kollegin Gräßle, wenn wir Abgeordneten verbieten würden, sofern sie in Verbänden tätig sind, über diese Verbände in die Rundfunkräte entsandt zu werden.

(Abg. Drexler SPD: Unmöglich! Verfassungswidrig!)

Hier bin ich der Meinung von Frau Kollegin Kipfer. Dies möchte ich vorausschicken.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der zweite Punkt ist der private Rundfunk. Wir haben ja zwei Säulen. Die FDP/DVP hat sich immer zu diesen zwei Säulen bekannt. Die duale Rundfunk- und Fernsehlandschaft unseres Landes ist uns wichtig. Hier haben wir in den vergangenen Jahren sehr vieles erreichen können. Wir sind froh, dass die Landesregierung damals, als die FDP/DVP noch nicht mit an der Regierung war, Vorstellungen umgesetzt hat, die in unserem Land regionale, lokale und nicht-kommerzielle Rundfunkanstalten ermöglicht haben. Dass nun in einem schrumpfenden Werbemarkt Anpassungen der Versorgungsgebiete und Anpassungen der Frequenzen notwendig sind, um diesen privaten Rundfunk- und Fernseh-

(Theurer)

sendern auch in Zukunft eine Basis zu geben, versteht sich, glaube ich, von selbst.

Deshalb erkläre ich für unsere Fraktion, dass wir die Änderungsanträge der SPD-Fraktion im Hinblick auf eine Verbesserung der Frequenzsituation des Deutschlandradios und des Deutschlandfunks nicht deshalb ablehnen, weil wir etwas gegen das Deutschlandradio oder den Deutschlandfunk hätten. Im Gegenteil: Wir halten dieses Programm für sehr gut und würden uns freuen, wenn es gelänge, dass dieses Programm auch im ganzen Land empfangen werden kann. Allerdings darf dies nicht zulasten der Frequenzen privater Rundfunkstationen gehen. Deshalb lehnen wir Ihren Änderungsvorschlag ab. Wir geben zu bedenken, dass in den Gremien des Südwestrundfunks darüber geredet werden sollte, ob durch eine verbesserte Frequenzkoordination unter den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – der SWR und das Deutschlandradio bzw. der Deutschlandfunk sind ja beides öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten – nicht auch dem Deutschlandradio und dem Deutschlandfunk in Baden-Württemberg bessere Ausstrahlungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können.

Weiterhin, Frau Kollegin Kipfer, an die Adresse der SPD-Fraktion: Wir sind für das Verbot der Beteiligung von Parteien an privaten Medienunternehmen und gegen die gesetzliche Vorgabe von Redaktionsstatuten. Damit greifen Sie in die Organisationshoheit privater Unternehmen ein. Wenn die das selber im Zug von Tarifverhandlungen vereinbaren, okay – das ist Tarifautonomie, auch dazu bekennt sich die FDP –, aber wir sind dagegen, durch gesetzliche Vorgaben in dirigistischer Weise in die Organisationshoheit privater Unternehmen einzugreifen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Das hat mit Dirigismus nichts zu tun! – Abg. Drexler SPD: Man kann das Grundgesetz nicht ausschließen!)

Viertens stelle ich fest, dass wir hinsichtlich der Kabelnetzbetreiber eine Regelung in das Landesmediengesetz aufnehmen, die diese Kabelnetzbetreiber verpflichtet, die Versorgungsräume auch lokaler und regionaler Hörfunk- und Fernsehanbieter zu berücksichtigen. Wir wollen damit erreichen, dass gerade die lokalen und regionalen privaten Rundfunkanbieter auch im Kabelnetz eine Chance haben, allerdings mit der Einschränkung, dass sich diese am technisch und wirtschaftlich Zumutbaren orientiert. Ich denke, dass diese Regelung gut ist. Der Bayerische Landtag hat sich zu einer schärferen Regelung entschlossen. Andere Landtage regeln dies gar nicht, und wenn ich in andere Bundesländer schaue, zum Beispiel nach Nordrhein-Westfalen, stelle ich fest, dass diese Länder auch nicht so stark wie wir in Baden-Württemberg darauf gesetzt haben, private regionale und lokale Hörfunk- und Fernsehsender zu unterstützen. Insofern denke ich, dass es auch auf der Linie der FDP/DVP-Fraktion liegt, für eine duale, vielfältige Hörfunk- und Fernsehlandschaft hier in unserem Land Baden-Württemberg zu sorgen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Gräßle, ich habe beim letzten Mal nicht verstanden und verstehe auch dieses Mal nicht, warum bei Ihnen immer eine so große Aufregung entsteht, wenn hier diskutiert wird. Im Grunde genommen ist es doch so, dass im Medienbereich – das haben wir jetzt beim Staatsvertrag gesehen – sehr sachlich, in aller Ruhe und meist auch im Konsens diskutiert wird.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das stimmt in dem Fall aber nicht!)

– Ja, jetzt ist es aber auch nicht so – da müssen wir doch ehrlich sein –, dass dieses Gesetz die Welt in eine andere Richtung drehen lässt. Wir sind uns doch alle einig gewesen, dass mit dem Gesetz einige Punkte verändert werden. Die werden aber letztendlich nicht einen großen Einfluss auf das haben, was sich in Baden-Württemberg medienmäßig tut. Zum Teil müssen wir Regelungen eben an EG-Recht anpassen, Datenschutz usw. Deswegen hat, denke ich, Kollege Palmer schon bei der Ersten Beratung zu Recht darauf hingewiesen: Wir führen eine sachliche Diskussion. Und Sie gehen dann immer in solche Diskussionen und Debatten hinein wie eine Furie. Ich verstehe, dass man das bei manchen Themen machen kann. Aber dann muss sich der Streitwert auch wirklich lohnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Man kann sich natürlich darüber streiten, ob es sinnvoll ist, dass eine Fraktion praktisch mit dem Beginn der Ausschussberatung einen ganzen Katalog von Änderungsanträgen vorlegt. Das habe ich auch nicht für sehr glücklich gehalten, weil ich das Gesetz nicht dabei hatte. Es ist immer schwierig, das abzugleichen usw.

(Abg. Hauk CDU: Was, ohne Gesetz in die Ausschussberatung? – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

– Ich weiß, Max, du hast es immer in der Hosentasche.

(Abg. Nagel SPD: Nein, im Koffer!)

Das ist klar. Bei dir ist es auch einfacher als bei mir, das unter dem Mantel zu verstecken.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich bin, was die Frage der Beteiligung, auch der Minderheitenbeteiligung von Parteien anbelangt, durchaus anderer Ansicht als die SPD. Ich kann im Detail nicht abklären, ob die Kollegin da Recht hat.

(Zurufe von der SPD: Hat sie! – Abg. Fischer SPD: Klar! Frau Kipfer hat immer Recht! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das werde ich Ihnen noch zeigen! – Abg. Drexler SPD: Das steht im Grundgesetz!)

– Ja, ja. Bei einem, Kollege Drexler, sind wir uns doch einig: Die Debatte, ob im öffentlich-rechtlichen Rundfunk des Landes unbedingt Mitglieder der Fraktionen oder der Parteien vertreten sein müssen, wird meiner Ansicht nach nicht ganz ehrlich geführt. Im Ausschuss, Frau Kollegin Gräßle, haben Sie darauf hingewiesen: „Nein, das hat gar nichts mit der SPD zu tun.“ Vorhin bei Ihrem Beitrag haben

(Walter)

Sie klar gesagt, es hätte damit zu tun, dass die SPD so viele Beteiligungen habe.

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Das gibt dem Ganzen natürlich – wie man auf Schwäbisch sagt –

(Abg. Fischer SPD: Ein Gschmäckle!)

ein Gschmäckle.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drexler SPD: Wir sparen halt unser Parteigeld und bringen es nicht in die Schweiz!)

Ich habe auch vernommen, dass es, als die WAZ bei Springer einsteigen wollte, aus Ihrer Fraktion hieß, man müsste doch schnell einen Riegel vorschieben. Das erweckt halt gleich den Eindruck, dass man solche Dinge vorantreibt, wenn der politische Gegner möglicherweise einen gewissen Einfluss bekommt. Das heißt aber nicht –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Walter GRÜNE: Gerne.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Walter, müssen Sie nicht zur Kenntnis nehmen,

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

dass das Gschmäckle eher dadurch entsteht, dass die SPD Eigentum an Medienunternehmen erwirbt?

(Abg. Junginger SPD: 0,0 % in Baden-Württemberg! – Abg. Drexler SPD: Die haben wir schon seit über 80 Jahren! In der Weimarer Zeit hat es die schon gegeben!)

Abg. Walter GRÜNE: Wenn die SPD hier schon seit Jahrzehnten eine Beteiligung an Medien hat, dann kann man das einfach nicht wegdiskutieren. Ich persönlich halte davon auch nichts. Das ist aber die Realität. Das Gleiche, Herr Kollege, ist ja auch –

(Abg. Junginger SPD zur FDP/DVP: Ihr habt ein Spaßmobil gekauft!)

Man könnte dann weiter darüber diskutieren, ob CDU-Mitglieder eine Zeitung betreiben dürfen und wer dort dann das Sagen hat usw.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Hauk CDU: Es geht nicht um Mitglieder! Wir reden von Parteien!)

Was ich nur sagen wollte – Kollege Hauk, lassen Sie mich ausreden; die Aufregung ist völlig umsonst; vielleicht sind wir sogar einer Meinung –: Die Aufregung ist deswegen umsonst und auch nicht ganz ehrlich,

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Wer hat sie denn erzeugt?)

weil natürlich von allen Parteien versucht wird, auf bestimmte Medien Einfluss zu nehmen, insbesondere auch von den großen Parteien. Da dürfen wir uns doch gar nicht in die Tasche lügen.

Deswegen: Ich werde diesem Passus zustimmen, Kollege Hauk,

(Abg. Hauk CDU: Entschuldigung, das ist öffentlich-rechtlich! Sonst brauchen wir die Öffentlich-Rechtlichen nicht mehr!)

weil ich prinzipiell der Meinung bin, dass dieses Anliegen richtig ist. Man sollte das jetzt aber nicht damit begründen, das der politische Gegner Einfluss hat. Ich bin mir sicher, wäre es umgekehrt,

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Wir hätten es nicht!)

würden Sie das Anliegen nicht vertreten. Darum geht es mir. Denn wenn wir das ernsthaft wollen und wenn wir der Meinung sind, Parteien sollten hier möglichst herausgehalten werden, dann müssen wir dies wirklich nach allen Seiten tun, dürfen hier aber nicht eine Scheindiskussion führen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Heuchlerisch!)

die sich letztendlich nur um politische Macht dreht.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen – meine Redezeit ist leider zu Ende gegangen –: Ich finde es schon seltsam, wenn man jetzt per Gesetz ein neues Mitglied im Medienrat wieder „rausstimmen“ möchte.

(Abg. Hauk CDU: Entschuldigung, die Geschäftsgrundlage ist nicht mehr da!)

– Natürlich ist die Geschäftsgrundlage noch da. Es gibt eine Nachfolgeorganisation. Wenn die Geschäftsgrundlage nicht mehr da wäre, Herr Kollege Hauk, hätte die neue Kollegin im Medienrat

(Abg. Junginger SPD: Nicht bestätigt werden können!)

ihre Arbeit gar nicht aufnehmen dürfen.

Der Punkt ist doch der: Die Mitglieder des Medienrats werden für fünf Jahre gewählt.

(Abg. Junginger SPD: 2006!)

Es wäre allen gut angestanden, wenn man – darüber kann man ja diskutieren, dass man sagt: Die haben zukünftig keinen Sitz mehr – eine Lösung gefunden hätte, wie sie auch die SPD vorschlägt, dass man mit dem Wegfall des Sitzes so lange wartet, bis die Wahlperiode abgelaufen ist. Das sind jetzt noch vier Jahre. Ich finde, das wäre eine saubere Lösung gewesen.

(Abg. Junginger SPD: Gebot des Anstands!)

Leider wollen Sie etwas anderes. Vielleicht stimmen Sie auch noch dem SPD-Antrag zu. Ich würde das als eine sehr kollegiale Haltung ansehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal: Frau Kipfer, ich bin etwas verwundert über den Vorwurf hektischer Aktivität. Wir haben das Gesetz ordentlich vorbereitet. Unsere Medienpolitik ist auch durch langen Atem geprägt. Unlängst wurde hier vom Kollegen Schmiedel der Vorwurf erhoben, dass wir schlafmüchtig seien im Hinblick auf die Förderung des Multimedia- und Softwarestandorts. Jetzt sind es hektische Aktivitäten. Irgendwie müsste man sich einmal auf eine Linie einigen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir betreiben eine rationale, kalkulierbare und für den Medienstandort Baden-Württemberg erfolgreiche Politik, und die wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Zunächst einmal – das ist vom Kollegen Walter richtig gesagt worden –: Es ist eine kleine Novelle. Wir haben 1999 eine durchgreifende Veränderung des Landesmediengesetzes vorgenommen und passen jetzt einige Bestimmungen an. Nach dreieinhalb Jahren ist das einfach notwendig.

Einer der Inhalte ist ein umfassendes Verbot von Radio- und TV-Lizenzen für parteibeteiligte Unternehmen. Bitte tun wir nicht so, als ob wir hier verfassungspolitisches Neuland beschreiten würden. Mit Ausnahme der Treuhandverhältnisse ist eine vergleichbare Regelung unwidersprochen seit vielen Jahren im Medienrecht Schleswig-Holsteins verankert. Hessen hat seit dem Jahr 2000 eine entsprechende Bestimmung, Thüringen hat sie gerade verabschiedet, Bayern wird sie verabschieden. Es gibt eben aktuellen Anlass dafür, dass wir meinen, man muss rechtzeitig einen Riegel vorschieben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Würden Sie meine Frage bitte noch beantworten?)

– Ich habe sie vorhin leider nicht mitbekommen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, Sie gestatten eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Ja, gern.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kipfer, bitte.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister Palmer, ich hatte Sie gefragt und bitte Sie um eine Antwort, ob Sie die Meinung der hessischen Landesanstalt für Medien teilen, dass selbst eine Beteiligung von 0,1911 % an einem Medienunternehmen aufgrund des hessischen Mediengesetzes, mit dem unser Gesetz jetzt wortgleich ist, zu einer Entflechtung dieses Unternehmens führen muss.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Frau Kipfer, ich bewerte nicht irgendeine mir nicht bekannte Rechtsauffassungen der hessischen Medienanstalt, sondern wir wollen in diesem Land politisch keine Medienbeteiligungen von Parteien. Das ist das politische Ziel, und dieses Ziel setzen wir mit dem Gesetz um.

(Beifall bei der CDU)

Nun will ich gern einräumen – und deshalb auch den Streitwert etwas heruntersetzen –, dass in Baden-Württemberg nach unserem Kenntnisstand derzeit keine Parteibeteiligungen der SPD bestehen. Aber schon in unserem Mitstaatsvertragsland Rheinland-Pfalz, mit dem wir gemeinsam den SWR betreiben, ist es anders. So ist die SPD-eigene Holding DDVG in Rheinland-Pfalz zu 9,2 % an den Radiosendern RPR 1 und RPR 2 beteiligt, 9,7 % der Anteile hält weiter die Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG, an der wiederum die SPD-Holding DDVG mit 20,4 % größter Anteilseigner ist. Da kann man, Herr Drexler, nicht sagen, das seien historisch überkommene Beteiligungen aus Printmedien, die Sie nach 1945 zu Recht zurückbekommen haben, sondern das sind neue Beteiligungen.

Privaten Rundfunk gibt es in Deutschland seit 15, 20 Jahren. Natürlich verfolgt eine Partei mit einer Beteiligung auch das Ziel einer Einflussnahme, und das wollen wir nicht haben. Deshalb werden wir in Baden-Württemberg einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmid SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Gern.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Frau Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass eine Kommission beim Bundespräsidenten in einem Gutachten zur Parteienfinanzierung ausdrücklich festgestellt hat, dass es ein legitimes Anrecht von Parteien ist, sich an Medienbetrieben zu beteiligen?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Ja. Frau Kipfer, das habe ich schon im Ausschuss gesagt. Das ist mir bekannt. Ich habe das auch extra noch einmal mitgebracht. Diese unabhängige Kommission des Bundespräsidenten hat damit etwas gemeint, was ich Ihnen gern auch hier einräume, nämlich die so genannten Tendenzmedien der Parteien. Jede Partei soll eine Parteizeitung haben, jede Partei soll ein Mitteilungsblatt haben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das geht darüber hinaus! Das war damit nicht gemeint!)

Jede Partei soll darüber hinaus ihre Mitglieder, Sympathisanten

(Unruhe bei der SPD)

(Minister Dr. Christoph Palmer)

und Freunde mit Informationen versorgen können. Aber eben die Kommission, die Frau Kipfer angesprochen hat, verweist auf eine vorgenannte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1986. Anlass war eine Klage der SPD-Bundestagsfraktion gegen das damalige niedersächsische Mediengesetz, das die CDU verabschiedet hatte, mit dem Verbot von Parteibeteiligungen, allerdings nur für abhängige Medienunternehmen. Die Kommission verweist auf die vorgenannte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, mit der eine Beschränkung der Tätigkeit der Parteien im Medienbereich für verfassungsgemäß erachtet worden ist – also das genaue Gegenteil dessen, was Sie sagen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Insoweit, als sie Mehrheitsbeteiligungen hält! Genau darauf habe ich in meiner Rede hingewiesen!)

Deshalb wollen wir die SPD im Land gar nicht erst in Versuchung führen. Wir wollen das sauber regeln.

(Lachen bei der SPD – Abg. Junginger SPD: „Wir machen unsere Spendenskandale“, ja?)

Bitte kommen Sie gar nicht erst auf die Idee, hier Medienbeteiligungen zu begründen. Wir schieben mit diesem Gesetz einen Riegel vor. Das ist unsere politische Absicht.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Zweiter Punkt – darüber kann man reden –: Die SPD sagt, wir sollten einen Beteiligungsbericht der LfK haben. Ich bin für mehr Transparenz. Ich habe im Ausschuss angeboten und wiederhole das hier: Wir haben eine Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienwesen, die bisher nur für bundesweit tätige Veranstalter zuständig ist. Ein Baden-Württemberger, Herr Professor Mailänder, ist Vorsitzender dieser Kommission. Ich bin gerne bereit, in die Rundfunkkommission der Länder einen Vorschlag zur Erweiterung des Auftrags dieser Kommission einzubringen. Im Übrigen wird innerhalb der LfK ohnehin alles offen gelegt. Jedes Mitglied eines Gremiums der LfK bekommt alle Informationen.

Lassen Sie mich nach diesen zwei Hinweisen zur Debatte noch einmal in Erinnerung rufen, was wir mit diesem Gesetzentwurf darüber hinaus beabsichtigen.

Wir stärken lokale und regionale TV-Anbieter. Wir gestalten die Verbreitungsstrukturen so, dass wir den Ansprüchen lokaler und regionaler TV-Anbieter gerecht werden. Wir sichern in bundesweit veranstalteten Programmen Regionalfenster ab, was insbesondere für RNF in der Kurpfalz, in Mannheim, wichtig ist. Wir schaffen im Non-must-carry-Bereich die Möglichkeit eines privaten landesweiten Rundfunks.

Wir stärken die Landesanstalt für Kommunikation. Ich freue mich, dass wir bei der Bezahlung, bei der Unabhängigkeit gemeinsam weitergekommen sind. Nachdem ich mir jetzt den SPD-Antrag, der im Ausschuss so hopplahopp kam und deshalb nicht richtig bewertet werden konnte, angeschaut habe, verstehe ich nicht ganz, dass Sie die Vergabereihenfolge beschränken wollen, also gegenüber der LfK die Zügel fester in die Hand nehmen wollen. Es ist

doch seit einigen Jahren unsere Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Unabhängigkeit, die medienpolitische Gestaltungskraft der LfK zu stärken. Deshalb finde ich, dass der Antrag in die falsche Richtung geht.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU und Theurer FDP/DVP)

Man kann mit diesem Antrag auch dem Deutschlandfunk nicht gerecht werden, sondern damit würden die Möglichkeiten der LfK eben beschränkt.

Lassen Sie mich, meine Damen, meine Herren, noch sagen, dass wir „Das Ding“ effizient geregelt haben und hierbei erfreulicherweise zu einer Übereinstimmung mit dem SWR gekommen sind. Wir werden auch ganz pünktlich Änderungen, die wir unter unserem vorherigen Tagesordnungspunkt „Medienschutz für Kinder und Jugendliche“ besprochen haben, übernehmen und noch mancherlei andere technische Details regeln.

Abschließend komme ich zum Thema Medienrat. Da bekenne ich ganz offen: Der Streitwert ist nicht besonders hoch; das kann man so oder so regeln. Ich will nur eines richtig stellen, Frau Kipfer – freundlich, fair, aber klar –: Es ist nicht so, dass im Medienrat derzeit zwei Arbeitnehmervertreter repräsentiert sind,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wie immer Sie auch zählen!)

sondern es sind vier, auch nach dem Wegfall des Sitzes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, was nicht wir beeinflusst haben, sondern die Organisation hat sich aufgelöst, ist in ver.di aufgegangen.

Es sind weiterhin vier Vertreter der Arbeitnehmer berücksichtigt: ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ein Vertreter des Christlichen Gewerkschaftsbundes

(Lachen bei der SPD)

– bestreiten Sie das nicht, das ist nicht fair; bei allem Respekt für die Einheitsgewerkschaft: Man muss so viel Verständnis aufbringen, dass es auch andere Möglichkeiten geben kann, sich zu organisieren –,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

ein Vertreter des Beamtenbundes – der Beamtenbund ist ja nun wirklich eine Arbeitnehmerorganisation, Frau Kipfer, sicher auch nach Ihrem Verständnis –

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

und ein Vertreter der Journalistenverbände, die sich einigen können.

Es ist also mitnichten so, dass sich im Medienrat jetzt nur noch zwei Vertreter der Arbeitnehmerseite befinden; wir haben vier. Trotzdem kann man es so oder auch anders regeln; das ist richtig und wahr. Allerdings ist der Streitwert auch nicht zu überschätzen.

Ich bitte Sie namens der Landesregierung um Ihre Zustimmung zu dieser Novelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/1667. Der Ständige Ausschuss empfiehlt, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesmediengesetzes

und hier die Nummern 1 bis 4. Wer diesen Vorschriften zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe die Nummern 5 und 6 und dazu die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1687-2, auf. Wer diesen beiden Ziffern des Änderungsantrags, die eine Änderung in den Nummern 5 und 6 begehren, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die beiden Ziffern wurden mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummern 5 und 6 von Artikel 1 des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Nummern 5 und 6 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummern 7 bis 9 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Nummern 7 bis 9 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 10 auf und dazu die Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1687-2. Wer der Ziffer 3 des Änderungsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummer 10 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Nummer 10 wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die übrigen Nummern von Artikel 1 insgesamt auf.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident, wir bitten um gesonderte Abstimmung über die Nummer 12!)

– Gut.

Ich rufe die Nummer 11 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Nummer 12 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe die Nummern 13 bis 16 auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landespressegesetzes

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Landesdatenschutzgesetzes

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/1687-1, abstimmen und schlage vor, dass wir dann über Artikel 3 insgesamt abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 13/1687-1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich lasse nunmehr über Artikel 3 unter Berücksichtigung der gerade beschlossenen Änderung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1687-3.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Artikel 4 in der Fassung des Gesetzentwurfs abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 4 wurde mehrheitlich angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 23. Januar 2003 das folgende Gesetz beschlossen.“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes, des Landespressegesetzes und des Landesdatenschutzgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu. Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Danke. Stimmenthaltungen? –

(Unruhe)

Danke. Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an die Aufhebung des Diskontsatz-Überleitungs-Gesetzes – Drucksache 13/1655

Das Präsidium ist übereingekommen, vorzusehen, dass keine Aussprache stattfindet.

Es wird Überweisung an den Ständigen Ausschuss vorgeschlagen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Einführung des Ethikunterrichts ab der ersten Klasse – Drucksache 13/549

Ich rufe dazu den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/1693, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Rastätter, Sie erhalten das Wort.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einer Zeit, in der wir vorwiegend über Leistungen, über Wissensgesellschaft, über Leistungsorientierung im Bildungswesen sprechen, darf nicht in den Hintergrund treten, dass der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen auch die ethische und moralische Urteilsbildung von Schülern und Schülerinnen beinhaltet. Wissen ohne ethische Urteils- und Reflexionsfähigkeit ist im wahrsten Sinne des Wortes wertlos.

Meine Damen und Herren, wir sind uns fraktionsübergreifend einig, dass wertereziehender Unterricht in der Schule ein fächerübergreifendes Prinzip ist, das heißt, dass alle Fächer die Verantwortung dafür tragen, dass über Werte erzo-gen wird und dass Werte vermittelt werden.

Meine Damen und Herren, in einer komplexer werdenden Welt braucht die Schule aber dennoch einen Ort oder ein Fach, in dem sich Schüler und Schülerinnen ganz vertieft und schwerpunktmäßig mit Werten und Normen befassen können, in denen sie Sinnfragen stellen können und Orientierungshilfen bekommen. Ich nenne nur die Themen Sterbehilfe, Gentechnik, Naturzerstörung und die Frage: Was darf der Mensch, was ist der Mensch?

Ethik wird in Baden-Württemberg im Gegensatz zu Religion erst ab Klasse 8 als Ersatzfach unterrichtet. Meine Damen und Herren, wir Grüne halten die Einführung von Ethik und Religion als Wahlpflichtfächer weiterhin für richtig. Dazu gehört selbstverständlich auch der islamische Religionsunterricht. Das ist die richtige Antwort auf unsere gesellschaftlichen Veränderungen in einer pluralen, in einer offenen, in einer demokratischen Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, Sie haben unseren Gesetzentwurf zur Einführung der Wahlpflichtfächer Ethik und Religion genau vor einem Jahr abgelehnt. Heute geht es aber nicht um Ethik und Religion als Wahlpflichtfächer, sondern es geht um die Frage der Ausweitung des Ethikunterrichts ab der ersten Klasse der Grundschule und der fünften Klasse der Hauptschule.

Mit der Forderung nach einer Ausweitung des Ethikunterrichts ab der ersten Klasse befinden wir Grüne uns in guter Gesellschaft. Das ist eine Forderung, die auch der Landes-elternbeirat stellt. Die Lehrerverbände GEW, VBE, Philologenverband und schließlich auch der Städtetag, also die kommunalen Landesverbände, fordern ebenfalls eine Ausweitung des Ethikunterrichts ab Klasse 1 der Grundschule und ab Klasse 5 der Hauptschule.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass wir in Baden-Württemberg sehr viele Hauptschulen haben, in denen 50, 60 % – das heißt die Mehrzahl – der Schülerinnen und Schüler keinen Religionsunterricht besuchen, weil sie entweder eine andere Religion haben oder konfessionslos sind.

Wir haben Grundschulen – die sind natürlich an bestimmten Standorten –, in denen der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die nicht getauft sind oder eine andere Konfession haben, ebenfalls groß ist. So gibt es zum Beispiel die Karoline-Kaspar-Grundschule in Freiburg, wo 59 % der Schüler keinen Religionsunterricht besuchen. Dort haben die Eltern, dort hat die Schule, das Staatliche Schulamt beim Land den Antrag gestellt, Ethikunterricht ab Klasse 1 einzuführen – vergeblich. Jetzt hat der Elternbeirat dieser Schule sogar beschlossen, Ethikunterricht oder Ethikarbeitsgemeinschaften auf eigene Kosten einzuführen. Das heißt, mittlerweile schreiten die Eltern zur Tat und handeln selbst.

Ich sage Ihnen: Dieses Defizit an Ethikunterricht in Baden-Württemberg in den unteren Klassen, die Tatsache, dass Eltern jetzt schon zur Selbsthilfe greifen, zeigt doch, wie wichtig und notwendig es ist, dass wir in diesem Bereich handeln. Das wollen wir heute mit unserem Antrag erreichen. Wir haben den dringenden Appell, dass hier endlich gehandelt wird.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich spreche jetzt insbesondere meinen Kollegen Kleinmann an. Sie haben ja bereits vor einem Jahr gesagt, dass Sie eine Ausweitung von Ethik als Ersatzfach nicht grundlegend ablehnen würden,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

sondern sich auch dafür aussprechen. Sie haben aber unseren Haushaltsantrag, mit dem wir die Ausweitung des Faches Ethik gefordert haben – durchaus auch in seiner Funktion als Ersatzfach –, abgelehnt. Wir müssen aber vorankommen. Wir dürfen nicht einfach die Hände in den Schoß legen. Deshalb liegt heute ein Entschließungsantrag vor. Die Fraktion GRÜNE wird also nicht den Beschlussteil des vorliegenden Fraktionsantrags zur Abstimmung stellen, sondern legt Ihnen einen Entschließungsantrag vor, der begehrt, in Baden-Württemberg einige Pilotprojekte für Ethikunterricht ab Klasse 1 der Grundschule und ab Klasse 5 der Hauptschule einzurichten.

(Renate Rastätter)

Pilotprojekte können eingerichtet werden, ohne dass wir dazu erhebliche Mittel des Landes benötigen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir eine Debatte über die Einführung von islamischem Religionsunterricht geführt haben. Wir waren uns dabei fraktionsübergreifend einig, dass wir im nächsten Schuljahr dazu Pilotprojekte machen würden, falls die Voraussetzungen gegeben wären. Das heißt, dieses Anliegen, einzusteigen, um Lehrpläne zu erproben, um Unterrichtskonzepte zu entwickeln, um eine Kooperation auch zwischen Religions- und Ethikunterricht zu entwickeln – was ja in diesem für uns sehr wichtigen Bereich erwünscht ist –, erfordert in der Tat keine großen Summen. Dazu bedarf es Ihres politischen Willens.

Ich bitte Sie, nicht nur wie in der Vergangenheit verbale Absichtserklärungen abzugeben, sondern zuzustimmen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir dann, wenn die Schülerzahlen zurückgehen – das ist bereits ab dem Schuljahr 2005 der Fall –, nach dieser Erprobungsphase einen Teil der frei werdenden Lehrerstellen für dieses uns wichtige Anliegen der Wertevermittlung an Kinder in der Grundschule und in der Hauptschule verwenden können. Ich bitte Sie darum, unseren Entschließungsantrag mitzutragen als wichtiges Signal an die Eltern, an die Schulen, speziell an die Schulen, die jetzt betroffen sind und Anträge stellen und die natürlich auch für die Pilotprojekte infrage kommen. Ich bitte Sie, ein ganz deutliches Signal in dieser Landtagssitzung zu setzen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem der Landtag im April 2002 einen Gesetzentwurf der Grünen zum Ethikunterricht abgelehnt hat, befassen wir uns heute, ein Dreivierteljahr später, auf Antrag der Grünen mit demselben Thema. Man könnte dies ja als besonderen Fleiß

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nadelstiche!)

und Hartnäckigkeit der Grünen auffassen, man könnte es allerdings auch fast als eine Art Beschäftigungsstrategie für den Landtag auffassen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

Der Fairness halber muss ich jedoch sagen, dass der vorliegende Antrag immerhin schon im Dezember 2001 eingebracht wurde, also bevor der Gesetzentwurf abgelehnt wurde.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

Deshalb konnten damals auch die Antragstellerin und deren Fraktion nicht wissen, dass sie für den Gesetzentwurf überhaupt keine Unterstützung im Plenum bekommen würden.

Die Argumente sind allerdings die gleichen geblieben, wir könnten sie heute nur wiederholen. Allerdings war im Gesetzentwurf noch der Versuch enthalten, den Ersatzfachcha-

rakter von Ethik zu verändern, nämlich in die absolute Gleichrangigkeit mit Religion zu bringen, praktisch mit der freien Auswahl aus dem Fächerangebot Religion und Ethik. Heute geht es den Grünen nur noch um den Zeitpunkt der Einführung von Ethikunterricht, um Lehrpläne und um Lehrerausbildung.

Ich darf dennoch ganz kurz die Grundhaltung der CDU darstellen, denn es geht uns keineswegs um die grundsätzliche Ablehnung von Ethikunterricht schon vor der achten Klasse.

(Abg. Zeller SPD: Sondern?)

Dabei wäre darüber zu diskutieren, welches der richtige Zeitpunkt der Einführung sein könnte, ab der ersten Klasse oder ab Beginn des Besuchs einer weiterführenden Schule. Diese Diskussion ist im Augenblick müßig, da wir ja im Konkreten nicht die Ressourcen aufbringen können, um das Angebot an Ethikunterricht so stark zu erweitern.

Gestern hat Herr Kollege Kretschmann für die Grünen tausend weitere Lehrerdeputate für die beruflichen Schulen gefordert, heute verlangt Frau Kollegin Rastätter für die Grünen tausend Lehrerdeputate für den Ethikunterricht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ich glaube nicht, dass wir das gesagt haben!)

Ich denke, sehr geehrte Damen und Herren, wenn man so wie die Oppositionsfraktionen nicht in direkter Haushaltsverantwortung steht, dann kann man das tun. Aber auch Sie wissen wohl, welche Kraftanstrengung es bedeutet, dass wir mit den 5 500 Lehrern, die wir in dieser Legislaturperiode zusätzlich anstellen, eine Antwort auf die wachsenden Schülerzahlen geben.

(Beifall des Abg. Döpfer CDU – Abg. Zeller SPD: Weniger Image, mehr Lehrer!)

Das ist schon eine gewaltige Kraftanstrengung und wird auch so geschätzt. Nach der Novembersteuerschätzung sieht alles noch ein bisschen dramatischer aus als im April letzten Jahres.

Es ist anzuerkennen, dass die SPD damals aus diesen Gründen den Gesetzentwurf der Grünen nicht mitgetragen hat. Ein Stück mehr an Ehrlichkeit würde uns bei der Befassung mit diesem Antrag gut tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Um es nochmals klar zu sagen: Die CDU-Fraktion spricht sich nicht gegen wertorientierte Unterrichtsangebote auch schon vor der achten Klasse aus. Wir gehen davon aus, dass sie im Gesamtunterrichtsangebot fächerübergreifend im Grunde genommen auch erfolgen. Aber wir sehen auch die praktischen Probleme, vor allem in den großen Städten, wo 30, mitunter sogar 50 % der Schüler gar nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Wir sehen auch die Problematik, die damit verbunden ist, dass eben sehr viele Kinder dem Islam angehören und nicht als Gäste in den Religionsunterricht gehen können, wobei dies eigentlich gerade nicht mit der Einführung von zusätzlichem Ethikunterricht in Verbindung gebracht werden sollte. Aber wir sehen gegenwärtig eben keine Möglichkeit, in eine generelle Einführung oder

(Ursula Lazarus)

Erweiterung von Ethikunterricht in niedrigeren Klassenstufen einzusteigen.

Der heute Morgen vorgelegte Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE – damit komme ich zum Schluss – sollte nach unserer Meinung – Frau Rastätter, darüber haben wir noch nicht gesprochen – im Schulausschuss beraten werden, da damit sowohl grundsätzliche als auch praktische Fragen, die ich eben kurz gestreift habe, verbunden sind und vor der Entscheidung über den Antrag noch Klärungsbedarf besteht. Wir sind also der Meinung, dass der Entschließungsantrag zur weiteren Beratung an den Schulausschuss überwiesen werden soll.

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bayer.

Abg. Bayer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für uns gibt es im Grundsatz überhaupt keinen Zweifel, dass das Thema „Ethik und Ethikunterricht“ immer wichtiger wird. In der Tat: Die inhaltlichen Argumente sind im Plenum und im Ausschuss – Frau Lazarus hat es erwähnt – sowie in der Debatte über die Änderung des Schulgesetzes schon weitgehend ausgetauscht worden. Deswegen fasse ich die Meinung der SPD-Fraktion nur noch einmal kurz zusammen:

Es gibt tatsächlich eine permanent steigende Zahl von konfessionslosen Kindern und Jugendlichen. Wir leben in einer Zeit sehr schneller gesellschaftlicher Veränderungen, in einer Zeit von Verunsicherung, in einer Zeit, in der viele – nicht nur junge Menschen – Orientierung nicht oder nicht mehr bei den Kirchen suchen. Ein Gemeinwesen mit vielgestaltigen und mit widersprüchlichen Werten bedarf – jetzt zitiere ich Kardinal Lehmann – einer „gemeinsam verpflichtenden Hinführung zu so etwas wie einer tragfähigen Mitte“.

(Abg. Capezuto SPD: Aha! – Abg. Kleinmann
FDP/DVP: Das sagen wir schon immer! – Abg.
Scheuermann CDU: Also auf zur Mitte!)

Solange es sich bei der Gruppe konfessionsloser Kinder um eine relativ geringe Anzahl gehandelt hat, war dies weder ein schulpolitisches noch ein bildungspolitisches Problem. Seit Ende der Sechzigerjahre aber haben wir es mit einer zunehmenden Säkularisierungstendenz zu tun, und diese Entwicklung ist einfach Fakt. Unabhängig davon, ob man dies nun begrüßt oder ob man es bedauert: Wir haben diese Entwicklung einfach zur Kenntnis zu nehmen, und zwar ohne den betreffenden Menschen ethische Grundorientierungen und Wertegebundenheit abzusprechen.

An dieser Stelle kommt nun Ethikunterricht ins Spiel, ein Ethikunterricht, der sich auf diejenigen sittlichen Grundsätze bezieht, auf denen unser Grundgesetz und die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen beruhen: Menschenwürde, Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit und Gewaltlosigkeit. Mit den Begriffen „Toleranz“ und „Gewaltlosigkeit“, die einem ja so schnell von der Zunge gehen, sind wir wieder ganz nahe an der Debatte von heute Morgen.

Da möchte ich nun doch noch eine persönliche Bemerkung einschieben: Vor dem aktuellen weltpolitischen Hintergrund führen wir hier eine eher gespenstische Debatte. Angesichts der Vorstellung, dass gegenwärtig ein Angriffskrieg als Mittel der Politik systematisch vorbereitet wird, ein Krieg, von dem die deutschen Bischöfe sagen, er verstoße gegen das Sittengesetz, bekommen manche Klagen über die Zunahme von jugendlicher Gewalt eine andere Relation.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dann bekommt eine frühzeitige Beschäftigung mit ethischen Grundwerten und den daraus erwachsenden Verhaltensweisen auf jeden Fall ein noch größeres Gewicht.

Um gleich ein mögliches Missverständnis auszuräumen: Ethikunterricht kann die ihm gestellte sehr komplexe Aufgabe nicht einfach nebenbei erfüllen. Er muss um seiner eigenen Glaubwürdigkeit willen zu einem eigenen Konzept finden. Es muss gewährleistet sein, dass sich alle Schülerinnen und Schüler mit Sinn- und Wertfragen systematisch auseinandersetzen können.

Wir halten es grundsätzlich für wichtig, Ethikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, stufenweise einzuführen. Wir halten es grundsätzlich für wichtig, mit der Erstellung von Lehrplänen zu beginnen. Wir halten es für wichtig, diesbezüglich Lehrerfortbildungen anzubieten. Wir halten es für wichtig, ein ordentliches Studienfach Ethik für Studierende des Grund- und Hauptschullehramts an den PHs einzurichten. Wir halten es für wichtig, Ethiklehrpläne ab Klasse 5 im Rahmen der Entwicklung der neuen Lehrpläne für die Seminarstufe I mit einzubeziehen.

Wir sehen aber auch jenseits dieser grundsätzlichen Überzeugungen einen aktuellen Handlungsbedarf, der auch über den vorliegenden Entschließungsantrag hinausgeht. Wir wollen einen Einstieg, der stufenweise den Weg zu einem umfangreichen Ethikunterricht ebnet. Wir unterstützen deswegen den Entschließungsantrag und hoffen, dass zumindest auf dieser minimalen Ebene ein Konsens aller Fraktionen hier im Hause möglich ist.

Ich habe schon in den früheren Debatten – darauf wurde schon hingewiesen – vorgeschlagen, Pilotversuche auf den Weg zu bringen. Dort könnte im Kleinen wirklich das wachsen, was über kurz oder lang flächendeckend notwendig sein wird: ein im Lehrplan verankerter und frühzeitig einsetzender Ethikunterricht als Wahlpflichtfach.

Zur Realisierung solcher kleinen Projekte drängen sich einzelne Regionen geradezu auf. Ein erstes Praxisfeld würde sich zum Beispiel im Freiburger Stadtteil Vauban anbieten. Was früher die Ausnahme war, ist dort die Regel: Die weit aus überwiegende Anzahl der Kinder dort ist ohne Konfession.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

Das müsste auch die Kultusverwaltung zum Handeln animieren.

Nun weiß ich allerdings – ich komme zum Ende; es ist eine etwas bittere Erfahrung, die ich in den letzten zwei Jahren

(Bayer)

gemacht habe, in denen ich diesem Haus angehöre –: Wenn man von Oppositionsseite solche Vorschläge äußert, dann ist das so ähnlich, wie wenn man einem Ochsen ins Horn pfezt. Das wäre bei diesem Zukunftsprojekt und bei den Brücken, die dieser Entschließungsantrag baut, ausgesprochen schade.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber jetzt!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen gerade von Weihnachten her. „Alle Jahre wieder“, das gilt auch bei diesem Antrag. Ich habe eben meine Rede vom April und auch die vom Februar nachgelesen und dabei festgestellt, dass seit 1997 ununterbrochen alljährlich das Gleiche kommt. Das Weihnachtslied passt also.

(Abg. Schmiedel SPD: Ihr müsst halt etwas machen! Wenn man nichts macht, dann kommt das halt wieder! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Es sind neue Leute da!)

– Wir machen ja etwas.

Wir sind uns völlig einig, Herr Bayer: Lehrpläne zu einem, Lehrerfortbildung zum anderen, und dann auch das Anbieten des Faches Ethik als Studienfach an den PHs und an den Hochschulen, das ist die richtige Reihenfolge. Das habe ich aber auch schon vor einem Jahr gesagt. Da besteht überhaupt kein Dissens.

(Abg. Schmid SPD: Machen!)

Unterschiedlich beurteilt wird bei uns nach wie vor das Problem „gleichwertig oder gleichrangig“. Ich sage im Namen meiner Fraktion nach wie vor: gleichwertig ja, gleichrangig nein. Es bleibt dabei, dass derjenige, der aus Glaubensgründen oder sonstigen Gründen nicht in einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht gehen will, obwohl er ein christliches Bekenntnis hat, die Möglichkeit haben muss, in Ethikunterricht zu gehen. Diejenigen, die keinen christlichen Glauben haben, müssen auch die Möglichkeit einer entsprechenden Wertevermittlung bekommen.

Also, meine Damen und Herren: gleichrangig nein, gleichwertig ja. Ethik bleibt Ersatzfach für bekenntnisorientierten Religionsunterricht. Wir haben überhaupt keine ideologischen Hemmnisse – auch dies habe ich schon vor einem Jahr gesagt –, dies bereits ab Klasse 1 „laufen“ zu lassen. Ich sagte auch damals schon: Das ist eine Frage der Ressourcen. Haben wir diese Ressourcen, oder haben wir sie nicht? Wir haben die finanziellen Ressourcen nicht. Wir sind ja außerdem allesamt in diesem Hause der Meinung, dass wir die kleinen Grundschulen auf dem Land erhalten sollen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein, wir nicht!)

– Sie nicht, Entschuldigung. – Organisieren Sie da doch jetzt einmal das Fach Ethik. In meiner Grundschule in Wit-

tershausen ist es nicht einmal möglich, den bekenntnisorientierten Religionsunterricht in allen Klassen zu unterrichten, weil entsprechende Lehrer und entsprechende Stunden fehlen.

Ich habe also schon damals, vor einem Jahr, empfohlen, das Fach Ethik flächendeckend bei den weiterführenden Schulen, das heißt ab Klasse 5 in der Hauptschule, der Realschule und im Gymnasium einzuführen. Wenn wir das schaffen würden, Herr Bayer, dann wären wir eigentlich schon relativ weit gekommen. Wir haben hier einen weit gehenden Konsens.

Ich möchte allerdings noch eines darlegen, und zwar etwas ins Grundsätzliche gehend. Wenn hier von Wertevermittlung gesprochen wird, sind wir uns, Frau Rastätter, völlig einig, dass dies auch für diejenigen wichtig ist, die nicht in einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht gehen. Wir müssen uns aber auch immer im Klaren sein – da spricht der Assistent von Scholder –: Die Neutralität des Staates ist ein wichtiges Gut, das sich der Liberalismus einst einmal erkämpft hat. Wir sollten uns – Herr Bayer, da liegen wir immer etwas miteinander im Clinch – darüber im Klaren sein, dass wir hier auf des Messers Schneide zwischen Neutralität des Staates, Wahrung der Neutralität des Staates auf der einen Seite und Wertevermittlung – das geht ja noch –, aber auch Erstellung und Vorstellung von Werten, Prägen von Werten auf der anderen Seite marschieren. Das wird immer eine Gratwanderung sein. Sie haben eben einen möglichen schmalen Weg aufgezeigt. Den könnte ich jederzeit mitgehen. Aber wie gesagt, man sollte die Sensibilität nicht verlieren, dass es hier tatsächlich um eine Gratwanderung geht.

Ein ganz wesentlicher Punkt, meine Damen und Herren – ich glaube, da stimmt mir die CDU voll und ganz zu –: Wenn wir auch in einer zunehmenden Säkularisierung leben, heißt dies noch lange nicht, dass der Religionsunterricht säkularisiert werden darf. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das ist ja Quatsch!)

– Ja, das wollen Sie nicht, aber die Töne Ihres Nachredners gingen schon manchmal in diese Richtung. Wir müssen einfach sehen, dass sich heutzutage viele von der Kirche abwenden. Das weiß und bedauere ich. Das heißt jedoch noch lange nicht, dass man dann auf den bekenntnisorientierten Religionsunterricht verzichten sollte.

Weiterhin wichtig ist in der Tat die Erstellung von Lehrplänen. Wenn Sie, Frau Rastätter, jetzt fordern, an den Grundschulen Ethikunterricht einzuführen, wäre mir natürlich auch wichtig, zu wissen, was Sie da vermitteln wollen. Ich habe selber an der Grundschule unterrichtet und weiß, dass beispielsweise Schülerinnen und Schüler sehr viel durch Erzählungen aufnehmen. Wenn man von Abraham erzählt, kommt das Gott-Urvertrauen zum Ausdruck, dass dieser Mann auf ein alleiniges Wort Gottes hin – ziehe aus von Ur in Chaldäa in ein Land, das ich dir zeigen werde – so etwas wagt und deshalb den Kindern diese Identifikationsmöglichkeit gibt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Auch bei Zachäus kommt das wieder zum Ausdruck. Wir müssen dann das Fach Ethik an den Grundschulen so gestalten, dass

(Kleinmann)

unseren Schülerinnen und Schülern solche Identifikationen möglich sind.

Meine Damen und Herren, Kollege Wacker, Frau Lazarus und ich haben uns vorhin besprochen. Wir würden es begrüßen, wenn Sie mit uns einig gingen, Frau Rastätter, den von Ihnen vorgelegten Entschließungsantrag in den Schulausschuss zu überweisen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Und den Fraktionsantrag!)

– Den Fraktionsantrag sowieso. Das ist klar. Aber Sie haben gesagt, Grundlage einer Entscheidung sei der Entschließungsantrag. Im Schulausschuss könnten wir dann in aller Ruhe über die Dinge weiterreden.

(Abg. Schmiedel SPD: Über Abraham!)

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich greife das von Herrn Kollegen Bayer zitierte Wort von Kardinal Lehmann über die Wege hin zur tragfähigen Mitte auf. Als Sie dieses schöne Zitat hier vorgetragen haben, habe ich spontan gedacht: Wenn man in unsere Landesverfassung schaut oder in die Präambel und die ersten Paragraphen unseres Schulgesetzes, stellt man sehr schnell fest, dass dort mit nahezu gleichen Formulierungen – nicht „tragfähige Mitte“, sondern es ist anders umschrieben – genau das als Kernauftrag, als zentrale Aufgabe öffentlicher Schulen gesehen wird.

In unserem Schulgesetz, in der Landesverfassung und in allem, was grundsätzlich über Schule gesagt wird, kommt ja in Wirklichkeit niemand auf die Idee, zu behaupten, hier gehe es nur um Vermittlung von Wissen oder Fakten. Wenn man sich die Geschichte des Begriffs der Bildung deutlich macht, kommt so richtig in die geistesgeschichtliche Öffentlichkeit – immerhin bei einem Theologen, nämlich bei Meister Eckhart –, dass das, wenn man es in unsere heutige Sprache übersetzt, eine Lebenskunst bedeutet. Wir können, glaube ich, quer durch die Fraktionen – ich will gern noch einmal bestätigen, was Frau Rastätter am Beginn ihrer Rede gesagt hat, was auch für weitere bildungspolitische Debatten wichtig ist – feststellen, dass das schon ein Konsens unter uns ist: Bildung ist mehr als Wissensvermittlung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir reden, wenn wir von Bildung sprechen, auch über Orientierung. Aber dann sollten wir das auch nicht immer nur im Zusammenhang mit einem Fach diskutieren. Die Vermittlung von Orientierung – die Einübung in ethische Grundhaltungen, die Einführung in die wertvollen Grundlagen unseres Gemeinwesens – ist eine generelle Aufgabe von Schule und damit auch die Aufgabe eines jeden Faches und muss deshalb auch ihren Niederschlag in der Konstruktion und der Struktur der Lehrerbildung finden.

(Abg. Drexler SPD: Wer ist dafür verantwortlich?)

Ich finde, dass es deshalb – obwohl wir die Diskussion schon ein paar Jahre führen – auch immer problematischer wird, dieses Thema mit einem Fach zu verbinden und immer wieder über neue Fächer zu diskutieren, vor allem für die ersten Schuljahre.

Im Blick auf die Lehrerbildung haben wir wichtige Schritte getan, auch solche, die in Ihrem Antrag gefordert werden. Ich darf das auch im Sinne der Information an Sie weitergeben: In der neuen Studienordnung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen wird das Studienfach Ethik ab dem Wintersemester 2003/2004 beim Stufenschwerpunkt Hauptschule vorgesehen. Ich halte es für richtig, dass diejenigen, die ab Klasse 8 an allen unseren Schularten Ethik unterrichten, dies nicht nur auf der Grundlage einer Fortbildung, sondern einer regulären Fakultas tun.

Im Rahmen der bestehenden Studien- und Prüfungsordnung für die Pädagogischen Hochschulen kann schon jetzt eine Erweiterungsprüfung im Fach Ethik abgelegt werden. Es gab also schon einen ersten Schritt. Damit ist das Fach Ethik jetzt endgültig in die neue Studienordnung aufgenommen.

Bei der Prüfungsordnung für die Realschule existiert das Fach Ethik in der Lehrerbildung schon jetzt. In der Fächergruppe 2 kann also kombiniert werden mit Deutsch, Englisch, Französisch oder Mathematik.

Was das Lehramt an Gymnasien angeht, ist mit der wissenschaftlichen Prüfungsordnung, die seit 2001 gilt, auch in diesem Bereich – berufliche Schulen und Gymnasien – die Voraussetzung für eine Fakultas im Fach Ethik geschaffen. Das ist ein Studiengang, der die Fakultas sowohl für Philosophie als auch für Ethik enthält. Damit ist auch die Möglichkeit der Ausbildung in der zweiten Phase, also im Referendariat, verbunden.

Das heißt: Das Fach Ethik ist für einige Schularten mit den aktuell gültigen Studienordnungen und für die Hauptschule mit der ab dem kommenden Semester gültigen Studien- und Prüfungsordnung in den regulären Fächerkanon aufgenommen und hat damit auch eine gleichberechtigte Rolle, und es erfolgt eine qualifizierte Ausbildung. Insofern ist, glaube ich, eines Ihrer Anliegen damit schon erfüllt.

Für die Grundschule diskutieren wir ja derzeit genauso wie für alle anderen Schularten Bildungsstandards. Für mich, die ich diese Diskussion seit einigen Monaten intensiv beobachte und auch selbst daran beteiligt bin, ist es sehr interessant, zu sehen, wie auch seitens der Erziehungswissenschaftler und der Bildungsforschung deutlich gesagt wird: Wenn wir jetzt Bildungsstandards formulieren, dürfen wir nicht einem rein technokratischen Konzept verfallen und nur über Kenntnisse und Fertigkeiten sprechen. Professor Helmut Fend aus Zürich macht darauf aufmerksam. Wir haben uns jetzt für Baden-Württemberg auf eine Beschreibung, ein Verständnis von Bildungsstandards geeinigt, das ganz wesentlich seinen Ansatz aufgreift, dass es auf der Ebene der Bildungsstandards auch um Grundhaltungen geht und damit mit Standards nicht nur formuliert wird, was sich in irgendeiner Weise testen lässt. Ich glaube, nach PISA ist es auch wichtig, dass wir zu Bildungsstandards und damit auch zu Bildungsinhalten kommen, die nicht nur enthalten,

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

was man testen kann, sondern von denen wir auch überzeugt sind, dass sie für Schulen wichtig sind.

In diesem Zusammenhang wird zum Beispiel für die Grundschule vorgesehen, in den Fächerverbund „Natur und Kultur“ auch Unterrichtseinheiten „Philosophieren mit Kindern“ aufzunehmen. Ich sage Ihnen ganz persönlich: Ich halte überhaupt nichts von einem zusätzlichen Fach in der Grundschule, egal wie es heißt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Zukunft der Grundschule wird vielmehr darin bestehen, dass wir bestimmte so genannte Kernkompetenzen – und die Sprachkompetenz steht im Zentrum – verstärken, sie nicht nur zu einem Fachprinzip machen. Vielmehr werden Deutsch und damit verbundene Sprachkompetenz zu einem Unterrichtsprinzip. Im Übrigen denken wir in den Bildungsstandards und im Bildungsplan, der jetzt entsteht, eben nicht mehr in der Kategorie der Fächer, zumal wir keinen Fachlehrer haben, sondern einen Klassenlehrer, und wir bringen das, was in der Grundschule auf der von Ihnen angesprochenen Ebene wichtig ist, dann in die Einheiten „Philosophieren mit Kindern“.

Ich finde, die Diskussion über zusätzliche Fächer ist ein bisschen eine Diskussion von gestern, und wir sollten uns jetzt eigentlich sehr viel stärker – und dazu haben wir ja dann gegebenenfalls im Schulausschuss auch Möglichkeiten – auf Bildungsinhalte und Kompetenzen der Zukunft ausrichten. Das wird in der Grundschule noch viel weniger als bislang in Fächern geschehen, sondern das muss ein Gesamtkonzept sein, welches eine innere Konsistenz besitzt, und das ist in meinen Augen der Ansatz über das „Philosophieren mit Kindern“.

Nun bin ich mir im Klaren darüber, dass an Schulen, an denen es eine hohe Zahl von Kindern ohne Konfession gibt, eine Reihe organisatorischer Probleme auftreten und aus diesen organisatorischen Problemen heraus – Sie haben ja den klassischen Stadtteil in Freiburg genannt, in dem diese Diskussion auch ernsthaft geführt wird – gesagt wird: Jetzt bietet doch diese Alternative an, dann ist das organisatorische Problem gelöst. Ich möchte Sie aber – auch für die Diskussion im Schulausschuss – bitten, in der fraktionsübergreifenden Verständigung, die wir sicher versuchen werden, die grundsätzliche Entwicklung der Grundschule und vor allem die damit verbundenen curricularen Fragen, Fragen nach Bildungsinhalten und -zielen, von diesen rein organisatorischen Problemen zu trennen. Ich glaube, es wäre eine verkürzte Diskussion, wenn wir jetzt aus rein organisatorischen Gründen in einigen – vor allem großstädtischen – Räumen sozusagen den grundsätzlichen Ansatz, den wir in der Grundschule anstreben, aufgeben würden.

Was die weiterführenden Schulen angeht, ist es bereits gesagt: Ich beziehe mich nicht nur auf die Ressourcen. Natürlich verbieten uns auch die Ressourcen, jetzt mal 600 Lehrerstellen zur Verfügung zu stellen. Ich habe mir ja die Zahlen geben lassen: Was ist nötig, wenn? Ich glaube, man wird in keinem Landtag derzeit ernsthaft darüber sprechen. Deshalb sprechen Sie ja auch von Modellschulen. Modelle richtet man aber nur ein, wenn man vorhat, so etwas irgendwann einmal insgesamt zu machen. Deshalb stelle ich die

grundsätzliche Frage: Wollen wir eigentlich ein Schulkonzept – auch in der Hauptschule, wo wir gerade auch alle möglichen Fächerverbünde auf den Weg gebracht haben – mit einer Weiterentwicklung in der Hauptschule und auch in der Realschule, die mit immer mehr Fächern verbunden ist? Waren wir eigentlich nicht gerade auf dem Weg, das, was Orientierung und Stärkung auch damit verbundener erzieherischer Aufgaben angeht, was ethische Grundhaltungen angeht, sehr viel stärker zu einem integrativen Ansatz zu machen? Ich finde, darüber sollten wir uns dann im Schulausschuss austauschen. Ich bin voll auf der Seite integrativer Ansätze. Ich möchte keine weiteren Schulfächer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sehr verehrte Frau Ministerin, Sie machen es sich, glaube ich, ein bisschen zu einfach. Es geht hier nicht um ein weiteres Schulfach, sondern es geht um ein Schulfach, das bereits eingeführt ist, aber erst ab Klasse 8 der allgemein bildenden Schulen und teilweise in der Berufsschule unterrichtet wird.

Es geht also um ein Fach, das es bereits gibt, und die Kritik kommt nicht nur vom Landeselternbeirat, von den Lehrerverbänden, den betroffenen Eltern und ihren Kindern, sondern auch von uns Grünen. Denn wir sagen: Den Schülerinnen und Schülern ab Klasse 1 bis einschließlich Klasse 7 werden zwei Stunden qualifizierter, wertvoller Unterricht vorenthalten.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich meine die zwei Stunden, die diejenigen Schülerinnen und Schüler haben, die den Religionsunterricht besuchen, und zwar einen Unterricht, der ihnen hilft, die Welt aus ihrem religiösen Bekenntnis heraus zu verstehen. Aber diese zwei Stunden tun auch allen anderen Schülerinnen und Schülern in diesem Land gut.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Es darf keine Strafe für diejenigen sein, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, dass sie einfach zwei Stunden weniger Unterricht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Damit machen Sie es sich zu einfach. Das ist das Erste.

Und das Zweite: Es gibt, glaube ich, in diesem Hause einen Konsens darüber, dass wir ab Klasse 5 der Hauptschule angesichts der Problemlagen etwas tun müssen. Das ist aus meiner Sicht überhaupt kein organisatorisches Problem, sondern da geht es um Bildung und Wertevermittlung für diese jungen Menschen. Da besteht Konsens; deshalb bin ich auch einverstanden, dass wir das Thema in den Schulausschuss bringen. Ich sehe die Voraussetzungen dafür, dass es uns gelingt – Herr Kleinmann hat es schon angedeutet –, zu Modellversuchen zu kommen. Ich werde dafür werben, dass wir solche Modellversuche auch für die Grundschule durchführen.

(Renate Rastätter)

Das ist kein Widerspruch zum fächerintegrativen Prinzip. Wenn Sie sagen, dass Sie fächerintegrativ Anteile von „Philosophieren mit Kindern“ in den Grundschullehrplan einbeziehen wollen, halte ich das für einen hervorragenden Ansatz, den ich selbstverständlich unterstütze.

Da ich den Religionsunterricht hochhalte, möchte ich Ihnen noch sagen, dass Sie eine große Chance vertun, wenn Sie Ethik nicht schon ab Klasse 1 als Alternativfach anbieten. Es gibt hier Kooperationsmöglichkeiten mit dem Religionsunterricht. Durch eine enge Kooperation kann den Kindern der Zugang zum Fach Religion eröffnet werden. Das wünschen die Hochschulen; das wünschen die Professoren, die sich mit Werteerziehung befassen. Diese Chance sollten wir auch nutzen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Rastätter, gestatten Sie zum Schluss noch eine Frage des Herrn Abg. Röhm?

(Abg. Fischer SPD: Das würde ich nicht machen! –
Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD: Ach doch!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Gerne, selbstverständlich.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte, Herr Abg. Röhm.

Abg. Röhm CDU: Vielen Dank, Frau Kollegin. Das hätte ich von Ihnen auch gar nicht anders erwartet.

Frage: Sollte Wertevermittlung nicht Bestandteil eines jeglichen Unterrichts sein? Sind wir uns darin einig?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Darin sind wir uns einig. Das habe ich auch in meiner Rede ausgeführt.

(Abg. Capezzuto SPD: Nicht zugehört!)

Da gibt es überhaupt keinen Dissens.

(Abg. Röhm CDU: Danke, Frau Kollegin! – Zuruf
der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Kann ich davon ausgehen, Frau Abg. Rastätter, dass die Antragsteller die Überweisung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport wünschen?

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, an den Ausschuss!)

– Dann ist es so beschlossen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Situation und Perspektive der Hauptschule in Baden-Württemberg – Drucksache 13/590

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache zehn Minuten je Fraktion, gestaffelt, und für das Schlusswort fünf Minuten.

Wem darf ich das Wort zur Aussprache erteilen? – Herr Abg. Käppeler, bitte schön.

Abg. Käppeler SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach meiner letzten Rede hier warf mir der Herr Staatssekretär unter dem Gelächter seiner Fraktionskollegen vor, die SPD sei fern jeder Praxis. Ich möchte deswegen feststellen: Mein Kollege Norbert Zeller und ich sind vermutlich die Einzigen hier, die an einer Hauptschule in der Praxis stehen –

(Abg. Capezzuto SPD: Da kann man auch nicht je-
den brauchen!)

ich übrigens seit exakt 25 Jahren. Was die Praxis betrifft, unterscheidet mich dies vom Staatssekretär und auch von der Ministerin deutlich. Wenn wir also heute über die Hauptschule reden, dann nehmen Sie zur Kenntnis: Wir kennen die Situation der Hauptschule aus eigener Erfahrung.

Noch eine Vorbemerkung: Ich bin gerne Hauptschullehrer geworden und bin es auch heute noch gerne, weil es mir um die Kinder geht, die wegen ihrer Lernschwäche Nachteile in der Gesellschaft erfahren. Immer habe ich mich für die Anerkennung, für die Aufwertung der Hauptschule und für eine Gleichwertigkeit der Schularten eingesetzt – ganz konkret auch an meiner Schule, wo Grundschüler, Hauptschüler und Realschüler unter *e i n e r* Leitung, unter *e i n e m* Dach von einem gemeinsamen Kollegium unterrichtet werden.

Meine Damen und Herren, in der letzten Woche teilte das Statistische Landesamt mit: Das Gymnasium ist erste Wahl bei Übergängen auf weiterführende Schulen. 34,5 % der Schüler wechselten an ein Gymnasium, 33,2 % an die Hauptschule und 30,8 % an die Realschule. Das Gymnasium baute den knappen Vorsprung aus. Vor fünf Jahren lag noch die Hauptschule mit 35,5 % vorn.

Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache, wobei ich die regionalen Unterschiede nicht verkenne. In ländlich geprägten Kreisen hat die Hauptschule eine höhere Akzeptanz als in städtisch geprägten, wohl auch wegen der Wohnortnähe und oft fehlender schulischer Alternativangebote. Besonders deutlich wird dies zum Beispiel in der Region Neckar-Alb im Vergleich zur Stadt Tübingen und den Landgemeinden im Zollernalbkreis.

Warum wollen immer weniger Eltern ihre Kinder in die Hauptschule schicken? Für viele Kinder beginnt das Drama, eventuell auf die Hauptschule zu müssen, bereits in der Grundschule. Wenn mir Kollegen aus der Grundschule erzählen, dass Eltern bereits in der zweiten Klasse anrufen

(Käppeler)

und die bange Frage äußern, ob es ihr Kind wenigstens in die Realschule schafft, dann wissen wir, um was es geht. In den Klassen 3 und 4 erhöht sich der Selektionsdruck auf das Kind von allen Seiten. Die Eltern wollen nur das Beste. Die Klassenkameraden mit guten Noten sind mit ihren Äußerungen nicht zimperlich – Stichwort Gruppendruck. Die Grundschullehrerin erfährt den Druck aus Elternhaus und Kollegium und gibt ihn mitunter weiter – sicher oft unbewusst –, um eine möglichst gute Übergangsquote zu erzielen, wobei niemand die Hauptschule meint.

Hier ein Schlüsselerlebnis: Neulich hielt ich eine Vertretungsstunde in Klasse 4. Auf meine Frage „Wer von euch geht nächstes Jahr ins Gymnasium?“ meldete sich etwa die Hälfte der Schülerinnen und Schüler. „Wer wechselt in die Realschule?“ Daraufhin streckte wieder etwa die Hälfte. „Und wer kommt zu mir in die Hauptschule?“ Erst meldete sich niemand; dann streckten zwei Schüler ganz zögerlich die Hand. Wie es um deren Selbstbewusstsein bestellt war und wie unglücklich sie sich fühlten, konnte ich unschwer an ihren Gesichtern ablesen. Auf mein ungläubiges Staunen hin streckte eine Schülerin, die sich zuvor bei der Realschule gemeldet hatte, und sagte: „Wissen Sie, mein Papa hat gesagt, Hauptschule kommt für uns nicht infrage.“

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist das Problem!)

– So ist es.

Wer die Hauptschule besucht, gilt vielfach als Versager bei seinen Eltern, den Klassenkameraden, der Verwandtschaft, der Nachbarschaft. Wer keine Empfehlung für das Gymnasium oder nicht wenigstens eine Realschulempfehlung nach Hause bringt, hat das Ziel der Grundschule verfehlt. Wenn eine Mutter zur anderen sagt – ich habe diese und ähnliche Äußerungen häufig genug gehört –: „Mein Kind geht bloß in die Hauptschule“, dann spricht das doch Bände. Dann drückt das das ganze Dilemma aus, in dem sich die Hauptschule befindet. In der Übersetzung heißt dies: Mein Kind sollte einen höherwertigen Abschluss erhalten, weil damit auch Karrierechancen verbunden sind. Es soll sich nicht in die Gruppe der Schwächsten einreihen, nicht in der sozialen Unterschicht verkehren.

In der Hauptschule versammeln sich dann viele Frustrierte, froh, die Grundschule hinter sich gelassen zu haben. Die Lehrkräfte sorgen für einen guten Start. Erste Erfolgserlebnisse stellen sich ein. Diese werden verstärkt durch ordentliche bis gute Noten.

Aber schon wieder kommt eine entscheidende Frage: Reicht es jetzt für einen Wechsel in die Realschule? Manchmal gelingt dieser. Das ist gut, Ziel erreicht. Was aber ist mit den anderen? Wieder ein Kratzer in der Kinderseele, wieder ein Versagen. Mit Engagement und Geduld versuchen die Lehrkräfte, ihre Schüler zu motivieren, wengleich sich Frustrationen häufig genug in Lernunwillen und störendes Verhalten umwandeln nach dem Motto: „Ich kann es doch eh nicht.“

Wer allerdings glaubt, die Selektion hätte in der fünften Klasse ein Ende, der irrt. Ich spreche hier nicht über die Hänseleien, die Ausgrenzung von Hauptschülern, sondern ich spreche über weitere Auswirkungen unseres Schulsystems. Nein, Ende der siebten Klasse selektieren wir wieder:

Wer schafft es in den Zusatzunterricht, wer muss in den Förderunterricht? Zusatzunterricht als Voraussetzung für das 10. Schuljahr und, wenn wir ehrlich sind, auch für den Besuch der zweijährigen Berufsfachschule, die zur mittleren Reife führt.

Und schon wieder haben wir einen Rest gebildet: Den Förderunterricht brauche ich zur psychologischen Betreuung der ganz Schwachen, denen nun schon zum wiederholten Male durch unser System deutlich gemacht wurde, dass sie nichts können und nichts wert sind. Den Praxiszug für diese Schülergruppe allein betrachte ich als Verlegenheitslösung, weil man nicht mehr weiß, was man mit dieser Restgruppe anfangen soll. Praxiserfahrungen sind für alle Schüler wichtig.

Eltern und Kinder wenden sich immer mehr von der Hauptschule ab. An der Hauptschule herrscht Fachlehrermangel – kein Wunder, wenn man sich die aktuellen Studierendenzahlen anschaut. Von 2 100 Studienanfängern wählen gerade einmal 300 den Stufenschwerpunkt Hauptschule. Die Studierenden sind also ein Spiegelbild der Gesellschaft. Kaschiert wird die Problematik dadurch, dass das Lehramt ja für Grund- und Hauptschulen ist und damit die Lehrer universell einsetzbar sind.

Ich möchte hier nicht den Unterrichtsausfall thematisieren, nicht die Feststellung, die Ankündigung der Ministerin zu Beginn des Schuljahres entspreche nicht der Realität vor Ort. Nein, Grund- und Hauptschulen haben ein zusätzliches Problem: Hauptschullehrer werden oft in der Grundschule eingesetzt, damit diese verlässlich erscheint, auch wenn Pflichtunterricht in der Hauptschule ausfällt.

Zurück zur Großen Anfrage der SPD. Was ist aus dem EBA geworden, dem erweiterten Bildungsangebot, einst gefeiert als besonderes Profil der Hauptschule? Antwort: Es existiert mangels Lehrerstunden nicht mehr. LIPSA gibt es noch, aber zusätzliche Stunden dafür wird es in Zukunft auch nicht mehr geben. Die Lehrerinnen und Lehrer machen das dann im Rahmen der Kontingentstundentafel. Hinsichtlich Arbeitsgemeinschaften, in denen Schüler ohne Notendruck ihren Interessen nachgehen konnten, herrscht überwiegend Fehlanzeige. Wie sieht es mit Förder- und Stützunterricht aus, wie mit der Förderung ausländischer Jugendlicher? Massiv zusammengestrichen. Der Pflichtunterricht kann gewährleistet werden, heißt es. Fazit: Vom Profil der Hauptschule bleibt nicht mehr viel übrig, obwohl sich gerade diese Schulart aus der Not heraus innovativ zeigt, sofern man sie gewähren lässt.

Wir haben vorgestern der Öffentlichkeit unsere Konzeption präsentiert. Unser Motto lautet: Besser früh investieren als später reparieren. Wenn nahezu jeder fünfte 15-Jährige in Baden-Württemberg nicht oder nur unzureichend lesen kann, dürfen wir die Systemfrage nicht ausklammern. Das sagte auch Andreas Schleicher, PISA-Koordinator der OECD, in der „Zeit“ am 5. Dezember. Wir dürfen die Systemfrage deswegen nicht ausklammern, weil PISA ein niederschmetterndes Ergebnis für Hauptschulen bedeutet. Wie hoch mag wohl der Anteil der 15-Jährigen sein, die Gelesenes nicht verstehen, wenn die Hauptschule alleine ausgewertet werden würde? Wir brauchen deswegen eine Stär-

(Käppeler)

kung der Elementarbildung und der Grundschule mit einer verbindlichen Sprachstandsdiagnose für alle Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen längere gemeinsame Lernzeiten in der Grundschule, genauer gesagt die sechsjährige Grundschule, in der es kein Sitzenbleiben gibt und in der schwache Kinder individuell gefördert werden können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Davon sollten mindestens 20 % Ganztagschulen werden. Wir wollen in Regionalschulen mit einem jeweils eigenen, neuen pädagogischen Profil unter einem Dach Haupt- und Realschulabschluss ermöglichen. In dieser Schule muss Lernen anders organisiert werden als im herkömmlichen Sinne. Zum Beispiel sollen Projekte oder selbstständiges Lernen im Vordergrund stehen. Die Regionalschule dient übrigens der Sicherung von wohnortnahen Schulstandorten auch bei zurückgehenden Schülerzahlen, auch in ländlichen Gebieten. Der Prüfauftrag, Klassen zusammenzulegen oder Standorte zu schließen, stammt nicht von der SPD, sondern von der Kultusministerin.

(Abg. Moser SPD: Oi!)

Wir wollen eine weiter gehende Autonomie für die Schulen im Rahmen der Gesetze, bei der Schulträger, Eltern und Schule selbst das Profil bestimmen können. Dazu braucht es motivierte Lehrer. Diese bekommt man nicht mit drohenden Deputatserhöhungen und dem Aufbürden von immer mehr und neuen Aufgaben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

Abg. Käppeler SPD: Gerne, Herr Kollege Röhm.

(Abg. Capezzuto SPD: Ob Sie das verstehen? – Gegenruf des Abg. Scheuermann CDU: Wenn Sie es verstehen, verstehen wir es auch! – Weiterer Gegenruf von der CDU: Vielleicht besser als du, Mario!)

Abg. Röhm CDU: Herr Kollege Käppeler, ich habe Ihren Vorschlag zur Einrichtung von Regionalschulen mit großem Interesse gelesen. Jetzt steht der Vorwurf an die Frau Ministerin im Raum, sie wolle Hauptschulen schließen. Können Sie bitte einmal modellhaft darlegen, welche Standorte Sie in unserem gemeinsamen Wahlkreis mit dem Kollegen Glück für eine Regionalschule aussuchen würden,

(Zuruf von der SPD: Alle!)

damit ich es besser verstehen kann?

Abg. Käppeler SPD: Eine Regionalschule könnte an allen unseren Standorten eingerichtet werden, das heißt, Realschüler und Hauptschüler würden dann zusammen an der beispielsweise jetzt bestehenden Hauptschule unterrichtet.

Die großen Realschulen würden Schüler verlieren; das macht aber nichts, wenn diese vier- und fünfzünftig sind. Die kleinen Schulen würden wir einklassig erhalten können, aber mit mehr Schülern als im Moment.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Also!
– Abg. Wacker CDU: So altbacken ist das!)

Zum Schluss: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die SPD will ein modernes Schulsystem, in dem Kinder bestmöglich gefördert und nicht demotiviert werden. Unsere Konzeption wurde in den vergangenen Tagen – abgesehen von Ihrer notorischen Ablehnung – sehr begrüßt. Nicht nur die Lehrerverbände GEW und VBE äußerten sich positiv, selbst der Baden-Württembergische Handwerkstag hat gestern unser Konzept gelobt.

Ich danke.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Seimetz.

Abg. Seimetz CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass die SPD-Fraktion durch ihre Große Anfrage die Hauptschule wieder einmal zum Thema macht. Die Verbesserung der Situation an den Hauptschulen ist mir ganz persönlich, aber auch unserer ganzen Fraktion ein besonderes Anliegen.

Ich möchte daher zu Beginn gleich einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kultusministeriums und der Ministerin für die ausführliche Antwort auf die Große Anfrage und den guten Überblick über die Situation der Hauptschulen danken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

In der Begründung Ihrer Großen Anfrage schreiben Sie:

Die Grundlageninformationen sind erforderlich für eine geplante Initiative der SPD-Landtagsfraktion zur Verbesserung der künftigen Situation der Hauptschulen in Baden-Württemberg.

Das ist die Begründung für Ihre Anfrage. Das klingt aber fast wie ein Witz: Ihre angekündigte Initiative zur Verbesserung der Situation der Hauptschulen sieht nämlich so aus, dass Sie die Hauptschule abschaffen wollen.

(Zurufe von der SPD: Aber nicht ersatzlos!)

– Sie wollen die Hauptschule abschaffen.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber nicht ersatzlos!)

– Das ist ja egal. Sie wollen die Hauptschule abschaffen, Sie wollen weg von dem dreigliedrigen System, das wir haben. Okay.

(Abg. Wacker CDU: Richtig! – Abg. Röhm CDU: So ist es! – Zurufe von der SPD)

Der von mir sehr geschätzte Kollege Drexler

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

(Seimetz)

hat am 21. Januar, also vor zwei Tagen, erklärt, er möchte nun lieber Regionalschulen – ein erstaunlicher Sinneswandel, sage ich. Meines Erachtens bietet die Antwort auf die Große Anfrage überhaupt keine Veranlassung dazu. Deshalb frage ich Sie allen Ernstes, ob Sie die Antwort auf Ihre eigene Anfrage überhaupt gelesen haben.

(Abg. Fischer SPD: Aber jetzt, Kollege Seimetz! –
Zuruf des Abg. Göschel SPD)

– Herr Fischer, Sie haben das mit Sicherheit gelesen, aber Sie sind nicht der schulpolitische Sprecher Ihrer Fraktion.

In einer anderen Pressekonferenz – die liegt nun fast ein Jahr zurück – hat Ihre Landesvorsitzende noch gefordert, im Kultusministerium ein eigenes Referat für Hauptschulen einzurichten,

(Abg. Wacker CDU: Hört, hört!)

damit deren Gleichwertigkeit mit den anderen Schularten deutlich wird.

(Abg. Wacker CDU: Hört, hört!)

Dafür habe ich persönlich ganz große Sympathie.

(Abg. Wintruff SPD: Ihr habt es doch nicht gemacht! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Der Mario versteht nichts davon, der Wintruff soll mal hinhören.

(Abg. Capezzuto SPD: Ich verstehe etwas davon!
Ich war 22 Jahre in der Hauptschule! – Lachen des
Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich sagte gerade: Ich persönlich habe für diesen Vorschlag große Sympathie.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte deutlich machen: Die CDU-Fraktion steht zu unserem dreigliedrigen Schulsystem.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist für uns kein Dogma, aber wir werden es erst dann ändern, wenn wir sicher sind, eine bessere Alternative zu haben, und das ist bisher nicht der Fall.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Sie verweisen jetzt auf die PISA-Studie, aber das hilft Ihnen nichts. Der Leiter des PISA-Konsortiums, Herr Professor Dr. Baumert, hat mehrfach öffentlich erklärt, dass die Ergebnisse der PISA-Studie für Strukturdebatten untauglich seien.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe den leisen Verdacht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass Sie sehr tief in die bildungspolitische Mottenkiste gegriffen haben und fröhlich frühere Forderungen nach einer Gesamtschule in neuem Gewand hervorzaubern.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Gaßmann SPD:
Dann greift auch der Handwerkstag in die Mottenkiste? Was macht der Handwerkstag? – Weitere
Zurufe von der SPD)

– Der Handwerkstag stimmt uns überall da zu, wo es um die Sache geht, und in der Strukturdiskussion versagt er, da spricht er von etwas, was er nicht versteht.

(Abg. Wintruff SPD: Das werden wir denen weiter-
sagen!)

Die Hauptschule, meine Damen und Herren, ist in Baden-Württemberg kein Auslaufmodell.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Doch!)

Sie ist vielmehr vor allem durch das Reformprogramm IMPULSE Hauptschule zu einem ständigen Impulsgeber und Motor für die Entwicklung unseres gesamten Schulwesens geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Viele in der Großen Anfrage genannte Punkte machen dies deutlich. Themenorientierte Projektprüfungen, Praxiszug Hauptschule – in diesem Schuljahr, Herr Kollege Käppler, gibt es 269 Praxiszüge an den Hauptschulen –, die erfolgreiche Kooperation mit dem Berufsvorbereitungsjahr, eine hervorragende Computerausstattung mit einem PC-Schüler-Verhältnis von 1 : 7 – das ist gut –, die Vorreiterrolle bei der Erarbeitung von pädagogischen Konzepten für die Ganztagschulen – ich sage das –, die überaus erfolgreiche Werkrealschule, die vieles von dem beinhaltet, Herr Käppler, was Sie vorhin angeprangert haben, nenne ich, um nur einige Punkte darzustellen.

(Abg. Röhm CDU: So ist es! – Unruhe – Glocke
der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe im Saal bitten.

Abg. Seimetz CDU: Innovative Hauptschulen haben das vom Kultusministerium verliehene Prädikat „Bildungswerkstatt“ erhalten. Auch das dient der Stärkung der Hauptschule, auch das dient dem Selbstbewusstsein der Hauptschüler.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Seimetz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

Abg. Seimetz CDU: Aber immer.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Kollege, ich bitte Sie um Aufklärung. Wenn alle positiven Initiativen so auf den Weg gekommen sind, wie Sie es eben beschrieben haben, dann erklären Sie mir doch einmal den Widerspruch, den die Eltern damit ausdrücken, dass immer weniger Kinder auf die Hauptschule gehen, dass der gesamte Zugang zur Hauptschule kontinuierlich zurückgeht und dass es in der Gesell-

(Wintruff)

schaft mit dem Ansehen der Hauptschule wirklich so bestellt ist, wie es Herr Kollege Käppeler ausführlich und zu Recht beschrieben hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD:
Obwohl die Lehrer gute Arbeit leisten!)

Abg. Seimetz CDU: Lieber Herr Kollege Wintruff, das ist ein Problem unserer Gesellschaft. Das Sozialprestige, das die Eltern an den Tag legen, wird auf dem Rücken ihrer Kinder ausgetragen. Eltern machen heute häufig durch falsche Schulwahl ihre Kinder unglücklich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Was tun Sie dagegen?)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns den Herausforderungen stellen, von denen ich im Folgenden einige kurz umreißen möchte.

Wir müssen die Attraktivität des Hauptschullehrerberufs stärken.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Zurufe von der SPD: Wie?)

Wir müssen in Zukunft – –

(Abg. Wintruff SPD: Wer regiert denn eigentlich?)

Ein Problem der Hauptschule besteht darin, dass Sie sie dauernd schlechtreden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wacker CDU: So ist es!)

Wir müssen in Zukunft noch mehr dafür tun, dass sich mehr Studierende an den PHs wieder für den Hauptschullehrerberuf entscheiden.

(Abg. Wintruff SPD: Wie?)

Ein erster Schritt dazu ist die Reform der Prüfungsordnung. Und nochmals: Kontraproduktiv bei der Lehrerwerbung ist Ihr ständiges Schlechtreden der Hauptschule und der Hauptschüler.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das haben Sie vorhin getan, Herr Käppeler, das tut Herr Wintruff, und das tun andere am laufenden Meter.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich werde das nachher auch noch tun!)

– Das denke ich mir.

Meines Erachtens muss auch im besoldungsrechtlichen Bereich einiges geschehen.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Um hier aber größere Spielräume zu schaffen, ist ein Konsens auf Bundesebene notwendig.

(Abg. Wintruff SPD: Das war doch schon vor einem Jahr Ihre Rede! Jetzt sind wir doch schon viel weiter!)

– Das, was ich vor einem Jahr gesagt habe, stimmt leider immer noch.

(Abg. Wintruff SPD: Ach wo!)

Die Unterrichtsversorgung ist nicht in allen Fächern gleich gut, aber der neue Organisationserlass und ein immer flexibleres Einstellungsverfahren helfen den Schulen vor Ort, auf Engpässe besser und schneller reagieren zu können.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Progressiver Stillstand!)

Schulen haben vor allem im ländlichen Raum eine herausragende Bedeutung. Sie stellen oft den Mittelpunkt der Gemeinde dar. Aber vor der demographischen Entwicklung, die vor allem auch im ländlichen Bereich zu immer kleineren Hauptschulen führt, können wir die Augen nicht verschließen. Das muss aber nicht unbedingt zu Schulschließungen führen. Wir streben hier intelligente Lösungen an, zum Beispiel Kooperationen vor Ort, um Schließungen so weit wie möglich zu vermeiden.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Eine Schulstrukturdebatte, wie Sie sie jetzt beginnen, halte ich allerdings für völlig überflüssig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich habe schon erwähnt, was der Leiter des PISA-Konsortiums, Professor Baumert, von Strukturdebatten in diesem Zusammenhang hält. Außerdem, meine Damen und Herren: Länder mit integrativen Systemen differenzieren in der Regel leistungsmäßig durch Kurse oder auf andere Art und Weise.

(Abg. Wacker CDU: Verschleiern das Problem!)

PISA belegt, dass gerade die Gesamtschule in Deutschland kaum besser ist als die Hauptschule.

(Abg. Wacker CDU: Gar nicht!)

Baden-Württemberg hat bei PISA im Bundesvergleich insbesondere wegen der guten Ergebnisse an Haupt- und Realschulen hervorragend abgeschnitten.

Auch Ihrer Forderung nach einer sechsjährigen Grundschule werden wir nicht folgen, solange nicht erwiesen ist, dass sie tatsächlich die bessere Alternative darstellt.

(Zurufe von der SPD)

Lieber Herr Wintruff, frühere Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin haben Schülern aus sechsjährigen Grundschulen im Vergleich zu Absolventen der vierjährigen Grundschule erhebliche Leistungsdefizite in den nachfolgenden Klassen der weiterführenden Schularten bescheinigt.

(Abg. Wintruff SPD: Es geht auch um die Schlüsselqualifikationen!)

Auch Ihre Bezugnahme auf das finnische System steht auf sehr wackligen Beinen. In Finnland herrschen völlig andere Rahmenbedingungen als in Deutschland.

(Zurufe von der SPD)

(Seimetz)

40 % der finnischen Schulen haben weniger als 50 Schüler, 60 % nicht mehr als sieben Lehrkräfte. Das zeigt: In Finnland besteht ein ganz anderes System, als wir es haben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die schaffen es trotzdem! Die erzielen trotzdem so gute Ergebnisse!)

Außerdem täuscht natürlich die leistungsmäßige Homogenität des finnischen Schulsystems. Jede Schule hat dort ihr eigenes Schulprofil.

(Abg. Schmiedel SPD: Und Frankreich?)

Es gibt zwischen den einzelnen Schulen leistungsmäßig zum Teil erhebliche Unterschiede, die von der Hauptschule bis hin zum Gymnasium reichen.

Es ist zu vermuten, dass Finnland sein gutes Abschneiden weniger seinem integrativen System als vielmehr besonderen soziokulturellen Bedingungen wie einer langen Lesetradition, dem Fehlen von Synchronisatoren im Fernsehen, einer geringen Ausländerquote von unter 2 % und einer sozial sehr homogenen Bevölkerungsstruktur zu verdanken hat.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Reiner Zufall!)

Ich freue mich darauf, dass wir mit dem Schulausschuss im Mai dieses Jahres das finnische Schulsystem sehr genau kennen lernen werden. Darauf freue ich mich wirklich.

(Abg. Zeller SPD: Da kannst du noch etwas lernen! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die Vorstellungen der SPD sind für meine Begriffe ein Schnellschuss.

(Abg. Wacker CDU: Alte Kamellen!)

Es ist nicht erwiesen, dass die sicherlich notwendige individuelle, begabungsgerechte Förderung von Schülerinnen und Schülern mit entsprechenden Unterstützungen in integrativen Systemen besser funktioniert als in mehrgliedrigen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Göschel SPD: Und die Erde ist eine Scheibe!)

Bevor man zu solchen Aussagen kommt, sollte man zunächst den noch ausstehenden länderspezifischen Detailbericht im Rahmen der PISA-Studie abwarten.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wie viele Details denn noch?)

Aber pikanterweise wird dieser nicht vor dem 2. Februar – an diesem Tag findet ja irgendetwas statt – veröffentlicht.

(Abg. Wacker CDU: Merkwürdig!)

Ich fordere Sie auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit uns weiter an der inhaltlichen Verbesserung der Hauptschule mitzuwirken und unproduktive Strukturdiskussionen zu unterlassen.

Ich möchte mit einem Zitat des bereits erwähnten Professors Baumert schließen:

Kennzeichnend für Baden-Württemberg sind zwei Merkmale:

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

eine moderne, praktisch orientierte Hauptschule und eine große Zahl beruflicher Gymnasien, die kluge und erfolgreiche Realschüler aufnehmen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Und eine schlechte Opposition!)

Damit erreicht das Land einen hohen Leistungsstand, relativ „kleine“ Risikogruppen und zugleich Abiturientenquoten wie Nordrhein-Westfalen. Baden-Württemberg ist das modernste Land der Bundesrepublik.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Meine Damen und Herren! Es ist immer wieder wichtig, eine solche Anfrage, wie sie die SPD gestellt hat, auf den Weg zu bringen, um aktuelle Zahlen und Fakten über Zustände in unseren Schulen, aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu erhalten. Es ist wirklich eine Fleißarbeit gewesen, wie Herr Seimetz bereits gesagt hat, die das Kultusministerium und die ihm nachgeordneten Stellen hier geleistet haben. Dafür ist zu danken.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den vielseitig engagierten Grund- und Hauptschullehrern danken,

(Abg. Zeller SPD zur FDP/DVP: Jetzt klatscht bitte! – Beifall bei der FDP/DVP)

die wir gerade im ländlichen Raum haben. Die Hauptschule ist bei uns keine Restschule, sondern eine ganz wichtige Ausbildungseinrichtung.

(Abg. Wintruff SPD: Als Dank dürfen sie eine Stunde mehr unterrichten!)

Hierbei ist zu beachten, dass die entsprechenden Fertigkeiten den schwächeren und den stärkeren Schülern in der Hauptschule gleichermaßen nahe gebracht werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gott sei Dank dürfen sie eine Stunde länger unterrichten! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Eines ist auf jeden Fall sicher: Wenn ich heute das Schulsystem in Bremen anschau, dann sehe ich: In Bremen gibt man das meiste Geld aus. Man hat dort auch die meisten Abiturienten. Diese sind allerdings zum großen Teil überhaupt nicht studierfähig.

(Beate Fauser)

(Abg. Zeller SPD: Woher wissen Sie das? – Abg. Wintruff SPD: Haben Sie schon einmal einen Bremer Studenten gesehen? – Abg. Gaßmann SPD: Die verwechseln das mit den Stadtmusikanten!)

Hier in Baden-Württemberg kann man sagen, wenn es um das Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler geht: Es gibt heute an den Gymnasien leider sehr viele Kinder, die mit Medikamenten behandelt werden und deren Selbstwertgefühl in vielen Bereichen keineswegs positiv ist.

(Abg. Zeller SPD: Das ist in Bremen so!)

Man muss ganz klar dazusagen: Diese Kinder würden in vielen Fällen in der Realschule und möglicherweise auch in der Hauptschule sehr viel individueller und besser gefördert. Der Zwang der Eltern, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken, ist ein gefährlicher Irrweg. Dagegen sollten wir gesellschaftlich angehen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Die Rede muss man verschicken! Die spricht für sich! Wer hat das geschrieben?)

Meine Damen und Herren, die vergleichenden Schulleistungsuntersuchungen von PISA – Herr Seimetz hat es gerade angesprochen – haben für die baden-württembergischen Schulen im innerdeutschen Vergleich zu einem ausgezeichneten Ergebnis geführt. Das kann man überhaupt nicht bestreiten. Auch im internationalen Vergleich schneiden unsere Schulen insgesamt respektabel ab. Da der PISA-Untersuchung keine direkte Aussage zu Qualität und Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Hauptschulen zu entnehmen ist, kann man auf die Ergänzungsstudie PISA E verweisen. Darin wird klar, dass die Gymnasien im Abschneiden bei der Lesekompetenz auf Rang 3 und bei mathematischer Grundbildung zum Teil nur auf Platz 4 gekommen sind. Insofern kann man sagen: Nur dadurch, dass die Hauptschulen und die Realschulen besser abgeschnitten haben als teilweise die Gymnasien, kamen wir auf diesen guten Platz.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Die waren relativ besser, das stimmt! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Abg. Schmiedel SPD: Das ist der falsche Zettel! – Abg. Wintruff SPD: Welche Rede hält die eigentlich?)

In diesem Zusammenhang will ich den Blick auf die weiteren PISA-Befunde lenken. Wir können für Baden-Württemberg sagen, dass Herkunft und Bildungsbeteiligung in Baden-Württemberg am besten voneinander entkoppelt sind. Der Besuch von Haupt- und Realschulen auf der einen Seite und Gymnasien auf der anderen Seite ist in Baden-Württemberg im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am wenigsten von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler abhängig. Meine Damen und Herren, ich finde es hervorragend, dass hier wirklich individuell nach Begabung gefördert wird.

(Abg. Zeller SPD: Was?)

Wenn das so ist – PISA belegt das –, dann bestätigt dies die Qualität und Sachangemessenheit des baden-württembergischen Verfahrens für den Übergang von der Grundschule

auf die weiterführenden Schulen. Die oft geschmähte baden-württembergische Grundschulempfehlung führt zu einer sach- und sozial gerechteren Verteilung auf die weiterführenden Schulen als andere Verfahren in anderen Bundesländern.

(Abg. Zeller SPD: Welche meinen Sie, Frau Fauser?)

– Zum Beispiel Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Zeller SPD: Welche Verfahren? Welche meinen Sie? Welche anderen Verfahren? – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Bring sie nicht durcheinander!)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und ihrer Beantwortung durch die Landesregierung will ich folgende Aspekte ergänzen: Der Besuch der Hauptschule ist in Baden-Württemberg längst alles andere als eine Sackgasse.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Die in Baden-Württemberg geschaffene Möglichkeit, an der Hauptschule einen mittleren Abschluss und in der Folge auch eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben, steigert die Attraktivität und wird immer mehr wahrgenommen. Die Daten für den Übergang aus der Klassenstufe 9 der Hauptschule belegen, dass hiervon in erheblichem Umfang Gebrauch gemacht wird. Qualität und Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Hauptschulen sind in den zurückliegenden Jahren durch eine Vielzahl von Maßnahmen weiter gesteigert worden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Seimetz hat bereits das Reformkonzept IMPULSE Hauptschule angesprochen. Diese Maßnahmen sind vor allem in den letzten vier Jahren mit hervorragenden Erfolgen fortgeführt worden. Die Große Anfrage der SPD zeigt die einzelnen Bereiche auf wie den Praxiszug der Hauptschule oder die Projektprüfung. Diese wurden im Einzelnen herausgegriffen.

Die soeben genannten Maßnahmen gehören zum IMPULSE-Projekt „Guter Start in der Hauptschule“.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was für ein Projekt?)

bei dem es vor allem um schwache und benachteiligte Schülerinnen und Schüler geht. Wir haben in manchen Hauptschulen acht verschiedene Nationalitäten. Es ist also wichtig, hier ganz zielgerichtet vorzugehen.

Das Reformkonzept IMPULSE Hauptschule hat folgende Ziele:

(Abg. Capezzuto SPD: Doppelpunkt! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das wissen wir aber! Wir können selber lesen!)

stärkere pädagogische Ausrichtung der Eingangsstufe, Stabilisierung der Schülerpersönlichkeit, Steigerung der individuellen Leistungsfähigkeit, Sicherung der Grundkenntnisse in den Kulturfertigkeiten. Dazu wurden folgende Maßnah-

(Beate Fauser)

men ergriffen: Stärkung des Klassenlehrerprinzips, Flexibilisierung der Stundentafel, Flexibilisierung der Verweildauer in der Eingangsstufe, stufenübergreifender Einsatz der GHS-Lehrkräfte.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Fauser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Nein.

(Lachen bei der SPD)

Weiter: lern-, interessen- und persönlichkeitsbildende Angebote, Stärkung und Stabilisierung des Selbstwertgefühls der Schülerinnen und Schüler.

Meine Damen und Herren, gerade die Stabilisierung des Selbstwertgefühls der Schüler ist in einem zukünftig noch härteren Markt und Wirtschaftsleben von sehr großer Bedeutung. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, dass diese Maßnahmen fortgeführt und in einem größeren Umfang auch mit Stunden unterlegt werden. Das ist zurzeit ein Problem; das ist gar keine Frage. Die Kassen sind leer. Es ist erfreulich, dass wir hier in den letzten Jahren die gesamten Stelleneinsparungen, die wir beschlossen haben, auf die Schulen umschichten konnten, sodass wir aufgrund dieser Stelleneinsparungen Lehrerstellen schaffen konnten. Darauf kann die Landesregierung wirklich außerordentlich stolz sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist schade, dass die Stütz- und Förderkurse, vor allem aber die Sprachförderung für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund heruntergefahren wurden. Es ist unabdingbar notwendig, dass die sprachliche Förderung nicht erst in der Grundschule beginnt, sondern dass bereits im Vorfeld gefördert wird.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Fauser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Capezzuto?

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Nein.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie sind doch kompetent!)

Es ist auch in Zukunft wichtig, dass die Kommunen diese Vorstellungen weitertragen, weil hier große Probleme bestehen. Ich denke, dass die finnischen Ergebnisse bei der Lesekompetenz maßgeblich damit zusammenhängen, dass die Kinder Filme sehen, die nicht synchronisiert, sondern mit Untertiteln versehen sind. Die Kinder müssen lesen. Das werden wir hier wohl nicht einführen können; sonst würde ich sofort dafür stimmen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir müssen in Zukunft die Attraktivität des Lehramts an der Hauptschule wieder steigern.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wie wollen Sie das machen?)

Es ist offensichtlich, dass wir hier Probleme haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten. Der Stenografische Dienst kann sonst den Ausführungen nicht mehr folgen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Und wir können nichts verstehen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie kann doch die Rede zu Protokoll geben! Die Rede ist ja schon geschrieben!)

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Nach unserer Überzeugung muss hierzu vor allem die Schaffung eines Beförderungsamts gehören.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Der weitere Ausbau von Ganztagschulen, vor allem im Bereich der Hauptschule, hat unsere Unterstützung. Wir haben dies bereits vor PISA und erst recht vor dem im Einzelnen noch immer nicht recht klaren Förderangebot des Bundes gefordert. Der Bund möchte ja hier massiv etwas tun. Wir sind gespannt, wie viele Gelder für die Ganztagschule bei uns in Baden-Württemberg ankommen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Selbstverständlich – das ist erfreulich – sind bereits in den letzten Jahren in Brennpunkten massiv Ganztagschulen eingeführt worden. Zu der in der Antwort auf die Große Anfrage genannten Zahl sind inzwischen weitere 40 Ganztagschulen hinzugekommen. Die Ausstattung ist nicht zu bemängeln. Das hat Herr Seimetz ganz klar gesagt. Auch im Verhältnis zu den anderen Bundesländern sind trotz mancher Schwierigkeiten die Ausstattungen an den Hauptschulen gut.

Ich finde – das möchte ich am Ende noch erwähnen –, dass hier im Land eine kreative Schulpolitik verfolgt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP– Zurufe von der SPD: Oi! – Weitere Zurufe von der SPD)

Zum Beispiel wurde mit dem Ingolfinger Modellprojekt eine Schule geschaffen, die anscheinend nicht nur für die Schüler interessant ist, sondern auch den Lehrern Spaß macht. Diese Schule hat das Prädikat „Bildungswerkstatt Baden-Württemberg“ erhalten. Ich hoffe, dass sich da noch viele andere Schulen anschließen werden.

Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Pauli CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

(Unruhe)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Frau Kultusministerin, ich muss anerkennen: Sie haben in den letzten Jahren – ich kann fast sagen Jahrzehnten – keinen Versuch ausgelassen, die Akzeptanz der Hauptschule zu fördern und die Hauptschule zu retten.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP/DVP)

Sie haben – um nur einige Beispiele zu nennen – die Werkrealschule eingeführt mit dem Modell „9 plus 1“, jetzt „7 plus 3“, Sie haben ein Konzept IMPULSE Hauptschule entwickelt,

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut ist das!)

und Sie haben den „Praxiszug Hauptschule“ eingeführt.

(Abg. Seimetz CDU: Hervorragend ist das!)

Aber – Sie vermuten, dass dieses „aber“ kommt – das hat nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Die Übergangszahlen an Realschulen und Gymnasien sind kontinuierlich gestiegen. In vielen Städten entwickelt sich das Gymnasium zur heimlichen Gesamtschule, die Hauptschule zur Restschule. Das heißt, wir haben grundsätzliche Probleme.

Herr Seimetz, es geht überhaupt nicht darum, die Hauptschule schlechtzureden,

(Abg. Seimetz CDU: Das tun Sie! Sie schaden dem Ansehen der Hauptschule!)

sondern Politik beginnt mit dem Erkennen der Wirklichkeit. Wenn wir die Wirklichkeit wahrnehmen, müssen wir auch schauen, welche bildungspolitischen Konsequenzen wir daraus ziehen müssen.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch und Oelmayer GRÜNE)

Ich will einige grundsätzliche Probleme der Hauptschule benennen.

Erstens: Niemand wählt freiwillig, bewusst die Hauptschule. Beim Übergang in die Hauptschule handelt es sich vielmehr in aller Regel um eine Zwangsentscheidung. Das, sagt der Baden-Württembergische Handwerkstag, wirkt sich negativ auf die Motivation der Schüler und Schülerinnen aus.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Recht hat er, der Handwerkstag!)

Alle – auch in diesem Hause –, die so vehement für den Erhalt der Hauptschule streiten, sind entrüstet, wenn man vorschlägt, dass sie ihre eigenen Kinder dort hinschicken sollen. Jeder, der sich vehement für die Hauptschule engagiert, sagt immer, das Gymnasium sei für die begabten Kinder, für die leistungsfähigen Kinder und selbstverständlich für die eigenen Kinder, die Hauptschule sei für die anderen. Auch das trägt nicht dazu bei, die Akzeptanz der Hauptschule zu fördern.

(Abg. Zimmermann CDU: Warum gehen Sie nicht zur Hauptschule?)

Zweitens: Niemand mehr will Hauptschullehrer werden. Der Hauptschullehrer und die Hauptschullehrerin sind eine aussterbende Art und gehören schon längst auf die rote Liste gesetzt.

(Abg. Zimmermann CDU: Sagen Sie, warum! –
Gegenruf von der SPD: Sagt sie doch gerade! –
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zuhören!)

An der PH studieren sechsmal so viele Lehramtsstudierende das Lehramt Grundschule und dreimal so viele das Lehramt Realschule. Mit Engelszungen versuchen die Hochschullehrer und -lehrerinnen, die Studierenden in den Hauptschulstudiengang zu drängen. Die Hochschullehrer sagen, die Studierenden seien beratungsresistent.

Kein Wunder! Denn ich muss Ihnen den Vorwurf machen: In dieser Hinsicht haben Sie in der Tat versagt. Denn Hauptschullehrkräfte haben die kürzeste Ausbildungsdauer und das geringste Gehalt aller Lehrkräfte und müssen höchsten Erwartungen genügen. Sie müssen alle Fächer unterrichten können sowie interkulturelle und sozialpädagogische Fähigkeiten besitzen. Die Hauptschulen müssen am engsten mit außerschulischen Einrichtungen kooperieren. Hier haben Sie versagt bei der Aufgabe, den Hauptschullehrkräften zumindest eine ordentliche Ausbildungszeit, ein ordentliches Gehalt und eine ordentliche Arbeitszeit zu geben.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Viertens: Die Bildungschancen sind höchst unterschiedlich. Die Übergangquoten in die Hauptschule auf dem Land und in der Stadt sind extrem unterschiedlich. Wenn man in Waldshut-Tiengen lebt, ist die Wahrscheinlichkeit, in eine Hauptschule zu gehen, zweimal so hoch wie beispielsweise in Heidelberg.

Es gibt aber nicht nur ein Stadt-Land-Gefälle, sondern es gibt auch innerhalb einer Stadt ein Gefälle. Wir haben in Karlsruhe 30 Grundschulen. Zwei Beispiele möchte ich nennen. Wir haben eine Grundschule mit einer Übergangquote auf die Hauptschule von 0 %, zur Realschule von 20 % und zum Gymnasium von 80 %. Wir haben eine Grundschule, bei der die Übergangquote aufs Gymnasium sogar bei 85 % liegt. Wir haben aber auch Grundschulen mit einer Übergangquote von 62 % auf die Hauptschule, von 25,5 % auf die Realschule und 12,5 % aufs Gymnasium.

Womit hängt das zusammen? Das hängt natürlich mit dem sozialen Umfeld der Grundschule zusammen. Wenn es ein bildungsbürgerliches Umfeld ist, dann haben wir Übergangquoten aufs Gymnasium von 80 bis 90 %, ist es hingegen eine Grundschule mit hohem Migrantenanteil, mit Eltern, die selbst bildungsarm sind, dann haben wir riesige Übergangquoten auf die Hauptschule. Das heißt, entscheidend für die Schule, in die die Kinder nach der vierten Klasse gehen, ist – und das ist der wichtigste Grund, weshalb wir etwas tun müssen – nach wie vor die soziale Herkunft. Die frühe Selektion verstärkt dies, weil die Leistungen der Kinder in dieser geringen Zeit nicht auf ein Niveau gebracht werden können, das bessere Chancen bietet.

(Renate Rastätter)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Zeller SPD: Das hat Herr Baumert auch bestätigt! – Gegenruf von der SPD: Dazu hat Herr Seimetz nichts gesagt!)

Frau Schavan, natürlich stimme ich mit Ihnen überein, dass wir ein sehr gutes berufliches Schulwesen haben und dass es in Baden-Württemberg, was die vertikale Durchlässigkeit anbelangt, gute Möglichkeiten gibt. Aber den Druck auf die Grundschulen, die Ängste bei Kindern, die psychischen Probleme, die Kinder haben,

(Abg. Seimetz CDU: Wenn die Eltern nur solche Dinge hören wie von Ihnen, kann es auch gar nicht anders sein!)

die Misserfolgsenerlebnisse, die sie in der Grundschule haben, können Sie auch mit einem noch so gut ausgebauten, durchlässigen beruflichen Schulwesen nicht beseitigen.

Ich komme zu meiner Konsequenz: Die frühe Auslese nach der vierten Klasse erfolgt zu früh, und die grundlegenden Probleme des Bildungswesens lassen sich damit nicht lösen.

Warum halten Sie aber so vehement und hartnäckig an dem gegliederten, an dem frühselektiven Bildungswesen fest? Es sind rein ideologische Gründe – rein ideologische Gründe! –, und ich kritisiere das Menschenbild, das dahinter steckt.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Es ist ein Menschenbild, das vorgibt, dass Kinder in drei unterschiedliche Begabungstypen sortiert werden können. Meine Damen und Herren, das ist ein völlig veraltetes Menschenbild. Das ist ein Menschenbild aus der Zeit des Frühkapitalismus, aus der Klassengesellschaft, in der Kinder nach so genannten Begabungstypen sortiert wurden, nämlich nach ihrer späteren Verwertbarkeit in der Arbeitswelt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Seimetz: Das ist eine Klassenkampfrede! Das ist der bildungspolitische Klassenkampf, den Frau Rastätter ausruft!)

Das ist genau der Hintergrund dieses selektiven Bildungswesens.

Wenn wir uns umschauen und alle anderen europäischen Staaten anschauen, stellen wir fest: Nirgendwo gibt es ein solches selektives Bildungswesen, das bereits nach vier Grundschuljahren selektiert, mit Ausnahme von Österreich, aber die Österreicher haben im Prinzip Hauptschulen mit Profilen – immer wieder wird das Musikprofil der Hauptschule genannt – und im Grunde eine Zweigliedrigkeit. Aber ansonsten sind es überall mindestens sechs Jahre, die Regel sind neun Jahre. Wenn Sie sich anschauen, was der Baden-Württembergische Handwerkstag fordert, stellen Sie fest, dass er nicht lediglich eine Verlängerung der Grundschulzeit fordert, sondern dass er dafür plädiert, die Selektion von Kindern grundsätzlich zu überwinden und zu einem modernen Bildungswesen zu kommen, wie es in Finnland, in Schweden und in allen anderen skandinavischen Ländern besteht.

Natürlich freue ich mich sehr, wenn Sie, Herr Seimetz, sagen, dass Sie sich auf Finnland freuen

(Abg. Seimetz CDU: Sie doch auch! Oder nicht?)

und dass wir dort ein Bildungswesen kennen lernen, in dem die Schülerinnen und Schüler neun Jahre lang gemeinsam die Schule besuchen. Aber ich befürchte fast, dass es nicht viel hilft, wenn wir dort sind; denn ich war gerade in Schweden und habe mir das schwedische Bildungswesen angeschaut und habe, oh Wunder, als ich dort war, immer wieder festgestellt: Ich bin überall auf den Spuren unseres Staatssekretärs Rau gewandelt. Herr Rau war auch in der Futurum-Schule in Stockholm, wo es kein gegliedertes Bildungswesen und nicht einmal mehr Klassenverbände gibt. Die Kinder lernen dort jahrgangsübergreifend neun Jahre lang zusammen – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Rastätter gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich möchte gerade noch meinen Satz zu Ende führen. Die Kinder lernen neun Jahre lang zusammen auf unterschiedlichen Niveaus. Da lernt der zwölfjährige begabte Mathematikschüler zusammen mit dem 18-jährigen Schüler.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Herr Rau war total beeindruckt. Er kam zurück aus Schweden, und was hat er als Erstes gesagt? „Das baden-württembergische gegliederte Bildungswesen hat sich bewährt.“ Deshalb sage ich: Es sind ideologische Gründe, die dahinter stehen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Gestatten Sie nun die Zwischenfrage des Herrn Abg. Seimetz?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Am Schluss gerne, Herr Seimetz.

(Abg. Alfred Haas CDU: Dann ist es keine Zwischenfrage mehr! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Dann ist es eine Schlussfrage!)

Für uns Grüne heißt das: Wir sind selbstverständlich dafür, dass man alle Schritte unternimmt, um die Situation zu verbessern. Deshalb sind wir, das haben wir auch schon in der Vergangenheit gesagt, für eine sechsjährige Grundschule als ersten Schritt.

Wir sind auch dafür, dass in der Grundschule keine Noten gegeben, sondern Lernberichte erstellt werden, die den Kindern ermutigende, stärkende Leistungsrückmeldungen geben. Das bedeutet keinen Verzicht darauf, dass Kinder lernen, sich selbst im Kontext der anderen zu bewerten. In Schweden, in Finnland lernt man schon im Kindergarten, sich selbst einzuschätzen und zu bewerten und Verantwortung für die eigenen Lernleistungen zu übernehmen.

Selbstverständlich sind wir auch dafür, dass wir regionale Schulen bekommen. Wir werden kleine Hauptschulen, die

(Renate Rastätter)

Klassenstärken von weniger als 16 Schülern haben, nicht halten können. Hier brauchen wir leistungsfähige pädagogische Einheiten. Wenn wir sie sowieso brauchen, macht es auch Sinn, sie integrativ auszugestalten und allen Kindern die Möglichkeit zu geben, einen mittleren Bildungsabschluss zu erzielen.

Deshalb fordere ich Sie auf: Überwinden Sie Ihre ideologischen Scheuklappen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Caroli SPD: Richtig!)

Wir brauchen eine neue Lernkultur. Diese muss aber auch mit einer strukturellen Weiterentwicklung der Schule einhergehen.

Ich komme zum Schluss: Es bedarf einer Umkehr unseres Leitbilds von Schule. Wir müssen weg von Schulen, die über die falschen Schüler klagen, und hin zu Schulen, die richtig sind für unsere Schüler.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Gestatten Sie noch die Nachfrage des Herrn Abg. Seimetz?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Gerne.

Abg. Seimetz CDU: Die Schlussfrage, liebe Frau Kollegin Rastätter: Ich stelle zunächst einmal fest, dass Sie ein selektives Wahrnehmungsvermögen haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na! – Abg. Wintruff SPD: Frage!)

Jetzt kommt die Frage: Was halten Sie davon – Sie haben den Handwerkstag zitiert –, dass die IHK, alle Berufsschullehrerverbände und der Realschullehrerverband unisono dieses gegliederte Schulwesen, das wir haben, befürworten

(Zuruf von der SPD: Die kennen nichts anderes!)

und die Vorschläge des Handwerkstags ablehnen? Für mich steht es hier 3 : 1.

(Lachen bei der SPD)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Seimetz, das kann ich Ihnen gerne beantworten.

(Abg. Seimetz CDU: Weil Sie das zitieren, was Ihnen in den Kram passt!)

Ich habe auch mit der IHK Gespräche geführt. Die Sache ist die: Die IHK befürchtet – das kann ich nachvollziehen –, dass sich kein individualisierender Unterricht entwickelt. Wenn sich keine neue Lernkultur entwickelt, sind längere gemeinsame Schulzeiten natürlich problematisch. Wenn Lehrkräfte unterrichten, die von homogenen Lerngruppen ausgehen, ist das ein Problem. Aber wir sind der Meinung, dass eine Weiterentwicklung der Lernkultur mit einer strukturellen Weiterentwicklung einhergehen muss. Die IHK ist durchaus offen dafür, diese Diskussion weiterzuführen.

Andererseits müssen Sie bedenken, Herr Seimetz, wenn Sie von 3 : 1 sprechen: Die angesehene Bertelsmann-Stiftung hat sich für längere Lernzeiten ausgesprochen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: 3 : 2!)

auch die Unternehmensberatung McKinsey.

(Abg. Dr. Caroli SPD: 3 : 3!)

Wir haben also eine gesellschaftliche Debatte. Was ich mir von Ihnen wünsche, ist im Wesentlichen, dass Sie sich der Debatte öffnen und stellen und nicht – mit dem Brett vor dem Kopf – einfach sagen: „Alles hat sich bewährt – wir prüfen das nicht einmal.“

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Seimetz CDU: Die Max-Planck-Studie hat auch etwas anderes ergeben! Aber Wissenschaft und Lehrer zählen bei Ihnen ja nicht!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Minister Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich mir heute Morgen die Tagesordnung noch einmal angeschaut habe, war ich insofern ein bisschen verwundert, als ich gedacht habe: Vorgestern wollten Sie die Hauptschule abschaffen, und heute wollen Sie über sie diskutieren.

Herr Käppeler, die Geschichten, die Sie hier vorgetragen haben – „Wer möchte zu mir?“; keiner wollte, alle wollten sie woandershin –, sind die klassischen Geschichten, mit denen die Hauptschule in Deutschland seit 30 Jahren systematisch kaputtgeredet worden ist. Systematisch!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Das ist Fakt! – Abg. Wintruff SPD: Was gut ist, können wir nicht kaputtreden!)

Man muss jetzt schon einmal ein bisschen genauer schauen: Was haben wir in diesen 30 Jahren für Debatten geführt, mit welchen Ergebnissen, und was können wir aus diesen Debatten und Ergebnissen jetzt für die nächsten Weichenstellungen nach PISA lernen?

Als vor 30 Jahren die gleiche Debatte, nur nicht auf der Grundlage internationaler Leistungsstudien, sondern damals aus Amerika kommend unter dem Titel „Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit“ geführt wurde, hat man gesagt getreu dem, was Sie eben zitiert haben – frühkapitalistische Aufgliederung der Gesellschaft, drei Klassen, für jede Klasse eine Schule –: Das darf es in Zukunft nicht geben. Wir wollen einen Ansatz, der jedem unabhängig von Klassenzugehörigkeit den Zugang zu einer seiner Begabung entsprechenden Schule ermöglicht.

(Abg. Wintruff SPD: Das könnte von PISA sein!)

– Nein, das könnte eben nicht von PISA sein. Ich komme gleich darauf. Nicht immer alle 30 Jahre etwas wiederholen und darauf setzen, dass man nicht mehr weiß, was vor 30 Jahren war!

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch keine Diskussion, die vor 30 Jahren geführt wurde! Was soll denn das?)

Dann hat es in Deutschland zwei Wege gegeben. Die einen haben gesagt: Wir werden jetzt mit einer neuen Struktur diese Chancengleichheit schaffen. Die Schule der Zukunft hat eine andere Struktur als die Schule der Vergangenheit, weil wir damit mehr Chancengleichheit schaffen. Dann ist es im Zweifelsfall aber nicht mehr so wichtig, wie exakt wir die Frage der Leistung beantworten. Wir müssen die Frage der Gerechtigkeit beantworten. Sie nennen das jetzt Ideologie. Ich lasse den Ideologiebegriff jetzt mal ganz außen vor. Den bewahre ich mir für Größeres auf statt für dieses Aufwärmen einer uralten Debatte. Wenn Sie daran Ihre Ideologie festmachen, dann tun Sie das meinetwegen. Mir ist es egal. Ich nenne das überhaupt nicht Ideologie. Man könnte es so nennen. Die anderen sind bei der Gliederung geblieben.

(Zuruf von der SPD: Das ist arg schwarz-weiß gesehen!)

Jetzt bekommen wir 30 Jahre später Ergebnisse. Es ist ja wahr: In der Kultusministerkonferenz ist von interessierten Kreisen alles getan worden, um den Länderbericht, in dem es um einen Schulartenvergleich geht, auf jeden Fall nach dem 2. Februar zu bekommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, wenn er nicht vorher fertig wird!)

– Nicht vorher fertig – haha!

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Trau, schau, wem!)

Das haben wir ja auch noch durchgehen lassen. Wissen Sie, das lässt man ja mittlerweile alles durchgehen. Ich sage Ihnen: Die Debatte bekommen wir in sechs Wochen. Exakt im März kommt die neue Debatte.

(Abg. Wintruff SPD: Auch das ist nicht neu! Bezirksliga!)

Die Ergebnisse sind: In Baden-Württemberg sind die sozialen Ungleichheiten, auf 16 Bundesländer bezogen, am niedrigsten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aber vorhanden!)

– Ich komme gleich auf die Probleme. – Die Bundesländer, die den anderen Weg mit Hunderten von Schulen gegangen sind – Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein –, bekommen bestätigt, die höchste soziale Ungleichheit zu haben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das muss man doch jetzt zumindest einmal zugeben. Genauso steht da: Wo der Zugang zur weiterführenden Schule freigestellt worden ist, gibt es mehr Schulversager, mehr – so heißt es wörtlich – strukturelle Diskriminierung.

(Abg. Wintruff SPD: Und was ist im internationalen Vergleich?)

– Ich komme gleich auf den internationalen Vergleich. Jetzt bleiben wir zunächst einmal bei diesen Fakten.

Resümee: Nach 30 Jahren ist dort, wo man Integration der Gliederung vorgezogen hat, kein Fortschritt erkennbar,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

von dem ich jetzt sagen könnte: Das sollten wir uns anschauen, das ist eigentlich schon die gelungene Schule der Zukunft. Das ist es nicht. Dafür gibt es auch Gründe.

(Zuruf von der SPD: Schauen wir doch einmal woanders die integrierten Schulen an!)

Wer über Verbesserung der Bildung und damit verbunden über mehr Förderung der Kinder und Jugendlichen spricht, darf zunächst eben nicht über Strukturen sprechen, sondern muss zunächst ein vernünftiges pädagogisches Konzept haben, das dem Differenzierungsgedanken gerecht wird, das der Tatsache gerecht wird, dass für jede Generation ganz unterschiedliche Lernkonzepte notwendig sind, und das vor allem dem Gedanken gerecht werden muss, dass es nicht einfach nur verschiedene hohe und geringe Begabungen gibt, sondern verschiedene Begabungen, die ganz verschiedene Lernzugänge ermöglichen müssen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Jetzt ist auch klar – das ist die Problemlage –, egal, ob integrativ – jetzt komme ich zum internationalen Vergleich – oder gegliedert:

(Zuruf von der SPD: Selektiv!)

Jedes System hat seine Nachfolgeprobleme. Das Problem der integrativen Systeme ist, dass sie nur funktionieren, wenn damit eine ganz konsequente Binnendifferenzierung, eine ganz konsequente Evaluation und damit eine ausgeprägte Testkultur verbunden ist, die sich in Deutschland überhaupt noch niemand vorstellen kann, Testkulturen bis hin zur Veröffentlichung in den Zeitungen – etwas, das Sie über ein Jahrzehnt aufbauen können, das Sie aber niemals aus dem Boden stampfen können. Sie wissen, dass in Deutschland, sobald Sie auch nur versuchen, ansatzweise in diese Richtung zu gehen, viele Vorbehalte bestehen werden. Dennoch glaube ich, dass dieses Thema bei uns eine Rolle spielt.

Die gegliederten Systeme haben das Nachfolgeproblem, dass sie Durchlässigkeit gewährleisten müssen. Ein gegliedertes System ist nicht per se gerecht. Ein gegliedertes Schulwesen ist nur gerecht, wenn es zugleich ein durchlässiges Schulwesen ist,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Richtig!)

nämlich nach dem Grundsatz: Auf jeden Abschluss folgt ein Anschluss. Letztlich heißt das, dass wir nicht ein gegliedertes Schulwesen allein haben, sondern ein Schulwesen, das in Form eines Baukastensystems funktioniert, mit unterschiedlichen Lernkonzepten, völlig unterschiedlichen Ansätzen. „IMPULSE Hauptschule“ ist nicht ein Konzept für

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Minderbegabte, sondern ein ganz spezifisches Konzept, das in einer besonderen Weise Anwendung mit Theorie verbindet, Praxisorientierung mit vielen außerschulischen Lernorten verbindet. Das ist kein Konzept für Minderbegabte, sondern ein eigenes Konzept, ein bestimmtes Element im Baukastenschulwesen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn man sich jetzt die internationale Debatte ansieht, wird man feststellen müssen, dass die Länder, in denen es bislang keine Test- und Evaluationskultur gibt, zur Vergleichbarkeit mehr davon schaffen müssen und dass diejenigen, die ein gegliedertes Schulwesen haben, dafür sorgen müssen, dass es immer durchlässiger wird. Ich sage Ihnen: Welche Kooperationsmöglichkeiten in zehn Jahren nach einer solchen, immer besser funktionierenden Durchlässigkeit noch bestehen werden, weiß ich nicht. Das lassen wir auch offen. Was wir in Baden-Württemberg aber nicht tun, ist, angesichts der PISA-Studie jetzt die Debatten zu wiederholen, die vor 30 Jahren geführt wurden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Wer führt denn solche Debatten?)

Meine Damen und Herren, das hat zu einer massiven Vernachlässigung jeder bildungspolitischen Debatte über Bildungsinhalte und Bildungsziele geführt. Diese 30 Jahre – das gilt für alle Bundesländer –

(Abg. Zeller SPD: Ach was!)

waren davon geprägt, dass überhaupt kein gesellschaftlicher Konsens mehr darüber herbeigeführt werden konnte, was für eine interessante Lernkultur in inhaltlicher und curricularer Hinsicht geeignet ist. Viel zu viel ist über Strukturen gestritten worden, anstatt eine Lernkultur zu schaffen, die Kindern und Jugendlichen etwas nützt und ihnen Spaß macht. Deshalb sage ich Ihnen: Sie können doch jetzt nicht darüber hinwegsehen, dass Professor Baumert bei jeder Gelegenheit sagt: Der Grund für das gute Abschneiden Baden-Württembergs im nationalen Vergleich und der Grund dafür, dass Baden-Württemberg in einigen Bereichen auch international so gut abgeschnitten hat – bei den Naturwissenschaften liegen wir in Teilbereichen vor Schweden –, hat damit zu tun – wörtliches Zitat –, dass Baden-Württemberg die modernste Hauptschule hat. Wir haben sie eben nicht kaputtgeredet und immer mehr abgeschafft zugunsten von anderen,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

sondern wir haben sie weiterentwickelt, und wir werden sie auch künftig weiterentwickeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben mein Streitgespräch mit Herrn Schleicher angesprochen. Nun sage ich Ihnen: Sie haben es gelesen, ich habe es geführt.

(Heiterkeit)

Deshalb weiß ich, dass das Gespräch dreimal so lang war wie das, was abgedruckt worden ist, dass die Hälfte dieses Gesprächs ausschließlich um das Thema „berufliche Bil-

dung in Deutschland“ gegangen ist, auch im Zusammenhang mit allgemein bildenden Schulen, die auf berufliche Bildung vorbereiten, dass Herr Schleicher mir erklärt hat, unbestritten sei die berufliche Bildung in Deutschland die große Stärke nicht nur des deutschen Bildungswesens, sondern auch eine herausragende Stärke im internationalen Vergleich. Und natürlich ist nichts, aber auch gar nichts von diesem Teil des Gesprächs abgedruckt worden, weil die, die da schreiben, weder eine Hauptschule von innen kennen noch sich mit dem beruflichen Bildungswesen in Deutschland beschäftigen. Es ist nur das abgedruckt worden, was in irgendeiner Weise zur Strukturdebatte hinführen konnte.

Herr Schleicher hat mir mehrfach am Telefon gesagt – es war ein Telefongespräch, das wir geführt haben –: Wenn ich jetzt Kultusminister in Deutschland wäre, würde ich unter gar keinen Umständen eine Strukturdebatte führen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nicht ausschließlich! Das sagt doch auch kein Mensch!)

– Sie können sie entweder führen oder nicht führen. Das ist so.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Das ist wahr. Aber Sie haben es ja zitiert.

Deshalb sage ich Ihnen: Wir müssen nach der PISA-Studie eine umfassende Erneuerung der Lernkultur schaffen,

(Abg. Seimetz CDU: Richtig!)

der Bildungsinhalte, der Bildungsziele. Wir müssen aufhören, die Schulen mit allem zu befrachten,

(Abg. Zeller SPD: Wer macht denn das?)

wir müssen aufhören, immer neue Schulfächer einzuführen.

(Abg. Zeller SPD: Wer macht denn das? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Frau Rastätter zum Beispiel! Und Bayer! – Unruhe)

– Das wurde schon heute Morgen gemacht, das wurde eben beim Thema Ethik gemacht.

Wir müssen in Lernkultur investieren.

(Abg. Zeller SPD: Werden Sie einmal sachlich!)

– Ich bin die ganze Zeit heute ungewöhnlich sachlich. Ich habe heute gar keine Lust zu streiten. Ich bin überhaupt nicht auf Streit ausgelegt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Nur weiß Zeller nicht, was Sachlichkeit bedeutet! – Abg. Dr. Caroli SPD: Ist alles relativ!)

Aber ich sage Ihnen: Ich wiederhole nicht einfach das, was schon vor 30 Jahren schief gegangen ist.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Jetzt komme ich zu einem internationalen Beispiel, weil immer nur von Schweden und Finnland geredet wird.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Sie wissen ja, dass einige von uns in den letzten Tagen – und nicht in den letzten Tagen allein – in Frankreich waren. Sie wissen, dass bei der PISA-Studie alle westeuropäischen Länder ähnlich wie Deutschland abgeschnitten haben: Italien, die Schweiz, Frankreich. Sie konnten in der letzten oder vorletzten Woche in der „Zeit“ ein Interview mit dem französischen Bildungsminister Luc Ferry lesen. Das war auf Deutsch und Französisch. Wer dieses Interview liest, der merkt, wie sehr wir in der Gefahr sind, in Deutschland jetzt völlig falsche Debatten zu führen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Luc Ferry sagt erstens – Frankreich hat ganz ähnlich abgeschnitten wie wir –, nach den Schwächen des französischen Bildungswesens gefragt: Die erste und größte Schwäche ist, dass es uns in unseren Grundschulen nicht gelingt, den Kindern Lesen und Schreiben beizubringen.

Er wurde dann gefragt, wie das möglich sei, nachdem Frankreich eine Vorschule habe, auf die wir ja manchmal neidisch schauen, von der wir meinen, dass Frankreich eine Form gefunden habe, um Kindern früher eine Möglichkeit zum Lernen zu geben.

Ich habe mit ihm dann noch einmal ausführlich darüber gesprochen. Die Ecole Maternelle führt überhaupt nicht dazu, dass es in der Grundschule irgendeine bessere Situation gibt. Luc Ferry sagt, es gebe andere Gründe. Sie seien nur zum Teil bekannt – wie übrigens bei uns auch. Das hat sehr viel mit inhaltlichen und kulturellen Fragen zu tun.

Zweiter Punkt, zweite Schwäche: Ein riesengroßer Prozentsatz von Schülerinnen und Schülern in Frankreich verlässt jährlich die Schule ohne Abschluss. Der Bildungsminister sagt, das geschehe, obgleich Jugendliche in Frankreich acht Stunden pro Tag in der Schule seien – all das, worüber wir zum Teil erst diskutieren.

Er sagt: Es gelingt in diesen acht Stunden anscheinend nicht – die ganzen letzten Jahre; es ist auch ein längerer Prozess –, mehr Schülerinnen und Schüler zu einem Schulabschluss zu bringen. Es gelingt uns nicht, zu einer Lernkultur zu kommen, die wirklich – jetzt sage ich einmal – dem kulturellen Anspruch und den Erwartungen Frankreichs gerecht wird.

So kann ich die Punkte durchgehen.

(Abg. Wintruff SPD: Dann haben Sie halt den Falschen gefragt! Das ist doch ganz einfach!)

Ich will damit sagen: Wer jetzt immer auf internationaler Ebene mit Kolleginnen und Kollegen spricht, stellt fest: Wir sind erst am Beginn der Kenntnis über die wirklichen Ursachen der schlechten Position und der schlechten Ergebnisse, die wir im internationalen Vergleich mit asiatischen, skandinavischen und auch osteuropäischen Ländern aufweisen. Es sind Punkte, die zu tun haben – ja, ich sage es einmal – mit dem Rückgang von kulturellen Standards, mit einer immer stärkeren Entwicklung einer Gesellschaft, die ihr Bildungswesen nicht ernst nimmt, wenn es um die Autorität derer geht, die in diesem Bereich arbeiten, wenn es um Respekt, wenn es um kulturelle Standards geht.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Deshalb bin ich dafür – auch im Blick auf die internationale Debatte, im Zusammenwirken mit unseren internationalen Partnern –, dass wir uns um diese kulturelle Entwicklung in unseren Gesellschaften kümmern, die wesentlichen Einfluss auf Schule haben.

Zweitens bin ich der Meinung, dass wir uns um Bildungsforschung kümmern müssen, die sehr viel präziser sagt: Was macht eine gute Schule aus? Was führt zu Qualität und was nicht?

(Abg. Zeller SPD: Das ist richtig! Das haben wir auch schon gesagt!)

Egal, mit welchem Erziehungswissenschaftler und Bildungsforscher in Deutschland Sie sprechen, sie sagen Ihnen alle: Wir wissen maximal 20 %, 80 % wissen wir überhaupt nicht.

Drittens müssen wir uns kümmern um die Inhalte, um die Didaktik, darum, dass in der Wissenschaftsgesellschaft wirklich ernst genommen wird, was Entwicklung von Schule bedeutet, und dies bitte auch in internationaler Abstimmung. Da können wir unmittelbar im europäischen Raum, Italiener, Schweizer – wir können übrigens viel lernen

(Abg. Seimetz CDU: Aber nicht von Palermo!)

von Österreich –, Franzosen und Deutsche, gemeinsam etwas tun. Was dann strukturell daraus wird, das ist mir, offen gestanden, irgendwann egal. Aber es muss zunächst einmal eine Idee von Bildung da sein, und dann wird über Strukturen geredet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie sich jetzt hierher stellen und sagen: „Die Regionalschule ist an allen Standorten möglich“, dann wissen Sie ganz genau, dass das nicht stimmt.

(Abg. Röhm CDU: So ist es!)

Sie wissen ganz genau, dass man in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz, um nur zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit zu nennen, gesagt hat: Wir müssen Schulstandorte aufgeben, wir können nicht mehr so viele halten. Dann werden Regionalschulen eingerichtet, um Schulstandorte zu schließen. Ich sage Ihnen auch hier: Der Prüfauftrag ist nicht der Prüfauftrag der Kultusministerin. Es ist der Prüfauftrag eines Teils der Koalition. Den habe ich schon abgearbeitet; das Ergebnis bekommen Sie in wenigen Tagen.

Ich bleibe dabei: Wer Qualität im Bildungswesen halten will, darf nicht anfangen, Schulformen abschaffen zu wollen. Er muss sie stärken, und er darf nicht regionalisieren, sondern er muss wohnortnah Schule erhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Gilt das auch für Gymnasien und Realschulen? – Abg. Alfred Winkler SPD: Zurück zur Zwergschule!)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, haben Sie mit Ihrer Pressekonferenz am Dienstag mit Eleganz eine Rolle rückwärts in die Vergangenheit gemacht.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Und Sie sind nie aus der Vergangenheit rausgekommen!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Sie haben nur deutlich gemacht, dass Sie die Tiefenanalyse von PISA und auch die internationale Diskussion darüber, die sich nicht nur auf Skandinavien erstreckt – darüber könnte ich jetzt noch ein eigenes Kapitel beitragen –, eigentlich nicht annehmen wollen, sondern Sie versuchen, jetzt den GEW-Vorschlag zu transportieren. Ich möchte, dass wir tiefer gehend zu einer Lernkultur kommen

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was heißt denn das?)

– ja, das glaube ich, dass Sie das nicht wissen, das glaube ich Ihnen sofort; aber das klären wir einmal privat bei einem Kaffee –, die Sorge dafür trägt, dass Kinder und Jugendliche eine wirkliche Chance erhalten. Wenn Sie hier aber unentwegt sagen, jedes fünfte Kind sei ohne Chance, blenden Sie wieder völlig aus, dass unser berufliches Bildungswesen – schauen Sie auf den Schulabschluss – dafür sorgt, dass es sich eben nicht um jedes fünfte Kind handelt. Wir haben eine Jugendarbeitslosigkeitsquote, die so niedrig ist wie nirgendwo sonst in Europa,

(Abg. Wintruff SPD: Weshalb? Weil wir Milliarden in das JUMP-Programm gesteckt haben!)

weil wir ein Bildungswesen haben, das in seiner Differenzierung viele verschiedene Konzepte vorhält und dafür sorgt, dass sehr viel mehr Jugendliche als anderswo zu einem Schulabschluss

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

– nicht jeder sechste; das ist ja gar nicht wahr – und zu einer beruflichen Bildung kommen, die wirklich zu Beruf und Beschäftigung führen.

(Abg. Wintruff SPD: Erfolg darf man nicht nur herbeireden, sondern man muss ihn beweisen!)

– Ja, das kann ich ganz schnell beweisen. Den Erfolg können Sie in jeder Statistik nachlesen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Gegenruf des Abg. Röhm CDU)

Das sind nicht die Statistiken der Kultusminister.

Sie haben gesagt – dieser Satz ist wunderbar –: Politik beginnt beim Betrachten der Wirklichkeit. Daran schließt sich das Verstehen der Wirklichkeit an.

(Abg. Seimetz CDU: Da ist Herr Wintruff überfordert!)

In der Politik zählen Ergebnisse und nicht in regelmäßigen Abständen vorgetragene Wiederholungen dessen,

(Abg. Alfred Winkler SPD: PISA!)

was sich eigentlich nicht als wirksam erwiesen hat.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Seimetz CDU: Er will immer das letzte Wort haben!)

Abg. Zeller SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir innerhalb und außerhalb dieses Hauses sehr intensiv über Bildung diskutieren. Es ist gut, dass wir hierbei zum Teil auch gemeinsame Auffassungen haben.

Frau Schavan, Sie werden von uns nie hören – das haben wir auch immer deutlich gemacht –, dass wir nur einen Schwerpunkt auf den Unterricht setzen, um eine bessere Qualität von Schule zu erreichen. Das haben Sie von uns nie gehört. Die Unterrichtsarbeit ist ein ganz zentraler Punkt.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Da gibt es doch einen Konsens! Das ist klar!)

Aber Sie sagen – das waren Ihre Äußerungen in der Vergangenheit, und gerade haben Sie sie in etwas abgeschwächerter Form wieder gebracht –: „Wir dürfen nur über die Unterrichtsqualität, die Unterrichtsarbeit sprechen“, und Sie lehnen jede Strukturfrage ab.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Das ist eine verbohrt ideologische Haltung und keine offene Haltung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ich will Ihnen das einmal verdeutlichen: Wenn Sie gemeinsam mit mir hoffentlich fordern, Lehrerinnen und Lehrer müssten besser mit homogenen Leistungs- und Lerngruppen umgehen können

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Heterogenen!)

– Entschuldigung, danke: mit heterogenen Leistungs- und Lerngruppen –, und darauf verweisen, dass Lehrkräfte da im Grunde große Schwierigkeiten haben, dann ist das mit ein Ergebnis unserer Schulstruktur. Denn – Sie haben die Durchlässigkeit angesprochen – bei uns passiert Folgendes – da sind meine Kollegen Käppeler, Dr. Caroli, Wintruff und andere möglicherweise ein bisschen näher an der Schulwirklichkeit als Sie –: Der Satz: „Wenn du das Klassenziel der Schule nicht erreichst, kommst du in eine andere Schule“ – vom Gymnasium auf die Realschule, von der Realschule auf die Hauptschule und, füge ich hinzu, von der Hauptschule auf die Sonderschule –,

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Dann sind die Schüler an der falschen Schule!)

ist häufig anzutreffen. Das ist genau der Unterschied zu denen, die wie Finnland und Kanada integrative Systeme haben. Dort kann man nicht sagen: „Wir schieben das Kind ab“, sondern dort steht die Frage „Wie fördern wir das Kind besser?“ im Vordergrund. Genau das haben wir hier bei uns

(Zeller)

nicht verankert, weil der Weg der Durchlässigkeit faktisch nur nach unten vorhanden ist.

(Abg. Seimetz CDU: Er ist auch nach oben vorhanden!)

Deswegen muss es darum gehen, beides gemeinsam miteinander zu diskutieren. Es muss darum gehen, von anderen zu lernen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wenn wir erleben, dass alle anderen, die längere gemeinsame Lernzeiten haben, wesentlich erfolgreicher sind als wir, müssen wir doch feststellen: Dann stimmt bei uns auch an der Struktur irgendetwas nicht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Abg. Alfred Haas CDU: Bei Ihnen!)

Ich will Ihnen nochmals deutlich machen: Das gilt auch für Baden-Württemberg. Die soziale Herkunft der Kinder entscheidet über die Schullaufbahn und damit auch über die Karriere der Kinder. Das gilt auch bei uns in Baden-Württemberg – Gott sei Dank in abgeschwächter Form.

Und zum Zweiten: Wir haben bei uns eine enorme Leistungsbreite, aber weniger in die Spitze hinein, sondern eher am unteren Ende, obwohl wir ein gegliedertes Schulwesen haben. Das gegliederte Schulwesen hat also nicht entsprechende Leistungen erbracht. Deswegen – so muss man sagen – müssen wir auch eine Strukturdebatte führen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Es ist doch klar, dass Eltern zunächst einmal wollen, dass ihre Kinder möglichst aufs Gymnasium gehen – das ist doch nachvollziehbar, auch für Sie, Herr Seimetz, denke ich –, weil das Gymnasium die besten Karrierechancen und die besten Anschlussmöglichkeiten bietet. Herr Käppeler hat deutlich gemacht, welchen Leidensweg Kinder gehen – nicht weil die Lehrerinnen und Lehrer sich nicht für die Hauptschule engagierten, sondern weil es sozusagen in der Struktur so angelegt ist, dass man sie als Rest empfindet. Kinder sind da sehr empfindlich. Das kann ich Ihnen sagen.

Deswegen brauchen wir erstens eine längere gemeinsame Lernzeit für die Grundschule.

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Wir brauchen ganz dringend eine sechsjährige Grundschule.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es! Mindestens!)

Da haben wir im Übrigen auch die Unterstützung vonseiten der Wissenschaft. Es ist ja immer interessant, dass Sie nur diejenigen Wissenschaftler zitieren, deren Aussagen in Ihre Argumentation hineinpassen. Das ist ja das Interessante.

(Abg. Capezzuto SPD: Typisch! – Weitere Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das macht doch jeder!)

Andere der „PISA-Wissenschaftler“ – nicht nur Herr Schleicher, sondern auch Herr Tillmann und andere – haben da eine andere Auffassung. Das ist ja das Interessante.

(Beifall des Abg. Alfred Winkler SPD)

Man muss Ihnen da schon deutlich Einseitigkeit vorwerfen. Aber selbst Herr Baumert hat, als wir in Berlin mit ihm diskutiert haben –

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Genau, ja!)

alle meine Kollegen des AK III waren in Berlin und können das bestätigen –, nicht ausgeschlossen, dass Strukturfragen wichtig sind, wenn man eine bessere Qualität von Schule erreichen will.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Genau! So ist es!)

Dies gilt nicht ausschließlich und allein. Das haben wir auch nie behauptet.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Eben!)

Aber wer hier sagt, das spiele keine Rolle, der liegt neben der Sache und sagt hier nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Des Weiteren müssen wir auch akzeptieren, dass die sechsjährige Grundschule von vielen Eltern gefordert wird. Sie wird nicht nur vom Baden-Württembergischen Handwerksrat gefordert, den Sie hier so niedermachen. Ich staune schon, wie Sie mit den Handwerkern umgehen. Das ist erstaunlich.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Sie wird auch von Lehrerverbänden gefordert. Sie wird von Wissenschaftlern, von Pädagogen und Erziehungswissenschaftlern gefordert. Liegen die denn alle daneben? Sind die denn alle, weil sie nicht auf der Linie der CDU liegen, sozusagen nicht ganz zurechnungsfähig? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Deswegen muss es darum gehen, möglichst lange gemeinsame Lernphasen zu haben. Unser Konzept bedeutet: Nach der sechsjährigen Grundschule wird es künftig keine Hauptschulen und Realschulen mehr geben, sondern es wird eine Regionalschule geben. Es wird eine Regionalschule in den Gemeinden geben. Dies bedeutet, dass Kinder hier bessere Lernchancen haben, indem sie in heterogenen Lerngruppen gemeinsame Erfahrungen sammeln. Ich sage Ihnen, dass nach unserem Konzept dann auch mehr Kinder und mehr Jugendliche den mittleren Bildungsabschluss erreichen. Das ist das, was wir wollen. Das ist das Entscheidende.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Sprechzeit ist überzogen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Zuruf des Abg. Käppeler SPD)

Abg. Zeller SPD: Ich sage Ihnen zum Schluss, Frau Schavan: Lassen Sie uns sehr intensiv darüber streiten, was für unsere Schulen und für unsere Kinder am besten ist. Wer hier von vornherein nur die Unterrichtsarbeit als Allheilmittel sieht und jede Strukturfrage ausklammert und ablehnt, der hat, muss ich sagen, offensichtlich Angst vor solchen Debatten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter
GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Capezzuto SPD: Oh!)

Die Große Anfrage ist nach der Aussprache erledigt.

Tagesordnungspunkt 8 ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Heimaufsicht in Baden-Württemberg – Drucksache 13/560

Das Präsidium hat eine Redezeit von fünf Minuten für die Begründung des Antrags und von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, für die Aussprache festgelegt.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wie immer die Sozialen am Schluss!)

Abg. Katrin Altpeter SPD: Immer die Kleinen.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Baden-Württemberg leben rund 72 000 Menschen, überwiegend ältere, aktuell im Pflegeheim. Wer pflegebedürftig ist und in einem Pflegeheim lebt, befindet sich – ich glaube, da sind wir uns alle einig – in einem ganz besonderen Abhängigkeitsverhältnis. Im Interesse der pflegebedürftigen älteren Menschen ist es deshalb erforderlich, eine leistungsfähige und moderne Heimaufsicht zu haben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE – Abg. Alfred Haas CDU: Sorgen Sie sich um eine leistungsfähige Pflege! Das wäre noch wichtiger! – Gegenrufe von der SPD: Oh Haas!)

– Herr Haas, heute sprechen wir über die Heimaufsicht, und nächstens unterhalten wir uns dann wieder über die leistungsfähige Pflege, würde ich sagen.

In einer Gesellschaft, in der der Anteil älterer und sehr alter Menschen wächst, müssen wir sicherstellen, dass Seniorinnen und Senioren selbstbestimmt und würdevoll leben können. Um es gleich zu sagen, meine Damen und Herren: Die ganz überwiegende Zahl der Pflegeheime – damit ist wohl Ihre Frage beantwortet – leistet eine gute Arbeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Das habe ich auch in meiner Rede stehen! Was soll ich dann noch sagen?)

Dennoch kommt es in Einzelfällen zu Missständen. Es gibt, wie überall sonst auch, vereinzelt schwarze Schafe. Um Missstände zu beseitigen und möglichst dafür zu sorgen, dass erst gar keine auftreten, brauchen wir eine leistungsstarke Heimaufsicht. Die SPD setzt sich deshalb im Land seit langem dafür ein, die baden-württembergische Heimaufsicht zu verbessern. In der Vergangenheit gab es zu viele Defizite, und die Schritte, die die Landesregierung auf unser Drängen hin eingeleitet hat, waren viel zu zögerlich. Deshalb begrüßen wir, dass der Bundesgesetzgeber durch die Heimgesetznovelle und das damit verbundene Pflegequalitätssicherungsgesetz für Verbesserungen gesorgt hat.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE)

Ich möchte übrigens noch sagen, dass das von allen Fraktionen im Bundestag und auch im Bundesrat begrüßt wurde. Das Heimaufsichtsrecht wurde grundlegend reformiert, und die Rechte der Bewohnerinnen und Bewohner wurden nachhaltig verbessert. Dadurch kommen auf die Heimaufsicht neue Aufgaben zu. Statt wie bisher nur alle zwei Jahre prüft die Heimaufsicht zukünftig jedes Heim mindestens einmal jährlich. Größere Abstände sind dann möglich, wenn das Heim durch unabhängige Sachverständige nachweisen kann, dass es den Anforderungen gerecht wird. Prüfungen können zukünftig jederzeit angemeldet oder unangemeldet erfolgen. Regelungen über die Anforderungen an den Heimbetrieb, zum Beispiel was die Selbstbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner betrifft, wurden präzisiert und ergänzt. Der Träger muss zukünftig bei Betriebsaufnahme eine Leistungsbeschreibung und ein Heimkonzept vorlegen.

Ein ganz wichtiger Punkt, der aus der Praxis heraus auch immer wieder bemängelt wurde und der von der Bundesregierung aufgegriffen wurde: Die Zusammenarbeit zwischen dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen und der Heimaufsicht wird verbessert. Es ist deshalb gut, dass Heimaufsichtsbehörden im Land mit dem MDK, den Pflegekassen und den Sozialhilfeträgern im Rahmen regionaler Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiten, um die Prüftätigkeit zu koordinieren.

(Abg. Schneider CDU: Wer soll denn das machen?)

– Das findet schon statt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Mit der heute zur Beratung anstehenden Initiative – –

(Abg. Schneider CDU macht die Scheibenwischer-Handbewegung. – Abg. Fischer SPD: So etwas macht man nicht, Herr Landrat! – Abg. Bebbler SPD: Herr Landrat, etwas Anstand, bitte! – Abg. Wieser CDU: Frau Präsidentin, Herr Bebbler stört hier! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Frau Abg. Altpeter.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Mit der heute zur Beratung anstehenden Initiative wollte die SPD erreichen, dass die Verbesserungen, die die Heimgesetznovelle mit sich bringt,

(Katrin Altpeter)

rasch umgesetzt werden. Für uns stehen dabei drei Ziele im Vordergrund.

Wir wollen, dass alle Heimaufsichtsbehörden die neuen, einjährigen Kontrollintervalle einhalten. In der Vergangenheit wurde häufig das zweijährige Kontrollintervall nicht überall eingehalten. Erst nach unserer Parlamentsinitiative von 1998 kam es zu personellen Verstärkungen.

In der Stellungnahme zu der heute zu beratenden Initiative hat sich die Landesregierung wiederum um eine konkrete Antwort im Hinblick auf die Kontrollintervalle herumgedrückt. So spricht sie nur vage davon, dass nahezu alle Heimaufsichtsbehörden das zweijährige Intervall einhielten. Hier muss die Landesregierung künftig mit mehr Engagement dafür sorgen, dass geltendes Recht auch eingehalten wird.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Wieser CDU zur SPD: Habt ihr einen Klatschplan?)

Bloße Appelle reichen hier nicht aus.

(Abg. Capezzuto SPD: Vor allem Landräte müssen das befolgen! – Abg. Scheuermann CDU: Kontrolle, Kontrolle, Kontrolle! – Abg. Schneider CDU: Aufsicht, Aufsicht, Aufsicht!)

Auch wenn die Landesregierung auf die konkrete Personalausstattung der Heimaufsichtsbehörden in den Stadt- und Landkreisen keinen direkten Einfluss hat, so steht sie doch in der Verantwortung und muss deshalb für die Umsetzung der neuen Vorschriften des Heimgesetzes sorgen.

(Unruhe – Zurufe von der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Meldet euch zu Wort! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

(Abg. Zeller SPD: Das gilt für Herrn Scheuermann!)

Abg. Katrin Altpeter SPD: Wir wollen, dass die Heimaufsichtsbehörden im Land eng mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen zusammenarbeiten. Wir wollen, dass die Landesregierung die Heimaufsichtsbehörden bei der Umsetzung der neuen Rechtsvorschriften unterstützt.

Wir werten es als einen Erfolg unserer Initiativen, dass die Landesregierung bereit ist, nun unserem Vorschlag zu folgen, und künftig alle zwei Jahre einen Landesheimaufsichtsbericht erstellen will. Der im Jahr 2004 vorzulegende Bericht muss eine erste Bilanz der eingeleiteten Schritte vornehmen. Wir erwarten nicht nur eine bloße Beschreibung der Situation, sondern wir erwarten dort, wo es notwendig ist, die Benennung von konkreten Schritten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wieser.

(Abg. Capezzuto SPD: Franz, aber nicht so arg aufregen!)

Abg. Wieser CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Ziele der Heimaufsicht gibt es sicher weitgehend Konsens über alle Fraktionen hinweg. In Bezug auf die Durchführung besteht offensichtlich Diskussionsbedarf, und nach Ihrer Rede, Frau Kollegin, vielleicht noch mehr.

Wir begrüßen, dass bei der Verwirklichung der Ziele Menschenwürde und Selbstbestimmungsrecht im Alter, bei der Transparenz, bei der Beteiligung von Bewohnern und auch von ehrenamtlichen Helfern eine Stärkung vorgenommen wird.

Die gesetzlich vorgesehene Kontrolle soll Missstände aufzeigen. Wir wollen aber nicht die Motivation der Pflegekräfte und Pflegeleitungen gefährden. Sie haben zu Recht gesagt, Frau Kollegin: Die Zahl der Missstände ist erfreulicherweise sehr gering. Auch wenn sie gering ist, ist sie zu hoch. Aber es gibt keinen Anlass dafür, die Zahl der für Bürokratie verwendeten Stunden noch zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jeder von uns, der ein Heim besuchte, hat vernommen, dass heute schon über 50 % der Arbeitszeit für das Ausfüllen von Karteikarten oder Arbeitsnachweisen verwandt werden.

(Abg. Capezzuto SPD: Das habt ihr in den Sechzigerjahren eingeführt!)

– Aber, lieber Herr Kollege Capezzuto, wir diskutieren jetzt gerade darüber, dass noch mehr eingeführt werden soll. Wir wollen das abbauen. Der Mensch ist wichtiger als die Karteikarte, lieber Kollege.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Kollege Wieser, gestatten Sie – –

Abg. Wieser CDU: Von Lenin stammt der Satz „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“. Dieses Prinzip des Misstrauens hat menschliche Kälte gebracht und ganze Staaten und Staatengemeinschaften in den Ruin geführt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: So ist es! – Glocke der Präsidentin)

Deswegen schlage ich ein anderes Prinzip vor.

(Abg. Birzele SPD: Welcher Art, Herr Kollege Wieser?)

– Soll ich es Ihnen aufzählen?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Kollege Wieser, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Altpeter?

Abg. Wieser CDU: Ich möchte jetzt bitte im Zusammenhang etwas vortragen.

Ich setze diesem Satz von Lenin einen anderen entgegen: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen mit Maß und Ziel vorgehen. Ziel ist die Qualitätsverbesserung in unseren Heimen. Ziel ist es, Missstände abzustellen. Doch dabei ist eine schematische Überprüfung vielleicht nicht immer das richtige Rezept. Wenn ein Haus überprüft wurde und man keine Missstände gefunden hat, sondern es im Gegenteil sogar als vorbildlich empfindet, dann kann Kontrolle eben auch dadurch Motivation sein, dass man sagt: Ihr Haus überprüfen wir erst in fünf oder sechs Jahren wieder, sofern keine Missstände bekannt werden.

Diese Vorgehensweise, bei der Kontrolle zu einer Qualitätsverbesserung und zu Verbesserungen im Gütestandard, zu einer besseren Motivation und zu Anerkennung der Arbeit führt, wünschen wir uns, und deshalb möchten wir im Heimbereich die Eigenkontrolle stärken, die Verbandskontrolle. Wir möchten, dass es einen Gütestandard AWO, einen Gütestandard Diakonie, einen Gütestandard Caritas gibt und diese Verbände in ihren Häusern selbst Maßstäbe setzen und ihre Einhaltung kontrollieren. Wir möchten, dass die privaten Träger selbst Gütestandards und Maßstäbe formulieren und sie auch für die Werbung einsetzen. Das und nicht eine schematisch kontrollierende staatliche Gewalt ist der Weg zur Verbesserung der Pflege bei uns.

(Beifall der Abg. Alfred Haas und Hauk CDU –
Abg. Alfred Haas CDU: Gut!)

Der Staat hat eher die Aufgabe, dieses Netzwerk der Kontrolleure zu motivieren und zu fördern, und das ist uns auch gelungen. Deswegen hoffe ich, dass wir durch eine flexible Form unser Ziel, die Pflege in unserem Land zu verbessern, erreichen. Es ist nicht wichtig, wie oft und wie intensiv wir kontrollieren, sondern wichtig ist, welche Ergebnisse wir erzielen.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass gerade die Maßnahmen – Pflorgetag für Demenzzranke, Verbesserungen bei der Altenpflege, Umlagesystem, Hospizbewegung und viele andere Maßnahmen –, die wir ergriffen haben, zur Qualitätsverbesserung führen.

Diese Strategie – Qualitätsverbesserung, Kontrolle, Motivation der Pflegekräfte – ist Maßstab für uns, wenn sich der Staat im Heimbereich einmischt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/
DVP – Abg. Kübler CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Gegenruf
des Abg. Wieser CDU: Lenin hat auch klein angefangen und katastrophal geendet!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich will bewusst den angeführten Satz umdrehen und sagen: Kontrolle ist gut – und muss manchmal auch sein –, aber Vertrauen ist besser.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg.
Wieser CDU: Sehr gut!)

Liberale im Allgemeinen und Abg. Noll im Besonderen haben ein besonderes Grundvertrauen in die Menschen im Allgemeinen und ganz besonders in die Menschen, die sich einen Beruf ausgesucht haben, bei dem sie mit Menschen umgehen.

(Abg. Birzele SPD: Aber das klang heute Morgen
ganz anders! Bei den Jugendlichen heute Morgen
war es ganz anders!)

Ich habe also zunächst ganz großes Vertrauen in all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in die Pflegekräfte, die in den Heimen eine hervorragende Arbeit leisten, eine Arbeit, die zunehmend schwieriger wird. Ich habe auch großes Vertrauen in die Menschen in den Heimbeiräten. Es ist richtig, dass wir deren Rolle gestärkt haben. Aber damit ist natürlich automatisch auch ein Stück Kontrolle und Transparenz verbunden. Ich habe auch großes Vertrauen in das System der Ombudsleute, welches inzwischen an manchen Stellen vorbildlich etabliert worden ist. Es soll übrigens auch noch Menschen geben, die sich um im Altenheim lebende Angehörige kümmern

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

und dadurch natürlich auch ein Stück weit Kontrolle ausüben. Es gibt viele Menschen in unserem Land, die bürgerschaftliches Engagement in unseren Altenpflegeeinrichtungen ausüben. Auch diese Menschen haben unseren Dank verdient,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

weil sie das Vertrauen stärken, welches wir den Menschen im Grunde genommen entgegenbringen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut, Herr Noll!)

Es ist schon ein bisschen merkwürdig – das muss ich einfach wieder einmal loswerden –, dass ausgerechnet diejenigen, die nicht dafür sorgen, dass durch eine echte Reform eine nachhaltige Finanzierungsbasis für eine menschenwürdige Pflege geschaffen wird, zusätzlich dafür sorgen, dass den Menschen, die Menschen pflegen wollen, durch übermäßige Bürokratie die Zeit gestohlen wird, dass ausgerechnet diejenigen immer ganz besonders stark den Aspekt der Kontrolle betonen. Man könnte dazu fast zynisch sagen: Wer die Menschen in diesen Arbeitsbereichen so demotiviert, muss vielleicht tatsächlich die Peitsche der Kontrolle ein Stück weit stärker schwingen.

Ich möchte jetzt – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie dürfen gerne eine Nachfrage stellen, Herr Kollege Birzele. Ich möchte jetzt am Stück fortfahren.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Zu dem, was Sie so loben – die Vernetzung der unterschiedlichen Kontrollinstanzen –, möchte ich bloß einen kleinen Hinweis geben; das betrifft auch das Gesundheitswesen. Die Landesregierung wird übrigens auch eine entsprechende Überprüfung vornehmen. Die Vermischung der sozialversicherungsrechtlichen Ebene, also des MDK, und der staatlichen Ebene, also der Heimaufsicht, mag auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen, ist im Grunde genommen aber ordnungspolitisch gesehen der völlig falsche Weg.

(Abg. Birzele SPD: Wieso? Sie haben das nur behauptet! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Weil die Krankenkassen selbstständig sind! – Abg. Bebber SPD: Was halten Sie denn von den Brüdern und Schwestern in Ihrer eigenen Partei, die das mitbeschlossen haben?)

– Herr Birzele, dafür, das darzulegen, habe ich leider keine Zeit. Wir werden Ihnen dazu übrigens demnächst ein Gutachten vorlegen.

(Zurufe von der SPD)

Zum Thema „unangemeldete Kontrollen“ möchte ich noch etwas ganz Praktisches sagen. Stellen Sie sich einmal ältere Menschen vor; Sie müssen ja auch an die denken, die im Pflegebett liegen. Sie wissen, dass diese Menschen sehr auf vertraute Gesichter, auf eine vertraute Umgebung angewiesen sind. Sie sollten sich auch einmal durch den Kopf gehen lassen, dass bei unangemeldeten Kontrollen dann plötzlich ein fremder Mensch am Bett steht.

(Abg. Fischer SPD: Ach! – Abg. Katrin Altpeter SPD: Der wird nie allein an dem Bett stehen! – Zuruf von der SPD: Schwaches Argument! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das zählt nicht so richtig! – Zuruf von der SPD: Fällt Ihnen nichts Besseres ein?)

Mit Blick auf die Uhr darf ich abschließend – Herr Birzele, Sie wollen ja noch nachfragen – drei Punkte nennen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

(Abg. Wieser CDU zur SPD: Bitte kontrollieren Sie sich selber!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wenn wir nachhaltig durch mutige Reformen die Finanzierungsbasis für die Pflege stärken wollen – und das muss Grundziel aller Reformüberlegungen sein –, müssen wir den Menschen ehrlicher Weise sagen, dass gute Pflege auch gutes Geld kostet.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Dafür wird die Gesellschaft aufkommen müssen.

(Abg. Capezzuto SPD: Na also!)

Wir müssen bei der Gewinnung von Nachwuchs für Pflegeberufe ein bisschen mehr tun. Auch hier eine kleine Anmerkung, Frau Altpeter: Wer ständig Missstände problematisiert, wer ständig die Kontrolldichte erhöhen will,

(Abg. Bebber SPD: Das sind Ihre Parteiliebe, die das mitgetragen haben!)

der braucht sich nicht darüber zu wundern, dass diese Berufe nicht sonderlich attraktiv sind.

Darüber hinaus dürfen wir Bürokratie nicht weiter aufbauen, sondern müssen sie abbauen, weil es ein Hauptübel in allen Gesundheitsberufen ist, dass sich die Pflegenden nicht mehr den Menschen zuwenden können, weil sie verstärkt mit Schreiarbeiten und Bürokratiekram belastet sind.

Wenn wir diese drei Punkte hinkriegen, wird Kontrolle – zugegebenermaßen – zwar nicht völlig überflüssig. Aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir dann mit einer im Verhältnis stehenden Kontrolle auskommen und einfach das große Grundvertrauen zu all denen haben dürfen, die in Pflegeberufen arbeiten. Auch diejenigen, die jetzt oder auch in Zukunft der Pflege in Heimen bedürfen – was jede und jeden von uns irgendwann treffen kann –, dürfen großes Vertrauen haben, dass sie ohne überzogene Aufsichts- und Kontrollandrohungen eine menschenwürdige Pflege erwarten dürfen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Bebber SPD: Sprechen Sie mal mit Ihrer Fraktion in Berlin! – Abg. Birzele SPD: Sie reden über Bürokratieabbau und haben heute Morgen neue Bürokratien beschlossen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlass zu diesem Antrag waren Mängel bei der Überprüfungspraxis der Heimaufsichtsbehörden.

(Abg. Hauk CDU: Meinen Sie!)

Wie man im Antrag nachlesen kann, gab es zum Beispiel sehr große Unterschiede bei den Überwachungszeiträumen: Sie betragen zwischen einem Jahr und fünf Jahren. Das ist ein Fakt, und das war Anlass für diesen Antrag.

Es geht jetzt nicht darum, ob Vertrauen besser ist als Kontrolle oder umgekehrt, sondern es geht darum, dass wir Kontrolle brauchen, aber natürlich auch Vertrauen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gut!)

Ich glaube, diesen künstlichen Gegensatz brauchen wir hier gar nicht aufzubauen; darum geht es nicht.

Es hat Handlungsbedarf bestanden. Diesem Handlungsbedarf ist insofern entsprochen worden, als am 1. Januar 2002 die Novellierung des Heimgesetzes in Kraft getreten ist – ein Bundesgesetz. In diesem Bundesgesetz werden die

(Brigitte Lösch)

Rechtsstellung und der Schutz von Bewohnerinnen und Bewohnern von Wohn-, Alten- und Pflegeheimen sowie Behindertenheimen verbessert.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ist ja gut so!)

Das ist gut so. Neuerungen – –

(Abg. Hauk CDU: Warum gibt es dann diesen Antrag?)

– Bitte?

(Abg. Hauk CDU: Warum gibt es dann den Antrag?)

– Der Antrag ist älter als das Gesetz. Der Antrag ist von 2001.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Unruhe)

Es gibt auch Handlungsbedarf auf Landesseite. Das Land muss dieses Bundesgesetz erfüllen. Zum Beispiel ist nach diesem Bundesgesetz jetzt eine jährliche Überprüfung der Pflegeheime durch die Heimaufsicht vorgesehen. Diese Überprüfungen können unangemeldet stattfinden. Es hat natürlich schon seinen Sinn, dass auch unangemeldete Überprüfungen stattfinden können, genauso wie unangemeldete Schulbesuche ja auch sinnvoll sind. Das bedeutet aber in der Tat mindestens eine Verdoppelung der Prüfintensität in der Verwaltungspraxis. Diese Prüftätigkeit muss natürlich koordiniert werden. Deshalb ist es auch sinnvoll, dass die beteiligten Ebenen – die Heimaufsicht, der MDK, die Träger der Sozialhilfe – das miteinander organisieren. Das Land hat das ja auch umgesetzt.

Deshalb gibt es seit letztem Sommer dafür eine Landesarbeitsgemeinschaft. Das Ziel dieser Landesarbeitsgemeinschaft ist die Koordination und Erarbeitung von einheitlichen Kriterien für die Prüfung. Dabei geht es nicht um eine Schematisierung, sondern darum, die Kriterien zu vereinheitlichen. Das ist sinnvoll und begrüßenswert, weil bisher jede Berufsgruppe anders prüft.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Die Verwaltung prüft unter anderen Gesichtspunkten als zum Beispiel die Amtsärzte oder die Pflegekräfte. Deshalb ist es doch sinnvoll, diese Kriterien zu vereinheitlichen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Vereinheitlichung bedeutet ja nicht unbedingt ein Mehr an Verordnungen. Ich bin dagegen, den Verwaltungsaufwand hier noch weiter zu erhöhen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut, Frau Kollegin!)

– Liebe Leute, das will auch niemand, wie ich schon gesagt habe.

Man muss auch darauf achten, dass der Datenschutz gewährleistet bleibt. Ich sage Ihnen, dass es im Bereich der Heimaufsicht jetzt schon 23 Kontrollvorschriften gibt. Das sind mehr als für Atomkraftwerke. Dort sind es genau 17. Daher geht es nicht um ein Mehr,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber das bringt doch mehr!)

sondern es geht um bessere, vereinheitlichte Kriterien.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Lösch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jederzeit – also während der Plenarsitzung.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Kollegin Lösch, wenn Sie für weniger Bürokratie eintreten: In welchem Verhältnis hat sich denn der Verwaltungsaufwand seit der bundesgesetzlichen Novellierung vermindert?

(Abg. Wieser CDU: Sehr gute Frage!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geschätzter Kollege Hauk, wenn Sie mir aufmerksam gelauscht hätten,

(Abg. Capezzuto SPD: Hat er aber nicht! – Abg. Birzele SPD: Das hat er nicht! Das ist der Con-junctivus irrealis!)

dann hätten Sie gemerkt, dass es nicht um ein Mehr an Verwaltungsaufwand, sondern um die Vereinheitlichung der Kriterien geht. Vereinheitlichung bedeutet nicht automatisch mehr Aufwand.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber wenn wir vom Fünfjahresrhythmus auf einen Einjahresrhythmus gehen, sind es fünfmal so viel!)

Daher hat sich Ihre Frage erübrigt.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Kollege Wieser hat vorhin gesagt: Wir brauchen nicht nur mehr Kontrolle, sondern wir vertrauen natürlich auch auf die Eigenverantwortung unserer Pflegekräfte. Da gebe ich Ihnen Recht. Ich finde auch, dass man nicht Kontrolle und Vertrauen gegeneinander ausspielen darf, sondern wir brauchen beides.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Bei aller Notwendigkeit von Kontrollinstanzen gilt nach wie vor, dass Pflege- und Betreuungsqualität, wenn sie dauerhaft wirksam sein soll, von innen kommen muss und dass man die Leute, die im Pflegebereich arbeiten, motivieren und unterstützen muss.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und nicht ständig bedrohen darf!)

Auch das darf man nicht gegeneinander ausspielen. Nur wenn wir beides gemeinsam machen, erreichen wir tatsächlich eine Verbesserung der Qualität in der Pflege.

(Brigitte Lösch)

Ich finde es auch richtig, dass die SPD einen Landesheimaufsichtsbericht, der regelmäßig dem Parlament zur Beratung vorgelegt werden muss, gefordert hat.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, warum? Dann müssen wir regelmäßig hier im Plenum über dieses wichtige Thema diskutieren, und Sie können Ihre Argumente bringen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Repnik.

(Abg. Capezzuto SPD: Günter, gib der Brigitte einen Prüfauftrag! – Heiterkeit)

Sozialminister Dr. Repnik: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Wieser CDU: In der Ruhe liegt die Kraft! – Weitere Zurufe)

– Entweder geben wir jetzt eine Runde Rotwein aus, dann könnt ihr weiter Faxen machen, oder wir reden in Ruhe noch einmal über das wichtige Thema „Pflegeheime für die älteren Menschen“.

(Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Ruhe zu bewahren.

Sozialminister Dr. Repnik: Mir scheint die Stimmung so zu sein, dass man sagen kann: Wir machen jetzt Halligalli. Das Thema ist aber sehr ernst.

(Zuruf von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ältere Menschen, die in Pflegeheimen leben, bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit und Unterstützung. Ich möchte zum Thema zurückkommen; das ist nämlich kein Thema, das zu Heiterkeit und Halligalli Anlass gibt.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Ja, Herr Capezzuto. – Wir sind dies den Heimbewohnern schuldig, und wir wollen dazu beitragen, ihre Menschenwürde in einer an und für sich schwierigen Situation zu bewahren. Vielleicht wäre es gut – ein Tipp an das Präsidium –, wenn auch solche Themen, die auch wichtig sind, in den Vormittagsstunden erörtert würden, nicht am Abend um 18 Uhr.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Und nicht um Mitternacht!)

Neben vielen anderen Maßnahmen – wir in Baden-Württemberg machen viel – hat die Heimaufsicht für die externe Qualitätssicherung zweifellos eine wichtige Bedeutung. Ich betone aber zugleich, dass externe Aufsicht niemals die in den Pflegeheimen zu leistende interne Aufsicht ersetzen kann. Wenn wir über Heimaufsicht diskutieren, müssen wir immer auch das gesamte pflegerische Geschehen im Auge behalten.

Mit ihrem Antrag „Heimaufsicht in Baden-Württemberg“ hat die SPD-Fraktion als Antragstellerin einen Bericht der Landesregierung zur Situation in diesem durchaus sensiblen Bereich der Pflege gefordert. Sie hat zugleich die Erstellung eines Landesheimaufsichtsberichts im Turnus von zwei Jahren beantragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen dies zu. Ich bin bereit – wir werden zwar immer weniger Personal in diesem Bereich haben –, diesen Bericht zu erstellen und dem Landtag alle zwei Jahre zu berichten. Ich sage das auch deswegen zu

(Abg. Alfred Haas CDU: Papier! Papier beruhigt!)

– nicht nur Papier beruhigt –, weil Baden-Württemberg zusammen mit – man höre hin – Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich guter Leistungen an der Spitze steht. Wir können uns mit unseren baden-württembergischen Leistungen und mit der Qualität baden-württembergischer Heime bundesweit sehen lassen. Deswegen können wir zusagen, alle zwei Jahre einen solchen Bericht zu erstatten, damit einmal herüberkommt, was in unseren Heimen in Baden-Württemberg an Gutem getan wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das habt ihr nicht gewusst, Haas? – Abg. Alfred Haas CDU: Papier!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, parallel zum Pflegeversicherungsgesetz hat der Bund im Januar 2002 auch das Heimgesetz novelliert. Es ist vielleicht ganz wichtig, zu wissen, dass die Anregung, das Heimgesetz zu novellieren, von Bayern und Baden-Württemberg ausging. Wir haben im Vorfeld sehr viele daran beteiligt, auch was die Qualitätssicherung anbelangt.

(Abg. Wieser CDU: Wenn vom Bund etwas Gutes kommt, kommt es von Baden-Württemberg!)

Leider wurde in meinen Augen zum Teil mehr an Bürokratie hineingeschrieben, als wir gefordert haben. Aber wie auch immer: Das Heimgesetz ist quasi das Verbraucherschutzgesetz für Pflege- und Behindertenheime. Es enthält bauliche und personelle Qualitätsmindeststandards; es beschreibt die Rahmenbedingungen und die Kontrollen der staatlichen Heimaufsicht. Ich muss eines sagen: Vertrauen ist wirklich gut, aber Kontrolle sollte regelmäßig sein, auch einmal unangekündigt. Dahinter stehe ich.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Auch mal! Aber nicht flächendeckend!)

Ich stamme aus dem Apothekerberuf. Die Apotheken werden selbstverständlich über Jahre hinweg regelmäßig kontrolliert. Ich habe mich vom Pharmazierat nie belästigt gefühlt – die Kontrollen erfolgten nicht jedes Jahr oder alle zwei Jahre, sondern alle vier oder fünf Jahre.

(Minister Dr. Repnik)

Eine gute Heimaufsicht muss nach dem Grundsatz möglich und denkbar sein: Dort, wo man spürt, dass man zum Kontrollieren hinhin muss, dort, wo man von Angehörigen, von Heimbeiräten, aus dem Freundeskreis etwas hört, was Anlass dazu gibt,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

muss man zum Kontrollieren hin. So wird es auch in Zukunft sein. Das Heim X wird zum Beispiel kontrolliert, weil man genau weiß, dass nicht immer alles so gut läuft. Wenn man aber, da man die Leute kennt, weiß, dass im Heim A alles ordentlich läuft, braucht man es nicht unbedingt jedes halbe Jahr zu kontrollieren. So muss es sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass dies so auch auf Dauer getan werden wird.

Man kann trotz aller guten Rahmenbedingungen per se Gesetzesverstöße nicht ausschließen. Aber auch da muss man die Kirche im Dorf lassen und trotzdem die Möglichkeit haben, rechtzeitig und regelmäßig zu prüfen, wenn man sieht, dass irgendwo etwas nicht stimmt. Das geht so weit, dass man sagt: Ich werde diesem Träger die Erlaubnis schlichtweg entziehen. Auch dies muss denkbar und möglich sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, wir sind auf einem guten Wege. Wir haben in Baden-Württemberg Qualifizierungsmaßnahmen, und wir wollen nicht nur kontrollieren, sondern auch beraten. Das Ministerium ist gemeinsam mit den Trägern bereit, dies zu tun. Wir führen die Beratungen also auch durch. Ich glaube, dass wir in Baden-Württemberg einen guten Mittelweg zwischen effektiver Kontrolle und unbürokratischer Haltung gehen. Wir wollen im Prinzip ja die Bewohner unserer Heime schützen. Das tun wir. Helfen Sie dabei gemeinsam mit. Wenn wir gemeinsam darauf achten, ist dieser Weg mit Sicherheit gut zu begehen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Wie möchten die Antragsteller verfahren? Sie erklären den Antrag für erledigt?

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Ja, nach der Zusage ist er doch erledigt!)

– Danke schön. Der Antrag Drucksache 13/560 ist für erledigt erklärt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Dramatische Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Baden-Württemberg – Drucksache 13/729

Die Fraktionen sind übereingekommen, keine Aussprache zu führen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gute Lösung!)

Der Antrag soll ohne Aussprache zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss überwiesen werden. – Es ist so beschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst – Drucksache 13/765

Die Fraktionen sind übereingekommen, auch hier auf eine Aussprache zu verzichten.

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen. – Es ist so beschlossen.

Punkt 11 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1659, 13/1668, 13/1669, 13/1670

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Punkt 12 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 13/1637, 13/1638

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Punkt 13 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 19. Februar 2003, 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:03 Uhr